

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

20. Wahlperiode

53. Sitzung vom 24. und 25. Juni 2019
(2. Sitzungstag vom 25. Juni 2019)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw. Gemeinderäte	S. 3	GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 60
Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen		GR Mag. Manfred Juraczka	S. 61
Rednerinnen bzw. Redner:		GR Mag. Rüdiger Maresch	S. 63
GR Thomas Weber	S. 3	GR Roman Schmid	S. 64
GR Dr. Wolfgang Ulm	S. 4	GR Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi	S. 66
GR Peter Kraus, BSc	S. 5	GRin Dr. Jennifer Kickert	S. 67
GRin Elisabeth Schmidt	S. 7	GR Wolfgang Irschik	S. 67
GRin Barbara Novak, BA	S. 9	GR Mag. Stephan Auer-Stüger	S. 70
GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 10	GR Siegi Lindenmayr	S. 71
GRin Sabine Schwarz	S. 12	GR Michael Niegler	S. 72
GRin Mag. Barbara Huemer	S. 13	GR Christian Oxonitsch	S. 73
GR Mag. Günter Kasal	S. 15	GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 73
GR Christian Deutsch	S. 17	VBgm.in Mag. Maria Vassilakou	S. 74
GR Michael Niegler	S. 18	Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft	
GRin Martina Ludwig-Faymann	S. 20	Rednerinnen bzw. Redner:	
GR Mag. Marcus Schober	S. 23	GR Thomas Weber	S. 76
Amtsf. StRin Kathrin Gaál	S. 24	GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger	S. 78
Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal		GR Dipl.-Ing. Martin Margulies	S. 79
Rednerinnen bzw. Redner:		GR Stefan Berger	S. 80
GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 26	GR Dipl.-Ing. Martin Margulies	
GRin Sabine Schwarz	S. 27	(tatsächliche Berichtigung)	S. 83
GR David Ellensohn	S. 30	GRin Mag. Sybille Straubinger, MBA	S. 83
GR Armin Blind	S. 31	GR Dr. Wolfgang Ulm	S. 85
GRin Mag. Nicole Berger-Krotsch	S. 33	GRin Mag. Barbara Huemer	S. 86
GR Christoph Wiederkehr, MA	S. 35	GR Mag. Gerald Ebinger	S. 88
GRin Mag. Caroline Hungerländer	S. 37	GR Jörg Neumayer, MA	S. 90
GRin Mag. Ursula Berner, MA	S. 38	GRin Katharina Schinner	S. 91
StR Maximilian Krauss	S. 39	GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 92
GR Mag. Marcus Gremel	S. 40	GR Dr. Gerhard Schmid	S. 93
GRin Mag. Faika El-Nagashi	S. 42	Amtsf. StRin Mag. Veronica Kaup-Hasler	S. 94
GR Leo Kohlbauer	S. 44	Schlusswort Berichterstatte Amtsf. StR	
GRin Marina Hanke, BA	S. 45	KommR Peter Hanke	S. 97
GR Gerhard Haslinger	S. 46	Abstimmung	S. 97
GR Dr. Kurt Stürzenbecher	S. 47	4. 410768-2019-GGS; KAV, P 2:	
GR Dr. Wolfgang Aigner	S. 49	Jahresabschluss der Unternehmung	
Amtsf. StR Mag. Jürgen Czernohorsky	S. 50	Wiener Krankenanstaltenverbund 2018	
Beratung der Geschäftsgruppe für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung		Abstimmung	S. 102
Rednerinnen bzw. Redner:		5. 393241-2019-GGU; WKN, P 3:	
GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 53	Jahresabschluss der Unternehmung Wien	
GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc	S. 54	Kanal 2018	
GR Peter Kraus, BSc	S. 56	Abstimmung	S. 102
GR Georg Fürnkranz	S. 57	6. 328471-2019-GWS; WRW, P 4:	
GRin Susanne Bluma	S. 59	Jahresabschluss der Unternehmung Stadt	
		Wien - Wiener Wohnen 2018	
		Abstimmung	S. 102

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Schönen guten Morgen! Ich darf alle recht herzlich willkommen heißen und bitten, die Plätze einzunehmen. Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf.

Entschuldigt ist GR Seidl, er ist dienstlich verhindert. Es gibt eine Reihe von temporären Verhinderungen: GR Baron ab 9 Uhr verhindert, GR Berger bis 12.30 Uhr, GR Mag. Ebinger bis 10 Uhr, GR Eischer bis 11 Uhr, GR Kowarik bis 11 Uhr, StRin Mag. Nittmann ab 13.30 Uhr, GR Mag. Reindl von 13 bis 14.30 Uhr, GR Schuster von 16 bis 19 Uhr, GR Stumpf bis 10 Uhr, GR Mag. Dr. Wansch bis 13 Uhr, alle dienstlich verhindert.

Die Beratung des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2018 wird fortgesetzt.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen.

Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen mit der Postnummer 4, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2018 gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen jedoch getrennt vorzunehmen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen. Ich darf recht herzlich Frau Amtsf. StRin Gaál begrüßen. Schönen guten Morgen!

Zum Wort gemeldet und eröffnen wird die Sitzung Herr GR Weber, selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten. Ich erteile ihm das Wort, bitte schön.

GR Thomas **Weber** (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Einen schönen guten Morgen erst einmal!

Ich möchte zu Beginn die Gelegenheit nützen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Magistratsabteilungen und der Einrichtungen aus der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen einen herzlichen Dank für ihre gute Arbeit zum Wohle unserer Stadt und zum Dienste der Wiener Bevölkerung aussprechen. (Beifall bei den NEOS.)

Beginnen möchte ich mit dem Thema leistbares Wohnen. Wir haben ja alle hier das gleiche Ziel, nämlich leistbares Wohnen zu ermöglichen. Die Frage ist der Weg dorthin. Und beim Thema leistbares Wohnen sind wir natürlich auch sehr schnell beim Thema sozialer Wohnbau. Zweifelsfrei ist der soziale Wohnbau eine große Errungenschaft der Stadt Wien. Aber der soziale Wohnbau muss aus meiner Sicht treffsicherer und generationengerechter werden. Bei beiden ist mit Stand heute aus meiner Sicht Verbesserungspotenzial da, treffsicherer, weil 50 Prozent der Bezieher niedrigster Einkommen in privaten Mietrechtsverhältnissen wohnen. Und generationengerechter, weil leistbares Wohnen ja vor allem gerade für junge Familien, die nach Wien ziehen, oft zur

Verschuldensfalle wird. Diese müssen obendrein zwei Jahre auf ein Wohn-Ticket warten.

Ich habe heute für die Diskussion ein paar Zahlen mitgenommen: Mit Stand 31.12.2018 waren 12.600 Menschen für eine Gemeindewohnung vorgemerkt. Das ist, wie ich einer Anfragebeantwortung entnehme, zwar eine Halbierung der Anzahl, die für eine Gemeindewohnung vorgemerkt ist. Die Frage ist: Wie kommt es zu dieser Halbierung? Und diesen 12.600 Menschen, die auf eine Gemeindewohnung warten, stehen 7.400 leere Gemeindewohnungen gegenüber. Und diese 7.400 leeren Gemeindewohnungen sind durchschnittlich 10,8 Monate frei, bis sie wieder vergeben werden. Gleichzeitig sollen bis Ende 2020 4.000 neue Gemeindewohnungen errichtet werden. Wenn man jetzt die Zahlen nebeneinander stellt, also 12.600 Menschen, die auf eine Gemeindewohnung warten, und 7.400 leerstehende Gemeindewohnungen und 4.000 Neuwohnungen bis 2020, dann sieht man vor allem eines: Wie wichtig eine effizientere Vergabe der vorhandenen Wohnungsressourcen ist.

Als nächstes Thema möchte ich über das Thema Wohnbauförderung sprechen, nämlich Wohnbauförderung Neubau. Im Budgetvoranschlag 2018 haben wir dafür 300 Millionen EUR im Budget reserviert. Diesem tatsächlichen budgetierten Rahmen von 300 Millionen EUR stehen 278 Millionen EUR tatsächliche Ausgaben gegenüber. Im Budgetvoranschlag 2019 haben wir überhaupt nur mehr 242 Millionen EUR reserviert. Was wir hier beim Thema Wohnbauförderung Neu sehen, also 300 Millionen EUR budgetiert, 278 Millionen ausgegeben und im heurigen Jahr nur mehr 242 Millionen EUR budgetiert, das sehen wir, wenn wir die gesamte Wohnbauförderung, nämlich Neubau, Wohnhaussanierung, Althausanierung auch hernehmen, nämlich 2018 waren es 507 Millionen EUR, die wir hier vorgesehen gehabt haben. Wenn man zurückgeht in die Vergangenheit, 2012 waren es 595 Millionen EUR. Wir sehen also, dass seit 2012 die Mittel für die Wohnbauförderung kontinuierlich sinken, da scheinbar die freie Finanzierung auf Grund der niedrigen Zinslage attraktiver sein dürfte. Dazu kommt aber, dass wir uns in Wien verpflichtet haben, zukünftig leistbaren Wohnraum zu ermöglichen, indem neues Bauland mit zwei Drittel gefördert zu errichten ist, also die Wohnungen auf dem neu zu errichtenden Bauland mit zwei Drittel gefördert zu errichten sind. Das geht aber natürlich nur, wenn wir dafür auch die ausreichenden Mittel in der Wohnbauförderung bereitstellen. (Beifall bei den NEOS.)

Anlässlich der Entwicklung Wohnbauförderung Neu sowie der Verpflichtung, hier zu zwei Drittel gefördert zu bauen, möchte ich auch heute einen Antrag einbringen, wonach der Wiener Gemeinderat die Stadtregierung auffordert, den zu erwartenden Mehrbedarf an Wohnbauförderung bei den zukünftigen Budgetstellungen auch zu berücksichtigen. (Beifall bei den NEOS.)

Das nächste Thema, das ich mitgenommen habe, ist das Thema Beamtenpensionen bei Wiener Wohnen. Die dafür gebildete Rückstellung mit 31.12.2017 betrug in Summe 176 Millionen EUR. Das war 2017 ein Anstieg

von 16 Millionen EUR. Ein Jahr später, das heißt, mit 31.12.2018, beträgt diese Rückstellung bereits 201 Millionen EUR. Das ist, wie ich meine, ein gewaltiger Altlastenrucksack, denn Mieterinnen und Mieter von heute zahlen sozusagen die Pensionen von gestern.

Und wenn wir über Wiener Wohnen sprechen, dann müssen wir natürlich auch über das Thema Transparenz sprechen. Für mich ist Transparenz ein wichtiger Punkt für alle politischen Entscheidungen. Im Zusammenhang mit Wiener Wohnen braucht es Transparenz bei den Ausschreibungen, bei der Auftragsvergabe und natürlich auch bei den Betriebskostenverrechnungen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Nachdem bei uns im Ausschuss auch immer wieder das Thema Kleingartenverkauf steht und wir NEOS eigentlich immer dagegen stimmen, möchte ich jetzt auch noch ganz kurz zu dem Thema sprechen. Die letzte strategische Grundlage betreffend Kleingärten liegt ja über 35 Jahre zurück. 1982 hat die Stadt Wien ein Kleingartenkonzept in Auftrag gegeben. Der Rechnungshof hat in der Vergangenheit immer wieder kritisiert, dass durch den teilweisen Verkauf von Kleingärtenflächen und durch die damit entstandene Aufsplittung eine strategische Entwicklung dieser Gebiete ja immens erschwert wird. Grundsätzlich ist es natürlich zu begrüßen, dass die Stadt Wien neben Mietwohnungen auch leistbares Eigentum fördert.

Sozialpolitisch wäre es natürlich zu diskutieren, welche Personengruppe bevorzugten Zugang zum Erwerb eines Kleingartens hat und zu welchem Preis das geschieht. Aus meiner Sicht braucht ihr ein Kleingartenkonzept oder ein ähnliches strategisches Dokument, das den Rahmen für die strategische Entwicklung, Bewirtschaftung und Vermarktung von Kleingartenanlagen im Eigentum der Stadt Wien auch vorgibt.

Das bringt mich noch zu einem Punkt, nämlich das Thema Liegenschaftsverkäufe versus Baurecht. Auch hier möchte ich wieder auf den Rechnungshof zurückgreifen, der im Rechnungshofbericht zum Wohnfonds Wien festgestellt hat, dass mit der Vergabe einer höheren Anzahl von Baurechten der Wohnfonds Wien in der Lage wäre, die vorhandenen Liegenschaften nachhaltiger für den sozialen Wohnbau zu sichern.

Abschließend möchte auch ich einen Antrag zum Thema Klimaschutz einbringen, wonach der Gemeinderat sich dafür ausspricht, dass die Unternehmung Wiener Wohnen ein Konzept entwickelt, klimaneutral zu wirtschaften, um der Vorbildwirkung der öffentlichen Hand nachzukommen. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist GR Dr. Ulm, selbstgewählte Redezeit ist ebenfalls 15 Minuten.

GR Dr. Wolfgang **Ulm** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Damen und Herren! Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich freue mich sehr, dass Sie der Debatte beiwohnen, ist vielleicht auch ein bisschen der Geschäftsgruppe gewidmet, zu der Sie eine besondere Affinität haben. Ich möchte die Gelegenheit daher wahrnehmen, nicht nur der Frau Stadträtin, sondern auch dem Herrn Bürger-

meister bei einem ganz zentralen Bereich des sozialen Wohnbaus etwas mitzugeben, nämlich bei der Vergabe von Gemeindewohnungen. Es ist schon von meinem Vorredner ein bisschen angesprochen worden, mit großem Stolz hat die Sozialdemokratie jetzt 100 Jahre Rotes Wien gefeiert und nachvollziehbarerweise kann man auch auf die Errungenschaften im sozialen Wohnbau stolz sein. Aber ist die Vergabe von Gemeindewohnungen heute wirklich noch sozial und gerecht? Ich darf drei Beispiele dazu geben: Wer bekommt eine Gemeindewohnung und wer bekommt keine Gemeindewohnung? In meinen Beispielen sind es immer Personen, die 28 Jahre alt sind. Im ersten Beispiel ein Single, Ein-Personen-Haushalt. Die Person wohnt in einer Ein-Zimmer-Wohnung, 50 m², hat ein Einkommen von 1.000 EUR und Wohnkosten von 500 EUR. Das heißt, es bleiben 500 EUR zum Leben. Hat die Person einen Anspruch auf eine Gemeindewohnung? Ja oder nein? *(GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger: Ja!)* Nein, lieber Fritz Aichinger, ich muss dich enttäuschen. Kein Anspruch auf eine Gemeindewohnung, es gibt kein Wohn-Ticket, weil es eine eigene Wohnung gibt und man sagt, es liegt eine Wohnversorgung vor, ist für mich nicht wirklich eine Begründung, die ich nachvollziehen kann.

Zweites Beispiel: Eltern, 2 Kinder, wohnen in einer 3-Zimmer-Wohnung, 80 m², haben miteinander ein Einkommen von 2.000 EUR, Wohnkosten von 800 EUR. Es bleiben ihnen zum Leben 1.200 EUR. Haben Sie einen Anspruch auf eine Eigentumswohnung? *(StRin Mag. Ulrike Nittmann: Gemeindewohnung!)* Nein, kein Anspruch auf eine Gemeindewohnung, es liegt kein Überbelag vor und sie wohnen bereits in einer eigenen Wohnung.

Drittes Beispiel für eine Bewerbung um eine Gemeindewohnung: 3-Zimmer-Wohnung, Single, hat das Glück, bei seinen Eltern zu wohnen in einer Villa, hat 100 m² für sich, 3 Zimmer allein für sich, verdient 3.000 EUR netto im Monat, hat null Wohnkosten, ihm bleiben 3.000 EUR zum Leben. Hat er einen Anspruch auf eine Gemeindewohnung? *(GR Christoph Wiederkehr, MA: Ja!)* Richtig, er hat einen Anspruch auf eine Gemeindewohnung, weil er unter 30 Jahre alt ist und weil er nicht wohnversorgt ist. Das Leben bei den Eltern gilt nicht als Wohnversorgung. Das ist nicht wirklich sozial gerecht, das sollte man sich noch einmal überlegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Punkt zum Thema sozialer Wohnbau. Die Mittel gehen zurück, wenn man nur den Voranschlag 2018 mit dem Rechnungsabschluss 2018 vergleicht. Grundsätzlich ist es ja immer was Erfreuliches, wenn im Rechnungsabschluss die Zahlen geringer sind als im Voranschlag. Wenn aber daraus eine geringere Wohnbauleistung im sozialen Wohnbau resultiert, ist das nicht unbedingt so. Der Rechnungsabschluss weist geringere Zahlen aus als der Voranschlag, beim Neubau 22 Millionen weniger und bei der Sanierung um 13 Millionen weniger. Diese rückläufige Bewegung bei den Mitteln Wohnbauförderung, die beobachten wir seit Jahren. Allein in den letzten 5 Jahren ist etwa um ein Drittel weniger abgerufen worden. An Wohnbaufördermitteln für

Neubau und Wohnhaussanierung wurden im Jahr 2014 noch 617 Millionen EUR ausgegeben, im Rechnungsabschluss 2018 stehen nur noch 430 Millionen. Das ist doch eine beträchtliche Verringerung. Wir wollen leistbares Wohnen zur Verfügung stellen, und da erwarte ich mir schon Antworten der Sozialdemokratie, wie man leistbares Wohnen fördern möchte, wenn gleichzeitig weniger Mittel in dem Bereich ausgeschüttet werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe ja auch die Vermutung, dass aus den Wohnbaufördermitteln eigentlich mehr zur Verfügung stehen würde, als letztendlich abgerufen wird. Wir wissen jetzt ganz genau, wie hoch die Landesabgabe im Jahr 2018 ist. Wir haben ja bei der Wohnbauförderung den Wechsel miterlebt von der Bundesabgabe zur Landesabgabe, das waren 278 Millionen EUR. Zu diesen 278 Millionen EUR, die zur Verfügung stehen, kommen noch die Einnahmen aus den Darlehensrückzahlungen aus der Verzinsung. Das sind auch 217 Millionen EUR. Das ergibt in Summe 495 Millionen EUR aus Wohnbaufördermitteln, die zur Verfügung stehen, aber nur 430 Millionen EUR, die ausgegeben werden. Ich frage mich daher, ob da irgendwo Wohnbaufördermittel gehortet oder nicht verwendet werden. Wir haben auch Zahlen vom Verband Gemeinnütziger Bauvereinigungen über die Errichtung von geförderten Wohnungen in den Jahren 2016 und 2017. Die liegen auch deutlich unter den Zahlen, die man von Seiten der Stadt gerne hätte, nämlich im Jahr 2016 bei 4.140 Wohnungen und im Jahr 2017 bei 4.160.

Jetzt komme ich noch einmal zurück zur Seite von Wiener Wohnen und zur Seite der Wohnberatung, zur Seite von Wohn-Ticket. Wenn man da anklickt, was es nicht nur für Voraussetzungen gibt, nämlich die allgemeinen Voraussetzungen und die besonderen Voraussetzungen, dann kommt man auch aufs Wohnungsangebot. Und bei diesem Wohnungsangebot lese ich, das sind zwei Ausdrücke von dieser Seite *(Der Redner zeigt Unterlagen.)*, von dieser Wiener Wohnberatung: Angeboten werden geförderte Miet- und Genossenschaftswohnungen, und angeboten werden geförderte Eigentumswohnungen. Ja, die Nachricht hör' ich wohl, fürwahr, mir fehlt der Glaube! Sehr geehrte Frau Stadträtin, wo sind die geförderten Eigentumswohnungen, die auf Ihrer Web-Seite angepriesen werden? Also die würde ich schon ganz gerne sehen! Es gibt sie nicht! Ich meine, die Wohnberatung sollte dann auch nicht auf ein Angebot aufmerksam machen, das es ganz einfach nicht gibt. Das ist unredlich *(Beifall bei der ÖVP.)* und führt zu einer gewissen Basisenttäuschung bei den Bürgern, die dann sagen, na ja, dann gehen wir lieber nach Niederösterreich, weil dort wird uns Eigentum auch gefördert angeboten.

Jetzt glaube ich, dass die Frau Stadträtin gar nicht so wahnsinnig traurig darüber ist, dass keine geförderten Eigentumswohnungen angeboten werden, denn sie sagt Folgendes, und ich darf Sie zitieren, sehr geehrte Frau Stadträtin: „Eigentum macht keineswegs immer frei und unabhängig, auch wenn es manche Politiker behaupten. Viele Arbeitnehmer mit stagnierenden Gehältern müssen

sich selbst für eine günstige Eigentumswohnung jahrzehntelang massiv verschulden, viele geraten in die Schuldenfalle.“ Stimmt, Frau Stadträtin, das trifft leider Gottes wirklich auf viele Fälle zu. Aber was ist die Konsequenz daraus?

Die Konsequenz daraus ist, dass ich geförderte Eigentumswohnungen anbieten muss, denn die geförderte Eigentumswohnung kostet genauso viel wie die geförderte Mietwohnung. Und wenn das mit der Schuldenfalle stimmt, und viel zu oft stimmt es leider Gottes, dann trifft es auf die Bewerber für die geförderte Mietwohnung ganz genauso zu. Die zahlen nämlich ganz genau das Gleiche für die geförderte Mietwohnung wie für die geförderte Eigentumswohnung. Das heißt, Sie müssen in diesem Bereich etwas verändern. Sie müssen das ermöglichen, was die Menschen wollen, was die überwiegende Anzahl der Österreicher und auch der Wiener möchte, nämlich die Möglichkeit haben, sich einen bescheidenen Wohlstand zu erarbeiten. Sie müssen die Wohnbauförderungsmittel auch dafür zur Verfügung stellen, dass es zu einer gewissen Vermögensbildung in privater Hand kommen kann. Diese Vermögensbildung in privater Hand und dieser bescheidene Wohlstand, der ist nur über das Wohnen im Eigentum möglich. Darüber hat es ja sehr lange auch einen breiten politischen Konsens gegeben. Darum hat man die Wohnbauförderung so ausgestattet und so vorgesehen, wie wir sie gesetzlich haben, nämlich mit geförderten Mietwohnungen und mit geförderten Eigentumswohnungen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich darf Sie an diese gesetzlichen Grundlagen erinnern, an die Geschichte des sozialen Wohnbaues, die immer auch mit der Idee verbunden war, Wohlstand und die Schaffung von Vermögen in privater Hand zu ermöglichen. Die Stadt Wien möge das auch in Zukunft wieder ermöglichen. Deshalb stellen wir den Antrag, Wohnbauförderung auch für Eigentumswohnungen zur Verfügung zu stellen, und ich darf auch noch einen zur Nachverdichtung für Wiener Wohnen einbringen. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist GR Peter Kraus, selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GR Peter **Kraus**, BSc *(GRÜNE)*: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne jetzt vielleicht gleich damit, dass ich Ihnen von einer Einladung erzähle, die ich ziemlich zu Beginn hatte, als ich Wohnbausprecher wurde. Ich rede jetzt tatsächlich über einen Rechnungsabschluss, wo ich noch gar nicht Wohnbausprecher meiner Partei war, aber ich schaff' das trotzdem. Zu Beginn war es nämlich so, dass sehr, sehr viele Leute, Sie können sich erinnern, damals wurde die Bauordnungsnovelle mit der sogenannten Zweidrittelregelung neu eingeführt, dass wir in sehr viele deutsche Städte eingeladen wurden. München, Berlin, in Berlin ging damals die Diskussion über Enteignung der zuvor privatisierten gemeinnützigen und sozialen Wohnungen los. Ich war wirklich erstaunt, wie sehr man in vielen anderen europäischen, vor allem

deutschen Städten beim Thema Wohnen nach Wien schaut, also das Wiener Modell. Ich kann mich erinnern, ich war sogar bei den deutschen GRÜNEN bei einem Grundsatzkonvent, wo das Parteiprogramm neu erarbeitet wurde, eingeladen, um über das Wiener Modell zu berichten, weil das dort sogar in die Parteiprogramme Einzug findet. Wenn man sich jetzt überlegt: Was sind die zwei großen Punkte, die dieses Wiener Modell überhaupt fliegend machen, dass es so gut funktioniert? Dann ist das zum einen, und das ist mir jetzt an dieser Stelle nach meinem Vorredner wichtig zu betonen, dass Wien diesen großen, großen historischen Fehler nie gemacht hat, gemeindeeigene Wohnungen abzuverkaufen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Und wenn jetzt dann, dieser Sidestep sei mir erlaubt, der Kollege von der ÖVP hier steht und darüber spricht, wie wichtig denn, also es ist ja ein bisschen paradox, zum einen sagt, ja, Gemeindewohnungen und wie wichtig und der Zugang, dann soll man sich schon überlegen, wer denn die Parteien sind, die noch vor einigen Jahren gefordert haben oder es selber in der Bundesregierung gemacht haben, dass Wohnungen in der öffentlichen Hand einfach verkauft werden! Das soll man sich schon einmal wieder in Erinnerung rufen. Und dann soll man sich auch in Erinnerung rufen, welche Anträge man jetzt gerade hier einbringt. Ob man eine Politik verfolgen will, die sagt, nein, wir wollen nicht die Privatisierung von Wohnungen, sondern wir wollen Wohnungspolitik als das begreifen, was sie aus meiner Sicht ist, nämlich dass Wohnen nicht ein handelbares Gut ist wie jedes andere, sondern dass Wohnen ein Grundbedürfnis ist, das man einfach nicht nach den Regeln des komplett freien unregulierten Marktes managen kann, sondern wo es eine starke öffentliche Hand braucht, die dafür sorgt, dass allen, unabhängig von ihrem Einkommen, dieses Grundbedürfnis auch befriedigt wird. Das ist die zweite Stärke aus meiner Sicht dieses Wiener Modells, wenn man so will, dass wir den Fuß in der Tür haben. Ich kann mich erinnern, ich bin vor zwei Monaten mit einigen Stadtpolitikern in München bei der Architektenkammer eingeladen gewesen, und es war tatsächlich dort die Aussage, sie hätten gerne diese Regelungsinstrumentarien, die wir in Wien haben, egal, ob Wohnfonds oder die neue Flächenwidmungskategorie „Geförderter Wohnbau“, die Wohnbauförderung, die es so in Deutschland gar nicht gibt. All diese Reglementarien führen dazu, dass der Staat, wenn man so will, die öffentliche Hand einen sehr großen Hebel hat. Und wenn ich jetzt höre, verstärkt Eigentum fördern, dann kann man sich natürlich überlegen, gut, Eigentumswohnung wird gefördert, das ist jetzt vielleicht in dem ersten Fall, wo jemand eine Eigentumswohnung hat, sei es ihm gegönnt, sei es ihr gegönnt, gar nicht so der Unterschied. Die Frage, die sich aber dann schon stellt, ist: Was passiert dann mit dieser Eigentumswohnung irgendwann später, wenn sie vermietet wird? Wenn dann irgendwann einmal das Mietrechtsgesetz greifend wird? Das macht mir schon große Sorgen auch in Wien in diesem Bereich, wo eben der geförderte Wohnbau, und so weiter nicht gilt, sondern wo Wohnungen auf Grund des Mietrechtsgesetzes vermietet wer-

den, die nicht in den Bereich der Mietzinsgrenzen sozusagen fallen. Mir macht das Sorgen, dass dann Wohnungen zu Preisen, vollkommen astronomisch, von 15, 17, 20 EUR am Quadratmeter vermietet werden.

Das kann doch nicht das Ziel sein, dass man die Mittel für den geförderten Wohnbau verstärkt dafür einsetzt, dass Eigentumswohnungen entstehen, die danach in weiterer Folge in dieser Stadt zu vollkommen astronomischen Mieten irgendwie vermietet werden. Das kann überhaupt nicht das Ziel sein. Das Ziel muss sein, und das hat die Frau Stadträtin auch richtig gemacht, gerade den geförderten Wohnbau zu stärken, die Smart-Wohnungen, wo die Nachfrage da ist, auszubauen und dafür zu sorgen, dass jeder in dieser Stadt den Zugang zu leistbaren, bezahlbaren Wohnungen hat, egal, ob das Geldbörstel dick oder nicht dick ist. Das ist ja die Stärke von Wien, dass man an der Adresse der Mieterinnen und der Mieter, der Wohnungsbesitzerinnen und der Wohnungsbesitzer einfach nicht erkennt: Ist das jetzt ein geförderter Wohnbau? Ist das ein freifinanzierter Wohnbau? Weil man in dieser Stadt einfach leben und wohnen kann, gut wohnen kann, unabhängig davon, ob man jetzt von reichen Eltern stammt, ob man etwas geerbt hat oder nicht. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich möchte jetzt noch einmal auf die wichtige Bauordnungsnovelle zu sprechen kommen, die letztes Jahr auf den Weg geschickt wurde und über den Jahreswechsel dann zum Beschluss gekommen ist, weil ich wirklich glaube, dass das der logische nächste und wichtige Schritt war. Wenn wir uns anschauen, was sozusagen die Grundthematik ist, im wahrsten Sinne des Wortes Grundthematik, dann ist das natürlich die Entwicklung von Grund und Boden, die alle europäischen Städte beschäftigt. Grund und Boden ist ein begrenzt verfügbares Gut. Vor allem im urbanen Kontext, im städtischen Kontext ist Grund und Boden nicht beliebig vermehrbar. Wenn man jetzt glaubt, irgendwie freie Marktmechanismen würden das regeln, dann landen wir dort, was wir auch schon in Wien gesehen haben, dass natürlich Grundstückskosten in die Höhe schnellen, dass sie explodieren, und dass irgendwann einmal, und da komme ich zu dem Punkt Wohnbaumittel abrufbar, ja oder nein. Wenn es die Grundstückskosten schon alleine nicht mehr darstellbar machen, dass ich geförderten Wohnbau realisiere, dann sind wir irgendwann einmal bei diesem Punkt, dass natürlich die Wohnbauförderung nicht mehr abgeholt werden kann. Umso mehr müssen wir eigentlich alle dafür kämpfen, dass wir Regeln finden wie jene in der neuen Bauordnung, die sagt: Ziel ist zu zwei Drittel geförderter Wohnbau und damit verbunden auch eine Deckelung der Grundkosten. Das heißt, das hören Sie dann wahrscheinlich nicht so gerne, Herr Ulm, dass wir zu zwei Drittel diesen Teil dem freien und spekulativen Markt entziehen. Und dass wir sagen, Grund und Boden ist nicht ein Gut, das wir handeln und der Preis kann dann in die Höhe gehen und der, der halt Glück und viel Geld hat, kann dann kaufen, sondern nein, es gibt Regeln, die einzuhalten sind, unter denen auch geförderter Wohnbau realisierbar ist. Also ja, das ist ein Herausnehmen aus einer vollkommen unregulierten, freien, wild

gewordenen Marktwirtschaft, wenn Sie so wollen, in geregeltere Gebiete, wo wir einfach sicherstellen, dass Wohnen in Wien leistbar bleibt. Ich glaube, das ist ein wichtiger Schritt. Ich glaube, wir werden jetzt in den nächsten Wochen und Monaten, da verweise ich kurz aufs Planungsressort, viele Projekte auch realisieren können, die zeigen, wie diese neuen Bauordnungsbestimmungen wirken und eingreifen. Reden Sie einmal ein bisschen mit Wohnbauträgern, wie sich das auch auf die Grundstückskosten jetzt in weiterer Folge auswirken wird.

Das war eine wichtige, wichtige Entscheidung.

Abschließend vielleicht möchte ich auch aus der Position heraus, dass ich neu in dieser Rolle bin, ein großes Danke aussprechen zu Beginn an die Frau Stadträtin. Wir haben vom ersten Tag an wirklich, wirklich ausgezeichnet zusammengearbeitet, auch mit dem ganzen Büro, das mich sehr willkommen geheißen hat und bei allen Fragen und Fragezeichen, die ich hatte, immer sofort mit Rat und Tat zur Seite gestanden ist. Den Abteilungen im Ressort, die wirklich großartige Arbeit leisten, und ich kann das auch sagen, in der Zusammenarbeit zwischen Planen und Wohnen, die wirklich, wirklich wichtig ist, damit diese Vielzahl an komplexen Entwicklungsprojekten auch funktioniert, das ist wirklich vorbildlich und darum ein ganz ein großes Danke von mir! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich möchte mich abschließend vielleicht auch noch bei den ganz vielen Menschen, die jetzt nicht hier im Raum sind, sondern die irgendwo auch außerhalb der Stadt Wien arbeiten, dafür bedanken, dass Wohnen wirklich für alle in dieser Stadt leistbar ist. Ich erwähne jetzt nur das Neunerhaus, das heuer 20 Jahre gefeiert hat. Ich erwähne die vielen, vielen Baugruppen, die sich eigentlich von sich heraus engagieren und sagen, wir wollen unseren eigenen Beitrag leisten, dass vielfältige Wohnformen in Wien möglich sind. Ich glaube, das ist auch ein Engagement, das wir schätzen sollen, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ihrer Freizeit eigentlich noch zusätzlich dafür einsetzen, dass es vielfältige Wohnangebote in dieser Form gibt auch für Menschen, die wohnungs- oder obdachlos sind. Das sollten wir in dieser Debatte nie vergessen. Auch denen gebührt mein großer Dank, danke schön! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Elisabeth Schmidt, selbstgewählte Redezeit ist 8 Minuten.

GRin Elisabeth **Schmidt** (FPÖ): Einen schönen guten Morgen, Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Da ich mit meinem Kollegen Kasal getauscht habe, mache ich jetzt einen Ausflug in einen anderen sehr, sehr wichtigen Teil in dieser Geschäftsgruppe, nämlich zu den Frauen. Ich möchte eingangs erwähnen, meine Damen und Herren, dass es mir natürlich immer wieder schwerfällt, Kritik an der Frauenpolitik der Stadt Wien gut zu platzieren. Es gibt sie aber. Wie Sie wissen, geht es uns ja im Grunde trotzdem generell um dasselbe, wenn es um die frauenpolitischen Maßnahmen geht. Im Kern sind das Gewaltprävention, Sicherheit, auch die soziale

Sicherheit. Und da wissen Sie, da haben auch die Freiheitlichen eine gute Handschrift in der letzten Bundesregierung hinterlassen. Es geht um den Kampf gegen Altersarmut, Gleichstellungsmechanismen, Gleichbehandlung, Maßnahmen gegen Diskriminierung und Unterdrückung oder eine frauenförderliche Arbeitsmarktpolitik und vieles mehr. In diesen Bereichen gibt es noch sehr viel zu tun, wie Sie alle wissen. Und dafür steht selbstverständlich auch die FPÖ, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt muss man sich allerdings nur einmal dieses System in Wien genau ansehen, wie das denn hier organisiert wird und wie das funktioniert. Da werden die Dinge naturgemäß von den Regierungsparteien beschlossen, zuerst vorbereitet und dann beschlossen in Ihrem Sinne, im Sinne von SPÖ und den GRÜNEN. Wir als Opposition können das im Regelfall kommentieren, beobachten und müssen das in diesem Sinne auch mittragen. Im Detail bedeutet das, dass diese Angelegenheiten dann auch in einem, und das ist hier zu beobachten, weitestgehenden ideologischen Sinne gestaltet werden, sprich, eine linke Stadtregierung, eine linke Frauenpolitik. Und da, meine Damen und Herren, sind die Kritikpunkte natürlich vorprogrammiert. Es soll natürlich auch so sein, dass die Programmatik der Regierungsparteien in den Maßnahmen durchschlägt. Das heißt aber noch lange nicht, dass das auch alles passt und gut ist. Deswegen gibt es die Opposition, um darauf auch aufmerksam zu machen. Was aber nicht sein kann, und das beobachten wir leider immer wieder, ist, dass es dann immer wieder teilweise diese Fehlinterpretationen gibt, die Freiheitlichen seien gegen Frauenpolitik oder gar frauenfeindlich. Also dagegen möchte ich mich ganz genau verwehren. Das hört man leider Gottes seitens SPÖ und GRÜNEN immer wieder. Ich möchte das so nicht im Raum stehen lassen. Es wird auch nicht gelingen, die FPÖ frauenpolitisch an den Rand zu drängen. Das ist ein Feld *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Beispiel! - Aufregung bei GR Dr. Kurt Stürzenbecher.)*, in dem wir immer mehr Fuß fassen, und wir kommen auch immer mehr bei der Bevölkerung und bei den Frauen an in diesem Themenbereich. Und vor allem, meine Damen und Herren, bei jenen Frauen, und das sind sehr viele, die den Kampf der Geschlechter satt haben. Was wir wollen, ist, auf Augenhöhe und in derselben Schrittlänge mit den Männern die Lebensbereiche partnerschaftlich zu gestalten. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Beispiel!)* Das ist unser Vorbild auch für Sie, meine Damen und Herren. Sie könnten sich ein bisschen was anschauen davon. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich sehe an den Zwischenrufen schon, dass es da gewisse Probleme *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Was Sie kritisieren!)* der Weiblichkeit mit der Männerwelt *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Ihre Kritik! Ihre Kritik!)* gibt. Na hören Sie zu. Ein Kernproblem, meine Damen und Herren, was diese frauenpolitischen Themen betrifft, die ich eingangs kurz punktiert und erwähnt habe, ist, dass die Frauenpolitik hier natürlich klar Rot-Grün punziert ist. Das wird man nicht ändern können, solange Sie in der Regierung sind. Aber Sie weichen oftmals vom

Grundsätzlichen ab. Was will ich konkret damit sagen? Ich mache es an einem Beispiel fest oder an mehreren Beispielen. Es gibt in Wien eine Unzahl an Vereinen, und Sie kennen unsere Kritik am Vereinswesen der Stadt Wien. (*GRin Mag. Barbara Huemer: Unzahl! Unzahl! Also da können Sie nicht richtig zählen!*) Es gibt eine sehr große Zahl an Vereinen, die Agenden innehaben, die im weitesten Sinne alle möglichen Hilfestellungen für Frauen anbieten. Das ist im Grunde auch gut so. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Und Sie stimmen immer dagegen!*) Das ist im Grunde auch gut so, nicht überall, und Sie wissen auch ganz genau ... (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Da stimmen Sie immer dagegen!*) Ja, wenn Sie mir zuhören, werden Sie auch wissen, warum. Dieses Angebot soll auf keinen Fall eingeschränkt werden. Es könnte nur anders organisiert werden, und genau da setzt unsere Kritik nämlich ein am Vereinswesen. Was ich noch erwähnen muss, ist, dass natürlich politisch ideologische und in unserem Fall in Wien oftmals radikal-feministische Vereine tatsächlich keinen Grund für Subventionierung haben. Zurück zu den ... (*Beifall bei der FPÖ. - Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann.*) Kommt noch, haben Sie Geduld, Frau Kollegin, ich komm' auch noch darauf zurück.

Jetzt zu den Vereinen, die diese notwendige Frauenarbeit machen. Genau das sind die Konstruktionen, dass gewisse Agenden an externe Akteure vergeben werden, wo es Potenzial zu einer Problematik gibt. Und das ist diese ganze große Klammer, die Thematik unserer Einwände abgesehen von diesen vereinzelt Vereinen, die wir ideologisch ablehnen. Wir sollten grundsätzlich das Vereinssystem betrachten und überlegen, wo es diese Unzulänglichkeiten gibt. Und da komm' ich jetzt zu diesen drei Punkten, damit Sie verstehen, wo unsere Kritik eigentlich Fuß fasst. Da gibt es zum Beispiel eine Reihe von Vereinen, die psychologische und andere Lebensberatung anbieten bis hinein in den gesundheitlichen Bereich. Hier sind Fachleute am Zug, was auch gut ist. Es ist aber nicht möglich wie bei Magistratsabteilungen angestellten Personen, für dieses Personal vorgeschriebene Qualifikationen zu verlangen. Das heißt, da arbeiten Beraterinnen und Berater, Psychologinnen und Psychologen, Ärztinnen und Ärzte, wo wir allerdings keine Möglichkeit haben, gemeinderätlich die fachliche Qualifikation zu überprüfen beziehungsweise nachzuvollziehen. Da ist einzig und alleine Vertrauen möglich (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Nein, nein, stimmt ja nicht!*), und das ist kein haltbarer Zustand, wenn man bedenkt, dass diese Personen im Grunde genommen weitestgehend in einem hoheitlichen Auftrag der Stadt Wien agieren. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Stimmt nicht!*) Es ist tatsächlich so. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Nein, stimmt nicht!*)

Der zweite Punkt ist der Bereich der Vereine, die im Sinne von Gewaltprävention und Gewaltintervention tätig sind. Ich habe hier, ausgenommen die Institutionen der Frauenhäuser und das europäische Netzwerk gegen Gewalt an Frauen und Kindern, in diesem Bereich sieben Vereine gezählt, die sich mehr oder minder mit diesem Thema, mit demselben Thema befassen, natürlich mit

unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Es stellt sich aber tatsächlich die Frage, ob das gewissermaßen den Effizienzgrundlagen einer Stadtverwaltung entspricht, wenn hier mehrere Vereine parallel agieren und sich inhaltlich überschneiden. Eher nicht, meine Damen und Herren. Und hier sollte man schon einmal die Überlegungen anstellen, diese Agenden gut sortiert und in derselben, wenn nicht sogar in einer besseren Qualität direkt aus den zuständigen Magistratsabteilungen heraus anzubieten. Der Gemeinderat hätte dadurch eine bessere Kontrolle. Doppelgleisigkeiten könnten beseitigt und abgeschafft werden. Und vor allem wäre eine Effizienzanalyse sauber möglich. Zudem wäre das auch eine Chance, eventuell den Zugang für die Betroffenen einfacher und niederschwelliger zu gestalten. (*Beifall bei der FPÖ. - GRin Martina Ludwig-Faymann: Das Gegenteil ist der Fall!*)

Der dritte Punkt an dieser Vereinskritik ist folgender: Es sind jene Vereine zu erwähnen, die unserer Ansicht nach gar nicht subventionswürdig sind. Das gibt es auch. Und zwar fällt das hier im Frauenbereich unter die Rubrik „Informations- und Bildungsarbeit“ und betrifft Vereine wie CheckART, Stichwort, Frauenhelfer und EfEU.

Das sind allesamt linksfeministische Vereine, die für ihre Klientel sicherlich eine sehr gute Arbeit leisten (*GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Alle! Alle!*) und ein interessantes Angebot anzubieten haben, jedoch nicht öffentlich zu subventionieren sind, weil sie Partikularinteressen vertreten, die im Sinne der öffentlichen Hand (*Aufregung bei GRin Mag. Barbara Huemer.*) keinen Mehrwert darstellen und deswegen nicht auf Steuergelder zurückgreifen sollten, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Da uns heute auch ein Redner ausgefallen ist, denke ich, darf ich mir noch ein paar Minuten herausnehmen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir in den letzten Tagen immer wieder von kriminellen und aggressiven und gewalttätigen Jugendbanden hören, die sich entweder gegenseitig abstechen oder Lehrer mobben und letzte Woche oder vor ein paar Tagen auch ein Ehepaar, wo auch eine Frau angegriffen wurde in aller Öffentlichkeit. Da möchte ich schon einmal festhalten, ich habe erstens von der Stadtregierung eigentlich kein Wort dazu gehört, kein Wort der Verurteilung. Ich habe nicht gehört, dass es hier neue Maßnahmen geben wird oder dass man irgendetwas unternimmt. Und Sie wissen ganz genau, ich gehöre wahrscheinlich nicht dazu, aber es gibt wirklich viele Frauen, die trauen sich nicht mehr, in der Öffentlichkeit alleine zu sein und schon gar nicht am Abend. Ich finde, diesem Zustand oder diesem Umstand sollte man schon ein bisschen mehr Aufmerksamkeit widmen. Sie wissen auch, dass gewisse Zustände, was eben die Gewalt betrifft (*GRin Mag. Barbara Huemer: Angst zu schüren, ja!*), der unverantwortlichen Zuwanderungspolitik geschuldet ist, die auch Sie, Frau Kollegin Huemer, sicherlich von Herzen mitgetragen haben, aber einen Zustand hervorgerufen haben, der nicht mehr in Ordnung ist. (*Aufregung bei GRin Mag. Barbara Huemer.*) Auf der anderen Seite schaffen Sie es aber nicht, weder durch Ihre Frauenvereine (*Große Aufregung bei GRin Martina Ludwig-Faymann und GRin Mag. Barbara*

Huemer.) noch durch Ihre Integrationsvereine hier eine ordentliche Integrationspolitik aufzustellen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Novak, selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GRin Barbara **Novak**, BA (SPÖ): Einen wunderschönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich switche jetzt wieder mit dem Thema, irgendwie ist diese Umreihung, aber es kommt ein bisschen eine Abwechslung rein. Ich möchte wieder zurück zum Thema leistbares Wohnen kommen, einen der größten Brocken des Ressorts, und zur Frage, wie denn Wien das leistbare Wohnen nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch heute und in der Zukunft vor allem sicherstellt und sicherstellen wird. Herr Kollege Ulm, es ist, glaube ich, keine Einzel-, Singulärleistung, die es ausmacht, nicht nur die Wohnbauförderung alleine, die leistbares Wohnen in Wien dauerhaft ermöglicht, sondern es ist ein Puzzleteil, es ist ein Geflecht von unterschiedlichen Bereichen, Angeboten, Service und Förderungen und vor allem auch der Bereitstellung von Grund und Boden. Ein bisschen möchte ich gerne genau dieses Geflecht auch ausführen. International gerade auch im letzten Jahr durch den großen Schwerpunkt der „Social Housing“-Konferenz und der internationalen Vernetzungsarbeit zum Thema leistbares Wohnen und geförderter Wohnbau“, sehr beachtet, sehr viele Aktivitäten, große Konferenz, die sich genau diesem Schwerpunkt gewidmet hat und nicht zufällig auch in Wien eine gute Heimat gefunden hat, diese Konferenz stattfinden zu lassen, und nicht zufällig auch gerade der Wiener Wohnbau, die Wiener Wohnbauträger, Wiener Wohnen und die Stadt Wien sich ganz, ganz besonders in dieser Initiative und auch bei den Konferenzen engagiert haben. Eingbracht hat sie vor allem die Expertise der letzten 100 Jahre Politik, nämlich einerseits durch den Gemeindebau, der auch heuer 100 Jahre feiert und zu Recht international beachtet und gewürdigt ist, nicht nur in der Frage der immer noch im Eigentum der Stadt und der Kommune stehenden Gemeindebauten, weil das ist nämlich genau das Besondere und das hat der Kollege von den GRÜNEN auch schon erwähnt. Wir haben halt nie den Fehler gemacht, Gemeindebauten oder gemeinnützigen Wohnbau zu privatisieren, zu verkaufen und damit nämlich der nächsten Generation vorzuenthalten. Wir haben ihn im Eigentum der Stadt und der Kommune und damit auch für die Zukunft sichergestellt. Beachtet wurde allerdings auch die grundsätzliche Einstellung dazu. Und da freue ich mich sehr, dass auch die UN-Sonderberichterstatterin ganz besonders in ihren Reden die Wiener Wohnbaupolitik und vor allem die Wiener Wohnstrategie lobt. Dazu sagt sie: „Wohnstrategien müssen im Gesetz verankert und Wohnraum als soziales Gut anerkannt werden, genauso wie es in Wien gemacht wird.“ Genau dieses soziale Gut, nämlich dass Wohnbaupolitik auch die beste Sozialpolitik ist, darin zeichnet sich die Wiener Wohnbaustrategie besonders aus.

Das Angebot ist der eine Teil. Und über die neuen Angebote haben wir ja auch schon gehört, nämlich das Smart-Wohnungsprogramm, das jetzt in den letzten Tagen auch noch einmal eine großartige Erweiterung erfahren hat und durch die Maßnahmen, die wir zur Zeit auch beschließen, in den nächsten Jahren unglaublich vielen Menschen und vor allem auch jungen Menschen die Möglichkeit bietet, sehr, sehr günstig mit dem Smart-Wohnungsprogramm ins Leben zu starten, hier eine große Wohnbauoffensive auf sehr, sehr leistbarem Niveau.

Die neuen Gemeindebauten, die schon im Bezug sind und auch im heurigen Jahr noch weiter bezogen werden, möchte ich nicht unerwähnt lassen, weil dass sich eine Stadt dazu entschließt, auch wieder Gemeindebauten zu bauen neben den normalen Wohnbauförderungsprogrammen im gemeinnützigen Sektor bei den Wohnbauträgern, das ist schon beachtenswert. Aktuelle Projekte sind Fontanastraße 1 und Handelskai 214, die ganz großartig sein werden. Viele weitere Projekte im 2., im 6. und in Favoriten sind gerade in Planung. Dass das alles möglich ist, und da möchte ich auch vor allem die Leistungen des Wohnfonds ganz besonders loben, der ja auch gerade ein Jubiläum feiert, ist dem Umstand zu verdanken, dass wir Grund und Boden in unserer Stadt zur Verfügung stellen können. Dass es überhaupt möglich ist, neben den Wohnungen auch den Grund zu haben. Und ja, Grund ist insofern ein wahnsinniges hohes Gut, weil er nicht vermehrbar ist. Und dass diese Strategie von Anfang an in dieser Stadt gefahren wurde, die Bodenbereitstellung zu garantieren, das ist das nächste wesentlich wichtige Puzzleteil für leistbares Wohnen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Lassen Sie mich jetzt zu dem Bereich kommen, der uns auch in Zukunft ganz besonders helfen wird, leistbares Wohnen zu garantieren, die Bauordnungsnovelle und die neue Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“. Ich glaube, das ist wirklich der große Wurf des Jahres 2018 in dieser Stadt, die Beschlüsse, die wir hier gemeinsam gefasst haben, die uns noch in vielen, vielen Jahren zurückerinnern werden und wir sagen werden: Das war ein sehr, sehr wichtiger und kluger Schritt, dass es möglich war, eine Widmungskategorie einzuführen, international sehr anerkannt und belobigt und gelobt, die garantiert, dass zwei Drittel geförderter Wohnbau bei diesen Umwidmungen zur Verfügung gestellt werden muss. Das ist sozialdemokratische und auch gemeinsam mit den GRÜNEN rot-grüne Wohnbaupolitik, und es ist gut so. Da werden uns noch viele Generationen auch danken. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Leistbares Wohnen heißt aber auch, ganz besonders viele Förderungen im Bereich der Sanierung zu investieren, weil es geht nicht nur um den Neubau. Und auch da (GR Michael Niegl: Er war gut!) brauchen wir uns überhaupt nicht verstecken, überhaupt nicht verstecken. (GR Michael Niegl: Das sieht man eh!) Ja, ja, Sanierung, Leistungsbericht 2018, ich kann es ja auch vorlesen: Zusicherung 88 Projekte, 184 Millionen Bauvolumen, Fertigstellung 110 Projekte, 153 Millionen Bauvolumen. Beauftragungen: 2 neue Blocksanierungsgebiete vom

Wohnbau (VBgm Dominik Nepp, MA: Nicht 88 sagen, das ist ein Geheimcode! Nicht 88 sagen, das ist ein Geheimcode! - Zwischenruf von GR Michael Niegl.) beauftragt 2018.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl** (unterbrechend): Herr Kollege Niegl, ich darf Sie bitten, Ihre Zwischenrufe zu reduzieren.

GRin Barbara **Novak**, BA (fortsetzend): ... neue Wohnbauprojekte. Haben Sie es gehört? Ich weiß nicht, ob Sie die Zahlen jetzt gehört haben. Ich kann es Ihnen noch einmal wiederholen: Also 88 mit 184 Millionen plus 110 sind 153 Millionen, ist ned nichts, würd' ich sagen, ist ned nichts. (VBgm Dominik Nepp, MA: Nicht 88 sagen, das ist ein Geheimcode!) Was denn? Was? Melden Sie sich noch zu Wort? Können Sie mir dann noch erklären, was das zu bedeuten hat. (Zwischenruf von VBgm Dominik Nepp, MA.) Nein, Sie haben gerade so mit mir gesprochen.

Also noch einmal, damit Sie es sich merken. Stetes Wiederholen sichert den Unterrichtsertrag, hat mir einmal jemand erklärt. 88 Projekte plus 110 Projekte (Zwischenruf von GR Michael Niegl.) nur Sanierung 2018 ausgegeben, Wohnfonds. Danke Wohnfonds, danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Zusätzlich MA 25, MA 50, auch da ein herzliches Dankeschön für die vielen, vielen Förderungen und Beratungsgespräche und Förderanträge, die dort abgewickelt werden im Einfamilien- beziehungsweise Einzelwohnungsbereich, Sanierungen sowohl für Thewosan-Sanierung. Wenn wir über Klimaschutz sprechen, wenn wir über Nachhaltigkeitspolitik sprechen, dann sind das genau die Bereiche, die so wichtig sind. Solarförderung, Thewosan-Sanierungen, aber auch die Generationen-nachhaltigkeit, dass Wohnungen bewohnt bleiben können durch die Förderung zum Beispiel zum Thema Barrierefreiheit, um Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit zu bieten, in ihren Wohnungen zu bleiben. Alles Dinge, die hier in dieser Stadt selbstverständlich sind und für die wir viel, viel Geld bereitstellen, damit genau das auch bleibt, nämlich leistbares Wohnen in der Wohnung, in der man schon lebt. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

So, und abschließend möchte ich dann, ich war nämlich auch ein bisschen überrascht, der Kollege von den GRÜNEN hat es schon erwähnt, ich war ein bisschen überrascht, dass die ÖVP sich jetzt da als die Partei aufspielt, die für das leistbare Wohnen steht. Das hat mir, ehrlich gesagt, schon, also ... Jetzt habe ich mir angeschaut, wie vielen Anträge denn so in der letzten Zeit von der ÖVP zum Thema leistbares Wohnen zugestimmt wurden. Hm, null Anträge. (Aufregung bei GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc.) Nein, wir haben eingebracht Bauordnungsnovelle 2018 - abgelehnt von der ÖVP, von der FPÖ sowieso immer, das brauch' ich gar nicht erwähnen. Aber die hat sich auch noch nicht da rausgestellt und gesagt, sie ist für leistbares Wohnen die Garantiepartei. Also ÖVP - abgelehnt. Abgelehnt Antrag zum Thema Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ - abgelehnt. Abgelehnt der Antrag zum Thema, ja alle Resolutionsanträge zum Thema Mietrechtsnovelle -

abgelehnt. Alles, was mit unbefristeten Mietverträgen zu tun hat - abgelehnt, auch im Nationalrat. Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten für Wohnzwecke - abgelehnt im Dezember 2018. Unbefristete Miete - Antrag abgelehnt. Abgelehnt Beschränkung befristeter Mietverträge, im Mai 2006 schon eingebracht - auch abgelehnt. Sicherung des sozialen Wohnbaus durch Erhaltung des Gefüges der gemeinnützigen Wohnbauwirtschaft - Antrag abgelehnt. Abgelehnt klare nachvollziehbare Mietbegrenzungen, Antrag im Mai 2016 - abgelehnt. So, ich weiß nicht, wo ist genau der Beitrag zum Thema leistbares Wohnen der ÖVP? Der ist nicht vorhanden! Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Fürs Protokoll darf ich mitteilen, dass GR Mag. Pawkowicz bis 17 Uhr dienstlich verhindert ist.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Emmerling, selbstgewählte Redezeit ist 5 Minuten.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss jetzt, glaube ich, schnell reden, weil fünf Minuten, das war mir nicht bewusst. Aber ich komme jetzt wieder zurück zum Thema Frauen. Die Kollegin Schmidt hat den Reigen der ...

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl** (unterbrechend): Ihre Fraktion hat insgesamt noch 15 Minuten. Also ich will Sie nicht auffordern, länger zu reden, aber mir wurden nur 5 gemeldet.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (fortsetzend): Gut, danke schön. Die Kollegin Schmidt hat den Reigen der Frauensprecherinnen schon eröffnet und mit einigen ganz interessanten Aussagen, wie ich finde, indem sie hier rechte und linke Frauenpolitik unterscheidet. Also für mich gibt es in dem Fall eine aktive Frauenpolitik, die Frauen fördert und unterstützt, oder eine, die das nicht tut und Frauen lieber in ihrer festgefahrenen jahrzehntelangen typisierten und stereotypen Rolle sieht. (Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)

Wenn Sie meinen, das eine wäre links eine aktive Frauenpolitik und die andere wäre rechts, dann muss ich Ihnen auch sagen auf welcher Seite, obwohl mir dieses Wort selbst überhaupt nicht zusagt, wie Sie sich vorstellen können, dann ist auch klar, auf welcher Seite ich hier stehe. Aber ja, Sie meinen, Sie betreiben hier genauso aktive Frauenpolitik.

Jetzt möchte ich den Anlass hier auch verwenden, um darüber zu sprechen, was hier im Bereich Sexualkunde und Sexualunterricht seitens Bundesregierung geplant ist, und das ist auch aktive Frauenpolitik. Sexualkunde an Schulen zu verbannen vielleicht sogar, aber als Kompromisslösung, das den Lehrerinnen und Lehrern quasi umzuhängen, also hier Experten wieder aus den Schulen rauszulassen, das ist ein Vorschlag der FPÖ und der Ultrakonservativen, der Ultrakonservativen in der ÖVP, möchte ich mal sagen, weil ich glaube, wenn hier das alle so sehen, wäre ich jetzt mal wirklich schwer schockiert. Aber Sie glauben wirklich, dass sich ein 14-Jähriger/eine 14-Jährige mit dem Biologielehrer, wo er grad vielleicht mit einem Fleck zu kämpfen hat, oder mit

dem Mathelehrer/der Mathelehrerin über sexuelle Orientierung, Bedürfnisse, Verhütung, Aufklärung spricht? Wirklich? Ist das euer Ernst? Also ich glaube wirklich, es braucht die Expertinnen und Experten in der Schule! Und wenn wir das nicht mehr haben, dann kommen wir in eine Situation, wo Jugendliche, die in dieses Alter kommen, sich mit ihren Kumpels austauschen, sich mit ihren Freundinnen austauschen. Da geht es um ausgeschmückte Erzählungen. Aber da geht es sicher nicht um Verhütung, da geht es sicher nicht um übertragbare Krankheiten, da geht es sicher nicht um ungewollte Schwangerschaften oder sicher nicht um das Thema Abtreibung! *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber jetzt wollte ich eigentlich zurück zum eigentlichen Thema Frauenpolitik in der Stadt Wien. Ich hab' da die Gelegenheit auch einmal genutzt, mit der Kollegin Ludwig-Faymann einmal darüber zu sprechen Frauenpolitik als Querschnittsmaterie, und ich finde das prinzipiell schon gut. Frauenpolitik schlägt ja in jedem Ressort auf, keine Frage, in jedem Lebensbereich auch der Wienerinnen, angefangen in der Sozialpolitik, in der Verkehrspolitik, beim Wohnen, überall. Und dass da einiges passiert auch als Querschnittsmaterie in der Stadt, ist überhaupt keine Frage, angefangen vom Gleichstellungsmo- nitor, den ich sehr begrüße. Ich glaube, es ist wichtig, sich an Zahlen zu orientieren und immer zu messen: Wie entwickeln wir uns weiter? Was können wir noch tun? Was haben wir erreicht bis auch zur Einführung des Gender Budgetings? Da wurde uns gestern auch, ich weiß jetzt nicht mehr, welche Kollegin es war, sehr ausführlich darüber berichtet, also Budgetansätze auf Geschlechterrelevanz zu überprüfen bis hin eben zu den koordinierenden Tätigkeiten der Frauenabteilungen und zu den vielen Vereinen, die hier auch ihren wichtigen Beitrag leisten. Ich bin auch immer dabei, wenn man Vereinskonstruktionen kritisiert, und da darf auch eine Kritik daran möglich sein. Aber ich glaube, inhaltlich unterscheidet uns da einiges. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ja, wir haben beim Thema Frauen zwei große Herausforderungen, die ich sehe. Das eine ist das Thema Gewalt an Frauen. Wir kennen die Zahlen alle, die sind erschreckend. Gerade dieses heurige Jahr hat uns gezeigt, dass wir hier in keine gute Richtung unterwegs sind. Jede 5. Frau ist ab ihrem 15. Lebensjahr von körperlicher oder sexueller Gewalt betroffen. Jede dritte Frau ist von sexueller Belästigung betroffen und jede siebente auch von Stalking. Ich bin froh, dass es hier in Wien doch einige Möglichkeiten gibt und gute Angebote gibt, Frauen zu unterstützen. Das fängt an bei den Frauenhäusern, die demnächst auch ausgebaut werden, wo über 1.200 Frauen und Kinder jedes Jahr Schutz und Unterkunft suchen und finden. Aber auch der Frauennotruf mit seinen über 10.000 Beratungsgesprächen, aber auch der Opferschutzgruppen in den Wiener Krankenhäusern, die darauf spezialisiert sind, sexuelle Gewalt oder überhaupt Gewalt zu erkennen und die nötigen Schritte einzuleiten.

Was mir hier in Wien trotzdem noch fehlt, ist die Gewaltambulanz. Sie wissen, ich habe es vor einiger Zeit hier auch eingebracht. Den Antrag habe ich heute nicht

mit. Ich glaube, es wäre mal gut, auch darüber zu diskutieren. Vielleicht kann man mir auch dann gut erklären, warum wir dieses zusätzliche Angebot nicht brauchen. Ich weiß, dass es das in Deutschland gibt. Ich habe mit vielen FachexpertInnen gesprochen, die das ebenso als eine gute Idee finden, eine unabhängige Stelle, wo sich von Gewalt Betroffene, und da sage ich, nicht nur Frauen, sondern natürlich auch andere, hinwenden können, wo es wirklich das Komplettangebot gibt von der medizinisch-rechtlichen Untersuchung bis eben dann auch zur Beweismittelsicherung bis hin zur weiteren Unterstützung im juristischen Bereich, bei der Verfahrensunterstützung, aber natürlich auch, was die psychologische Hilfe betrifft. Aber ich freue mich, wenn wir darüber noch einmal diskutieren können.

Der zweite Punkt der aktiven Frauenpolitik ist die Gleichstellung von Mann und Frau. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, das hat auch die FPÖ gesagt, das ist ja eigentlich ihr Ziel, die Gleichstellung von Mann und Frau im Arbeitsmarkt und natürlich was damit zusammenhängt, die Gleichstellung bei der ganzen unbezahlten Care-Arbeit, also vor allem Kinderbetreuung.

Da werden viele sagen, das ist bei uns eh schon und die ganze Familie macht das, Mann und Frau gleichzeitig. Ich sage, nein, die Zahlen sagen uns etwas komplett anderes. Da müssen wir in Wahrheit auch gesellschaftspolitisch noch eine 180-Grad-Kehtwende machen, um hier von einer Gleichstellung von Mann und Frau zu sprechen. *(Beifall bei den NEOS und von GRin Martina Ludwig-Faymann.)*

Die jetzige Situation hat natürlich massive Auswirkungen für Frauen. Es fängt an bei der Teilzeittätigkeit, mit dem geringen Einkommen, mit niedrigen Pensionen, mit Altersarmut. Da hilft uns eine Politik nicht, die das nicht anerkennt und in Wahrheit sogar Rückschritte macht. *(GRin Elisabeth Schmidt: Wer will das denn anerkennen bei der Pension?)* - Ich kann es akustisch nicht gut verstehen. *(GRin Elisabeth Schmidt: Wer will es pensionsrechtlich anerkennen?)* - Ein Pensionsplitting wäre hier zum Beispiel eine Lösung.

Ich finde, es ist halt nicht hilfreich, in welche Richtung wir uns hier momentan bewegen und welche Diskussionen wir überhaupt führen. In Wahrheit sind das große Rückschritte, auch wenn ein Papa-Monat gut und schön ist. Aber über einen Papa-Monat zu sprechen, ärgert mich in Wahrheit. Auch ein Familienbonus ist eine gute steuerliche Entlastung. Aber dass Kinderbetreuungsabsetzkosten nicht mehr geltend gemacht werden können, ist in Wahrheit frauenpolitisch ein Rückschritt und nicht sinnvoll. *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)*

Was wir brauchen, sind natürlich gute, ausreichende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen. Da ist Wien schon weit. Natürlich müssen wir mehr tun, vor allem bei den Null- bis Dreijährigen. Was wir brauchen, sind individuelle Karenzansprüche für Vater und Mutter zu gleichen Teilen. Das muss vollkommen normal werden. Das würde ich gern noch einmal erleben, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, und ein automatisches Pensionsplitting. Das wären alles Maßnahmen, die diese Herausforderungen konkret angehen.

Aber das Thema Gleichstellung kommt natürlich woher. Da sind wir wieder beim Thema Stereotype, Rollenverteilung von Mann und Frau, wie wir sie über Jahrzehnte lang festgefahren haben, wie sie entstanden ist. Das ist ein ganz natürliches Verhalten, das hier entstanden ist. Aber ich glaube, es liegt in der Verantwortung von Politik und auch einer aktiven Frauenpolitik, hier genau darauf zu schauen und zu schauen, wie wir diese aufbrechen können und wie wir Frauen denn in Wahrheit wirklich eine Wahlmöglichkeit geben können, weil die haben wir momentan nicht. Natürlich sind es die Vereine, die hier ihren Beitrag leisten. Diese machen genau das. Sie versuchen, Frauen zu unterstützen, Frauen zurück in den Arbeitsmarkt zu bringen, zu stärken in all ihren Lebensbereichen. In Wahrheit ist das eine Symptombekämpfung, weil wir in diesem ersten Schritt noch nicht so weit waren und diese echte Gleichstellung von Mann und Frau einfach nicht da ist. Deswegen braucht es auch diese Vereine, die diese Arbeit leisten. Da verstehe ich nicht, warum man noch sagen kann, wir brauchen sie nicht. Es liegt auf der Hand. Wir haben hier die Herausforderung. Auf der einen Seite tun wir Symptome bekämpfen. Das ist nicht befriedigend. Keine Frage, mir wäre es lieber, wie bräuchten sie nicht. Ich glaube, das geht jedem so. Aber in Wahrheit sind wir da, dass wir sie noch brauchen.

Deswegen möchte ich jetzt auch zum Schluss kommen. Ich danke allen Abteilungen beziehungsweise der Frauenabteilung der Stadt Wien für die Bemühungen, für all ihre Tätigkeiten und Arbeit, vor allem für das beherzte Anpacken in diesem Bereich. Ich freue mich auch, wenn wir hier einmal nicht ideologisch und nicht von rechter und linker Frauenpolitik sprechen. Die verschiedensten Ansichten, keine Frage, haben ihre Berechtigung. Aber in Wahrheit sollte es uns um eine aktive Frauenpolitik und eine wirkliche Gleichstellung auf allen Ebenen gehen. - Vielen Dank! (Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit war letztendlich 10 Minuten. Restredezeit für NEOS ist noch 5 Minuten.

Fürs Protokoll darf ich mitteilen, dass GR Niedermühlbichler von 10 bis 14 Uhr dienstlich verhindert ist.

Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Schwarz zum Wort gemeldet. Individuelle Redezeit ist 10 Minuten.

GRin Sabine **Schwarz** (ÖVP): Vielen Dank! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frauenpolitik, und das ist das, was ich immer wieder sage, ist eine Querschnittsmaterie. Das deswegen dann in ein Budget zu gießen und darüber zu reden, wie viel Geld für Frauenpolitik verwendet wird, ist natürlich schwer.

Es sind Themen wie natürlich auch Sicherheit. Was bringt eine Polizeistation am Praterstern - eine lange Forderung der Volkspartei - den Frauen? Sehr wohl ein Sicherheitsgefühl, besonders den Frauen, die am Praterstern und rundherum im Handel arbeiten. Was bringt das Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder in Wien? Das ist ein ganz wichtiges Thema, dass wir das ange-

gangen sind, dass wir - ich muss es immer wieder betonen - zum Glück ein fünftes Frauenhaus in Wien bauen, auch wenn wir sagen müssen, leider müssen wir es bauen und brauchen es. So kann man das immer weiter spielen mit der Frauenpolitik.

Ich möchte gerne wirklich auf Wien kommen. Ich möchte jetzt ganz bewusst darüber sprechen, was Wien in der Frauenpolitik machen kann. Denn das Land Wien kann da schon einiges machen.

Ich möchte zum Beispiel auf die Situation der Alleinerzieherinnen kommen. Wir haben 90 Prozent. Ich spreche jetzt ganz bewusst von den Alleinerzieherinnen in diesem Fall, so frei bin ich, weil 90 Prozent sind Frauen, die Alleinerzieher sind. Das betrifft knapp 50.000 Frauen in Wien. Ich habe mich vor einigen Wochen mit einigen unterhalten, die sehr darunter leiden, dass die Gesellschaft sozusagen dieses Familienmodell Alleinerzieher noch gar nicht so im Kopf hat. Dann haben sie mir auch erzählt, welche Probleme sie haben. - Wieso ist das lustig? (GRin Safak Akcay. Was heißt jetzt Frauenpolitik?) Großartig! - Dann haben wir darüber gesprochen, was sie in Wien denn bräuchten. Dann haben sie gesagt, sie haben schon das Problem, dass sie teilweise keinen Kindergartenplatz für ihr Kind bekommen, wenn sie einen Job suchen, weil du kriegst in einem städtischen Kindergarten nur einen Platz, wenn du einen Job hast. Das ist etwas, wo ich in der Budgetdebatte noch einen Antrag einbringen will. Was Frauen, besonders alleinerziehende Frauen, besonders brauchen, ist ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Den Antrag werde ich in der Budgetdebatte einbringen. Ich hoffe sehr wohl, dass Sie dem einmal zustimmen werden, weil da würden Sie sehr vielen Frauen helfen. (Beifall bei der ÖVP. - GRin Martina Ludwig-Faymann: Machen wir es gleich österreichweit!) - Da müssen Sie mit der Expertenregierung sprechen. (Heiterkeit bei GRin Martina Ludwig-Faymann.)

Wo brauchen Frauen noch Hilfe? Wiedereinstieg nach der Karenz. Wir reden immer ganz offen von der Falle der Teilzeitarbeit. Wir haben aber, und das sehen wir immer noch, immer mehr Frauen, die gern in die Teilzeitarbeit gehen. Jetzt muss man sich in der Frauenpolitik die Frage stellen: Müssen wir nur Angebote geben und in der Politik machen, die Frauen zu fördern, die Vollzeit arbeiten gehen, oder soll man auch, wenn man die Möglichkeit als Stadt, als Land hat, Angebote machen, dass Frauen eine Teilzeitarbeit finden und dann in weiterer Folge den Weg in die Vollzeitarbeit schaffen? Ich sage Ihnen ganz offen, ich bin für das zweite Modell, weil mir ist lieber, dass Frauen zumindest in der Teilzeitarbeit beginnen und dann den weiteren Weg in die Vollzeitarbeit nehmen, als noch länger zu Hause zu sein. (GRin Martina Ludwig-Faymann: Das tun sie eh!) Es gibt ein Modell, wo die Stadt Wien sofort eine Win-win-Situation machen könnte. Es gibt ein Modell in Salzburg. Da hat man gesehen, dass es die Problematik gibt, dass es an Pflichtschulen an administrativem Personal fehlt, an Sekretärinnen, an Verwaltungspersonal, das gleiche Schicksal, das wir an Wiens Schulen haben. Die haben ein Projekt gestartet, wo sie sagen, sie stellen Frauen

ein. Sie haben eine Frau und Arbeit GmbH, glaube ich, gegründet. Sie stellen Frauen ein, und diese können über 25 Wochenstunden an Schulen arbeiten. Damit hätte man zum einen die Frauen in Positionen bei familienfreundlichen Berufen, was Frauen auch möchten. Zum anderen hätten wir das Problem mit dem Verwaltungspersonal an Schulen gelöst. Es sind jetzt 117 Schulen besetzt. Ich habe mit der Bildungsdirektorin gesprochen. Sie hat gesagt, sie wollen dieses Programm noch ausweiten, weil es einen derartigen Erfolg hat. (GRin Mag. Barbara Huemer: *Wie sind diese ausgebildet?*) Es strömen die Frauen dorthin. Es ist ein familienfreundlicher Beruf.

Ich denke, es muss auch solche Angebote geben. Ich denke mir, dass das ganz wichtig ist, hoffe und bringe auch hierzu einen Antrag ein, dass Wien sich ein ähnliches Modell dazu einfallen lässt und verwirklicht, um Frauen einen Job zumindest in der Teilzeitarbeit anbieten zu können, der auch familienfreundlich ist. Das ist zum Beispiel auch eine Idee für alleinerziehende Frauen, die ganz oft ein Problem haben. (GRin Mag. Barbara Huemer: *Nein!*) - Nein, für Sie nicht, ich weiß, aber für uns schon! Sie müssen auch andere Meinungen gelten lassen! Nicht nur Ihre ist die richtige! Wirklich!

Dann gibt es eine zweite Sache, die uns am Herzen liegt. Das ist das Thema Isolation im Alter. Wie werden wir alt? In Würde altern. Da komme ich sehr wohl auf den Wohnbau und auf den bedarfs- oder bedürfnisorientierten Wohnbau zu sprechen. Es gibt eine Studie, durchgeführt unter den Best Agern, also 46+ - da gehöre ich auch schon dazu -, was sie sich in der Pension wünschen, wie sie leben möchten, und so weiter. Viele sagen, sie würden umziehen, sie hätten gerne eine Wohnung am Stadtrand im Grünen, gut öffentlich angebunden, sodass sie auch ihren Hobbys nachgehen können, von Kultur über Sport, auch Ärzte in der Nähe, und so weiter. Das Interessante ist, man hat dann gefragt, wie sie sich dann die Wohnform vorstellen. Nummer 1 haben sich die meisten Eigentumswohnungen vorgestellt. Nummer 2 wollten die meisten ein kleines Haus. Nummer 3 war betreutes Wohnen. Ich denke sehr wohl und hoffe inständig, dass da auch eine gute Zusammenarbeit mit der neuen Stadträtin für Stadtentwicklung sein wird. Ich glaube, dass das ganz wichtig ist in der Grätzlarbeit, in der Stadtentwicklung, sinnvoller bedarfsorientierter Wohnbau, weil auch das betrifft die Frauen, weil Frauen werden nun einmal älter, und Isolation ist etwas, was wir in dieser Gesellschaft nicht wollen, auch, muss man ganz offen sagen, uns nicht leisten können. Denn wir wissen, dass Isolation zu Krankheiten führt, zu Depressionen führt. Insofern ist es hier ganz wichtig, einen bedarfsorientierten Wohnbau für Menschen zu machen, die sozusagen im besten Alter beziehungsweise dann in der Pension sind. Ich hoffe wirklich, dass es hier ein Schwerpunkt wird, dass wir uns dem Thema Frauenarmut, Isolation widmen und sozusagen auch ein Maßnahmenpaket schnüren, was man tun kann, Schwerpunkte zu schnüren. Auch hier bringen wir einen Antrag ein. - Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Huemer. Selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GRin Mag. Barbara **Huemer** (GRÜNE): Danke! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch Zuhörerinnen und Zuhörern hier ein herzlicher Gruß aus dem Gemeinderatssitzungssaal zur Debatte Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen!

Ich werde mich in den nächsten Minuten zum Thema Frauenpolitik in der Stadt Wien äußern. Wien, das haben zumindest einige der VorrednerInnen schon gesagt, ist für Frauen eine sehr gute Stadt, eine sehr lebenswerte Stadt. Wenn wir uns vergleichen mit den Bundesländern, dann ist Wien bei Einkommen, bei Jobmöglichkeiten, bei Ausbildungsmöglichkeiten wirklich Spitze. Auch der öffentliche Dienst ist hier in Wien eine ganz wichtige Arbeitgeberin für Frauen. Ich habe gestern schon darauf hingewiesen. Wir haben in Wien ein leistbares und gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz, das Frauen nicht zwingt, ein Auto kaufen zu müssen, sondern sie können mit einem Euro am Tag wirklich quer durch die Stadt fahren. Es ist hier ganz einfach, ohne Auto auszukommen. Was wir in Wien auch haben, ist ein exzellentes und sehr breites Netzwerk an Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen für Frauen. Das Angebot reicht von Gewaltschutz, beruflicher Weiterbildung, aber auch Scheidungsberatung, Beratung für Alleinerzieherinnen. Das war hier der Kollegin von der ÖVP auch etwas sehr Wichtiges. Wir haben Beratung, wenn es um Arbeitslosigkeit geht, um Wohnungslosigkeit, auch bei Schuldenfragen oder Gesundheitsfragen. Das sind jetzt nur einige Beispiele. Aber das Beratungsangebot ist notwendig, ist sinnvoll und ist breit, so breit, weil die Vielfalt des Frauenlebens einfach eine vielfältige ist. Das ist eine Realität. Wenn die Kollegin Schmidt hier immer wieder, wie Ihre KollegInnen der FPÖ, versucht, Vereine zu diskreditieren, dann diskreditieren Sie hier die wertvolle und notwendige Arbeit von Frauen und von Fraueneinrichtungen. Ihnen geht es in dieser Hinsicht in keinster Weise, wirklich in keinster Weise, um Qualität, um Verbesserung, um Gleichstellung, sondern Ihnen geht es rein darum, hier die Vereine zu diskreditieren und anzupatzen, denn konkrete Kritik konnte ich nicht hören, sondern nur Ihre Überfliegerkritik! (GRin Elisabeth Schmidt: *Das ist eine Unterstellung! Sie wollen nur das hören, was Sie wollen!*)

Wenn Sie sich auf der Website des Frauenservices der Stadt Wien Ihre sogenannten unzähligen Vereine anschauen, die Leistungsbilanz von 2017 sagt, 33 Vereine würden über den Kleinprojektopf gefördert, 25 Vereine über 3-Jahres- oder 1-Jahres-Förderung, und das in einer fast 2-Millionen-Stadt, wo mehr als die Hälfte Frauen sind. Hier sprechen Sie von einem Überangebot! Das ist aus meiner Sicht tatsächlich Unkenntnis, was frauenpolitische Notwendigkeiten in dieser Stadt betrifft! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Weil auch die Kinderbetreuungssituation angesprochen wurde, ich denke auch, hier ist auf alle Fälle für null bis drei Luft nach oben. Aber ich habe mit einer Alleiner-

zieherin aus Niederösterreich geredet. Diese hat mir erzählt, für sie ist es wahnsinnig schwer, sich selbstständig zu machen, weil der Kindergarten um 12.30 Uhr zu macht. Das ist eine Situation, die Sie sicher so in Wien nicht finden werden. Ich meine, die Erwerbstätigkeit ist sicher ein ganz westlicher Faktor, um Frauenarmut zu verhindern. Teilzeitarbeit ist auch keine Möglichkeit, um Frauenarbeit zu verhindern, sondern aus meiner Sicht leider Gottes eine Falle, was Frauenarmut betrifft.

Für uns ist es in Wien jedenfalls das Ziel, dass die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen, das Leben frei von Gewalt oberste Priorität hat. Es ist ein Maßnahmenpaket, das hier ansetzt, von Jung bis Alt, ob Töchtertag und geschlechtersensibler Unterricht oder das FRECH-Programm im WAFF oder eben die Plattform Alleinerzieherinnen in Wien. Schauen Sie sich diese einmal an! Hier gibt es wirklich viele Informationen. Ganz wesentlich sind natürlich die Frauenhäuser in Wien, die im Gewaltschutz genauso wie auch andere Einrichtungen leider nach wie vor unverzichtbar sind und hier einen ganz wesentlichen Beitrag leisten.

Ich möchte an dieser Stelle den vielen Playern, die für Gleichstellung, Antidiskriminierung, Frauenförderung in dieser Stadt tagtäglich arbeiten, danken. Das sind allen voran die Mitarbeiterinnen der Frauenabteilung MA 57, das Frauenservice Wien, aber auch der gesamte Magistrat. Viele Menschen arbeiten für Gleichstellung. Das zeigt sich eindrucksvoll im Gender-Mainstreaming-Bericht. Es zeigt sich immer auch ganz eindrücklich im Gender-Budgeting-Bericht. Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittspolitik. Das betreiben wir hier in Wien, im rot-grünen Wien, wirklich konsequent. Danken möchte ich auch allen Frauen- und Mädchenberatungsstellen und eigentlich auch den Männerberatungsstellen, denn auch sie arbeiten für die Gleichstellung von Mann und Frau in dieser Stadt.

2018 konnten wir wieder in ganz hoher Qualität eben die Förderungen für die Frauen- und Mädchenvereine sicherstellen. Ich freue mich sehr, dass wir heuer 100.000 EUR zusätzlich frei machen konnten, damit der steigende Bedarf an Beratung - Wien ist eine wachsende Stadt, wie Sie wissen - auch weiterhin gut sichergestellt werden kann und wir gemeinsam die Segregationen am Arbeitsmarkt, aber auch die Diskriminierungen, aber auch Gewalt und Vorurteile bekämpfen können.

Die Kollegin Emmerling hat gesagt, wir sind noch nicht am Ende vom Ziel. Wir alle würden uns das wünschen. Es ist noch einiges zu tun. Der schon erwähnte Gleichstellungsmonitor ist für uns hier ein guter Anzeiger, wo noch Luft nach oben ist.

Ich erwähne Frauen mit Behinderung - das ist ein wichtiger Bereich -, auch die Armutsgefährdung weiblicher Jugendlicher, die politische Partizipation - ich schaue hier zur FPÖ -, da ist querum noch einiges zu tun, aber auch die Umverteilung in der Care-Arbeit und der unbezahlten Hausarbeit. Da lastet noch viel zu viel Arbeit auf den Schultern von Frauen. Männer fühlen sich von dieser Verantwortung offenbar nach wie vor viel zu wenig betroffen. Hier gehört tatsächlich noch viel an Bewusstseinsarbeit geleistet. Und auch auf eine neue

Herausforderung, eine neue alte aus meiner Sicht, sollten wir ein Augenmerk lenken, nämlich all das, was sich im Zusammenhang mit Digitalisierung abspielt. Wir müssen verhindern, dass wir hier einen neuen Digital Gender Gap aufbauen, sondern die Möglichkeiten der Technologisierung nutzen, um Diskriminierung weiter abzubauen.

Ich möchte noch weiter auf das Geschaffte von 2018 beziehungsweise in dieser Stadt für Frauenpolitik schauen, die klar profeministische Flagge, zu der sich Wien bekennt, und ganz massiv 2018. Es war das Jahr der schwarz-blauen Bundesregierung, die sich schon in ihrer Präambel den biologischen Unterschied von Männer und Frauen reingeschrieben hat. Es war das Jahr, wo es ganz klar darum ging, dem frauenpolitischen Backlash entgegenzutreten, ganz klar alle antifeministischen Avancen abzuwehren und die Retraditionalisierung der Geschlechterrollen zu stoppen. Wien hat hier eine ganz aktive Rolle eingenommen.

Kollegin Emmerling hat gesagt, es geht um aktive Frauenpolitik, um eine eigenständige Frauenpolitik. Wir in Wien machen das, beispielsweise indem wir die Frauenförderung an die Auftragsvergabe koppeln - das ist ein ganz wichtiges Instrument -, indem wir offen sind für die Entwicklungen in der Stadt, beispielsweise eben mit dem Bau des fünften Frauenhauses, dass wir hier nicht den Stillstand festmachen, sondern für die Entwicklungen, die Bedürfnisse und den Bedarf offen sind. Wir sind auch offen, dass der öffentliche Dienst nicht ausgelagert oder privatisiert wird, sondern hier eine ganz fixe Größe für Frauenarbeit in dieser Stadt ist. Wir von Rot-Grün sprechen uns für einen starken öffentlichen Dienst aus. Wir machen Frauen sichtbar, beispielsweise durch den Journalistinnenpreis oder den Wissenschaftspreis.

Wenn wir an 2018 denken, haben wir auch massiv das Frauenvolksbegehren unterstützt, anders als die Bundesregierung, wo hier zwei Fraktionen aufgetreten sind und gemeint hatten, sie würden Kompetenz in Sachen Frauenpolitik haben. Nein, diese Kompetenz haben Sie in der Tat nicht! Das haben Sie bewiesen! Sie haben das Frauenvolksbegehren abgelehnt! Sie unterstützen keinesfalls die Bemühungen, hier zu verhindern, dass im Schwangerschaftsabbruch Rückschritte möglich sind, sondern Sie betreiben genau diese Politik! Das ist aus meiner Sicht wirklich unfassbar, wie Sie sich hier hinstellen können und Forderungen aufstellen, die Sie in Ihrer Politik auf Bundesebene konterkariert haben, konterkariert auf jeder Ebene und auf jeder Linie!

Die Liste und Erfolgsliste der Stadt Wien im Bereich Frauenpolitik ist sehr umfassend. Ein Beispiel möchte ich noch erwähnen, weil ich es ganz witzig finde, weil dann auch gespielt wird mit den neuen Techniken. Das ist ein Projekt mit Mädchen von 14 bis 20 Jahren. „Not Ashamed“ ist ein Musikvideo, wo sie den Text selbst kreiert haben und gegen Body Shaming, Rassismus, Sexismus und Mobbing singen. Also, ich finde, solche Ideen zu unterstützen, ganz lobenswert und notwendig.

Wien ist, wie gesagt, eine Stadt der Frauen. Wien ist eine Stadt, wo Frauen gute Chancen haben, wo wir, Rot-Grün, ganz klar Vorbild sind, wo wir Benchmarks internationaler Art setzen. Das sehen wir immer wieder auch im

Feedback im Städtevergleich. Alles, was wir hier tun, überlegen wir, ob und wie es Frauen zu Gute kommt. Das ist wichtig und notwendig, anders als im Bund. Beispielsweise war gestern die Debatte zur Sozialhilfe. Was wir hier erleben werden oder würden, ist ganz klar ein Schritt zur Frauenarmut. Darum gilt es, dieses Gesetz zu stoppen. Das darf nicht kommen, denn es fördert Frauenarmut, treibt Frauen in die Armut. In Wien machen wir vieles besser.

Ein letztes Projekt, das wir gerade gestartet haben, ist das Projekt „Respekt“, wo es darum geht, Empowerment zu fördern, die Vorurteile in Geschlechterstereotypen in Wien bei den Jugendlichen abzubauen. Das ist ganz wichtig für die nächsten Generationen. Alles in allem eine sehr runde Sache, die wir frauenpolitisch in Wien auf die Beine stellen und weiter unterstützen. Ich freue mich, wenn wir hier gemeinsame Schritte gehen. Aber ich warne hier auch vor einer bloßen Rhetorik von manchen Oppositionsparteien. Ich möchte hier Taten sehen. Das können Sie in den nächsten Sitzungen im Gemeinderat tun, indem Sie konsequent für Frauenförderung stimmen. Es würde mich überraschen, wenn sich Ihr Verhalten, das Sie in der Vergangenheit an den Tag gelegt haben, ändern würde. Aber man kann ja dazulernen. Jedenfalls inkludiert dieses Budget viel Frauenförderung. Darum ist es gut. Stimmen Sie bitte zu! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 12 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Mag. Kasal. Selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten.

GR Mag. Günter **Kasal** (FPÖ): Wunderschönen guten Morgen! Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz kurz nur zur Frauenpolitik und zu meiner Vorrednerin: Wenn alles so toll ist für Frauen, so genial und alles so gut funktioniert in dieser Stadt, dann wundere ich mich doch über sämtliche Reden, Wortmeldungen und Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit dem Weltfrauentag, weil beim Weltfrauentag ist alles in Österreich immer so furchtbar schlecht. Wenn man dann über die eigene Politik in der Stadt redet, dann ist alles wieder super, supergut. Also, wie ist jetzt die Situation für Frauen in der Stadt? Ist sie jetzt supergut? Dann muss ich am Weltfrauentag nicht so viel darüber jammern. Oder sie ist superschlecht? Dann sind Sie in der Lage, etwas daran zu verbessern! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Womit ich zum Wohnbau komme. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Ja, bitte! Besser! - GR Peter Kraus, BSc. Danke für die Überleitung! - GR Prof. Harry Kopietz: Nach der nächsten Wahl sicher!) - Besser geht es nicht! - Womit ich bei meinem Vorredner, dem Herrn Kraus, und seinem doch etwas kruden Verständnis zur Schaffung von Eigentum bin. Wir werden den später zur Abstimmung gelangenden Antrag der ÖVP, betreffend Eigentumsschaffung und Unterstützung der Förderung, unterstützen und zustimmen (GR Peter Kraus, BSc: Das finde ich auch super! Passt!), weil wir es nicht für schlecht finden, wenn sich berufstätige Menschen im Zuge einer lebenslangen Sparsamkeit es irgendwann einmal leisten können oder ansparen können, dass sie*

auch eine Wohnung kaufen können. *(GR Peter Kraus, BSc: Super!)* Das ist nichts grundsätzlich Schlechtes.

Ich sage Ihnen aber, was schlecht ist. Es ist schlecht, wenn ich nicht für den Verkauf bestimmte Genossenschaftswohnungen, wie bei der WBV GFW, 3.000 Genossenschaftswohnungen, eigentlich mehr oder weniger durch eine grobe Vernachlässigung der Aufsichtspflicht - wir haben hunderte Male darauf hingewiesen, zig Zeitungsartikel, et cetera -, wo Sie die Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigen, mehr oder weniger in die Privatisierung abgleiten lassen, wenn es nicht große Aufschreie und eine Änderung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes auch in diesem Zusammenhang gegeben hätte. Also, das ist schlimm! Aber wenn sich jemand normal eine Wohnung vielleicht einmal im Zuge eines Erwerbslebens ersparen kann, haben wir nichts dagegen. Das würden wir auch für gut finden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zur Wohnsituation in Wien: Sie hat sich seit dem letzten Jahr nicht verbessert. Schon letztes Jahr hat die Wohnbauförderung gelitten unter der Wiener Struktur- und Ausgabenreform. Auch letztes Jahr, im Jahr 2018, ist die Wohnbauförderung um 52 Millionen EUR zurückgegangen. In Summe kann man davon ausgehen, dass seit 2010, also unter rot-grüner Verantwortung, die jährliche Wohnbauförderung beinahe um ein Drittel reduziert wurde. Das ist nicht gut, sehr geehrte Damen und Herren, wenn man sich gleichzeitig immer aufs Mascherl stecken will, dass man sich so für den leistbaren Wohnraum einsetzen tut! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Entwicklung auf dem Wiener Wohnungsmarkt ist also nicht gut. Warum ist sie nicht gut? Weil gleichzeitig zur Reduzierung der Wohnbauförderung werden auch regelmäßig die ökologischen Auflagen für den geförderten Wohnbau überhöht. Das heißt, ein privater Wohnbau kann mittlerweile billiger als ein geförderter Wohnbau errichtet werden. Das leistbare Wohnen geht dadurch natürlich noch viel weiter in die Ferne. Was noch besonders schlecht ist, auch bei der Förderung der Sanierung, dass der gesamte ökologische Bereich ist viel zu stark betont ist, weil darunter einfach die Leistbarkeit leidet. Wenn man davon ausgeht, wenn ich heute in eine Gemeindewohnung als Jungfamilie ziehe, sage ich jetzt einmal, plus/minus 75 m², werde ich für diese Wohnung zwischen 800 und 850 EUR kalt, das heißt, ohne Heizung und ohne Strom, bezahlen. In Summe komme ich dann als Jungfamilie auf eine monatliche Belastung von Wohnkosten, wenn ich vielleicht noch Fernsehen auch schauen will und Telekabel habe, von plus/minus 1.000 EUR für eine 75 m²-Wohnung. Da hört sich dann die Leistbarkeit bereits im sozialen Wohnbau auf. Da müssten wir gegensteuern! *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich bringe dazu auch einen Antrag ein, und zwar:

„Die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen wird aufgefordert, in der Neubauperordnung als alleinigen thermisch-energetischen Standard den Niedrigstenergiestandard einzuführen, um die Wohnkosten in Wiens gefördertem Wohnbau zu senken und zu einer ehrlichen Klimapolitik, die nicht länger in einer Überbeanspruchung des Wohnbaus bestehen kann, zurückzukehren.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Jetzt noch einmal zum nächsten Punkt, und zwar zum Gemeindebau. Ich beginne mit einer kurzen Geschichte, eine persönliche leidvolle Erfahrung, und zwar Schimmelproblematik. Ich hatte bis 2015 eine Gemeindegewohnung, und ich hatte hinter einem Kasten massiven Schimmelfall, ganz schlimm, 1 m hoch, zirka 3 m lang, eine wirklich unerfreuliche Geschichte. Was ist dann passiert? Man meldet das bei Wiener Wohnen. Dann kommt jemand - früher einmal hat das Werkmeister geheißsen -, wer auch immer, sich das anzusehen. Er hat sofort die richtige Lösung. Ich lüfte zu wenig und der Kasten war zu knapp. Selbst erlebt, selbst erfahren. Der Kasten kommt weg. Es steht gar nichts mehr davor. Im ganzen Zimmer steht mittlerweile gar nichts mehr davor. Es wird der Schimmel behandelt, und er hört nicht auf. (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Es gehört gelüftet!*) - Genau, gelüftet! Entschuldigung, Martina, die gescheiten Aussagen habe ich von Wiener Wohnen zur Genüge bekommen. (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Hast du es auch gemacht?*) - Ich habe es auch gemacht. Es gibt dutzende Anrufe, die ich bereits gehabt habe und die immer wieder kommen, die über den Schimmelfall klagen, der nicht gelöst werden kann und irgendwelche Gutachter erklären dann irgendetwas, lüften, bla, bla, bla. In meinem Fall war es ganz einfach, und zwar war die Dachrinne verstopft. Wenn es geregnet hat, ist die Dachrinne übergegangen. Damals hatten wir noch im Gemeindebau das Glück, dass wir den Trockenboden auch als Trockenboden verwendet konnten. Das heißt, ich konnte dort auch einmal die Dachrinne anschauen. Wir sind dann draufgekommen, als ich den gescheiten Herrn von Wiener Wohnen mitgenommen habe, mehr oder weniger fast an der Hand, ihm gezeigt habe, wo die Dachrinne verstopft ist, dass das Problem gelöst werden kann. (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Was ist jetzt die Aussage?*) Die Aussage ist, dass man bei Wiener Wohnen keine Unterstützung bekommt! Man bekommt von Wiener Wohnen nur die Aussage, man ist mehr oder weniger selber schuld! Aber eine Lösung der Problematik kommt niemals! Das ist symptomatisch für die Situation von tausenden Mietern im Gemeindebau, wenn sie Probleme haben, dass diese Probleme nicht gemeinsam mit Wiener Wohnen gelöst werden.

Seit 2012 habe ich eine Ombudsstelle für Wiener Wohnen beantragt, wo sich die Leute in Problemfällen hinwenden können. Seit 2012 wird dieser Antrag alljährlich abgelehnt. Ich verstehe schon, dass es vielleicht uncharmant ist, wenn der Antrag von der Opposition kommt. Aber es wäre trotzdem sinnvoll, gescheit und notwendig, wenn man es vielleicht selber macht. Die Probleme gibt es offensichtlich im Gemeindebau, weil die Frau Stadträtin, wie ich lese, seit einer Woche in der größten und beliebtesten Tageszeitung in Österreich sagt: „Was stört Sie im Gemeindebau?“ Das heißt, Gemeindebaumieter rufen jetzt bei einer Tageszeitung an, klagen ihr Leid, die Tageszeitung berichtet dann darüber oder auch nicht. Diese Leidkundtungen, diese Probleme werden dann von der Tageszeitung wieder an Wie-

ner Wohnen übermittelt, und Wiener Wohnen versucht dann, die Probleme vielleicht zu lösen. Entschuldigen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, das ist doch ein Unfug! Es ist die Kernkompetenz von Wiener Wohnen selbst, sich um die Probleme im Gemeindebau zu kümmern (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Das tut Wiener Wohnen auch!*) und nicht eine Tageszeitung zwischenzuschalten und dort die Probleme sammeln zu lassen! Ich meine, diese Tageszeitung ist nicht die Ombudsstelle von Wiener Wohnen, sondern Wiener Wohnen sollte das aus meiner Sicht selber machen! Die Probleme sind evident. (Beifall bei der FPÖ. - GR Dr. Kurt Stürzenbecher: *Zack, zack, zack!* - GR Mag. Josef Taucher: *Ibiza-News!*)

Siehst du, immer wenn es einem weh tut, immer wenn es umgekehrt ist, kommen deine Urlaubserinnerungen, oder ich weiß nicht, worüber du die ganze Zeit sprichst! Das sind die Probleme im Gemeindebau: Schimmel, Lärm, Müll, Vandalismus. Nicht seit heute, nicht seit gestern! (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Geh, bitte! 220.000 Wohnungen und er redet von einem Schimmelfall! Das ist ja ein Scherz!*) Wir werden morgen auch noch eine Anfrage zum Schimmel einbringen. Ich hoffe, dass ich auch eine ehrliche Beantwortung bekomme. Allein die Menschen, die sich bei mir melden, lassen darauf schließen, dass es hunderte Probleme mit Schimmelfall, die ungelöst sind und die auch nicht zu lösen sind, bei Wiener Wohnen gibt. Da schlafen in vielen Zimmern auch Kinder drinnen, kleine Kinder, die dann über Asthma und Allergien klagen. Da muss man als Wiener Wohnen versuchen, direkt die Situation, die Probleme zu lösen (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Genau!*) und bitte schön nicht über eine Tageszeitung und jeden Tag habe ich dann Gemeindebaumieter, schreibt ein Lärmprotokoll, et cetera.

Das ist die Kompetenz von Wiener Wohnen selbst, wobei ich zum wiederholten Male den Antrag einbringe, und zwar:

„Die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen wird aufgefordert, die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle im Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich von Wiener Wohnen in die Wege zu leiten. Im Zentrum der Aufgaben dieser Stelle sollen die unabhängige Betrachtung von Konfliktfällen und die Überprüfung von Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit gefällter Entscheidungen stehen. Diese unparteiische Schnittstelle ist mit der erforderlichen Infrastruktur auszustatten.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Das heißt nicht, dass die Aktion grundsätzlich schlecht ist, als Begleitung für eine Ombudsstelle. Aber ich finde, dass Wiener Wohnen auch seiner eigenen Verantwortung nachkommen soll.

Ich bringe noch einen Antrag ein, wo es darum geht, eigentlich die Kennzahlen der Wohnungssuchenden in Wien in einer ehrlichen, transparenten Liste aufzureihen, und zwar nicht nur die Warteliste für den Gemeindebau, sondern wo man natürlich den gesamten geförderten Wohnbau zusammenfasst und eine Warteliste im Gro-

ßen und Ganzen für einen Gesamtüberblick in Wien zur Verfügung stellt, und zwar:

„Die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen wird aufgefordert, die Warteliste bei Wiener Wohnen um verfügbar zu machende Wartelisten von in Wien ansässigen gemeinnützigen Bauvereinigungen zu erweitern, um endlich Transparenz hinsichtlich der Wohnversorgung in Wien sicherstellen zu können.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Ich gehe am Ende noch ganz kurz auf einige Anträge ein, die von anderen Parteien gestellt wurden, nur weil man im Internet immer sehr schlecht mitverfolgen kann, wofür man eigentlich steht, wofür man nicht steht. Wenn dann abgestimmt wird, wissen die Menschen nicht mehr, worum es eigentlich gegangen ist.

Ein Antrag behandelt hier die Nachverdichtung auf Grundstücken von Wiener Wohnen. Diesbezüglich halte ich ganz klar und unmissverständlich fest, die Freiheitliche Partei spricht sich gegen jegliche Nachverdichtung im Gemeindebau aus. Wir halten das für schlecht. Als die Gemeindebauten errichtet wurden, haben sich die Architekten und Stadtplaner etwas dabei gedacht. Jetzt mitten auf vorhandene Grünflächen zusätzlichen Wohnbau vor die Nase von Gemeindebaumietern zu stellen, halten wir für schlecht. Ausbauten von Dachböden sind im Verhältnis zu Neubauten viel zu teuer. Die Mannstunden sind viel zu kostenintensiv, um leistbaren Wohnraum sicherstellen zu können. Somit Nachverdichtung im Gemeindebau bitte mit uns sicherlich nicht!

Nächster Antrag war noch die Gewährleistung für Wohnbauförderungsmittel für Gebiete mit gefördertem Wohnbau. Wir waren gegen diese Form, gegen diese Bestimmung des geförderten Wohnbaus. Wir sprechen uns dadurch natürlich auch für die Erweiterung der Wohnbauförderung in diesem Bereich aus. - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist GR Deutsch. Selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GR Christian **Deutsch** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wien ist die Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität. Der international viel beachtete soziale Wiener Wohnbau, die Stadterneuerung mit der Revitalisierung alter Ortskerne und deren Wohnhäusern sowie die Gestaltung des Wohnumfeldes tragen zu dieser hohen Lebensqualität und zur Wohnzufriedenheit in der Stadt bei. Dies kommt insbesondere auch in diesem Rechnungsabschluss 2018 der Geschäftsgruppe klar zum Ausdruck.

So ist zum Beispiel die MA 25 die kompetente Ansprechpartnerin für alle Belange der Wohnqualität und des Wohnumfeldes, auch im Hinblick auf eine barrierefreie Stadt. Die Wiener Gebietsbetreuung etwa agiert dabei als aktive und bürgernahe Serviceeinrichtung, die höchste Wohn- und Lebensqualität in Wiens Gründerzeitvierteln schafft. Mit dem Jahr 2018 stehen die Exper-

tinnen und Experten der Gebietsbetreuung Stadterneuerung an fünf Standorten für wohn- und mietrechtliche Fragen zur Verfügung. Hier hat es eine Ausweitung gegeben, auch auf die Bezirke 1, 13, 19, 22 und 23. Gebiete, die neu bebaut werden mit mehr als 1.000 Wohneinheiten oder sich verändern hinsichtlich der Nutzung oder der Bevölkerungsstruktur, werden von der Gebietsbetreuung Stadtteilmanagement begleitet. Das ist nur eines von vielen Beispielen, die zeigen, wie viele Serviceeinrichtungen es in der Geschäftsgruppe für die Wienerinnen und Wiener gibt.

So wurden auch die Projekte digitale Baueinreichung und Wiener Gebäude- und Wohnungsregister im Bereich der Baupolizei gestartet, sodass diese bereits heuer einen Beitrag zur Digitalisierungshauptstadt Wien leisten, jenes Ziel, das Bgm Michael Ludwig auch bei seiner Antrittsrede hier im Wiener Gemeinderat formuliert hat.

Aber zentraler Punkt ist natürlich die Wohnbauoffensive der Stadt, die 2018 fortgesetzt wurde. Das bildet sich auch in der Entwicklung der Wohnbauförderung ab. Von der im Rechnungsabschluss abgebildeten Gesamtsumme von 506,86 Millionen EUR wurden 271,39 Millionen für die Objektförderung Neubau, 151,6 Millionen EUR für Objektförderung Sanierung und 83,9 Millionen EUR für die Subjektförderung aufgewendet. Also alleine daran sieht man, dass es im Bereich der Objektförderung Neubau im Jahr 2018 eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr gegeben hat. Die Anzahl der zugesicherten Einheiten erhöhte sich auf weit über 7.000 im Jahr 2018. In 9 Bauträgerwettbewerben, 8 Sitzungen des Grundstücksbeirates konnten 2018 die Empfehlungen abgegeben werden. Mehr als 10.000 Wohneinheiten wurden alleine im Jahr 2018 neu errichtet.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine ganz zentrale Frage dabei ist: Wie kann es gelingen, für die Menschen in unserer Stadt weiterhin leistbaren Wohnraum zu schaffen? Eine Antwort wurde mit der Novellierung der Bauordnung für Wien gegeben, nämlich mit der Einführung der Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“, ein Meilenstein in der Wiener Wohnbaupolitik, wo Maßnahmen für leistbares Wohnen und Klimaschutz sowie für Verfahrensvereinfachungen, Verfahrensbeschleunigung sowie die Reduktion der Verfahrenskosten ganz klar definierte Schwerpunkte waren, die letztendlich auch den Bewohnerinnen und Bewohnern unserer Stadt zu Gute kamen. Überall dort, wo die neue Widmungskategorie künftig in Widmungs- und Bebauungsplänen zur Anwendung kommt, dürfen de facto nur Wohnbauten mit einem Zweidrittelanteil von geförderten Wohnungen errichtet werden, damit eben in unserer Stadt weiterer leistbarer Wohnraum entstehen kann, wodurch Immobilienspekulation ein Riegel vorgeschoben wird und Grundstückskosten nachhaltig gedämpft werden. Davon profitieren die zukünftigen Mieterinnen und Mieter.

Sicheres und leistbares Wohnen ist aber auch ein Zukunftsthema in ganz Europa. Die Ergebnisse der Städtepartnerschaft für leistbares Wohnen, der städtischen Agenda der Europäischen Union, wurden anlässlich einer Konferenz 2018 auch in Wien präsentiert. Denn

leistbares Wohnen ist in vielen Städten Europas Mangelware. Wien zeigt auch hier vor, wie es geht. Mit dem Wiener Wohnbau trägt die Stadt zur sozialen Integration, zur sozialen Durchmischung, zur Standortattraktivität und auch zu globalen Klimazielen bei. So war auch im Jahr 2018 die Wohnservice Wien Ges.m.b.H. Gastgeber für viele ausländische Delegationen, die Wien besucht haben, um zu sehen, wie es geht und die sich informieren lassen wollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, während die Wiener Stadtregierung hier konkrete Maßnahmen setzt, um leistbaren Wohnraum in der Stadt zu schaffen, schnüren die ehemaligen Koalitionspartner ÖVP und FPÖ ein Belastungspaket für die Mieterinnen und Mieter! Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten sie sich auseinandersetzen! Denn die von den beiden Parteien ÖVP und FPÖ geplante Novelle zum Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz führt zu einer massiven Belastung von Genossenschaftsmietern! Sie haben den Regierungsentwurf von Schwarz-Blau in Form eines Initiativantrages im Parlament eingebracht und wollen ihn nächste Woche auch beschließen. Nach der derzeitigen Regelung werden etwa die Mieten abgesenkt, sobald die Wohnungen ausfinanziert sind. Mit dieser Novelle des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes würden aber bis zu 450.000 Haushalte um diese Mietreduktion umfallen. Expertinnen und Experten gehen hier von 2.000 bis 3.000 EUR pro Wohnung und Jahr aus, die den Mietern entzogen werden. Das ist so, damit man sich das vielleicht besser vorstellen kann, wie wenn Sie einen Kredit aufnehmen und den Kredit zurückbezahlt haben, dann aber die Kreditraten dennoch ewig weiter bestehen bleiben. Das ist eine Unverschämtheit! Das ist eine Schädigung der Mieterinnen und Mieter, ein Griff in die Geldbörse der Menschen und eine massive Verschlechterung für die Mieterinnen und Mieter von Genossenschaftswohnungen! Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Weg, den die früheren Regierungsparteien fortsetzen wollen, ist ein Programm, das sich an den Wünschen der Immobilienwirtschaft, aber nicht an den Interessen der Menschen orientiert! Dieser angekündigte Weg ist eine gefährliche Drohung für die Bevölkerung!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme noch einmal zum Wiener Wohnbau zurück, der ein Vorbild, ein Modell für ganz Europa im 21. Jahrhundert ist. Darauf können die Wienerinnen und Wiener auch zu Recht stolz sein, und darauf können sie sich auch verlassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Während in der Berliner Öffentlichkeit beispielsweise die Debatte läuft, Wohnbaugenossenschaften zu enteignen und wieder eine Rekommunalisierung durchzuführen, wird in internationalen Medien immer wieder die Frage gestellt, wie es Wien macht, dass so viel leistbarer Wohnraum auch zur Verfügung steht. Die Wiener Stadtregierung hat eben nicht den Fehler anderer Städte in vielen europäischen Ländern begangen, kommunalen Wohnbau zu privatisieren, obwohl dies von konservativen Parteien immer wieder vehement gefordert wurde.

Aber wie bei vielen Privatisierungen in der Vergangenheit haben die Menschen die bittere Erfahrung ge-

macht, dass die vollmundigen Versprechen nicht gehalten wurden. Die Preise sind gestiegen, die Qualität ist gesunken, Arbeitsplätze wurden reduziert und Investitionen in die Infrastruktur gestrichen. Also kein Wunder, dass bereits 700 Rekommunalisierungen in 20 europäischen Ländern in den letzten Jahren durchgeführt wurden. Auf solche Experimente, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man in Wien wahrlich verzichten!

Abschließend darf ich mich noch ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen für ihre engagierte Tätigkeit für die Menschen in dieser Stadt bedanken! - Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist GR Niegl. Individuelle Redezeit ist 13 Minuten. Das ist die Fraktionsrestredezeit.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Werte Kollegen und Kolleginnen! Werte Zuseher bei dieser Debatte!

Die Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau beschäftigt sich mit einem unverzichtbaren Grundbedürfnis, nämlich dem Grundbedürfnis nach Wohnraum, insbesondere nach leistbarem Wohnraum. Das ist ein hehres Ziel und soll logischerweise uns alle motivieren, für die Bevölkerung dies auch in ausreichendem Ausmaße zur Verfügung zu stellen. Leider sind Sie, meine Damen und Herren von Rot und Grün, nicht besonders erfolgreich dabei! *(Heiterkeit bei GRin Martina Ludwig-Faymann.)* Es gelingt nämlich offenbar nicht, genügend leistbaren Wohnraum bereitzustellen. Das erkennt man jeden Tag, wie Leute warten und keinen sozialen Wohnraum, keine Gemeindewohnung bekommen. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das ist ein Wahnsinn!)* Man merkt es auch an Ihrer Art, Sie sind so selbstverliebt *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Kriegen Sie nicht mit, was los ist?)*, Sie sind selbst von sich so geblendet, dass Sie gar nicht die Realität der Menschen mitbekommen! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das sagen Sie!)* Das ist wirklich lustig! Wäre es nicht so traurig, wäre es lustig! Sie sind derartig von sich selbst geblendet, dass Sie die Realität nicht erkennen! Das ist halt traurig! *(Beifall bei der FPÖ. - GRin Martina Ludwig-Faymann: Die ganze Welt schaut auf Wien!)*

Wie in den letzten Jahren muss ich auch diesmal wieder darauf hinweisen, dass der Mangel an Wohnraum aber nicht nur dadurch entsteht, dass man falsch plant oder nicht richtig baut, sondern auch dadurch, dass die Stadt unverhältnismäßig schnell wächst. Dieses Wachstum, die wachsende Stadt, die Sie so glorifizieren und sich so darüber freuen, hat damit zu tun, dass Sie eine Einladungspolitik nach Wien betreiben und viele Leute nach Wien kommen. *(GR Erich Valentin: Darauf haben wir jetzt gewartet!)* Das wäre ein gutes Konzept. Aber die Leute, die nach Wien kommen, die Sie einladen mit Ihren überbordenden Sozialleistungen, tragen leider nichts zum Erfolg der Stadt bei! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Es lädt keiner wen ein!)* Das ist halt das große Problem! *(Beifall bei der FPÖ. - GRin Martina Ludwig-Faymann: Fällt Ihnen zu Wohnen nichts mehr ein?)*

Durch ihre verfehlte Einladungspolitik kommt es ungefähr zu einem Anstieg der Bevölkerung von 40.000 Personen pro Jahr. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Falsch!*) 90 Prozent dieser von Ihnen eingeladenen Personen (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Nein, falsch!*) lehnen sich zurück ins Sozialsystem. Sie wissen es auch. Überbordende Schulden, überbordende Sozialleistungen und logischerweise kommt es auch zu einer Verknappung an sozialen Wohnbaumöglichkeiten und sozialem Wohnraum.

Sie, meine Damen und Herren, reagieren dann noch dazu auf den Anstieg der Bevölkerung damit, dass Sie die Wohnbauförderung kürzen! Der Kollege Deutsch stellt sich da heraus und propagiert, 506 Millionen werden in die Wohnbauförderung hineingesteckt. Aber was bedeutet das denn, wenn man sich die Vergangenheit ansieht? Sie haben seit 2015 die Wohnbauförderung um ganze 52 Millionen gekürzt. Das heißt, die Stadt wächst, und Sie kürzen die Wohnbauförderung! Das Konzept müssen Sie mir einmal erklären, wie es aufgehen soll! Denn 2015 gab es noch 558 Millionen Wohnbauförderung, 2017 bereits nur mehr 529 Millionen und jetzt die besagten 506 Millionen, also eine Kürzung von 52 Millionen. Die Stadt wächst, und Sie kürzen die Wohnbauförderung! Bravo! Das ist natürlich Mathematik der Sozialdemokratie, die niemand nachrechnen kann! Und Sie planen auch noch weitere Kürzungen! Denn bis 2020 wollen Sie noch weitere 140 Millionen einsparen. Bravo! Superplan! Wird sicher aufgehen! Die Bevölkerung merkt es auch. Deswegen wendet sie sich auch von Ihnen und Ihrer Politik ab! Das ist auch gut so! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Noch nicht genug, dass Sie die Wohnbauförderung kürzen, zweckentfremden Sie die Mittel aus der Wohnbauförderung noch für die Budgetsanierung. Ich weiß schon, es geht hinten und vorne nichts mehr zusammen, die Schulden steigen, Sie wissen nicht mehr, wie Sie es gegenfinanzieren sollen. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Das ist unglaublich!*) Deswegen haben Sie auch 2011 105 Millionen aus der Wohnbauförderung ins allgemeine Budget umgeleitet. Bravo! 2015 waren es 120 Millionen für den Skandalbau und für das überteuerte Krankenhaus Nord. Ganz klar! 2017 nochmals 60 Millionen, wieder fürs Krankenhaus Nord. Und 2019 werden es 53 Millionen für die Budgetsanierung sein. Und Sie lachen darüber! Sie finden das lustig! (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Nein, ich finde Sie lustig! Sie!*) Es ist ein Traum! Die Wiener Bevölkerung findet das nämlich nicht lustig. Die Wiener Bevölkerung wird Ihnen auch die Rechnung dafür präsentieren! (*Beifall bei der FPÖ. - GRin Martina Ludwig-Faymann: Was erzählen Sie da?*)

Werte StRin Gaál, ich schätze Sie! Wirklich! Ich muss aber sagen, die Vorgaben, die Ihnen Ihr Vorgänger, der jetzige Bürgermeister Ludwig, hinterlassen hat, werden Sie mit dieser Budgetkürzung leider nicht erfüllen können. Denn die Errichtung von vollmundig versprochenen 9.009 geförderten Wohnungen wird bei einer Reduktion der Wohnbauförderung um ganze 500 Millionen bis 2020 nicht annähernd erreichbar werden. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Dazu kommt noch eine wahre Ex-

plosion der Errichtungskosten. Sie errichten nicht den Wohnbau zweckmäßig und ökonomisch, sondern Kapriziertheiten, Architekturwettbewerbe, Landschaftsarchitekten, die Grünanlagen durchstylen, und, und, und. Wissen Sie, das geht einfach hinten und vorne nicht zusammen! Sie sparen das Geld ein und die Errichtungskosten steigen ins Unermessliche! Es geht einfach hinten und vorne nicht zusammen! (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Das ist ein Wahnsinn!*)

Es gibt aber noch mehrere Baustellen. Schauen wir uns einmal Wiener Wohnen an. Wiener Wohnen zum Beispiel hat immer noch einen offenen Vergabe- und Abrechnungsskandal von kolportierten 120 Millionen EUR. Darüber sprechen Sie, meine Damen und Herren der Sozialdemokratie, nicht! Nein, das wird verschwiegen! Zur Aufklärung, werte Frau Stadträtin, wird auch nichts beigetragen! Jede Anfrage wird lapidar mit Stehätzen beantwortet oder keine Ahnung, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Aber die Staatsanwaltschaft ermittelt schon seit 2013 in diesem Konglomerat aus Freunderlwirtschaft, undurchsichtiger Vergabepraxis, betrügerischer Abrechnung durch Firmen und Bestechlichkeit. Das ist Wiener Wohnen! Das wäre Ihre Verantwortung, da entgegenzuwirken! Nur, ich merke nichts! Es gibt keine Maßnahmen! Es geht weiter wie bisher!

Aber offenbar, wie gesagt, wollten der Vorgänger Dr. Michael Ludwig als auch Sie, werte Stadträtin, nichts dafür oder dagegen tun. Eines ist klar, die Verantwortung ist aber unteilbar. Wir werden die Leute auch nicht vergessen lassen, wer für diese Vergabeskandale zuständig ist und wer verantwortlich ist. Denn, auch wenn Sie immer wieder behaupten, dass keine Mehrkosten für die Mieter entstanden sind, eines ist klar, das ist logischerweise den Rücklagen entnommen. Wenn dann eine Sanierung ins Haus steht, müssen die Mieter dafür bezahlen, wie so oft.

Das führt mich gleich zum Thema Sanierung. Die Kollegin Novak hat über die Sanierung gesprochen. Also das ist wirklich ein Wahnsinn, wenn ich höre, dass Sie in der Sanierung wirklich ernst gemeinte Motivation haben! Das ist wirklich ein Wahnsinn! Zum Beispiel der Frau Stadträtin habe ich es auch gesagt. Ich glaube auch, dass die Frau Stadträtin etwas machen möchte. Ich glaube es wirklich. Nur, es passiert halt leider nichts!

In der Ödenburger Straße gibt es eine Gemeindebausiedlung. Diese wurde ungefähr in den 50er Jahren errichtet. Da schaut es aus wie in Albanien am Stadtrand. Wirklich ein Wahnsinn! Das ist unglaublich! Die Fassade bröckelt. Die Fensterbänke sind rostig. Die Holzfenster sind verrottet. Man kann mit den Fingern in das Holz hineinfahren. Es zieht. Es ist Schimmel drinnen. In den Stiegenhäusern bröckelt der Putz herunter. Wasserflecken sind da. Stemmarbeiten sind provisorisch zugeputzt. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Das ist ein Wahnsinn!*) Also das ist wirklich ein Wahnsinn! Wenn Sie sich darüber amüsieren, klar, Sie müssen ja nicht darin wohnen. Das verstehe ich. Ihnen sind die Leute und die Probleme der Leute wurscht, weil Sie bei den Leuten nicht sind! Das verstehe ich! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn ich dann höre: „Wir sind engagiert in der Sanierung!“, dann wird mir richtig schwindlig und den Leuten auch. Wenn dann saniert wird, kommt es nämlich oft zu überzogenen Einnahmen, zur Einbeziehung von Erhaltungskostenbeiträgen und erhöhtem Mietzins.

Was auch in Floridsdorf der Fall ist: In der Jedleseer Straße wird zum Beispiel eine Sockelsanierung mit einem Dachausbau bei vollem Wohnbetrieb durchgeführt. Können Sie sich die Belastung der Mieter ungefähr vorstellen? - Wahrscheinlich nicht! Lärm, Schmutz, Dreck seit vier Jahren und kein Ende in Sicht: Das ist Ihre Sanierung! Bravo! Das ist ein Wahnsinn!

Aber der frechste Kalauer von allen ist immer noch der Wien-Bonus von Bgm Ludwig: Die Absichtserklärung, Wiener bevorzugt zu behandeln, ist nicht einmal das Papier wert, auf dem sie geschrieben ist! Wer sind denn die Wiener für Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie? - Jeder, der vermutlich irgendwann einmal seinen Fuß in die Stadt Wien gesetzt hat, jeder, der irgendwann einmal hier bei uns war oder sich vielleicht in die Hängematte der Sozialleistungen gelegt hat! Mittlerweile leben mehr Nicht-Staatsbürger im sozialen Wohnbau als Staatsbürger. An die 57 Prozent sind es mittlerweile, die keine Staatsbürgerschaft besitzen und im sozialen Wohnbau, sprich im Gemeindebau, wohnen. Das sind aber nicht nur EU-Bürger. Nein! 46 Prozent davon sind Drittstaatsangehörige und nur 11 Prozent sind EU-Bürger. Bravo!

Aber das ist halt Ihr Problem, genau wie bei der Mindestsicherung: Auch hier haben wir das Problem, dass bereits 54 Prozent der Mindestsicherungsbezieher keine Staatsbürger sind. Und dazu kommt noch die Islamisierung, die Sie mit Ihrer verfehlten Migrationspolitik vorantreiben!

Zu diesem Thema darf ich übrigens auch gleich zwei Anträge einbringen. Das geht zwar bisschen am Thema vorbei, aber es streift es zumindest am Rande.

Es gibt im 21. Bezirk eine illegale Moschee. Offiziell sind auch die Sozialdemokraten dagegen, dass diese Moschee betrieben wird. Tatsache ist aber, dass sie betrieben wird und nichts getan wird. - Jetzt möchte ich Ihnen die Chance geben, etwas zu tun. (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Wer ist zuständig?*) Wir haben einen Antrag formuliert, und zwar geht es darum, dass der illegale Moscheeverein, der islamische Kulturverein „Imam Ali“, überprüft wird:

„Bgm Dr. Michael Ludwig möge sich bei der Landespolizeidirektion Wien dafür einsetzen, dass der Verein ‚Zentrum der islamischen Kultur Imam Ali‘ einer eingehende Überprüfung im Hinblick auf seine radikale islamische Ausrichtung unterzogen wird.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Weiters geht es auch darum, dass illegal Bauarbeiten betrieben werden. Nach der geltenden Flächenwidmung darf es dort aber keinen Moscheebetrieb geben. Das wird auch von Ihnen so gesehen. Deshalb bin ich neugierig, ob Sie jetzt diesem Antrag auch zustimmen werden!

„Die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál möge die MA 37 beauftragen, die Umbautätigkeiten im Gebäude in der Richard-Neutra-Gasse 8, 1210 Wien, zu überprüfen und Bautätigkeiten, die dem Widmungszweck zuwiderlaufen, zu unterbinden.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Tatsache ist, wie gesagt, dass Sie, meine Damen und Herren, keine Motivation haben, etwas für unsere Bürger zu tun! Ich höre immer, dass das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen ist, dass es ein Miteinander via Dialog geben soll. - Aber ich frage mich halt immer, mit wem Sie den Dialog führen wollen: Mit sich selbst, mit den GRÜNEN oder mit Ihren linken Vereinen? (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Wir regieren, und Sie reden!*)

Ich weiß es nicht! Ich weiß nicht genau, was Sie machen. Tatsache ist allerdings: Mit den Bürgern sprechen Sie nicht! (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Wie kommen Sie auf die Idee?*) Die Bürger sind von Ihnen mehr und mehr enttäuscht. Die Bürger werden von Ihnen im Stich gelassen

Abschließend möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben: Denken Sie daran, dass Sie als gewählte Politiker unseren Staatsbürgern und sonst niemandem verpflichtet sind, und diese Verantwortung sollen Sie wahrnehmen! - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Niegl hat die Redezeit der FPÖ verbraucht. Dementsprechend ist nun Frau Kollegin Ludwig-Faymann zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. Restredezeit der SPÖ insgesamt 19 Minuten. - Sie haben das Wort.

GRin Martina **Ludwig-Faymann** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Niegl! Auf Sie werde ich nicht sehr lange eingehen. (GR Michael Niegl: *Das ist aber schade!*) Vielleicht macht das dann mein Kollege Schober ausführlicher auch zum Thema Wohnen.

Aber ehrlich gesagt: Sie stellen sich als Politiker hier her und tun so, also ob Sie quasi in einer Blase leben und überhaupt nicht mitkriegen, was in dieser Stadt und auf dieser Welt los ist. Schalten Sie einfach einmal nur den Fernseher ein und schauen Sie sich deutsche Sendungen an!

Ich weiß nicht, wie viele internationale Begegnungen Sie haben. Jedenfalls schaut aber die ganze Welt auf Wien und kommt nach Wien. Wir alle haben immer viele Termine, um Erklärungen zu geben, denn all die Leute wollen nur eines wissen: Wie macht ihr das in Wien? Warum gibt es hier seit Jahrzehnten beziehungsweise seit 100 Jahren in Wien eine ganz andere Wohnsituation für unsere Bewohnerinnen und Bewohner, als das eigentlich für alle anderen Bewohnerinnen und Bewohner in Europa in Großstädten der Fall ist?

Telefonieren Sie jetzt nicht, Herr Kollege Niegl, sondern hören Sie mir doch einmal zu! Die Antwort lautet nämlich: Weil wir eine erfolgreiche sozialdemokratische Wohnbaupolitik in dieser Stadt nicht nur in den letzten

100 Jahre betrieben haben, sondern auch jetzt betreiben und in Zukunft weiter betreiben werden. Wir verkaufen keine Gemeindewohnungen ab, wie das die ÖVP in den vergangenen Jahren oder auch schon vor längerer Zeit immer wieder hier in Wien angeregt hat und wie das andere Städte gemacht haben. - Das ist erfolgreiche Wohnbaupolitik.

Sie sprechen das immer an, und ich sage dazu: Wir haben Wahlen in regelmäßigen Abständen, und die Wienerinnen und Wiener geben dann ihre Stimme ab. Ich höre fast schon seit Jahrzehnten von Ihnen, wie denn die nächste Wahl ausfallen wird. Aber wir sehen es dann, weil letztendlich, Gott sei Dank, nicht Sie sagen, wer in dieser Stadt regiert, sondern weil die Wienerinnen und Wiener bestimmen, wer in dieser Stadt regiert. Und die geben uns recht und das ist mir, ehrlich gesagt, wichtig und nicht das, was Sie uns da jedes Mal erzählen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

So. Nun komme ich aber, wie Sie wahrscheinlich eh annehmen werden, zum Thema Frauenpolitik. Dieses Ressort ist ein großartiges mit sehr, sehr spannenden Aufgaben. Neben der Wohnbaupolitik gibt es die Frauenpolitik in diesem Ressort, und ich finde übrigens, dass das eine sehr gelungene Kombination ist. Es haben schon in erster Linie ein paar Rednerinnen heute hier gesprochen. Kollegin Emmerling und andere haben gesagt, dass sie Frauenpolitik als Querschnittspolitik verstehen. - Das haben wir immer schon so gehalten!

Es hat auch zum Thema Gender Budgeting schon eine Wortmeldung stattgefunden. Das ist uns wichtig. Was mir leider schon ein bisschen abgeht, ist, dass immer in diesen Debatten - und ich habe das gestern fast durchgehend verfolgt - letztlich über Frauenpolitik dann tatsächlich wiederum nur beim Frauenressort geredet und diskutiert wird. Im Hinblick darauf ist es auch ein Wunsch von mir, dass wir, wenn wir uns ernst nehmen wollen und alle gemeinsam sagen, dass Frauenpolitik eine Querschnittspolitik ist und die wesentlichen Themen in allen Bereichen, ob es nun um Frauengesundheit oder andere Themen geht, wirklich auch in den anderen Ressorts erörtert werden. Ich glaube, das würde das Ganze noch besser machen und würde auch die Absicht, die dahintersteht, noch besser zeigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich zu den Vorrednerinnen noch etwas sagen: Kollegin Schmidt und Kollegin Emmerling haben hier auch über Frauenpolitik gesprochen. Es ist klar, dass man zu den unterschiedlichsten Dingen manchmal unterschiedliche Zugänge und Ansätze hat. Die beiden Rednerinnen haben sich nur durch eines wirklich unterschieden: Wir stimmen wahrscheinlich auch nicht in jeder Sache genau überein, wie wir dort hinkommen, aber ich habe das Gefühl, dass sich Kollegin Emmerling wirklich damit beschäftigt und auseinandergesetzt hat.

Sie, Frau Kollegin Schmidt, sind hingegen herausgekommen und haben hier sehr oberflächlich wieder irgendwelche Dinge behauptet, die zum Teil so gar nicht sind. Sie schieben zum Beispiel immer dieses Argument vor, dass sie diesen Vereinen wegen der Konstruktion nicht zustimmen, weil etwa die Qualifikation der Mitarbei-

terInnen nicht überprüft wird. - Das stimmt nicht! Das stimmt nicht, und ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen der MA 57 ganz herzlich danken, denn sie überprüfen die Vereine und schauen sich, ehrlich gesagt, genau an, was nicht nur inhaltlich geboten wird, sondern auch, wie die Qualität dieser Angebote ist. - Das ist vorbildlich, und dafür sage ich allen ganz herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Mir ist es nämlich auch wichtig, dass da nicht irgendwas gefördert wird, sondern dass wir sehr zielgerichtet, punktgenau und treffsicher fördern. Diese Vereine erfüllen die Bedingungen, und man merkt, dass Sie sich in Wirklichkeit mit den einzelnen Vereinen überhaupt nicht beschäftigt haben. Für Sie firmiert all das unter „Links“. Da hat Ihnen Kollegin Emmerling eh schon die richtige Antwort gegeben: Die Einzigen, die hier immer ideologisieren, sind vor allem Sie: Immer, wenn es darum geht, es für Frauen in dieser Stadt ein bisschen freier, unabhängiger, und so weiter zu gestalten, weiß man sicherlich: Sie stimmen dagegen. Das ist Ihre Ideologie, die Sie verfolgen. *(GRin Elisabeth Schmidt: Das ist eine surreale Rede!)*

Wir stehen gemeinsam für eine aktive Frauenpolitik. Wir wollen Frauen unterstützen, und deshalb gibt es auch die Vereine, die in einem sehr guten Ausmaß und gerechtfertigt von uns Subventionen bekommen. Dazu stehen wir, dazu können wir auch stehen, und ich richte ganz herzlichen Dank nicht nur an die Mitarbeiterinnen vor Ort, die engagiert wirklich mehr als die normale Arbeit leisten. Und ich danke vor allem auch den MitarbeiterInnen, die all diese Vereine immer prüfen und dementsprechend auch die Qualität sichern. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ganz kurz zur Kollegin Schwarz. - Ja, sie ist da! Ein Thema bei der Frauenpolitik ist Querschnittspolitik, das haben wir gesagt. Ich sag es noch einmal, weil es eine Zahl vor allem im Österreichvergleich ist. Wir haben 830 Millionen in dieser Stadt für Kinderbetreuung ausgegeben. Das ist ein unfassbarer Betrag! Dabei geht es um das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und das Geld kommt, wie wir wissen, halt immer hauptsächlich noch den Frauen zu Gute.

Wenn Sie am Anfang Ihrer Ausführungen hier gesagt haben, dass Sie heute nur über Wien reden wollen, dann verstehe ich das. Wenn man nämlich gerade beim Thema Kinderbetreuung ein bisschen über die Grenzen Wiens hinausschaut, dann sieht man, dass es anderswo bei Weitem nicht so aussieht, wie es in Wien aussieht. Wir erweitern hier jährlich, und zwar über Jahrzehnte hinweg, in einem unglaublichen Ausmaß. - Suchen Sie einmal einen Kinderbetreuungsplatz vor allem bis zum Alter von drei Jahren in den westlichen Bundesländern in Österreich! Dann werden Sie sich schwer tun, außer Sie haben viel Geld! Wenn man viel Geld hat, dann tut man sich überhaupt immer ein bisschen leichter, etwas zu finden, was man braucht. Aber versuchen Sie es einmal mit wenig Einkommen, einen entsprechenden Kinderbetreuungsplatz zu finden! Diesen gibt es nämlich, wenn es ihn überhaupt gibt, nur selten!

Auch ich glaube, dass wir in diesem Land viel mehr tun können. Ich weiß allerdings - und die Zahlen belegen es -, dass Wien immer schon Vorreiterin war. Das haben wir auch letztes Jahr wieder bewiesen, und ich fürchte, dass das auch in Zukunft so bleiben wird.

Sie haben das Thema Teilzeit angesprochen. - Ja. Auch ich bin dafür, dass Frauen vor allem in höherqualifizierten Bereichen Teilzeitmöglichkeiten haben. Das wahre Problem ist allerdings, dass viele Frauen Teilzeit arbeiten müssen, und zwar in Jobs, von denen Sie eigentlich nicht leben können. Das ist das wahre Problem. Sie arbeiten in atypischen Arbeitsverhältnissen. Das heißt: Das Hauptproblem von Frauen und vor allem auch von Alleinerzieherinnen ist, dass sie in Teilzeitjobs arbeiten müssen, von denen Sie nicht leben können, und das zieht sich dann bis in die Pension fort. Das ist, wie gesagt, das wahre Problem.

Lassen Sie mich aber abschließend noch zu einem meiner Hauptthemen kommen. - Ich kann mich erinnern, dass ich in diesem Zusammenhang selbst nicht zum ersten Mal hier stehe, sondern bin gerade im vergangenen Jahr beziehungsweise Anfang dieses Jahres sehr oft hier gestanden, um zum Thema Gewalt zu sprechen.

Es geht um das Thema Gewalt gegen Frauen und vor allem um das Thema Frauenmorde. - Das Argument mit den Migrantinnen ist immer so billig. Ich sage es Ihnen ehrlich: Mir ist vollkommen egal, wer eine Frau ermordet! Es werden hauptsächlich Frauen ermordet, und jeder Frauenmord ist ein Mord zu viel! Daher müssen wir alles unternehmen, um Frauen vor jenen Tätern zu schützen, egal, woher sie kommen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn Sie mir Beispiele bringen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Schlagen Sie die heutigen Zeitungen auf! Leider hat in Niederösterreich wieder ein Österreicher, der Ehemann, seine österreichische Ehefrau umgebracht. - Mir ist es egal, wer das ist, aber wir müssen alles daran setzen und Geld in die Hand nehmen. Das unterscheidet uns auch von der ehemaligen Bundesregierung.

Jetzt bin ich beim Thema: Ich kann mich noch erinnern. Die Aufregung war groß. Die Bundesregierung, der Innenminister und andere Minister sind vor die Kameras getreten und haben gute oder auch nicht so gute Reden gehalten, was alles zu tun ist. Was ist tatsächlich getan worden? - Nichts ist getan worden! Kein einziger Euro wurde in diesem Land in eine zusätzliche Opferschutzeinrichtung gesteckt, kein einziger Euro im Gegensatz zu Wien! Wien hat nämlich schon letztes Jahr erkannt, dass die Zahlen wieder einmal hinaufgehen und hat rechtzeitig, wie wir das in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer getan haben, geschaut, dass es genügend Frauenhausplätze gibt. Im Hinblick darauf baut Wien ein fünftes Frauenhaus. Diese Bundesregierung hat keinen einzigen Cent für einen zusätzlichen Opferschutzplatz in diesem Land für Frauen ausgegeben! *(Zwischenruf von StR Maximilian Krauss.)* Da können Sie fünf Mal mit den Schultern zucken! Das hilft aber diesen Frauen nichts!

Ich sage es Ihnen: Im Unterschied zu Ihnen möchte ich Frauenmorde verhindern. *(GR Armin Blind: Das ist*

ein Skandal, Frau Kollegin!) Wenn Sie das so verstanden haben, dann nehme ich das zurück! *(GR Armin Blind: Sie haben es so gesagt, Frau Kollegin!)* Wenn Sie das so verstanden haben ... *(Zwischenruf von GR Michael Stumpf, BA.)* Hören Sie mir einmal zu, oder können Sie das nicht? *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Wenn Sie das so verstanden haben, dann nehme ich es zurück! Wenn ich mich hier fälschlich ausgedrückt habe, dann nehme ich das zurück! Ich sage Ihnen: Im Unterschied zu Ihnen haben wir Geld in die Hand genommen und Maßnahmen gesetzt, denn nur, wenn man wirklich konkrete Maßnahmen setzt - so meine ich das -, kann man Frauen tatsächlich Sicherheit und Schutz geben und vielleicht den einen oder anderen nächsten Mord verhindern. Und das ist der Unterschied. Das werfe ich der Bundesregierung vor, dass sie keine konkreten Taten gesetzt, sondern nur Sonntagsreden gehalten hat! Deuten Sie nicht immer so! Hier geht es um Frauen, hier geht es um Menschenleben!

Wenn Sie schon immer sagen, dass Sie für alle da sind, dann frage ich Sie: Wo sind Sie denn da? *(GR Armin Blind: Wir haben dem Frauenhaus zugestimmt!)* Dafür stimmen Sie aber vielen Vereinen nicht zu, die ganz wesentliche Arbeit in der Beratung von Frauen leisten, die Hilfe suchen, weil sie von Gewalt betroffen sind. Das ist ein Skandal! Das, was Sie jetzt aufspielen wollen, habe ich klargestellt. Ich habe das für den Fall klargestellt, dass Sie das falsch verstanden haben. *(GR Armin Blind: Wir haben dem Frauenhaus zugestimmt!)*

Ja! Sie haben dem Frauenhaus in Wien zugestimmt, aber das war ja nicht mein Vorwurf! Der Vorwurf war, dass Sie dort, wo Sie Verantwortung tragen, keine einzige Maßnahme gesetzt haben. Das werfe ich Ihnen vor! Und das ist ein sehr emotionales Thema.

Abschließend möchte ich noch sagen: Wir haben heuer trotzdem 100 Jahre Frauenwahlrecht. Das haben wir zwar schon einmal hier besprochen, aber das ist so wichtig, dass ich es noch einmal besprechen möchte: Es würde vielen gut tun, wenn wir hier weiterentwickeln. Ich habe es schon einmal gesagt: Ich werde mich weiterhin für Quoten in den Gremien unserer Republik einsetzen. Und es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass in der FPÖ tatsächlich nur so wenige Frauen vertreten sind. Das ist kein Zufall, sondern das ist Ausfluss Ihrer Politik.

Ich freue mich aber, dass wir hier eine andere Politik machen und freue mich auch schon, weiterhin auch gemeinsam mit den GRÜNEN und mit anderen, die hier mit tun, eine aktive Frauenpolitik für Wien weiterhin umsetzen zu können. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Frau Kollegin Ludwig-Faymann hat 12 Minuten Redezeit verbraucht. Die Restredezeit beträgt 7 Minuten.

Herr Kollege! Bevor ich Sie aufrufe, darf ich noch auf der Galerie eine Delegation der Stadtverwaltung aus Helsinki begrüßen. Zirka 20 Personen sind unter Führung von Frau Vizebürgermeisterin Pia Pakarinen und von Frau Anni Sinnemäki zu einer Studienreise nach Wien gekommen. Herzlich willkommen bei uns im Gemeinderat! *(Allgemeiner Beifall.)*

Nunmehr darf ich Ihnen, Herr Kollege Schober, das Wort übergeben. Sie haben 7 Minuten Redezeit. - Bitte schön.

GR Mag. Marcus **Schober** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Wenn man nach Kollegen Niegl redet, braucht man sich eigentlich gar nicht vorzubereiten, denn da könnte man so lange reden, bis das rote Lamperl leuchtet! Ich kann gar nicht klarstellen, was Sie alles gesagt haben.

Ich möchte nur ein Beispiel bringen: Sie reden hier davon, dass ein Gemeindebau nicht saniert worden ist und dass das furchtbar ist. Sie reden aber auch davon, dass ein Gemeindebau saniert wurde und das auch furchtbar ist. - Das ist typisch FPÖ: Damit kann man alles abdecken, da sind alle dabei und man kann schimpfen, so viel man will! - Das war eine Rede, im Zusammenhang mit welcher man noch sehr viel analysieren muss.

Sie können uns glauben: Das Wohnen ist uns eines der wichtigsten Anliegen! Das ist in der DNA der Sozialdemokratie drinnen. Sie wissen, unser Anspruch lautet: Licht, Luft und Sonne. Und wir feiern 100 Jahre Rotes Wien nicht nur so, sondern wir wissen, welche Errungenschaften dieses Rote Wien gebracht hat.

Ich hoffe, dass das, was ich von Kollegen Kasal gehört habe, auch in Ihrer Fraktion so gesehen wird: Ich sehe die Verdichtung beziehungsweise die Nachverdichtung in Gemeindebauten, wie das die ÖVP haben will, als absoluten Schwachsinn, denn da geht es nicht nur für die Bewohner und Bewohnerinnen um Grünraum, sondern für alle Wiener und Wienerinnen. - Wenn wir jetzt sagen würden, dass wir in Schönbrunn jetzt irgendwas hineinbauen würden, dann würden Sie aufschreien bis zum Geht-nicht-Mehr! Und es geht nicht nur um Höhe, es geht auch darum, dass Sie Parkanlagen verbauen wollen: Dagegen sind wir ganz massiv!

Städte wachsen unvermindert, und das finde ich super. Wenn sich Kollege Niegl hier herstellt und sagt, dass das die Politik der SPÖ ist, dann sage ich: Ich weiß nicht, ob Sie das weltweit verfolgen, dass bald 70 Prozent der Menschen in Städten wohnen, dass wir in Wien allerdings nicht so betroffen sind wie andere Städte! Es entstehen weltweit wirklich Mega-Cities. Wien wird aber in diesem Fall anders sein, und ich kann Ihnen nur sagen, dass es sich um das Thema Wohnen handeln wird, ob Wien lebenswert ist oder nicht. Ich mag eigentlich keine Vergleiche, werde aber trotzdem zwei machen müssen.

Ich war vor wenigen Wochen in Hongkong: Dort muss man auf Grund von Privatisierungen entsprechende Maßnahmen setzen. Und ich bitte, jetzt genau zuzuhören, weil das niemand will ... (StR Maximilian Krauss: Das passt aber nicht zur CO₂-Belastung!) CO₂-Belastung? Wo fliegen Sie überall herum, Kollege Krauss? Das ist jetzt ein Blödsinn! (StR Maximilian Krauss: Ich mache mich nicht wichtig mit der CO₂-Belastung!)

Die bauen in Hongkong Hochhäuser beziehungsweise Wohnhäuser, wo die Zimmer nur noch 10 oder 15 m² haben werden, 10 m² ohne Dusche, 15 m² mit Dusche, zu einem Preis von ungefähr 2.000 EUR. Und das Gan-

ze dient für Menschen, die arbeiten, schlafen und arbeiten gehen sollen.

Ehrlich gesagt: Ich weiß nicht, wer von Ihnen auf dem Donauinselfest war. Sie sind ja große Kritiker, ich bin mir aber sicher, dass viele dort waren! Und dort hat Wolfgang Ambros eines meiner Lieblingslieder gesungen. Das kennen Sie alle, und das klingt so: „A Mensch möcht' i bleiben und ned zur Nummer möcht' i werden.“ Und dann geht es weiter: „Weil i bin sehr dagegen, dass ma unsere Häuser nur mehr für Roboter bauen.“

Kollege Niegl! Unsere Gemeindebauten und die Bauten, die wir bauen, sind nicht nur zweckgebunden, sondern die Menschen sollen sich darin wohlfühlen. Das ist etwas, wogegen Sie sich gerade quergestellt haben. Ich glaube aber, da haben Sie dann irgendwie den Faden verloren.

Ich betone: Wohnraum soll etwas Lebenswertes sein, und die Menschen sollen sich dort dementsprechend wohlfühlen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Ja. Natürlich sind wir als Politiker mit Problemen konfrontiert. Und ich bin auch der festen Überzeugung, dass nicht nationale Regierungen die Probleme unserer Zeit lösen können, sondern dass das die Städte und die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen machen müssen. In diesem Bereich sieht man auch, wie wir das angehen. Das sehen wir im Bereich Wohnen.

Ich sage das auch zu den KollegInnen hier oben: Die erste Frage, die in Wien oft gestellt wird, ist, warum die Mieten in Wien noch relativ - und das stelle ich unter Führungszeichen - gering sind. - Ja. Das ist der soziale Wohnbau, und das sind die Gemeindebauten.

Wir bekennen uns auch dazu, dass Wohnen ein Teil der Daseinsvorsorge ist. Einige meiner KollegInnen haben es schon gesagt. Christian Deutsch hat von der Novelle der Wiener Bauordnung gesprochen: Bis 2020 wird es 4.000 neugebaute Gemeindewohnungen geben. Und mit der Wohnbauoffensive II werden wir bis 2020 14.000 neue Wohnungen weiterbringen. Das ist Wohnbaupolitik!

Ich möchte Sie nur daran erinnern: Was Wohnen wirklich teuer macht, ist, wenn man es privatisiert. Da werden jetzt wahrscheinlich einige in die Reihen herunterschauen, und Sie werden sich an die BUWOG erinnern. Sie haben die BUWOG privatisiert. Wissen Sie, was das gebracht hat? - Höhere Mieten! Wenn nämlich das Ganze einmal aus dem System draußen ist, dann sind die Mieten höher. Das müssen Sie sich zuschreiben!

Ich möchte hier noch einen Vergleich bringen: In Deutschland hat man in den 90er Jahren den Fehler gemacht: Man hat privatisiert. Wissen Sie, wie es dort aussieht, was die Mietpreissteigerung betrifft? - Da können Sie ruhig zuhören, Herr Kollege Niegl! Um 60 Prozent sind die Mieten durch die Privatisierung dort gestiegen. In Österreich sind sie um 42 Prozent gestiegen, und bei Wiener Wohnen im Wiener Gemeindebau um 21 Prozent. Das ist um 40 Prozent weniger als in Deutschland und um 20 Prozent weniger als im privaten Mietbereich! Sagen Sie uns also nicht, dass wir nicht

wissen, wie man Mieten noch relativ leistbar macht, und sagen Sie uns nicht, dass unsere Politik falsch ist!

In Deutschland sind nur noch 3,9 Prozent der Mietwohnungen im sozialen Wohnbau, in Österreich sind es dagegen 26 Prozent, und der Großteil davon liegt in Wien. Das ist die sozialdemokratische Handschrift, die wir haben!

Leider geht mir jetzt die Zeit aus, ich könnte nämlich noch auf viele Dinge eingehen, die auch von der Opposition kommen, beispielsweise von der ÖVP, etwa auf den Gehalts-Check: Das finde ich wahrlich super! Sie sind nicht einmal fähig, Ihre Parteifinanzierungen offenzulegen, wollen aber von jedem Wiener und jeder Wienerin wissen, was wer verdient! Das ist wirklich eine sehr spannende Geschichte! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Zwischenruf von StR Dr. Markus Wölbitsch-Milan, MIM.)* Aber kommen wir noch einmal zu bezahlbarem Wohnraum. *(Zwischenruf von GR Mag. Manfred Juraczka. - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ui! Ich merke: Die Aufregung ist sehr groß!

Kommen wir noch einmal zu bezahlbarem Wohnraum. Dieser ist nämlich in vielen Städten Mangelware. Und wir sind nicht nur Vorbild, was das Preisliche betrifft, sondern wir sind auch Vorbild, was das Ökologische betrifft. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir seit 1999 bereits das Klimaschutzprogramm haben. Dieses haben wir 2009 verlängert bis 2020.

Wir haben Umweltschutz in der Sanierung, und zwar dadurch, dass 120.000 Wohnungen ans Fernwärmenetz angehängt sind. Und wir haben auch Umweltschutz durch die Bewohner und Bewohnerinnen der Gemeindebauten. Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen in Gemeindebauten tätig sind! Ich bin es seit fast 20 Jahren, und ich weiß, wie sehr die Menschen ihre Gemeindebauten lieben, und ich weiß auch, wie wertvoll das Ganze ist.

Ich möchte mich am Schluss noch bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Ressorts bedanken, und ich gebe Ihnen jetzt noch ein Zitat von Wolfgang Ambros mit auf den Weg. Ich bin nämlich noch immer von dem getragen, was er gesagt hat. Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: „A Mensch möcht i bleiben, und i wü ned verkauft werden wie irgend a Stickl Woar. Ned olles, wos an Wert hot, muas a an Preis hobn, oba moch des amol wem kloar!“

Das ist schon etwas, wenn wir über kommunales Eigentum reden. Das hat einen Wert und darf nicht immer einen Preis haben. - Ich glaube, da denken viele von Ihnen nicht in die richtige Richtung! Daher möchte ich das heute gerne mitgeben.

Und noch etwas möchte ich heute gerne mitgeben, weil ich keine andere Gelegenheit zum Reden habe: Dabei geht es auch um Wohnungen. Diesfalls geht es um Wohnungen in Wien, nämlich um Wohnungen in Simmering, die vor wenigen Wochen gebrannt haben. Ich möchte darauf hinweisen, dass sich StR Hanke gestern für den selbstlosen Einsatz der Rettungskräfte und der Feuerwehrkräfte bei diesem Brandeinsatz bedankt hat und dass Gemeinderäte dieses Hauses teilweise nicht applaudiert haben. - Ich möchte dazu sagen: Wurscht, wer sich bei Einsatzkräften bedankt! Ich würde

immer applaudieren. Ich glaube, wir können stolz sein auf unsere Einsatzkräfte! Und ich würde ersuchen, dass wir das nächste Mal, wenn sich jemand bedankt, gemeinsam applaudieren, denn Sicherheit geht uns alle an! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Frau Amtsf. StRin Gaál. Sie haben 15 Minuten. - Bitte schön.

Amtsf. StRin Kathrin **Gaál**: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Vor genau 100 Jahren hat Wien sozialpolitische Weltgeschichte geschrieben. Der allerersten frei gewählten Stadtregierung ist mit dem Wiener Wohnbauprogramm, mit dem Wiener Gemeindebau, ein weltweit beachtetes und beeindruckendes Programm zur Armutsbekämpfung gelungen. Für abertausende Wienerinnen und Wiener bedeutete das damals quasi über Nacht ein unglaubliches Mehr an Wohnqualität und Lebensqualität. Und diesem Zugang, der Bevölkerung leistbare, qualitätsvolle Wohnungen zur Verfügung zu stellen, ist die Stadt Wien seither treu geblieben. Schnelles Geld durch Privatisierungen kam nämlich für uns nie in Frage. Deshalb sind wir heute ein weltweit anerkanntes Vorbild für qualitätsvollen sozialen Wohnbau, und diese Erfolgsgeschichte werden wir ganz sicher weiterschreiben, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorbereitungen zu diesem Weiterschreiben haben wir bereits getroffen. Mit der Flächenwidmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ in der neuen Bauordnung haben wir ein ganz starkes Zeichen gesetzt, und zwar ein ganz starkes Zeichen gegen Spekulation und ein ganz starkes Zeichen für geringere Grundstückspreise.

Und wir setzen noch weitere Schritte für leistbares Wohnen: Im Rahmen der Wohnbauoffensive bringen wir 14.000 geförderte Wohnungen auf Schiene. Dazu haben wir natürlich das nötige Wohnbaubudget auf ganz solide Beine gestellt. Darauf können Sie sich verlassen! Ab Herbst gibt es sogar einen 50-prozentigen Anteil an Smart-Wohnungen. Wer profitiert davon, Herr Kollege Weber? - Jugendliche, junge Menschen, Seniorinnen und Senioren und junge Familien. Und mit dem Projekt auf dem Areal des Sophienspitals schaffen wir es sogar, sozialen Wohnbau im innerstädtischen Bereich, im 7. Bezirk, zu errichten.

Zusätzlich zu unserem 100-Jahr-Jubiläum werden heuer in Oberlaa auch die ersten neuen Gemeindewohnungen beziehbar sein. Die Errichtung von 4.000 haben wir uns insgesamt vorgenommen, und zwar über die ganze Stadt verteilt, eingebettet in neuen sozialen Quartieren, die wir im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 2022 präsentieren werden, zum Beispiel in der Wolfganggasse in Meidling, in der Berresgasse in der Donaustadt oder aber in der Seestadt Aspern. Diese neuen Quartiere werden den Bewohnerinnen und Bewohnern soziale Infrastruktur, Freizeiteinrichtungen und moderne Arbeitsstätten bieten. Es zeigt sich wieder einmal, dass der soziale Wohnbau Motor der Stadtentwicklung ist.

Aber auch der Klimaschutz spielt natürlich eine entscheidende Rolle, wie zum Beispiel das Ende der Ölheizungen oder auch Maßnahmen zur Fassadenbegrünung. Dieses Themas nehmen wir uns sehr stark an.

Auch bei der Sanierung achten wir natürlich darauf, dass sie smart abläuft. Das heißt, dabei geht es um eine Verringerung der Energiekosten für die Mieterinnen und Mieter, und noch vieles mehr. Dazu kommen die Dachgeschoßausbauten. Dazu stehen wir, und zwar vor allem im Gemeindebau, denn das ist eine sinnvolle, sozial verträgliche Verdichtung und notwendige Wohnraumschaffung. - An dieser Stelle sage ich auch ganz klar, wofür die Sozialdemokratie steht: Grünflächen auf Gemeindebauarealen werden von uns ganz sicher nicht verbaut werden! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wie die Stadterneuerung der Zukunft aussehen kann, zeigt die Stadt Wien seit drei Jahren in Simmering. Bei „Smarter Together“ konnten 40 Einzelprojekte umgesetzt werden, etwa die Sanierung einer Wohnhausanlage, neue und andere Mobilitätsangebote und Innovationen für Schülerinnen und Schüler vor Ort, und all das unter intensiver Einbindung der Simmeringer Bevölkerung.

Ein großes Dankeschön geht an die Gebietsbetreuung Stadterneuerung und auch an das Stadtteilmanagement. Wir reden in diesem Zusammenhang von immerhin 11.000 Personen, die wir bei all diesen Mitmachaktivitäten erreicht haben. Und mit dem „RenoBooster“ steht schon das nächste EU-geförderte Projekt in den Startlöchern. Auch dabei geht es um Gebäuderenovierung. Ziel ist ein One Stop Shop für gemeinnützige, private und gewerbliche Immobilieneigentümer.

Bereits eröffnet haben wir, ebenfalls in Simmering, das Wiener Prüf- und Forschungszentrum „Test Base“. Die Mitglieder meines Ausschusses durften sich ja bereits davon überzeugen, welche großartige Arbeit dort tagtäglich geleistet wird, etwa die wirklich regelmäßige Überprüfung unseres Trinkwassers.

Ganz schön smart ist auch die digitale Baueinreichung, die ich vor Kurzem gemeinsam mit Bgm Michael Ludwig und dem Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke präsentieren durfte. Diese Maßnahme der Baupolizei spart wahrlich auf allen Seiten Papier, Zeit und vor allem auch Geld.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für Unterstützungen in Mietrechtsangelegenheiten steht die Mieterhilfe Wien zu Verfügung. Diese hat jetzt einen neuen Standort beim Gasometer. Das ist übrigens in Wirklichkeit jetzt schon das Wohnungskompetenzzentrum der Stadt Wien, denn auch Wiener Wohnen und das Wohnservice befinden sich dort.

Die Hilfestellungen der Mieterhilfe sind in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden, denn im privaten Altbaubereich sind vier von fünf Mieten viel zu hoch, und das hat auch Personen wie die Prozessfinanzierer hervorgeholt, die in Wahrheit nichts anderes wollen, als hohe Provisionszahlungen einstreifen. Deshalb hat die Mieterhilfe gemeinsam mit der Mietervereinigung - und an dieser Stelle ein Dankeschön für die Kooperation! - ihre Aufklärungsarbeit und ihre Info-Tätigkeit stark intensiviert. Das Resultat spüren wir, und das ist

gut so. Immer mehr Mieterinnen und Mieter aus dem privaten Altbau lassen ihre Miete und ihren Zins überprüfen.

Service ist ein wichtiges und spannendes Thema, natürlich auch im Gemeindebau: Da gibt es die Wohnpartner, die in der ganzen Stadt verteilt ihre Aktivitäten für eine starke Nachbarschaft setzen. Da gibt es die soziale Wohnungssicherung bei Wiener Wohnen, die immerhin international vor Kurzem ausgezeichnet wurde und Menschen hilft, sich aus ihrer Abwärtsspirale zu befreien. Da gibt es die Ordnungsberaterinnen und Ordnungsberater, die auf die Hausordnung schauen. Da gibt es die Haubetreuerinnen und Haubetreuer, die auf Sauberkeit und somit auch auf Sicherheit schauen.

Auf vielfachen Wunsch der Mieterinnen und Mieter haben auch wir hier reagiert und das System umgestellt, von wegen, wir hören nicht auf das, was die Menschen im Gemeindebauleben sagen. Wir werden jetzt in Zukunft bei den Hausbetreuerinnen und Hausbetreuern von der Team- auf die Einzelbetreuung umstellen. Das heißt, es gibt wieder fixe Ansprechpersonen zu fixen Zeiten im Wiener Gemeindebau.

Um fixe Ansprechpersonen und um Sicherheit geht es auch bei sehr vielen Projekten, die das Frauenservice initiiert hat, wie etwa bei der Aktion „Ich bin dein Rettungsanker.“ Diese Aktion haben wir im vergangenen Jahr beim Donauinselfest gestartet, und dankenswerterweise waren dann die Wiener Bäder, aber auch die Wiener Linien mit dabei, und jetzt sind auch Lokale und Clubs in der Stadt, allen voran der Volksgarten, als Vorreiterbetriebe mit dabei.

Zusätzlich informieren wir über K.-o.-Tropfen und ihre Folgen und auch den 24-Stunden-Frauennotruf, der immer wirklich rasch und kompetent hilft. Wenn es aber zu einer häuslichen Gewalterfahrung kommt, dann haben wir in dieser Stadt ein dichtes Netz. Wir haben vor allem die Wiener Frauenhäuser, und jeder Cent, den die Stadt hier investiert, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann Leben retten. Und deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir in Wien ein fünftes Frauenhaus bauen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN)*

Ganz besonders wichtig ist es auch, dass wir die Frauenvereine, die wirklich großartige Arbeit in Wien leisten, finanziell und inhaltlich absichern. Aus diesem Grund haben wir vor Kurzem eine einmalige zusätzliche Unterstützung beschlossen, nämlich 100.000 EUR mehr für diese Vereine. Außerdem starten wir gemeinsam mit StR Jürgen Czernohorszky ein Präventionsprogramm an Schulen. Mir ist es wichtig, die Mädchen nachhaltig zu stärken. Sie sollen gerne in die Schule gehen, sie sollen Selbstbewusstsein haben und sich vielleicht auch untypische Hobbys oder untypische Berufe zutrauen. Dafür sind Vorbilder sehr wesentlich, und deshalb freut es mich, dass ich im vergangenen Jahr zum ersten Mal mit der Kulturstadträtin den Hedy-Lamarr-Preis an Frauen vergeben durfte, die in der IT-Welt Herausragendes leisten und somit vor den Vorhang gehören.

Auch der Wiener Töchterttag, der auch heuer wieder eine Rekordteilnahme verzeichnen durfte, leistet hier einen wesentlichen Betrag.

Gerade auch in Fragen der Digitalisierung sind wir besonders gefordert, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn es ist wichtig, dass Mädchen und Frauen von Anfang an in diesen Prozess gleichberechtigt mit eingebunden sind, damit der technische Fortschritt im Endeffekt nicht eine Abhängigkeit vom Mann, sondern die Selbstbestimmung der Frauen fördert.

Wie Sie sehen, werden die Herausforderungen der Frauenpolitik nicht weniger. Die faktische Gleichstellung ist nicht erreicht, Stichwort Einkommensschere bei Löhnen und Pensionen. Trotzdem möchte ich behaupten, dass 100 Jahre, nachdem Frauen erstmals wählen und auch selbst erstmals in den Gemeinderat einziehen durften, Wien heute eine Stadt der Frauen ist, eine Stadt mit Chancen und Angeboten für Frauen, wie uns das keine andere Stadt nachmachen kann.

Ich bedanke mich bei allen, die für diesen Erfolg mitverantwortlich sind, bei den Mitarbeiterinnen der Frauenorganisationen und Frauenvereine und bei den Mitarbeiterinnen der MA 57. Mein Dank geht aber natürlich auch an alle anderen Magistratsabteilungen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nach rund einem Jahr als zuständige Stadträtin kann ich mit gutem Gewissen behaupten: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wohnbau- und Frauenressorts und mein Team im Büro sind verlässlich, ideenreich, lösungsorientiert und haben das entsprechende G'spür, und dafür ein ganz ein großes Dankeschön! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen und zum Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal.

Zu Wort gemeldet ist Frau GR Mag. Emmerling. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. - Sie haben das Wort.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (*NEOS*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf jetzt die Runde der Bildung eröffnen, und ich möchte mich dabei auch gleich meinem Herzensthema, nämlich dem Kindergarten, widmen. Dieser ist die erste Bildungseinrichtung, die wir überhaupt in der Stadt haben und die endlich auch ihrem Namen gerecht werden muss. Ich glaube, das wird heute, wie es scheint, sowieso auch ein großes Thema werden, weil sehr viele Anträge, auch von der ÖVP, hier vorliegen.

Ich möchte dann auch gleich näher darauf eingehen. Die Palette reicht von der Senkung des Betreuungsschlüssels in den Kindergärten bis hin zu mehr Bildungszeit für die verantwortlichen Pädagoginnen und Pädagogen. - Ja. Diese Anliegen teile ich voll und ganz. Das sind auch gute Anträge, dazu gebe ich gerne meine Zustimmung.

Wenn wir uns das Thema aber konkreter anschauen und bedenken, in welcher augenblicklichen Situation wird da gerade sind, dann stellt sich heraus, dass wir mit dem Berufsstand der Elementarpädagoginnen und -

pädagogen nicht die geringste Chance haben, dass wir uns von dieser Situation wegbewegen zum Beispiel hin zu einem besseren Betreuungsschlüssel. Dafür fehlt uns nämlich einfach das Personal, und das braucht uns auch nicht zu wundern: Die Elementarpädagogen dieser Stadt haben nämlich einerseits einen der verantwortungsvollsten Jobs, andererseits bekommen sie zu wenig Unterstützung, zu geringe Wertschätzung und ein zu kleines Gehalt. Wir brauchen uns auch nicht zu wundern, wenn, wie ich glaube, über drei Viertel der AbsolventInnen der BAKIPs danach diesem Beruf nicht nachgehen wollen. Das hat viele Gründe, aber ich glaube, da müssen wir ansetzen, und ich fände es auch wirklich gut, wenn wir hier darüber diskutieren und uns gemeinsam Strategien überlegen, wie wir hier zu einer Lösung kommen. (*Beifall bei den NEOS.*)

Lösungswege gibt es prinzipiell viele, und viele werden auch schon auf den Weg gebracht. Was immer wieder diskutiert wird, ist natürlich die Akademisierung der Ausbildung der Elementarpädagogen. Das würde fraglos einen attraktiveren Beruf mit mehr Qualifizierung und dadurch auch mehr Anerkennung, mehr Wertschätzung, mehr Gehalt bedeuten. Auch wir NEOS forcieren diesen Lösungsweg sehr. Allerdings muss ich auch sagen, dass diese Maßnahme allein wahrscheinlich nur bedingt ausreicht und vor allem auch eine langfristig anzulegende ist, weshalb das in der derzeitigen Situation, da wir hier mehr qualitätsvolle Betreuung brauchen und den Betreuungsschlüssel senken wollen, ein zu langer Weg ist, um dort hinzukommen.

Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir pädagogisches Personal mit Unterstützungspersonal freispielen, um die Leute für ihre eigentlichen Tätigkeiten frei zu machen. Das ist nicht nur beim Kindergarten so, das sehen wir auch in der Schule, wo Lehrerinnen und Lehrer ebenfalls mit ihrem Bildungsauftrag und dem Vermitteln von Wissen überfordert sind. Dazu kommt noch viel aus dem Sozialbereich dazu, und dort fehlt es an Unterstützungspersonal und an Schulsozialarbeitern, es fehlt an Schulpsychologen, es fehlt an Verwaltungspersonal, und genauso ist es auch bei den Kindergärten. (*Beifall bei den NEOS.*)

Zumindest bei den Kindergärten geht die Stadt Wien in dieser Hinsicht einen gar nicht so schlechten Weg mit der Ausbildung von Assistenzpädagogen und -pädagoginnen, nämlich mit einer dreijährigen Ausbildungsform zur AssistenzpädagogIn: Das sind pädagogische Fachkräfte, die das pädagogische Personal unterstützen sollen, also keine hauswirtschaftlichen Tätigkeiten übernehmen, sondern gemeinsam unterstützend wirken und Bildungsarbeit planen. Dazu dient diese pädagogische Assistenz.

Der Haken an der Geschichte ist aber, dass die Absolventen dieser BAKIP 21 nur den städtischen Kindergärten der Stadt Wien zur Verfügung stehen. Sie werden nämlich erstens quasi dazu gezwungen, weil sie sonst ihre Ausbildungskosten zurückzahlen müssten, wenn sie anderswo hingehen, weshalb das niemand machen wird. Zweitens können private Trägerorganisationen sich das gar nicht leisten, das heißt, sie haben finanziell über-

haupt nicht den Background und die Ausstattung, um zusätzlich Assistenzpersonal einzustellen.

Das finde ich schon bemerkenswert! Einerseits erkennen Sie nämlich zwar ein Problem an, und ich glaube, da sind wir uns ganz einig: Das ist eine gute Lösung. Prinzipiell verwehren Sie es aber, auf diese Möglichkeit zurückzugreifen, und das sehe ich nicht ganz ein, denn zwei Drittel der Kinder werden in privaten Kindereinrichtungen betreut.

Ich bringe daher heute einen entsprechenden Antrag ein, und ich halte es für eine gute Lösung, dass wir auch den privaten Betreibern die Möglichkeit geben, die Ausbildung der Assistenzpädagogen weiter zu forcieren. Das ist eine gute Möglichkeit, hier Unterstützungsleistungen zu bieten. Die privaten Kindergärten brauchen allerdings auch den finanziellen Background dazu. Wir müssen also auch die entsprechende Finanzierung sicherstellen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich möchte jetzt noch zu einem ganz anderen Thema kommen, das mir auch sehr am Herzen liegt, nämlich betreffend die Krisenpflegeeltern in der Stadt Wien. - Vielleicht zuerst eine kurze Erklärung: Krisenpflegeeltern sind jene, die einspringen, wenn Kinder zwischen null und drei Jahren kein intaktes Elternhaus vorfinden, weil ihre Eltern in schwierigen Situationen sind, von Drogen- und Alkoholmissbrauch bis zu prinzipieller Überforderung. In solchen Fällen können Krisenpflegeeltern einspringen und für einen temporären Zeitraum die Betreuung und die Fürsorge für ein junges Kind übernehmen.

In Wien haben wir prinzipiell zirka 40 Krisenpflegeeltern, und auf diese sind wir wirklich angewiesen, denn wir haben wenige andere Möglichkeiten. Gerade in den städtischen Betreuungseinrichtungen gab es in den letzten Jahren drei Aufnahmen von jungen Kindern, die stehen also hier nicht wirklich zur Verfügung. Es gibt zwar auch einige private Einrichtungen, aber laut Anfragebeantwortung habe ich erfahren, dass diese hauptsächlich dann zum Zug kommen, wenn es besonderen Betreuungsaufwand gibt, etwa in Form einer Behinderung zum Beispiel. Außerdem ist natürlich die Form der privaten Betreuung in einer privaten Einrichtung eine finanzielle Frage, was umso mehr zeigt, warum diese Krisenpflegeeltern so wichtig sind und warum wir ihnen auch unsere ganze Wertschätzung entgegenbringen müssen. Wir brauchen sie einfach! *(Beifall bei den NEOS.)*

Damit kommen wir jetzt zu einem aktuellen Thema und auch zu einem Problem: Die Krisenpflegeeltern haben prinzipiell zwei Anstellungsmodelle. Das ist relativ komplex. Es gibt ein Modell mit einer Geringfügigkeitsgrenze. Die Krisenpflegeeltern sind dann auch versichert und müssen auch eine verpflichtende Fortbildung machen. Außerdem gibt es ein zweites Modell mit einem Bruttoeinkommen von 1.350 EUR monatlich. Da sind sie auch versichert, dann müssen sie aber auch die Bereitschaft zeigen, zwei Kinder aufzunehmen, dann müssen sie auch ältere Kinder aufnehmen wollen, dann müssen sie nach einem konkreten Dienstplan verpflichtend erreichbar sein, und dann müssen sie ihren Hauptwohnsitz in Wien haben.

Jetzt zum Problem: Anfang dieses Jahres wurde beschlossen, dass diesen Krisenpflegeeltern von nun an kein Kinderbetreuungsgeld mehr zusteht, wenn sie ein Kind kürzer als 91 Tage lang betreuen. Können Sie sich das vorstellen? - Das ist ein riesengroßes Thema und ein Problem, denn wie Sie erahnen können werden, hat der Großteil der Krisenpflegeeltern Kinder unter 91 Tage lang in Betreuung, weshalb sie da vollkommen hinausfallen.

Ich glaube, dass hier betreffend Umgang mit diesen Eltern und in Anbetracht dieser mangelnden Wertschätzung - das Kinderbetreuungsgeld ist keine Wien-Geschichte, das ist mir schon klar! - für diese gesellschaftlich höchst wichtige Tätigkeit, auf die wir wirklich angewiesen sind, sehr wohl auch die Stadt Wien in der Verantwortung ist, entsprechende unterstützende Maßnahmen einzuleiten. Deswegen bringe ich heute den Antrag ein, dass man den Krisenpflegeeltern, wenn sie die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllen, eine Ausgleichszahlung anbietet, gerade weil wir sie eben brauchen, und dass das auch bei diesem Modell II, das angeboten wird, unabhängig vom Wohnsitz erfolgen kann. Es fand sich nämlich keine einzige Begründung, warum der Hauptwohnsitz in Wien sein muss.

Diese Krisenpflegeeltern leisten einen enorm wichtigen Beitrag, und ich würde mich freuen, wenn wir hier geschlossen dafür auftreten. Ich habe aber schon gehört, dass Sie dem leider nicht zustimmen werden! Ich meine, wir müssen den Krisenpflegeeltern unsere Wertschätzung entgegenbringen und sie natürlich, wenn es uns das wert ist, auch finanziell unterstützen! - Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Das waren jetzt 9 Minuten Redezeit. Das heißt, die Restredezeit für die NEOS beträgt 14 Minuten. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Schwarz. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten. - Sie haben das Wort.

GRin Sabine **Schwarz** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Damen und Herren!

In Wien leben zur Zeit 360.000 Schülerinnen und Schüler, Kindergartenkinder und Kinder. Das bedeutet, dass bei der Bildungspolitik eine enorme Verantwortung liegt, denn diese Kinder, Schülerinnen und Schüler sind Gestalterinnen und Gestalter unserer zukünftigen Wiener Gesellschaft. Um eine mündige Gesellschaft zu erreichen, braucht es Bildungsstätten, in denen Qualität herrscht, in denen Kinder, Schülerinnen und Schüler gut gefordert und gefördert werden, in denen Talente genauso gefördert werden wie Kinder mit Lernschwächen, in denen hochbegabte Kinder genauso einen Platz finden wie Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Es geht nicht um Wertung, es geht um Förderung und Forderung ohne Gleichmacherei.

Die rot-grüne Regierung betreibt eine Bildungspolitik der Quantität und nicht der Qualität. Dabei ist Qualität der Schlüssel beim Lehren und beim Lernen.

Ich möchte das gerne anhand der Kindergärten ein wenig ausführen. 2017 hatten wir die Kindergartennovelle, die Novelle der Kinderbetreuung, die mit Stimmen von

Rot-Grün beschlossen wurde. Das wäre die Chance gewesen, zu einem nachhaltigen Instrument zu kommen, um die Förderskandale zu unterbinden und gleichzeitig an der Qualitätsschraube zu drehen. Dies ist aber Rot-Grün leider nicht gelungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dies waren 2018 die Anfangsworte meiner Rede in der Rechnungsabschlussdebatte. Und ich kann das heuer noch einmal sagen. Ich könnte eigentlich die ganze Rede noch einmal halten, weil sich genau gar nichts getan hat! Wir haben die gleichen Baustellen im Bildungssystem, und wir haben noch mehr dazubekommen. Es hat keine Maßnahmen zur Verkleinerung des Betreuungsschlüssels im Kindergarten gegeben, der Fördermissbrauch bei privaten Trägern ist nach wie vor ein Thema, wobei Rot-Grün seit Jahren darüber Bescheid weiß.

Ich möchte in diesem Zusammenhang kurz das Beispiel des Kindergarten Abendstern ansprechen, das jetzt auch in den Medien war: Es ist Ihnen ja schon seit Juni 2018 bekannt, dass es hier Missbrauch gibt, weil der Betreiber sich ein exorbitantes Gehalt von 13.000 EUR im Monat ausbezahlt hat. Das wissen Sie zumindest seit Juni 2018. Es hat Gesamtförderungen für den Kindergarten in der Höhe von 16,2 Millionen EUR gegeben. Ich frage mich wirklich: Wieso darf dieser Kindergarten weiterarbeiten? Ich frage mich wirklich, weil wir ja auch einen Anfrage gestellt haben: Wie lange prüfen Sie eigentlich? Über ein Jahr, und das, ohne dass sich etwas tut? Das kann es irgendwie nicht sein!

Dazu möchte ich Ihnen schon sagen: Der Betreiber hat dann ja irgendwie über die Medien ausgerichtet, dass er irgendwelche rechtlichen Schritte gegen mich prüfen beziehungsweise ergreifen wird. - Ich lasse mich aber nicht erpressen, und ich lasse mir auch nicht drohen! Ich sage Ihnen nämlich: Wir wissen, wenn wir genau hinschauen, dass es Missbräuche von Fördergeldern und somit von Steuergeldern gibt. Daher werden wir auch einen Antrag zur Überprüfung einbringen, und zwar zu einer externen Überprüfung, weil ich glaube, dass eine solche schneller geht. Es soll dies eine Prüfung aller Privaträger und aller Förderungen für Kindergärten und Kindergruppen seit dem Jahr 2009 sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Stadt Wien schafft nämlich diesen Spagat beziehungsweise diese Trennung hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen seriös arbeitenden privaten Kindergartenbetreibern und jenen, die einfach Steuergelder missbrauchen, nicht. Das schaffen Sie nicht! Wir haben zum Glück private, seriöse Kindergartenträger. Diese sind eine ganz starke Stütze in unserer Gesellschaft. Die meisten Kinder sind bei den Privaten untergebracht. Diesbezüglich sind wir uns alle einig, und wir hören auch immer, dass wir das sehr wertschätzen und brauchen.

Im Hinblick darauf muss ich mich aber fragen: Warum haben wir keine Kostenwahrheit? Wir wissen, dass ein städtischer Kindergartenplatz mehr Steuergeld zur Verfügung hat als ein privater Kindergarten, und das braucht es eben, wenn man von Wertschätzung und guter Zusammenarbeit spricht, eine Kostenwahrheit, und auch hierzu werden wir einen Antrag einbringen.

Was braucht es noch? - Der Kindergarten hat sich ja gewandelt. Er ist jetzt endgültig zu einer elementaren Bildungsstätte geworden, und daher muss man auch dessen Weiterentwicklung aus dem Blickwinkel der Pädagoginnen und Pädagogen betrachten. In dieser Hinsicht brauchen wir ganz dringend ein Paket, um den Job zu attraktivieren. Wir brauchen ein Paket, um die Arbeit vor Ort zu erleichtern. Es muss zum Beispiel mehr Vorbereitungszeit berücksichtigt werden. Auch diesbezüglich werde ich einen Antrag einbringen.

Außerdem ist es wichtig, wie ich heute schon bei der Spezialdebatte betreffend Frauen gesagt habe, dass Kinder zunächst einmal einen Kindergartenplatz brauchen, denn wenn die Kinder keinen Kindergartenplatz brauchen, dann können wir das auch nicht fördern. Wir haben heute schon darüber diskutiert, dass es nach wie vor keinen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in der Stadt Wien gib, und das ist eigentlich sehr schade. Gerade in Wien stehen wir nämlich vor der Herausforderung, Kindern so schnell als möglich Deutsch beizubringen, damit sie dem Regelunterricht in der Schule folgen können. Wir müssen sie fördern, aber wenn es besonders für die Null- bis Dreijährigen keinen Kindergartenplatz gibt - und je früher man anfängt zu fördern, desto besser ist es für die Kinder -, dann werden wir ein Problem haben.

Wir haben schon zig Anträge eingebracht, dass die Regelung fallen gelassen werden soll, dass man auch bei den Null- bis Dreijährigen einen Arbeitsplatz braucht, damit die Kinder trotzdem einen Platz bekommen. - Das wollten Sie aber nicht!

Wir haben immer wieder einen Antrag eingebracht und haben gesagt: Bitte lasst diese absurde Regelung fallen, dass, wenn die Mutter in Karenz ist, das Kind keinen weiteren Anspruch auf einen Ganztagesplatz hat, sondern dass das Kind, das schon drinnen ist, auf einen Halbtagesplatz zurückgestuft wird. - Aber auch da gab es von Ihnen keinen Wunsch zur Änderung!

Jetzt bringen wir einen dementsprechenden Antrag ein: Lassen Sie uns doch bitte einmal darüber nachdenken, den Rechtsanspruch für einen Kindergartenplatz zu fordern! *(Beifall bei der ÖVP.)*

So. Jetzt muss ich wie immer in der Bildungsdiskussion kürzen, weil mir die Zeit ausgeht.

Es geht um das Thema Gewalt: Das ist zum Glück, da wir von der Neuen Volkspartei dieses Thema immer wieder getrommelt und immer wieder darauf hingewiesen haben, dass es dieses Thema gibt, endlich wirklich ein Thema geworden. Am Anfang hat Kollege Vettermann noch gesagt, dass ich das nicht überwerten soll, Raufereien auf dem Schulhof hat es immer gegeben. Jetzt haben wir zum Beispiel Videos von der HTL Ottakring gesehen, und wir konnten feststellen: Das waren keine leichten Raufereien auf dem Schulhof!

Dazu haben wir auch ein Paket vorbereitet und werden Anträge dazu einbringen. Wir werden wieder unser Paket zum Thema Gewaltprävention an den Schulen, aber auch zur Gewaltprävention betreffend Jugendbanden in Wien einbringen.

Worüber ich jetzt noch kurz reden möchte, ist Gewaltprävention in den Kindergärten. Das klingt härter, als es ist. Es gibt wunderbare Projekte, die von manchen privaten Kindergärten auch angeboten werden, wie etwa „Faustlos“. Es gibt auch den Kinder-Knigge, der herangezogen werden kann, wenn es sozusagen um Wertschätzung geht, damit Kinder lernen, sich entsprechend zu artikulieren und zu akzeptieren, dass ein anderes Kind auch eine andere Meinung hat. Das ist recht wichtig, denn was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. - Das sage ich immer. Es geht einfach darum, dass ein Vorschulkind meiner Meinung nach ein Nein akzeptieren muss. Ein Vorschulkind braucht nicht mehr zu kratzen, zu beißen, zu hauen, wenn ein anderes Kind anderer Meinung ist. Das soll den Kindern auf kindliche Art und in einer sehr sensiblen Art beigebracht werden, und ich denke, dass wir das auch in Wien ausbauen sollten.

Deswegen werden wir auch diesbezüglich heute einen Antrag einbringen. Zum einen sollen private Kindergarten-träger, die das anbieten, finanziell unterstützt werden. Zum anderen soll es aber auch einen Pool geben, aus dem man wählen kann, mit welchen Angeboten man zusammenarbeiten möchte. Deswegen ist es wichtig, dass wir einen Pool haben, woraus man wählen kann. Dann kann die Stadt natürlich schon im Vorhinein sagen, mit welchen seriösen Betreibern sie zusammenarbeiten möchte, und so können auch irgendwelche Fördermissbräuche vermieden werden. - Wir bringen heute auch einen diesbezüglichen Antrag ein.

Ich möchte zu einem weiteren Thema kommen, nämlich zu den Schulsozialpädagogen. 27 Schulsozialarbeiter hat Wien. Neulich hat der Herr Bildungsdirektor gesagt, dass denen allen die Kündigung droht, weil ja der Integrationstopf gekürzt wurde. Dass das Geld des Integrationstopfes aber in den Deutschförderklassen und in den Deutschförderkursen steckt, darüber redet man in der Stadt Wien nicht so gerne!

Ich sage aber immer wieder: Es ist die Verantwortung des Landes, für Schulsozialpädagogen beziehungsweise für Support-Personal an Schulen zu sorgen. Andere Bundesländer schaffen das auch. Wien nicht. Wien schafft es nicht. Wien schafft es nicht, Verantwortung zu übernehmen. Unsere rot-grüne Stadtregierung schafft es nicht, sich an die Spielregeln zu halten. Dabei ist es ein so wichtiges Zeichen für unsere Gesellschaft, dass sogar die Stadtregierung sich an Spielregeln halten muss! Zum einen heißt es immer: Es gibt Regeln, und die Menschen müssen sich daran halten, das ist wichtig fürs Zusammenleben. - Offenbar braucht das die rot-grüne Stadtregierung aber nicht! Diese sudert lange herum und sagt dann: Das ist unsere Aufgabe! - Das kann es nicht sein! Nehmen Sie Verantwortung an! Tragen Sie Verantwortung! Machen Sie bitte Ihren Job und sorgen Sie dafür, dass genügend Support-Personal an den Schulen vorhanden ist! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit Support-Personal allein werden wir es aber nicht schaffen. Wir sind uns, glaube ich, auch über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig, dass es eine Elternbildung braucht. Dazu hatte ich einmal einen Antrag eingebracht,

weil wir die Auffassung vertreten, dass wir die Eltern in der Bildungskarriere der Kinder brauchen. Wir wissen aber, dass ganz viele Eltern gar nicht wissen, was eigentlich von ihnen erwartet wird.

Ich habe dann auch einmal einen Antrag eingebracht und gesagt, dass ich gerne ein ähnliches Modell wie in der Steiermark hätte, dass sozusagen ein Angebot gelegt wird. Und wenn man 6 von 18 Kursen über Themen von „Ich bin schwanger“ bis „Erster Schultag“ besucht, dann bekommt man sozusagen ein Goodie für den Schulbeginn des Kindes.

Dieser Antrag wurde abgelehnt: Es wurde gesagt: Das brauchen wir nicht! Wir haben ganz viele tolle Angebote in der Stadt! - Das Problem ist nur, dass diese nicht irgendwo kompakt zu finden sind. Deswegen bringe ich heute einen Antrag ein: Es gibt den wunderbaren Wickelrucksack, den man erhält, wenn man ein Kind in einem Stadt-Wien-Spital bekommt, sonst kann man ihn sich abholen. Und ich hätte gern, dass in diesem Wickelrucksack in Zukunft ein Gutschein liegt, vielleicht sogar mit einem Booklet zum Thema Elternbildung, dass Eltern endlich wissen, wo sie sich Hilfe holen und sich weiterbilden können, und auch gewillt sind, das zu tun. Ich bin nämlich wirklich überzeugt davon, dass viele Eltern beziehungsweise alle Eltern gute Eltern sein wollen, teilweise aber gar nicht wissen, wie sie das umsetzen können.

Mein letzter Punkt ist der Sportgutschein. Das haben wir schon einmal bei Gesundheit und Sport eingebracht. Heute bringe ich das ganz bewusst bei der Bildung ein. Wir haben leider das Phänomen - gestern wurde es auch bei der Gesundheitsdebatte thematisiert -, dass die Kinder immer dicker werden, dass die Kinder sich immer weniger bewegen und immer mehr sitzen, was natürlich für eine gesunde Gesellschaft und für die Gesundheit der Kinder nicht sehr dienlich ist. Es gibt da ein Buch, dessen Autor ich jetzt vergessen habe, mit dem Titel „Sitzen ist das neue Rauchen“. Darin wird genau beschrieben, welche Auswirkungen Sitzen eigentlich auf die Gesundheit oder auf den Körper hat.

Ich bin der Meinung, dass wir wirklich dafür sorgen müssen, dass die Kinder sich viel bewegen. Diesbezüglich könnte die Stadt Wien eine Win-win-Situation schaffen. Wir haben auf der einen Seite viele Sportvereine, die gute Arbeit leisten, die aber um Nachwuchs rittern. - Ich möchte in diesem Zusammenhang jetzt einmal klarstellen, dass Sportvereine nicht nur Leistungssportler ausbilden sollen, sondern dass es besonders darum geht, dass Kinder auch außerhalb der Schule neue Freunde finden und sich bewegen. Es geht dabei um motorische Übungen und darum, dass sich die Kinder austoben können. Es geht um Selbstbewusstseinsbildung, um Selbstverantwortung, um Eigenständigkeit.

Auf der anderen Seite haben wir einfach nicht das Angebot an Schulen, damit Kinder sich ausreichend bewegen können. Und deswegen werden wir heute auch einen Antrag für einen Sportgutschein einbringen, dass jedes Kind, das die 3. Klasse Volksschule positiv abschließt, von der Stadt Wien einen Gutschein bekommt, mit dem es dann bei Sportvereinen der Wahl schnuppern

kann, und da, wo sich das Kind dann sagt, ich möchte das gerne jetzt einmal ein Jahr machen, zahlt die Stadt Wien den Sportgutschein. Ich glaube, das ist ein Kostenpunkt - wir haben es uns ausgerechnet - von zirka 6 Millionen EUR, aber ich denke, das sollte uns die Gesundheit unserer Kinder wert sein.

Ich möchte noch kurz auf den Krisenpflegeeltern-Antrag von den NEOS eingehen. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, und ich sage Ihnen auch, warum: Weil wir einen eigenen Antrag einbringen. Wir haben auch mit Krisenpflegeeltern gesprochen, die eigentlich mit diesem Modell nicht zufrieden sind, da es jetzt sozusagen eine Zweiklassengesellschaft bei den Krisenpflegeeltern gibt. Und viele wechseln nicht in das Anstellungsmodell, da die Anforderungen zu heftig sind. Deswegen bringen wir auch einen Antrag ein, denn wir sind eigentlich dafür, dass alle Krisenpflegeeltern angestellt werden sollten, allerdings unter anderen Bedingungen. Der Antrag beinhaltet, dass man sich die Wünsche der Krisenpflegeeltern auch anhört, dass man mit ihnen spricht und dass man das Modell so umwandelt, dass es für alle möglich ist, diese Berufung als Krisenpflegeeltern ausüben zu können. - Vielen Dank (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Jetzt bekommen wir einen Haufen Anträge, danke. 16 Minuten Redezeit wurde verbraucht, Restredezeit der ÖVP-Fraktion sind 9 Minuten. Zu Wort gelangt Kollege Ellensohn, selbstgewählte Redezeit sind 7 Minuten. - Sie haben das Wort.

GR David **Ellensohn** (*GRÜNE*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Das Aufgabengebiet von StR Jürgen Czernohorszky ist sehr umfangreich, deswegen sind zwar immer viele Leute aus den Magistraten da, kommen aber nicht alle dran, Ich zähle sie noch einmal ganz schnell auf: MA 2, 3, 10, 11, 13, 17, 35, 44 - das sind die Bäder, sehr wichtig momentan -, 54, 56, 62 plus die Gleichbehandlungsbeauftragte, die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft und die Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgener Lebensweisen. Die MA 62 ist sehr wichtig, da sie für Wahlen zuständig ist, und wir sind ja jetzt nach Ibiza ein zweites Mal gefordert.

Auf all das kann ich natürlich nicht eingehen, auf die VorrednerInnen auch nicht geschlossen, ein paar Sätze trotzdem zur Volkspartei: Die Volkspartei redet gerne von Verantwortung und überall dort, wo Sie Verantwortung haben, machen Sie das nicht, was Sie sagen. Das ist ganz einfach, man muss ja Politikerinnen und Politiker nicht an dem messen, was gescheit geredet wird, von niemandem, sondern was gemacht wird. Dort, wo die ÖVP dran ist, ist es nicht so. Eine Kindergartengarantie, so schade, dass wir das nicht haben! - Ich hätte auch gerne, jeder darf es sich aussuchen und jeder kriegt exakt den Kindergartenplatz, der am besten zum Kind passt. Das Allererste, was man dafür machen muss, ist, Kindergartenplätze schaffen, damit einmal genug da sind. Welches Bundesland hat denn viele Kindergartenplätze und welche haben zu wenig? Na, alle haben zu wenig, vor allem für die Kleineren, niemand, kein Bundesland erreicht das Barcelona-Ziel für die ganz Kleinen,

Oberösterreich zum Beispiel, FPÖ und ÖVP zuständig, hat den niedrigsten Anteil davon. Dort, wo die ÖVP richtig viel zu sagen hat und den falschen Partner dazu kriegt, passiert am wenigsten. Ja, es ist ganz einfach, das kann man auch jetzt schön nachrechnen, die ÖVP ist wenigstens halbwegs - nicht resozialisierbar - normalisierbar, wenn sie GRÜNE dazubekommt, denn in Vorarlberg, Tirol, Salzburg sind die Zahlen ...

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Herr Kollege, ich halte es nicht für sinnvoll, jemanden als normalisierbar oder sozialisierbar zu bezeichnen. Ich glaube, die Debatte war bis jetzt eigentlich sehr ruhig und angenehm, ich würde Sie bitten, dass Sie es weiter so halten. - Danke.

GR David **Ellensohn** (*fortsetzend*): In den Normalbereich zurück, so wie man es in Wien macht, wo man versucht, das auszubauen. Dort, wo die GRÜNEN dabei sind, Vorarlberg, Tirol, Salzburg, ist es ja schon wesentlich besser. Dort geht es ja mit den Argumenten, dort funktioniert es ja. In Oberösterreich ist es genau das Gegenteil. Was hat man in Oberösterreich gemacht? Sehr viele Kinder waren im Kindergarten, dann hat man gesagt, Moment, schnalzen wir die Preise rauf und verlangen wir wieder etwas am Nachmittag, und prompt sind es weniger gewesen. Und jetzt sind weniger Kinder als jemals zuvor in den letzten 15 Jahren im Kindergarten. Das haben die FPÖ und die ÖVP gemeinsam in Oberösterreich gemacht.

So, was machen wir? Ganz andere Sachen, Kindertagesheimstatistik in Wien: in den letzten zehn Jahren die Anzahl der ganz Kleinen in den Kleinkindergruppen verdoppelt. Das passiert ja nicht von selbst, sondern weil man ausbaut, weil man Geld in die Hand nimmt und ausbaut, 95 Prozent der Wiener Kindergärten haben mehr als 9 Stunden am Tag geöffnet. Das können Sie in den Bundesländern suchen gehen! Ganz im Westen, wo ich herkomme, hat es früher gar keine gegeben, jetzt sperren viele am Nachmittag zu. Die Schließtage in Wien sind bei 5 Tagen, in manchen Bundesländern 50 Tage. Und da wird man mit den Zahlen gar nicht fertig. Also von der Menge ist kein Bundesland auch nur annähernd in der Lage, irgendwie in die Nähe einer Garantie zu kommen, in Wien sind sogar bei den 0- bis 2-Jährigen 44 Prozent im Kindergarten. In Oberösterreich ist es ein Drittel davon, nur damit man eine Relation kriegt. Und dann kommt jemand und sagt, wir sollten das machen. Machen Sie es irgendwo, wo Sie die Verantwortung tragen, liebe ÖVP. Es ist genau das Gegenteil. Machen Sie irgendwo was Gescheites für Kinder und Jugendliche, wo Sie zuständig sind, nicht dort, wo Sie nicht zuständig sind, immer hineinrufen, und dort, wo man dann was tun kann, genau das Gegenteil machen, so wie man halt Wien einen Haufen Geld und Personen gekürzt hat.

Wir schaffen in Wien 2019 2.000 neue Kindergartenplätze, städtische und private Plätze. Wir geben für die Wiener Kindergärten insgesamt 870 Millionen EUR aus. 870 Millionen EUR, pro Kopf ist das mehr als in anderen Bundesländern, manchmal mehr als das Doppelte, nämlich dort, wo Sie zuständig sind. Einfach nachrechnen: Hat die ÖVP das Sagen, ist es fertig mit den schönen

Worten, wird nichts gemacht. Es nutzt nichts, wenn PolitikerInnen die richtigen Sachen sagen, und kaum sind sie zuständig, nicht mehr wissen, was sie tun müssen.

Was machen wir noch in den Kindergärten: Vorlese-tage, wird super angenommen. Was machen wir in den Schulen? Ich muss es im Stakkato sagen, da wir knapp sind mit der Zeit und wegen der Vielzahl an Themenbereichen: Schulkooperationen unterstützen Schulen und Familien, mehr Personen sind da für Familien und Eltern. Mehr, das ist nicht überall so in Österreich. Wir haben eine kostenlose Lernhilfe von der VHS, pro Semester nutzen es 10.000 Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren. Gratislernhilfe, gibt es das in einem anderen Bundesland? Nein, gibt es natürlich nicht, das gibt es genau da, nicht nur in dem Ausmaß, sondern das gibt's hier und sonst macht man das nirgends.

Wir haben eine Bildungsombudsstelle eingerichtet, die arbeitet jetzt. Was ist die Idee? LehrerInnen, Eltern, SchülerInnen können dort anrufen und sich Informationen holen, können dort über Mobbing berichten. Diese Stelle wurde eingerichtet, damit dann was getan werden kann. Ein Soforthilfe-Telefon haben wir, das sind alles Dinge, die im letzten Jahr passiert sind. „Respekt: Gemeinsam Stärker“, wieder LehrerInnen und Eltern und SchülerInnen, großes Präventionsprogramm, das gibt es auch schon wieder nirgendwo. Alles vorbildlich, andere Bundesländer, unsere GRÜNEN schauen sich ja das an, was wir hier machen, und überlegen, wie sie das woanders machen können.

Am besten funktioniert es allerdings dort, wo SPÖ und GRÜNE zusammenarbeiten, da es natürlich schwierig ist mit der ÖVP, mit der FPÖ müssen und wollen wir nirgendwo zusammenarbeiten.

„Werkstadt junges Wien“: über 22.000 Kinder und Jugendliche haben mitgemacht. Geglaubt haben wir, es kommen 10.000, es waren über 20.000, größtes Beteiligungsprojekt überhaupt wiederum in ganz Österreich, wieder ein Vorzeigemodell. Das Neubauprogramm, das wir aufgelegt haben. Das kann ich jetzt gar nicht alles ausführen, was wir alles an Campusmodellen gemacht haben. Vorzeigemodelle wiederum für ganz Österreich, die kommen da her, schauen sich das an: Wie macht ihr das? Wie finanziert ihr das? Wie viele Kinder gehen dort hin und wie viele Jugendliche?

Summer School, der Sommer kommt, kostenlose Lernförderung für Jugendliche: Wer das Pech hat, einen Vierer oder Fünfer in Mathe, Deutsch oder Englisch zu haben oder nicht beurteilt wurde, kann im Sommer zwischen 8. Juli und Mitte August einen Turnus von zwei Wochen machen, damit nachgeholfen wird. Dann gibt es aber, da es im Sommer ja nicht nur um Lernen geht, auch noch die Summer City Camps mit allem Drum und Dran, auch mit Lernen, aber auch mit Skateboarden und Technik-Workshops und Freizeit für 50 EUR die Woche inklusive Essen. Das sucht man ja schon wieder überall vergeblich in diesem Ausmaß.

Ist deswegen alles paradiesisch? Nein, wir haben natürlich viel zu tun, da sind ja auch viele Dinge dabei, die entwickelt wurden, und es geht da immer weiter. Das Neubauprogramm geht weiter, der Ausbau an Kindergär-

ten geht weiter. Nur wir sind auf der richtigen Schiene, wir gehen in die richtige Richtung. Das kann man ja nicht in jedem Bundesland sagen, leider, und das schlechteste Beispiel von allen ist wirklich Oberösterreich und die ehemalige Bundesregierung.

Bei der Bildungsfrage gibt's übrigens mittlerweile bei der ÖVP einen schönen Unterschied, nämlich die Bildung vor Ibiza und nach Ibiza. Denn plötzlich kommen sie, die ÖVP-Bildungsleute, und sagen, na, das mit den Schulnoten für Sechs- und Siebenjährige war schon eine blöde Idee, dass man das als die große Errungenschaft bezeichnet. Wir reden von Millionen Investitionen, Sie reden von Schulnoten für Sechs- und Siebenjährige. Jetzt kommen die einzelnen Bildungsleute, die sagen, das mussten wir wegen dem Koalitionspartner machen oder weil bei uns irgendeiner schräg drauf war oder bei der ÖVP schräg drauf war. Nach Ibiza ist die Bildungspolitik zumindest in Bewegung, das anerkenne ich immerhin, vielleicht wird es ja besser, noch schlauer ist, wenn wir nach Ibiza auch bundesweit eine Regierung bekommen, die das umsetzt, was Wien macht, nämlich für jedes einzelne Kind die besten Chancen und Möglichkeiten eröffnen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: 8 Minuten Redezeit wurden verbraucht, Restredezeit der Grünen Fraktion sind 17 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Kollege Blind, selbstgewählte Redezeit sind 15 Minuten. - Sie haben das Wort.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Werte Kollegen!

Gelegenheit zu zeigen, was geleistet wurde: Wir bauen Doppelgleisigkeiten ab. Wir drehen jeden Euro zwei Mal um. Kritik soll sachlich und konstruktiv sein. Die Einhaltung von Versprechen sorgt für das notwendige Vertrauen. - Ja, schöne Worte des Herrn Finanzstadtrates, nur was bedeuten sie im Jahr 2019 tatsächlich in der Stadt Wien?

Kommen wir zum ersten Punkt, zeigen, was geleistet wurde: Die Zahlen, die uns der Herr Finanzstadtrat aus dieser Geschäftsgruppe präsentiert hat, waren da. Aber was hat er uns sonst noch mitgegeben, an inhaltlichen Dingen, an Dingen, die wir hier in einem Budgetvollzug diskutieren sollten? Leider kein Wort des zuständigen Stadtrats zuvor, was möglich wäre, noch eine solide Grundlage für eine sachliche und konstruktive Debatte bieten würde. Deswegen eingangs meine Aufforderung an den Herrn Stadtrat, wie die Jahre zuvor: Wenn Sie sich für Ihre Daten des vergangenen Jahres, für den Budgetvollzug nicht genieren, zeigen Sie, wie Sie es sehen. Zeigen Sie, wie Sie den Budgetvollzug bewerten, vor der Debatte. Sie haben die nächste Gelegenheit im Herbst bei der Budgetdebatte, ich würde mich über so eine offene Diskussion sehr freuen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn ohne hellseherische Fähigkeiten haben zu müssen, können wir ja die Debatte, wie sie uns bevorsteht, in groben Zügen voraussehen, beispielsweise in der kommenden Wortmeldung der Kollegin Berger-Krotsch. Wie jedes Jahr werden wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass diese Wortmeldungen eins gemein haben, sie haben nämlich keinen Bezug zu den Sorgen

und Nöten der Wiener Bevölkerung, sie haben keinen Bezug zur Realität. Das Problem ist, uns wurde im Zuge der Frauendebatte vorgeworfen, wir würden in einer Blase leben. Da kann man nur sagen, wenn man sich die kommenden Wortmeldungen anhören muss, Rot-Grün ist die institutionalisierte Blase in Wien. In der kommenden Rede beispielsweise von der Frau Kollegin Berger-Krotsch wird irgendwas mit Vorreiterinnenrolle vorkommen, Wien lässt niemanden im Stich, Wien ist bunt, vielfältig, einzigartig, und mit Abholen wird sicher auch etwas dabei sein. Das, was uns der Herr Finanzstadtrat präsentiert hat und uns die Frau Kollegin präsentieren wird, hat mit der Realität nahezu nichts gemein, und ich möchte es an einigen Beispielen verdeutlichen.

Kommen wir zu den angesprochenen Doppelgleisigkeiten. Jedermann, der die Berichte des Stadtrechnungshofes aufmerksam gelesen hat, hat mitbekommen müssen, dass kommunale Aufgaben in enormem Umfang ausgelagert werden. Aber nicht nur das, die Kritik zielt auch darauf ab, dass es zu massiven Doppelgleisigkeiten kommt. Die Erledigung von Aufgaben durch Dritte - und das ist die Position der Freiheitlichen seit Langem - kann ja auch durchaus gerechtfertigt sein, wenn es dadurch gelingt, etwa private Mittel zu lukrieren, ehrenamtliches Engagement zu fördern. Aber das Problem ist, das ist in der Stadt Wien ja kaum wahrnehmbar. Und als Mitglied auch des Stadtrechnungshofausschusses kann ich Ihnen sagen, es kommt zu derartig surrealen Situationen, dass es, wenn der Stadtrechnungshof kritisiert, dass die subventionierten Vereine nicht einmal die in den Vereinssatzungen vorgeschriebenen Mitgliedsbeiträge - die nicht sehr hoch sind - einheben, dazu kommt, dass als Lösung des Problems von den Vereinen angeboten wird, einfach die Vereinssatzung zu ändern und künftig gar keine Mitgliedsbeiträge einzuheben. Warum auch, die Vereine werden in diesem Geschäftsbereich ohnedies fast zur Gänze von der Stadt Wien finanziert.

Man sieht daher, man hat keinen echten Mehrwert durch diese Konstruktion, wenn man es ehrlich meint. Aber man hat Folgen, Folgen wie zum Beispiel, dass die Aussage des Stellenplans, den wir jährlich hier beschließen, verringert wird. Aber warum wählt man sonst noch solche Konstruktionen? Und das nährt natürlich auch einen Verdacht, das nährt den Verdacht, dem wir in der von VBgm Nepp angekündigten Untersuchungskommission ganz intensiv nachgehen werden (*Beifall bei der FPÖ.*), es unterminiert die Kontrollrechte dieses Hauses, und das ist offenbar nicht passiert, das ist offenbar gewollt. Eine wichtige Motivation ist natürlich auch, Leitungs- und sonstiges Personal in wesentlichen Kriterien frei besetzen zu können und insbesondere - es wurde ja heute auch schon angesprochen - Leitungspersonal in diversen Vereinen Gehälter zukommen zu lassen, die jeglichen Charme vermissen lassen. Insgesamt also etwas, was man bislang als System SPÖ bezeichnen konnte, beziehungsweise etwas, was man, seitdem die GRÜNEN von der halbprofessionellen Aufdecker-Partei zu professionellen Zudecker-Partei mutiert sind, als System Rot-Grün in Wien bezeichnen muss.

Deswegen der erste Antrag der Freiheitlichen in dieser Geschäftsgruppe, nämlich der Beschlussantrag, der darauf abzielt, dass es in subventionierten Vereinen so geregelt sein muss, dass die Obergrenze des Gehalts dem Gehaltsschema der Stadt Wien angepasst sein muss, um derartig exorbitante Überzahlungen anzuhalten. Ich ersuche um sofortige Abstimmung dieses Antrags. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dazu passt auch sehr gut die weitere Ankündigung des Herrn Finanzstadtrats, er drehe jeden Euro zwei Mal um. Also böse Zungen behaupten ja, die Stadt Wien gibt jeden Euro zwei Mal aus, nicht, sie dreht jeden Euro zwei Mal um, aber wir haben hier ein Problem mit der Transparenz und der Wirkungsorientierung. Wirkungsorientierte Verwaltungsführung, ein wichtiges und modernes Managementwerkzeug in der öffentlichen Verwaltung ist in der Stadt Wien nahezu unbekannt, vom Rechnungshof der Stadt Wien immer wieder eingefordert, aber leider erfolglos. Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bedeutet im Wesentlichen, dass im Rahmen einer Subvention Wirkungsziele definiert sein müssen, und nachdem die Subventionsperiode abgelaufen ist, diese Wirkungsziele überprüft werden und geschaut wird, wurde es geschafft beziehungsweise mit welchen Methoden muss man anpassen, um diese Wirkungsziele zu erreichen, beziehungsweise ist dieser Verein in Zukunft überhaupt noch subventionswürdig. Hier wird ein ganz wichtiges Managementwerkzeug in der Stadt Wien nicht benutzt. Deswegen auch hier der nächste Beschlussantrag der Freiheitlichen, der auf Einführung dieses Managementwerkzeuges abzielt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das Dritte ist ein ganz generelles parlamentarisches beziehungsweise demokratisches Problem, dass nämlich in der Stadt Wien Förderansuchen, die an den Ausschuss geleitet werden, eine Vorselektion durch den Magistrat erfahren. Das ist an und für sich insofern unproblematisch, weil ja die Stadt Wien uns nicht jedes Förderansuchen in der gesamten Breite vorlegen kann, aber es ist natürlich - und das hat auch die Stadt Wien mittlerweile verstanden - in Zeiten beschränkter Budgetmittel notwendig, eine politische Entscheidung dahingehend zu treffen, welche Gewichtung innerhalb einer Geschäftsgruppe im Subventionsbereich notwendig ist. Wenn man dem politischen Gremium, nämlich dem Ausschuss, und wenn man dem politischen Gremium Gemeinderat in Folge diese Information nicht gibt und sich hier in teilweise wirklich skurrilen Ausflüchten übt, kann das in einer demokratischen Gesellschaft beziehungsweise in einem parlamentarischen System nicht hingenommen werden. Deswegen auch hier den nächsten Antrag, den Ausschuss jeweils darüber zu unterrichten, welche Subventionsansuchen seit dem letzten Ausschuss eingegangen sind, und zwar in Form einer Subventionsantragsliste, und wir ersuchen auch hier um sofortige Abstimmung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum angesprochenen Punkt des Herrn Finanzstadtrates, Kritik soll sachlich sein: Also, anstelle der zu erwartenden Plattitüden, die uns in den Folgediskussionen sicher ereilen werden, wäre es erfrischend anders, ja geradezu parlamentarisch, wenn es auch zu einer kon-

struktiven Auseinandersetzung mit den von der Opposition gestellten Anträgen kommen würde, anstelle einfach begründungslos dagegen zu sein. Denn nicht nur - und das hat der Herr Stadtrat eingefordert - die Kritik der Opposition sollte sachlich sein, sondern auch die Reaktion der Regierenden darauf. Und wir sind gespannt, ob es zu einer sachlichen Entgegnung beziehungsweise sogar vielleicht einmal zu einer Antragsannahme kommt, oder ob Sie in gewohnter rot-grüner Manier vielleicht mit einem gewissen Missverständnis eines parlamentarischen Systems über diese Anträge drüberfahren werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber die Begründung der Ablehnung fällt Ihnen freilich schwer, befinden Sie sich doch in derartig vielen, nicht auflösbaren Widersprüchen gefangen, dass es Ihnen ja gar nicht möglich sein wird, sich mit den Anträgen der Opposition inhaltlich und seriös auseinanderzusetzen, ohne Ihr Totalversagen eingestehen zu müssen, das Sie in den letzten Jahren mit Ihrer Politik angerichtet haben, mit einer Politik, die sich beispielsweise in der von Ihnen gelebten Willkommenskultur manifestiert hat. Ich greife hier mangels einer längeren Redezeit nur ein Thema heraus. Angekündigt werden wird sicher: Wien wird niemanden in Stich lassen. Wir haben jetzt auch schon das Thema Frauen hinter uns, aber es wird uns wieder ereilen, und wahrscheinlich ausgerechnet von der Frauenlandesgeschäftsführerin wird kommen, dass auch Mädchen in Wien nicht zurückgelassen werden.

Das kann gerade von jungen Mädchen in Wien nur als blanker Hohn empfunden werden. Die Stadt Wien hat in einer 15a-Vereinbarung mit dem Bund wahrscheinlich nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen zugestanden, dass in elementaren Bildungseinrichtungen das Tragen des muslimischen Kopftuches verboten sein soll. Begründet wurde das in dieser 15a-Vereinbarung auch mit der sozialen Integration von Kindern, sie sollen sich den lokalen Sitten und Gebräuchen anpassen, und vor allem solle es der Gleichstellung von Mann und Frau dienen. Wien ist zwar dieser Pflicht zur Umsetzung der 15a-Vereinbarung nicht nachgekommen, weil es natürlich kein Verbot institutionalisiert hat, sondern nur ein Verbot des Zwangs zum Kopftuch, was natürlich etwas gänzlich anderes ist, aber Sie haben zumindest in dieser 15a-Vereinbarung festgehalten, dass das muslimische Kopftuch integrationshinderlich ist und daher in elementaren Kinderbetreuungseinrichtungen nichts verloren hat.

Dieser Gedanke, der dieser 15a-Vereinbarung zugrunde liegt, ist natürlich verallgemeinerungsfähig. Hier komme ich auf das pädagogische Personal zu sprechen, das in Bildungseinrichtungen selbstverständlich einen nicht unerheblichen Einfluss auf Kinder ausübt. Der Kindergarten Abendstern ist ja schon angesprochen worden. Ich habe mir die Homepage dieses Kindergartens gerade noch vor meiner Rede durchgeblättert, es findet sich eine einzige türkischsprachige Pädagogin auf der gesamten Homepage abgebildet, die kein Kopftuch trägt, arabischsprachige hundertprozentig Kopftuch, und ich glaube, bosnischsprachige auch hundertprozentig. Und wenn KindergartenpädagogInnen selbst das Kopftuch tragen, kommt es selbstverständlich zu einer uner-

wünschten Vorbildwirkung, obwohl die Stadt Wien genau bekannt hat, dass sie das nicht will. Es kommt zu einer Werbung bis hin zu einer Werbung für den politischen Islam. Und das in Zeiten, in denen es immer häufiger - und da müssen Sie ja nur auf Ihre eigene Gewerkschafterin hören, ich verweise nur auf das Buch „Kulturkampf im Klassenzimmer“ - zu einem stetig steigenden Einfluss des politischen Islams in Wien kommt. Da wäre eben mehr Engagement gefragt als das, das der Herr Integrationsstadtrat aufbringt, aber auch mehr Engagement gefragt, als es der Herr Landeshauptmann aufbringt, wenn er als Lippenbekenntnis diese 15a-Vereinbarung unterfertigt.

Und deswegen zwei weitere Anträge der Freiheitlichen, die darauf abzielen, dass das pädagogische Personal sowohl in elementaren Kinderbetreuungseinrichtungen als auch in der Schule kein Kopftuch tragen darf.

Ja, Herr Stadtrat, Kritik soll sachlich und konstruktiv sein. Es ist schön, von den Rechten der jungen Mädchen zu sprechen, von Empowerment und Gleichberechtigung, es ist aber unehrlich, das zu tun, wenn auf der anderen Seite effektive Schritte - und zwar ganz bewusst - unterlassen werden, dieser Entwicklung zu begegnen. Und wie eingangs angeführt, sind die kommenden Wortmeldungen vorhersehbar. Man fühlt sich ja in Budgetdebatten und in Rechnungsabschlussdebatten de facto wie in einer Zeitschleife gefangen, wenn man sich, wie der Herr StR Czernohorszky, durch etwas auszeichnet, nämlich durch den Willen zu keinerlei Selbstkritik, Argumenten keine Beachtung zu schenken und offenkundige Widersprüche zu ignorieren, und das in einer Stadt, wo eine sogenannte „Generation haram“ immer mehr die Jugendkultur dominiert. Es ist unzumutbar, die Wünsche der Bevölkerung, die durch die Opposition transportiert werden, schlichtweg vom Tisch zu wischen.

Ich wende mich zum Schluss noch einmal an den Herrn Finanzstadtrat und seine Worte von gestern. Ja, die Einhaltung von Versprechen sorgt für das notwendige Vertrauen. Und Sicherheit zu versprechen, aber statt Lösungen anzubieten, Probleme zuzudecken, fördert dieses Vertrauen eben gerade nicht. Und da wir hier in der Budgetabschlussdebatte viel mit Zahlen zu tun haben, gebe ich Ihnen zum Abschluss drei Zahlen mit: das sind die Zahlen 49, 44 und 39. Die Kollegen von der SPÖ werden sie möglicherweise kennen, das sind die Wahlergebnisse der Sozialdemokratie der letzten drei Wahlgänge. Wenn Sie den Beweis in der Realität außerhalb Ihrer Blase haben wollen, schauen Sie auf Ihre eigenen Wahlergebnisse und bessern Sie sich. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Blind hat 16 Minuten Redezeit verwendet. Das heißt, wir haben eine Restredezeit der Freiheitlichen von 22 Minuten. Nächste Rednerin ist Frau GRin Mag. Berger-Krotsch. Selbstgewählte Redezeit sind 8 Minuten. - Sie haben das Wort.

GRin Mag. Nicole **Berger-Krotsch** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal, auf der Galerie, via Livestream! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich muss Sie enttäuschen, ich habe heute keines der genannten Wörter in meine Rede eingebaut, Herr Kollege Blind, aber vielleicht lauschen Sie ja meinen Ausführungen.

Ich stehe hier heute als Mutter eines sechsjährigen Sohnes am Übergang vom Kindergarten zur Volksschule und bin also schon mit den ersten privaten Erfahrungen, was Lehrerinnen, Lehrer, Schule betrifft, konfrontiert. Ich muss sagen, ich bin schon jetzt sehr begeistert. Bald die Kindergartenzeit mit meinem Sohn hinter mir lassend, bin ich wirklich sehr dankbar, aufrichtig dankbar, welche Erfahrungen mein Sohn im System Wiener Kindergärten machen durfte, welche Entwicklungen er durchgemacht hat, welche Neugierde in ihm geweckt wurde und wie gut er eingebettet war in der Gruppe der Kinder mit den PädagogInnen und mit dem weiteren Kindergartenpersonal. Ich möchte daher von Herzen ein aufrichtiges Dankeschön sagen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Überall, wo Wien das Sagen und die Zuständigkeit in puncto Bildung hat, passiert etwas. Wir kümmern uns eben um unsere Kindergärten, um die außerschulische Jugendarbeit, Bildungsarbeit. Wir haben soeben erstmals im 8. Bezirk Bildungsgrätzler eröffnet, wir haben Campusmodelle geschaffen, und bald starten wir in die wunderbaren Summer City Camps zur Entlastung der Eltern.

Ich muss sagen, kurzum, wir sorgen für beste Pädagogik in Wien, wir stellen dazu - wir haben es gestern auch von StR Hanke gehört - die entsprechenden Budgetmittel bereit, wir haben in der vergangenen Rechnungsperiode gerade wieder im Bildungsbereich ganz viel investiert. Wir bauen die Schulen der Zukunft, im letzten Jahr wieder über 100 Klassen. Es war eine Investition von 170 Millionen EUR. Damit bauen wir aber nicht die kahlen Klassenräume, sondern moderne Lernräume für 116.000 Schülerinnen und Schüler in Wiener Pflichtschulen.

Wir bauen pädagogische Innovationen. Ich habe es soeben gesagt: Wiener Campusmodelle. Bereits seit zehn Jahren sind wir auf diesem Weg, es sind derzeit sechs fertiggestellte Standorte, acht in Planung, in Bau. Also auch eine große Freude, wie hier alles zusammenwächst, von ganztägigen Bildungseinrichtungen, Kindergärten, Schulen und Freizeitpädagogik, die gemeinsame Sache machen.

Es wird auch der weitere Ausbau der Tagesbetreuung in öffentlichen Pflichtschulen weitergeführt. Im Schuljahr 17/18 hatten 35.567 Schülerinnen und Schüler an 159 ganztägig geführten Schulstandorten Platz und 5 Lern- und Freizeitklubs, das war ein Plus von 7 Prozent an mehr betreuten Kindern. Wir investieren weiter in Inklusion, durch die Integration von basalen Klassen mit Snoezelen-Räumen und barrierefreien Freizeitanlagen. Wir haben auch eine Finanzierung für 2.000 körper- und schwerstbehinderte Kinder, eben den kostenlosen Fahrtendienst, damit sie auch alle an der Schule teilnehmen können. Wir investieren in Nachhaltigkeit durch innovative Architektur, wie zum Beispiel die Holzleichtbauweise. Aber auch sehr wichtig für den Wirtschaftsstandort, für die Menschen dieser Stadt, wir investieren in qualitäts-

volle Arbeitsplätze im Bildungsbereich, eben durch den Ausbau in der Bildungsinfrastruktur, durch den Ausbau in der Freizeitpädagogik und zusätzlicher Support-Systeme wie SchulpsychologInnen und Förderung 2.0, et cetera.

Ja, Kollege Blind, wir investieren in den sozialen Zusammenhalt, gerade in den Ballungsräumen, das kann keiner negieren, sind Schulen mit wichtigen und unterschiedlichen sozialen Herausforderungen konfrontiert. Seit dem Frühjahr werden deshalb Schulen auch von neuen Schulkooperationsteams der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt. Wien-weit haben wir insgesamt sechs Teams mit SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen im Einsatz. Die Teams sind AnsprechpartnerInnen für Lehrerinnen und Lehrer, aber sie arbeiten auch direkt mit betroffenen Familien. Im Herbst haben wir weiters eine eigene Hotline für Lehrerinnen und Lehrer bei Konflikten im Klassenzimmer eingerichtet, die gut angenommen wird. Um Kinderrechte in Bildungseinrichtungen kümmert sich auch eine neue Bildungsombudsstelle, in der KJA angesiedelt, sie steht Kindern und Eltern bei Konflikten in Wiener Schulen und Kindergärten kompetent zur Seite.

Wir investieren auch in den Lernerfolg, auch schon genannt, die Förderung 2.0. Damit die, die zusätzliche Lernhilfe brauchen und sich Nachhilfe nicht leisten können, auch in den Genuss kommen können, hier anzuschließen, haben wir diese Lernhilfe installiert. Den Kindern wird Unterstützung zuteil, damit sie wieder den Anschluss finden.

An dieser Stelle möchte ich einmal einen großen Dank an alle Beteiligten aussprechen, nämlich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MA 56, der MA 10, der MA 11, den Lehrkräften, allen Pädagoginnen und Pädagogen in den Schulen, in den Wiener Kindergärten für ihren unermüdlichen Einsatz für die Kinder in unserer Stadt, für die Kreativität, aber auch die Energie, die sie, wenn es große Herausforderungen gibt, an den Tag legen. Ich möchte daran gleich anschließen, allen Lehrenden und Kindern einen schönen Sommer zu wünschen, einen erfolgreichen Schulabschluss.

Vielleicht spielt sich der Sommer dann auch in den Summer City Camps ab, die ich auch kurz erwähnen möchte, eine großartige Einrichtung, die durch unseren Bildungsstadtrat ins Leben gerufen wurde. Die Wiener Kinder im schulpflichtigen Alter haben hier ein umfangreiches pädagogisches Programm während der Sommermonate, viel Bewegung, Ausflüge in die Natur, Kulturerlebnisse, Technik-Workshops, also nicht nur lernen, sondern auch Abenteuer in den Sommermonaten.

Da Bildung ja der Schlüssel zu einer aussichtsreichen Zukunft ist, wie wir alle wissen, gibt es neben dieser erstklassigen Sommerferienbetreuung in den Summer City Camps auch heuer die Möglichkeit der Summer Schools. Dort können SchülerInnen von der 5. bis zur 8. Schulstufe der polytechnischen Schule oder SchülerInnen mit Fluchterfahrung die Übergangslerngänge auf höhere Schulen besuchen und in zweiwöchigen Kursen ihre sprachlichen und rechnerischen Fähigkeiten mit professioneller Unterstützung verbessern. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kinder, Jugendliche werden in Wien gezielt gefördert. Die Teilnahme an den Sommer City Schools ist kostenlos. Ein Projekt möchte ich auch nicht unerwähnt lassen, ich darf es politisch begleiten, was mir große Freude bereitet. Über den Sommer wird an dem großen Präventionsprogramm für Wiener Schulen mit besonderen Herausforderungen gearbeitet, nämlich an „Respekt: Gemeinsam Stärker“. Wir haben hier eine Begleitung durch den unabhängigen Integrationsexperten Kenan Güngör. Es geht darum, Mädchen und Burschen gezielt zu stärken, PädagogInnen im Umgang mit den vielfältigen Problemen von Jugendlichen zu unterstützen und auch die Eltern als zentrale BildungspartnerInnen mit einzubeziehen,

Wenn ich den Antrag noch einmal hernehmen darf, da es hier eben auch um Mädchen geht: Natürlich, Kollege Blind, wollen wir nicht, dass Mädchen Kopftuch tragen müssen, aber wenn Sie jetzt weitergehen, das Tragen von Kopftüchern des Lehrpersonals, also der Frauen, die in den Schulklassen stehen, also dann geht das noch einmal zu weit, denn das Tragen von Kopftüchern durch muslimische Frauen fällt als religiös begründete Bekleidungs Vorschrift unter den Schutz von Art. 14 Abs. 1 des Staatsgrundgesetzes, wie Sie wissen, beziehungsweise des Art. 9 der EMRK. Und wenn man den Antragstext durchliest (*StR Maximilian Krauss: Stimmt nicht, das ist kein religiöses Symbol!*), mit Geschlechterapartheit, unerwünschte Vorbildwirkung, Werben für den politischen Islam, also ich glaube, da gehen Sie auch mit Ihrer Wortwahl viel zu weit, denn wenn Sie sagen oder schreiben, Kinder sollen von klein auf lernen, dass in unserer Gesellschaft Mann und Frau gleichberechtigt sind, dann möchte ich Sie bitten, den vielen Frauenförderungsmaßnahmen, den vielen Gender-Mainstreaming-Maßnahmen, die die Stadt Wien zur Abstimmung bereitstellt, einmal zuzustimmen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Gut, ich komme noch - auf Grund der fortgeschrittenen Zeit ganz kurz - zu zwei wichtigen Schwerpunkten, nämlich dem Personal. Es war ein intensives 2018er Jahr, wir haben die Dienstrechts- und Besoldungsreform durchgesetzt - vielen, vielen Dank hier federführend an die MA 2. Es ist weiterhin ein lebendiges System, das heißt, es muss ja immer noch weiter verbessert und angepasst werden, es war aber ein wesentlicher Schritt, die Attraktivität der Stadt Wien als Arbeitgeberin aufrechtzuerhalten. Ich danke da wirklich sehr aufrichtig allen Beteiligten für die Umsetzung dieses großen Wurfes. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Die MA 2 und MA 3 arbeiten weiter an den Themen wie Arbeitszeit, gesundes Arbeiten. Das Pilotprojekt „Neues Arbeiten für Wien“, das flexibleres Arbeiten für ArbeitnehmerInnen ermöglichen soll, geht weiter, die Gleichbehandlung, also das dreijährige Schwerpunktthema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ - danke Elisabeth Kromus und dem Team und den vielen Kontaktfrauen. Es ist ein großes Maßnahmenbündel, das hier zur Verfügung steht, der Fokus liegt ja auch darauf, das klare Bekenntnis der Dienstgeberin gegen sexuelle Belästigung zu kommunizieren, das heißt, viel Sensibili-

sierungsbewusstseinsarbeit einerseits nach außen, aber auch für die Führungskräfte, eine neue Broschüre, ein großes Maßnahmenbündel. Herzlichen Dank auch hier an die GBB und die vielen Kontaktfrauen, herzlichen Dank, Elisabeth Kromus. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wahlen und Rechtliches: Ja, wir schaffen Beteiligung, ob Wahlen, Volksbegehren, Volksbefragungen, Petitionen. Die WienerInnen können sich auf eine reibungslose Abwicklung verlassen. Der große Schwerpunkt letztes Jahr war die Woche der Demokratie: drei parallel zu unterschreibende Volksbegehren. Hier wurde Großartiges geleistet, es waren auch 25 mobile, voll-elektronische Eintragungsstellen neu. Die MA 62 hütet, organisiert vor allem das Herz unserer Demokratie, die Wahlen. Die Europawahl wurde großartig gemeistert, die Nationalratswahl steht vor uns. Also hier wirklich ein großes Dankeschön, und ich weiß, dass die Wahlen im Herbst sicher auch wieder toll über die Bühne gehen werden: hervorragende Arbeit.

In diesem Zusammenhang sei gleich auch noch die MA 54 erwähnt, die auch wunderbar zu dieser erfolgreichen Wahlabwicklung beigetragen hat und im Herbst auch wird. Sie ist ja unter anderem als unser Logistikcenter für die Logistik aller Wahlbehelfe zuständig, deren Anlieferungen in alle Wahllokale, auch die Abholung, die Instandsetzung und die Lagerung. Auch hier allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MA 54 ein großes Dankeschön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir konnten in der vergangenen Rechnungsperiode mit unserer Ausschussarbeit ein Mal mehr beweisen, dass Wien an der Seite der Wienerinnen und Wiener steht, und ich kann Ihnen versprechen, dass wir diesen Weg nicht verlassen und ihn in Zukunft auch ausbauen werden. - Ich bitte um Zustimmung zum Rechnungsabschluss 2018. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: 11 Minuten Redezeit wurden verbraucht, Restredezeit der SPÖ-Fraktion sind 29 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Kollege Wiederkehr. Selbstgewählte Redezeit sind 10 Minuten, Restredezeit der NEOS sind 14 Minuten. - Sie haben das Wort.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bringe für meine heutige Rede zwei Themen aus dem Bildungs- und Jugendbereich mit. Beim ersten Thema geht es um das Themenfeld Schulen mit freier Trägerschaft, nichtkonfessionelle Privatschulen, die in Wien auch einen unglaublich wichtigen Beitrag leisten, die ganz, ganz viel Bildungsinnovation in diese Stadt bringen und auch für viele Eltern und Kinder eine interessante Alternative zu sonstigen Schulen sind.

Ich selbst bin immer wieder an solchen Schulen. So war ich auch jüngst im Rahmen der Europawahl an der Walz, die eine Diskussionsrunde mit Politikerinnen und Politikern organisiert hat und die wirklich eine Vorzeigeschule ist, eine hervorragende Schule, wo die Schülerinnen und Schüler sehr zufrieden sind, kritisch heranwachsen und auch tolle Projekte an der Schule mitgestalten. Genau solche Schulen und solche Ansätze im Schulsys-

tem brauchen wir ganz dringend in Wien, und daher brauchen auch solche Schulen unsere Unterstützung und unsere volle Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den NEOS.)*

Es ist nur leider so, dass es sehr viele dieser Schulen in freier Trägerschaft unglaublich schwer haben, weil sie auch viel weniger unterstützt werden als konfessionelle Privatschulen, da konfessionelle Privatschulen ja ihre Personalkosten erstattet bekommen. Da gibt es ganz viele Schulen in freier Trägerschaft in Wien, die Monat für Monat darum kämpfen müssen, wie sie ihre Finanzierung aufstellen können. Natürlich unter Beteiligung der Eltern, aber auch damit ist es oft sehr schwierig für diese Schulen. Ich weiß von einigen Schulen, dass sie auch überlegen, ob sie schließen, weil sich die Finanzierung einfach nicht ausgeht. Das ist traurig, denn es sind Schulen, die einen wichtigen Beitrag in Wien leisten.

Was wir hier heute auch fordern, ist, dass diese Schulen in freier Trägerschaft mit konfessionellen Privatschulen gleichbehandelt werden, da es auch eine Frage der Gerechtigkeit ist, Schulen gleich zu behandeln und hier nicht einzelne Schulen zu privilegieren. Das ist unsere Forderung, die wir heute auch an den Bund einbringen, dass es hier endlich auch gleiche Regelungen braucht. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ein anderer Punkt - und da weiß ich, in diesem Themenfeld gibt es eine breite Unterstützung auch über Fraktionsgrenzen hinweg, auch mit der Stadtregierung und auch mit Ihnen, Herr Stadtrat -, wo allerdings die Stadt Wien schon einen eigenen Beitrag leisten kann, ist bei der Frage von Zuschüssen für den Umbau von Schulen. Da gibt es auch sehr viele Schulen in privater Trägerschaft, das wissen Sie wohl, die hier sehr große Herausforderungen haben, auch das Gebäude und die Instandhaltung der Gebäude zu finanzieren und zu gewährleisten. Hier gibt es schon von der Stadt beim Umbau und bei der Adaptierung eine Ungleichbehandlung bei der Unterstützung von konfessionellen Privatschulen im Vergleich zu Schulen in privater Trägerschaft, die sich wirklich alles erkämpfen müssen. Die Frage der Gleichbehandlung muss sich die Stadt hier schon stellen und hier müssen wir auch dort hinkommen, dass in dem Bereich, wo die Stadt auch finanzieren kann, zum Beispiel Umbau oder Adaptierungen, wirklich diese Schultypen auch gleich behandelt werden. Hier gibt es ja auch schon einen gemeinsamen Beschluss und hier von mir noch einmal die mahnenden Worte, das auch wirklich in der Verwaltungspraxis so zu leben, denn bei den Privatschulen in freier Trägerschaft kommt diese Willensbildung, die wir im Gemeinderat gefasst haben, leider eben nicht an. *(Beifall bei den NEOS.)*

Bei meinem zweiten Thema geht um Jugend und um ein Phänomen, auf das wir leider in letzter Zeit gehäuft im öffentlichen Raum treffen, des Phänomens der Jugendgangs in Wien, Gewalt, die von Jugendlichen, von Unmündigen, teilweise auch Minderjährigen im öffentlichen Raum ausgeübt wird, vor allem auch gegenüber anderen Schülern und Schülerinnen. Hier sehen wir eine Zunahme von solchen Übergriffen und die Entstehung einer Jugendkultur, in der es cool ist, Teil einer Jugend-

gang zu sein, und in der es cool ist, andere Kinder am Schulweg auszurauben. Das ist eine Entwicklung, die uns alle sehr wachsam machen müsste, und es ist ein Alarmzeichen, dass diese Übergriffe - zumindest von dem, was mir auch berichtet wird - auch am Zunehmen sind. Hier müssen wir uns dringen Gedanken machen.

Nicht nur ich sage, dass das ein Phänomen ist, das viel Aufmerksamkeit braucht, sondern es gab Anfang des Monats einen sehr guten Artikel im „Biber“ genau zu diesem Phänomen, wo über Jugendbanden gesprochen wird. Berichtet wurde von einer Journalistin, die wochenlang im Feld war und mit diesen Jugendlichen auch gesprochen hat, wo die Jugendlichen stolz darauf sind, dass sie andere Jugendliche meier machen. Meier machen heißt, zusammenschlagen und ausrauben, und die Jugendlichen berichten da ganz offen, solange Geld rausspringt, ist ja alles okay, und das Jugendgefängnis ist ja eh nicht so schlimm. Diese Journalistin hat auch diese Jugendlichen im Gefängnis getroffen und hat auch hier festgestellt, dass nicht alles ideal läuft und dass hier selbst im Jugendgefängnis einige Jugendlichen noch nicht wirklich darauf gekommen sind, dass ihr Verhalten falsch war.

Da ist die Frage, warum so eine Entwicklung in Wien überhaupt entstehen konnte, und auch, was wir dagegen machen können. Wir sehen, dass oft die Schulen zwar Bescheid wissen, dass es Probleme gibt, nicht aber die Ressourcen und Kapazitäten haben, um wirklich hinzuschauen, dass teilweise die Polizei Bescheid weiß, aber es ist schwierig, mit minderjährigen Jugendlichen in diesem Bereich, und Sozialarbeiter teilweise Bescheid wissen, aber auch überfordert sind. Das heißt, wir sehen hier zu wenig Kooperation der einzelnen Einrichtungen in diesen Problemfeldern. Wenn man weiß, dass Jugendliche, die auch noch schulpflichtig sind, solche Übergriffe begehen, darf es keine Toleranz und kein Wegschauen geben, sondern dann sind die Behörden gefragt, Polizei, Sozialarbeit, aber auch die Schulen, um hier konsequent zu handeln und auch zu einem Unrechtsbewusstsein bei den Jugendlichen beizutragen.

Was wir hier brauchen, ist eine stärkere Vernetzung der Polizei mit der Sozialarbeit, eine Stärkung der Sozialarbeit in diesen Vierteln, wo das passiert. Erst vorletzte Woche habe ich eine Benachrichtigung von der Schule in Kagran bekommen, wo Schüler auf dem Schulweg besonders betroffen sind, wo es amtsbekannt ist, aber niemand wirklich etwas dagegen unternimmt. Das heißt, an solchen Orten, wo auch der Schulweg für Kinder gefährdet ist, brauchen wir natürlich mehr Präsenz der Polizei, aber auch der Sozialarbeit, und ein dringendes Bekenntnis, hier auch etwas dagegen zu unternehmen, denn der Schulweg muss für Kinder in dieser Stadt einfach sicher sein. *(Beifall bei den NEOS.)*

Wir brauchen auch die Thematisierung von diesem Gewaltphänomen an den Schulen selbst, über Antige-walttrainings an den Schulen, und auch dem Aufzeigen von Rollenbildern durchaus auch aus der Community, wie es besser gehen kann: Gewalt ist nicht cool, das muss klar dargestellt werden, und es muss den Jugendlichen auch vermittelt werden, dass man etwas aus sei-

nem eigenen Leben machen kann. Dieses Abdriften in solche Milieus und solche Banden zerstört die Zukunft von den Jugendlichen, die überfallen werden, aber auch von den Jugendlichen, die selbst in solche Banden kommen. Denn wenn man einmal da drinnen ist, ist das weitere Leben gezeichnet und es gibt wenige Perspektiven danach.

Daher brauchen wir ein umfassendes Engagement der Politik, Stärkung der Sozialarbeit, Stärkung der Polizei, Stärkung auch der Kommunikation zwischen den Behörden und vor allem eine Stärkung des Bewusstseins dieser Phänomene auch an den Schulen und Aufklärungsarbeit an den Schulen genau dazu, damit der Schulweg von jedem Kind in dieser Stadt auch wirklich sicher ist. - Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Der Kollege hat 9 Minuten Redezeit verbraucht, die Restredezeit der NEOS wäre noch 5 Minuten. Zu Wort gelangt Frau Kollegin Mag. Hungerländer. Selbstgewählte Redezeit wären 10 Minuten, sie haben allerdings nur noch 9 Minuten Restredezeit der Fraktion. - Sie haben das Wort.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Geschätzter Herr Stadtrat und Kollegen!

Ich werde wenig überraschend über das Thema Integration sprechen. Nachdem wir die Budgetdebatte haben, möchte ich tatsächlich auch mit dem Budget beginnen, das ja nur ausschließlich im Bereich Integration nicht einmal 9 Millionen EUR beträgt. Jetzt weiß ich schon, das ist eine Querschnittsmaterie, aber wenn wir über Integration und Budget sprechen, dann wäre es doch angemessen, dass wir darüber sprechen, was tatsächlich für Integration ausgegeben wird, und zwar im Bereich Schule beispielsweise, im Bereich Kindergarten beispielsweise, auch im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit.

Wir haben den Eindruck, dass es hier einen äußerst unübersichtlichen Zustand gibt, da nirgends zentral aufgeführt wird, was tatsächlich für Integrationsmaßnahmen ausgegeben wird. Das hat auch der Wiener Stadtrechnungshof so gesehen. Er hat eine Prüfung über die außerschulische Jugendarbeit in Wien gemacht und ist zu einem eher traurigen Ergebnis gekommen, er hat nämlich festgestellt, dass es keine zentrale Stelle in der Stadt Wien gab, die sämtliche Maßnahmen und Förderungen im Bereich der schulischen und außerschulischen Jugendbildung für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung erfasste und koordinierte. Es konnte nicht genau bekannt gegeben werden, was die Gesamtkosten waren, und er hat in weiterer Folge empfohlen, dass es eine koordinierende Stelle für alle durchgeführten und geförderten Maßnahmen geben soll.

Dieses Problem, dass es keine zentrale Gesamtaufstellung gibt, gibt es ja nicht nur im Bereich der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit, sondern es betrifft den gesamten Integrationsbereich. Ich habe sehr viele Anfragen gestellt, tatsächlich eine Anfrage in jeder einzelnen Geschäftsgruppe, ob es Integrationsmaßnahmen gibt, und in manchen gibt es welche und in manchen gibt es keine. Aber was sie alle vereint, ist, dass sie

nicht zentral aufgeführt werden, nämlich weder inhaltlich noch, wie viel dafür ausgegeben wird.

Davon abgesehen kann ich noch zwei weitere Beispiele bringen. Das erste ist das „Start Wien“-Programm. Auch da habe ich einige Anfragen gestellt. Ich wollte wissen, was die Gesamtkosten von „Start Wien“ sind. Ich habe eine Antwort bekommen, aber es war leider keine zufriedenstellende Antwort. Warum? Weil zwar gesagt wurde, wie viel im Geschäftsbereich vom Herrn Stadtrat dafür ausgegeben wird, aber eben nicht, wie hoch die Kosten der anderen Träger dieses „Start Wien“ sind. Beispielsweise die Volkshochschulen, die ja ihrerseits wieder gefördert werden, aber eben auch Kurse für „Start Wien“ durchführen, oder der WAFF, der auch wieder Kurse für „Start Wien“ durchführt. Meiner Meinung nach sollten all diese Kosten gesammelt werden, und dann kann man tatsächlich von Gesamtkosten sprechen.

In diesem Sinne beantragen wir, dass dem Ausschuss auch eine Gesamtkostenaufstellung von dem „Start Wien“-Programm zur Verfügung gestellt wird.

Das zweite Beispiel ist das Programm CORE. Jetzt weiß ich, dass CORE zum überwiegenden Teil aus europäischen Mitteln gefördert wird und dass es auch in allen anderen Geschäftsbereichen Träger davon gibt. Aber trotzdem wäre es meiner Meinung nach eine Frage der Transparenz, dass auch diese Ausgaben von CORE in die Gesamtkostenaufstellung aufgenommen werden. Und zwar ganz besonders bei CORE, da CORE eben auch selbst Förderungen vergibt, die ja überhaupt nicht mehr der Kontrolle durch den Gemeinderat obliegen.

Wir beantragen daher, um diesem absolut chaotischen Zustand ein Ende zu bereiten, dass es eine ressortübergreifende Aufstellung von Kosten für Integration geben soll, wobei ich anmerken möchte, dass sich das nicht darin erschließt, dass es lediglich die Kostenaufstellung ist, sondern natürlich auch aufgeschlüsselt werden sollte, wie viel Geld für welche Zielgruppen ausgegeben wird. Die Zielgruppe zweite Generation ist ein bisschen ein Stiefkind von Rot-Grün, aber dennoch, wie viel Geld wird für Maßnahmen für die Zielgruppe zweite Generation aufgewendet, wie viel Geld wird für Maßnahmen für die Zielgruppe Menschen mit Fluchterfahrung aufgewendet, et cetera, et cetera.

Wir sind nämlich der Ansicht, dass wir erst dann tatsächlich über ein Integrationsbudget reden können, wenn wir wirklich wissen, wie viel Geld ausgegeben wird, und mehr noch, dass die Wählerinnen und Wähler erst dann wirklich über die Wiener Integrationspolitik abstimmen können, wenn sie wissen, wie viel Geld wir tatsächlich ausgegeben, und diese Summe dann im Vergleich zu dem erzielten Nutzen stellen können. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Der nächste Antrag, den ich mitgebracht habe, ist Ihnen auch bereits bekannt. Wir kritisieren ja generell das Integrationskonzept - wie Sie es nennen -, das Sie verfolgen. Wir haben den Eindruck, es funktioniert ein bisschen nach dem Motto, die Ursache beklagt die Wirkung. Die Wirkung nämlich dieses Integrationskonzeptes, die Integrationspolitik können wir ja täglich in den Medien lesen, in täglichen Einzelfällen - ich sage nur

Stichworte -, beispielsweise Radikalisierung an Schulen, Frau Wiesinger, Messerstechereien, Hasspredigten in Moscheen, das Mobbing an der HTL Ottakring. Dann hatten wir die Jugendvereine von Milli Görüs, wir hatten salafistische Kindergärten, und wir hatten eine geplante Veranstaltung an einer Volkshochschule, ebenfalls von Milli Görüs.

Wir denken, eine der Ursachen für all diese Einzelfälle ist eben diese völlig verfehlte Integrationspolitik, die Sie da verfolgen, und wenn wir sagen, wir wollen eine Neuaufstellung der Integrationspolitik, haben wir auch ganz klare Vorstellungen. Wir denken nämlich, dass aktiv auf die Herausforderungen eingegangen werden muss, genau dort hingeschaut werden muss, wo Probleme bestehen. Das betrifft erstens, dass es nicht nur dieses Angebot an freiwilligen Möglichkeiten geben soll, also du kannst teilnehmen, aber du musst nicht, denn das ist ja nur ein Angebot an all diejenigen Leute, die sich integrieren wollen. Aber die Probleme bereiten ja die, die sich nicht integrieren wollen. Die Frage ist also, wie erreichen wir diese. Da wird es verpflichtende Maßnahmen brauchen. Also erster Punkt: verpflichtende Maßnahmen.

Zweiter Punkt: neue Zielgruppe zweite Generation, wie gesagt, offensichtlich ein absolutes Stiefkind. Es ist gerade diese zweite Generation, die ihre Kinder in salafistische Kindergärten schickt, und es ist gerade diese zweite Generation, die sich in Jugendvereinen der Milli Görüs herumtreibt. Wir sehen also, hier gibt es ein Problem, ich habe von Ihnen bisher noch keine Antwort dazu gehört.

Dritter Punkt ist, dass es messbare Zielsetzungen geben muss, und zwar im Sinne von, was sind überhaupt unsere Integrationsziele, wie viele Menschen wollen wir erreichen, wann gilt ein Kurs als erfolgreich abgeschlossen, welches Verhältnis zwischen Teilnehmen und erfolgreichen Abschlüssen wollen wir haben und, dass eben auf aktuelle Herausforderungen auch eingegangen wird.

Dazu haben wir einen weiteren Antrag mitgebracht. Eine dieser aktuellen Herausforderungen ist - es wurde bereits angesprochen - die Verbreitung von politisch-islamischen Strömungen - nennen wir es einmal so. Wir hatten eben diesen Jugendverein der Milli-Görüs-Jugend, wir denken, dass die Stadt hier endlich aufwachen muss, dass die Stadt dieses Problem endlich ernst nehmen muss und beantragen deswegen eine Monitoringstelle, an die Vorfälle gemeldet werden können, die aber auch selbst versucht, herauszufinden, was tut sich denn in dieser Stadt, damit die Stadtregierung eben nicht mehr überrascht ist, wenn wieder ein weiteres Jugendzentrum von Milli Görüs eröffnet. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Ganz zum Schluss möchte ich mich bedanken. Ich habe viele Anfragen gestellt, ich habe sehr lange und detaillierte Anfragen gestellt, und sie wurden ebenso lang und detailliert und ausführlich beantwortet. Dafür möchte ich mich bedanken. Es hat sehr geholfen bei der Oppositionsarbeit, zu verstehen und auch viele Details zu bekommen. Also dafür ein Dankeschön. Ich darf mich auch für die Diskussionen im Ausschuss bedanken, die

immer sehr geordnet ablaufen, und ich kann nur unterstreichen, dass Sie vielleicht unsere Forderungen diesmal hören, ansonsten kommen sie in einem halben Jahr wieder. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Die Redezeit der ÖVP wurde verbraucht. Nächste Rednerin ist Frau GRin Berner. Selbstgewählte Redezeit sind 7 Minuten. - Sie haben das Wort.

GRin Mag. Ursula **Berner**, MA (GRÜNE): Guten Tag, die Reihen sind gelichtet, auch jetzt, alle wollen Mittagessen.

Ich möchte zunächst einmal darauf hinweisen, dass es schon einige solche Monitoringstellen in Wien gibt. Eine davon ist ZARA. Ich weiß jetzt nicht genau, was die Frau Hungerländer da noch gerne hätte. Mich würde auch interessieren, was Sie eigentlich als Integrationsmaßnahmen wahrnehmen oder was für Sie eine richtige Integrationsmaßnahme ist: Ist es das, wenn Kinder immer zusammenkommen oder nur, wenn bestimmte Kinder mit einer bestimmten Sprache und einer bestimmten Hautfarbe zusammenkommen? Oder ist es, wenn Kinder einfach miteinander Zeit verbringen und miteinander gemeinsam in einer Stadt leben?

Ich persönlich finde alle Maßnahmen, die in der außerschulischen Jugendbildung gemacht worden sind, integrativ. Auch alle Maßnahmen, die sie in der Schule erleben, sind integrativ. Da kommen viele unterschiedliche Kinder zusammen, reden miteinander, lernen miteinander und machen gemeinsame Erfahrungen. Dann sind sie integriert, weil sie gemeinsam das Leben führen. *(GRin Mag. Caroline Hungerländer: Das heißt ja nicht, eine Leistung zu erbringen!)* - Die Leistung ist, dass sie miteinander leben. *(StR Maximilian Krauss: Wie viele Schulen haben Sie besucht?)* - Ich habe in der letzten Woche sehr viele unterschiedliche Initiativen und auch einige Schulen besucht. und da habe ich wahnsinnig viele Menschen kennen gelernt, die unermüdlich und ehrenamtlich mit Kindern lernen und mit Jugendlichen Perspektiven entwickeln. *(Zwischenruf von StR Maximilian Krauss.)* - Ja, ich kann als Mutter einfach in eine Schule gehen. *(Zwischenruf von StR Maximilian Krauss.)* - Für viele ehrenamtliche Menschen, die den Jugendlichen helfen, einen Berufsweg zu finden. - Und ich habe viele Freiwillige gesehen, die ein Mal in der Woche in die Volksschule kommen, um die Lehrenden vor Ort zu unterstützen. Die setzen sich Woche für Woche neben einzelne Kinder und rechnen mit ihnen, machen gemeinsam Sachaufgaben.

Ich frage mich, warum mich solche kleinen Erfolgsgeschichten berühren, wie zum Beispiel die von der kleinen Saman, die zwei Mal in der Woche das Lernhilfeprojekt LEO des Arbeiter-Samariter-Bunds besucht. Das ist außerhalb der Schule, das kann man einfach so besuchen. Sie kommt da zwei Mal in der Woche hin, weil die Eltern ihr nicht beim Lernen helfen können, nicht mit ihr lernen können, und dort kriegt sie so viel Unterstützung, dass sie dann am Schluss den Übergang von der Volksschule ins Gymnasium schafft, weil sie genug Unterstützung bekommen hat. Das ist eine positive Integra-

tionsmaßnahme oder eine positive Hilfsmaßnahme, und so stelle ich mir das Leben auch vor.

Oder die Geschichte von Emma, sechsjährig, die ein Jahr Volksschule im Ausland und ein Jahr Volksschule in Österreich gehabt hat und am Anfang, am ersten Tag ihrer Volksschulzeit, kein Deutsch konnte, nach einem Jahr das aber schon konnte. Sie kann auch bis 100 rechnen und kann das, was viele Kinder mit sieben in diesem Zahlenraum nicht können. Trotzdem muss sie am Ende dieser 1. Klasse, die sie mit den anderen deutschsprachigen Kindern schon ein Jahr lang in der Volksschule verbracht hat, eine Feststellungsprüfung ihres Sprachzustands machen, und könnte dann dazu gezwungen werden - weil sie die Sätze vielleicht nicht ganz richtig formuliert -, dass sie noch ein drittes Mal eine 1. Klasse machen kann. Das sind Formen von Integrationsmaßnahmen, die ich sinnlos finde. Das ist eine Form von Deutschklassen, die ich auch sinnlos finde. Das finden übrigens auch alle Pädagogen sinnlos. *(Ruf bei der FPÖ: Die Bildungsministerin nicht!)*

Ja, das ist ein Problem, da gebe ich Ihnen recht, das ist nämlich noch das Ergebnis der alten schwarz-türkis-blauen Ex-Bundesregierung, und deshalb muss ich das auch hier anmerken, dass das die Nachwirkungen einer alten Bundesregierung und auch der jetzigen sind, die die Wiener Kinder bis in die nächsten Jahre spüren werden. Sie alle werden es spüren, wenn die Kinder keine gut integrierten Kinder sein können, weil sie immer daneben sind. *(GRin Mag. Caroline Hungerländer: Das sind sie ja jetzt schon!)*

Noch schlimmer aber als diese Verordnung, nämlich der Deutschklassen, ist die verheerende Gymnasialreife-feststellung in der 3. Klasse Volksschule. Mit 8 bis maximal 9 Jahren sollen Kinder geprüft werden. Kinder, die noch nie in ihrem Leben eine Schularbeit alleine geschrieben haben, bekommen von einer unbekanntenen Person einen standardisierten Text vorgetragen und sollen dann darauf geprüft werden, ob sie in zwei Jahren in der Lage sein werden, ins Gymnasium zu gehen oder nicht. Das ist zu diesem Zeitpunkt völlig sinnentleert. Es ist falsch, und das wissen alle. *(StR Maximilian Krauss: Sie bestimmen das nicht, was falsch ist!)*

Achtjährige Kinder können klein sein oder können schon fast jugendlich ausschauen. Alle Konzepte von Lehrenden sagen, dass das viel zu früh ist, um festzustellen, wie dieses Kind sich in Zukunft entwickeln wird. Stattdessen sollten alle Kinder bis 14 gemeinsam unterrichtet werden, damit sie eine Chance haben, sich gemeinsam je nach ihrer körperlichen Verfasstheit zu entwickeln, und nicht schon mit 8 Jahren in die Klugen und in die weniger Begabten aufgeteilt werden. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* - Das wollen wir nämlich nicht.

Es ist frustrierend, zu sehen, wie wir hier im rot-grünen Wien positive Projekte setzen, die dann durch bundespolitische Entscheidungen torpediert werden. Da gibt es das Schulprojekt „Respekt: Gemeinsam Stärker“, über das ich nicht mehr reden werde, weil Sie das schon kennen, oder die „Werkstadt Junges Wien“, an der heuer 20.000 Kinder teilgenommen haben, von Kindergarten

bis erwachsen. Das alles sind Projekte, die helfen, gut gemeinsam zusammenzuleben.

Noch erstaunlicher, liebe Kollegen der ÖVP und FPÖ, sind für mich aber die Anträge, die Sie hier im Gemeinderat stellen. Als hätten Sie auf Bundesebene viele der Maßnahmen nicht längst einführen können: die tägliche Turnstunde, die Finanzierung für ein gescheites Betreuungsverhältnis, einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Jahr, den die GRÜNEN schon seit zehn Jahren fordern, die Attraktivierung des Kindergartenberufsfeldes, was im Wesentlichen einen besseren Betreuungsschlüssel und Geld für Subventionen und Teambesprechungen bedeutet. Das heißt, es geht immer wieder um Geld, Geld, Geld, um Finanzierung vom Bund in die Stadt, die nicht geleistet wird. Mehr Schulsozialarbeit an höheren Schulen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Ja, aber wo ist die Finanzierung aus dem Bund für diese Sachen? Warum hat die Bundesregierung bis jetzt die Finanzierung von solchen sinnvollen Maßnahmen verweigert, liebe KollegInnen?

Ich sage es immer gerne, Wien übererfüllt die sogenannten Barcelona-Kriterien. Wir haben das heute sicher auch schon gehört, 33 Prozent Abdeckung wären notwendig; in Wien gibt es für die Kinder von 1 bis 3 Jahren sogar 70 Prozent Abdeckung und 95 Prozent Abdeckung von 4 bis 6 Jahren. Kein anderes Bundesland schafft das.

Ich möchte mich hier noch kurz bei allen sehr engagierten Lehrenden bedanken, die es trotz aller administrativen Hürden schaffen, für Kinder und Jugendliche Tag für Tag da zu sein, bei all den BetreuerInnen in Nachmittagsbetreuungen und Jugendzentren, die kreativ Lösungen suchen und auch in schwierigen Situationen AnsprechpartnerInnen für die Jugendlichen sind, und bei all den KindergartenpädagogInnen, die ihren Humor und ihre Kreativität einbringen, damit unsere Kinder einen gemeinsamen guten Start haben. Danke an sie alle, wir als grüne Stadtregierung werden weiter das Menschenrecht auf Bildung - und zwar für alle in dieser Stadt - verteidigen. Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit ist 7 Minuten gewesen, fraktionelle Restredezeit der GRÜNEN ist 10 Minuten. Als nächster zu Wort gemeldet ist StR Maximilian Krauss, ich erteile es ihm, selbstgewählte Redezeit 6 Minuten.

StR Maximilian **Krauss**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Stadtrat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Berner, wenn Sie gesagt haben, Sie besuchen gern und regelmäßig die Schulen als Politikerin, da sage ich Ihnen schon, Politik hat in der Schule nichts verloren, außer vielleicht bei Schuldiskussionen, da habe ich Sie noch nie gesehen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Wenn Sie aber glauben, dass Sie Kinder mit Ihrer Ideologie belästigen müssen, dann unterlassen Sie das bitte in Zukunft! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Und wenn Herr Chorherr zuvor gesagt hat, wie toll in Wien die Betreuung nicht ist *(Zwischenruf bei den GRÜNEN.)* und wie großartig - pardon, was ist? *(Ruf: Herr Ellensohn!)* - Herr Ellensohn, Entschuldigung, ich muss

aber sagen, Sie schauen sich alle ein bisschen ähnlich! (*Heiterkeit im Saal.*) - Wenn Herr Ellensohn zuvor gesagt hat, wie toll die Betreuung in Wien nicht ist und wie großartig nicht alles funktioniert und die Summer City Camps und die Nachhilfe und alles funktioniert wunderbar und in Oberösterreich ist alles so schlecht: Es gibt eine Statistik, die für junge Leute, wenn sie mit der Schule fertig sind, wenn sie vielleicht mit der Ausbildung fertig sind, von echter Bedeutung und wirklich interessant ist.

Nur, das ist die Statistik der Jugendarbeitslosigkeit, und da werde ich Ihnen jetzt einmal was sagen, und das sind die Zahlen des AMS: Jugendarbeitslosigkeit in Wien in absoluten Zahlen: 21.698, Jugendarbeitslosigkeit in Oberösterreich in absoluten Zahlen: 3.572. Sieben Mal so viel arbeitslose junge Menschen wie in Oberösterreich kommen aus Ihrem Bildungssystem heraus, und Sie wollen uns erklären, hier ist alles super und dort ist alles schlecht. Das ist mehr als ungläubwürdig! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Kommen wir aber kurz zum Integrationsbereich, weil Herr Kollege Schober ja zuvor gesagt hat, man muss jegliches Lob für die Exekutive unterstützen und da bin ich ganz bei ihm. Man muss sich mit ganzer Kraft hinter unsere Blaulichtorganisationen und natürlich auch hinter unsere Exekutive stellen. Diese Kritik richtet er - wenn er sie an die ÖVP und an uns richtet - allerdings an die falsche Adresse. Die müsste er an den eigenen Koalitionspartner richten, nämlich an die GRÜNEN, die unsere Polizei und unsere Polizisten bei jeder Gelegenheit kritisieren und schlecht machen und sich nicht hinter diese Personen stellen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Im Konkreten möchte ich da schon auch Frau Nagashi ansprechen, die jetzt redet, aber vielleicht hört sie trotzdem zu, die sich bei einem Polizeieinsatz im vergangenen Oktober, wo es in einem Park im 7. Bezirk eine ganz normale Polizeipersonenkontrolle gegeben hat, zu einer massiven Kampagne gegen diese Polizistinnen und Polizisten hat hinreißen lassen und sich nicht hinter die Exekutive gestellt hat. Im Gegensatz zu unserem Wiener Vizebürgermeister, der diese Polizisten mit dem Goldenen Wienerherz ausgezeichnet hat und das bewiesen hat, was auch der Herr Schober gefordert hat, nämlich dass man sich hinter unsere Exekutive stellt und sie nicht diffamiert wie Frau Nagashi. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein Verein, der auch genannt wurde und der in diesem Zusammenhang auch eine Rolle spielt, ist der Verein ZARA, der ja eine angeblich objektive Stelle sein soll, wo ganz objektiv und toll und fair gemessen wird, welche Vorfälle es in dieser Stadt gibt. Ich sage Ihnen, ja, jeder rassistische Vorfall in dieser Stadt ist einer zu viel, egal, ob er sich gegen einen Österreicher oder einen Ausländer richtet. Diesen Verein ZARA aber, wo von SPÖ und GRÜNEN doppelseitig drin geworben wird, als objektive Plattform darzustellen, die misst, was in dieser Stadt falsch und richtig ist, das ist mehr als durchsichtig und das ist mehr als ungläubwürdig. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich muss Ihnen aber ganz ehrlich sagen, es wäre mir sogar lieber, wenn Sie ihn nur aus Ihren Inseraten finanzieren, wenn Sie ihn privat finanzieren. Machen Sie mit

dem Verein ZARA, was Sie wollen, aber hören Sie auf, ihn aus Steuermitteln zu bedienen. Hören Sie auf, diesen Verein aus Steuermitteln zu bedienen, wo jemand berichtet, dass er von jemandem gehört hat, die irgendwo diskriminiert wurde, und das dann in allen Medien als seriöse Referenzquelle missbraucht wird. Das ist mehr als schäbig! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben morgen eine Aktuelle Stunde zur Bildungspolitik, deswegen werden wir morgen auch noch ausführlicher darüber sprechen. Eines kann man allerdings auch jetzt schon festmachen, was angesprochen wurde, nämlich die Deutschlernklassen, die von Frau Berner und auch vom Vorredner als falsch bezeichnet wurden. Diese Deutschlernklassen wurden gerade in Kärnten auch von SPÖ-Politikern als erfolgreiches Modell bezeichnet. Sie sind sogar als positives Erfolgsmodell durch die Medien gegangen, also seien Sie einmal objektiv, lösen Sie sich von Ihrer Ideologie und machen Sie fest, dass dieses Projekt in Kärnten erfolgreich war, dass es auch in Wien erfolgreich ist, und dass nur Ihre politische Brille verhindert, dass Sie sich gegen gute Maßnahmen stellen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein Letztes noch zu den Deutschlernklassen: Die aktuelle Bildungsministerin, der man ja wirklich nicht nachsagen kann - glaub ich -, dass sie irgendetwas mit der FPÖ zu tun hätte, zumindest wäre es mir nicht bewusst und es ist auch nicht so, hat im ZIB 2-Interview - wo ja auch seitens des ORF versucht wurde, irgendwie festzumachen, dass die Klassen schlecht sind, dass sie gescheitert sind und dass sie nicht ein positives Projekt sind - ganz klar gesagt, sie sieht keine Notwendigkeit, dieses Projekt umzugestalten. Das heißt, auch die Expertenregierung, die Expertenministerin - und Sie reden ja immer so gern von Ihren angeblichen Experten - macht fest: Unser Projekt ist richtig, Ihr Modell war falsch. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Haben Sie einmal die Größe, geben Sie es zu und vor allem, ändern Sie es in Zukunft! Sorgen Sie dafür, dass Deutsch an Wiens Schulen auch Umgangssprache wird, dass bei über 50 Prozent Schülern mit Migrationsanteil in vielen Schulen überall Deutsch gesprochen wird, dass jeder sich gut integrieren kann, dass man nicht die Gefahr hat, in die Muttersprache zurückzufallen und auch kein Mobbing gegen Schüler passieren kann, die gewisse Sprachen nicht verstehen, die an unseren Schulen heute gesprochen werden. Vielen Dank. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit war 6 Minuten, fraktionelle Restredezeit für die FPÖ 16 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Gremel, ich erteile es ihm, selbstgewählte Redezeit 8 Minuten.

GR Mag. Marcus **Gremel** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu diesem Sermon an Skandalisierungen meines Vorredners will ich gar nicht viel fragen. Ich habe mich dazu entschlossen, auf Wortmeldungen der FPÖ-Wien erst dann wieder einzugehen, wenn Sie es geschafft

haben, sich von Ihrem ehemaligen Vorsitzenden Heinz-Christian Strache, der die halbe Republik an Russen verscherbeln wollte, zu distanzieren und nicht über irgendwelche Rückkehrphantasien zu reden. Denn erst dann glaube ich Ihnen, dass es Ihnen wirklich in irgendeiner Art und Weise um Wienerinnen und Wiener geht und nicht um irgendjemand anderen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - StR Maximilian Krauss: Das Wasser habt schon Ihr verkauft!)*

Ich widme mich lieber der inhaltlichen Debatte rund um die Kindergärten, die ja heute auch mit vielen Anträgen gebracht wurde. Ich werde es nicht ganz schaffen, auf alle Anträge einzugehen, verzeihen Sie mir bitte, aber ich habe nur acht Minuten, ich habe aber versucht, ein paar zusammenzufassen.

Ich sage jetzt einmal etwas zu dem Betreuungsschlüssel, egal, ob in öffentlichen oder privaten Einrichtungen, ein bisschen zu den Assistenzpädagoginnen und -pädagogen oder auch zum Antrag für mehr Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit. Es ist ja nicht so, als würden wir in Wien überhaupt keine Maßnahmen setzen. Wir haben es gemeinsam mit der Dienstrechts- und Besoldungsreform geschafft, das Berufsfeld zu attraktivieren, indem wir für die Pädagoginnen und Pädagogen höhere Einstiegsgehälter geschaffen haben.

Wir haben zusätzlich auch das Berufsfeld für Assistenzpädagoginnen und -pädagogen geschaffen, um letztlich eben auch den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Selbstverständlich steht es auch allen Privaten offen, das zu machen. Wir haben in Wien eine tolle Basisqualität an unseren Wiener Kindergärten. Glauben Sie mir das, ich habe selber eine zweijährige Tochter in einem Kindergarten der MA 10, und es ist wirklich phantastisch, zu sehen, was sie Woche für Woche dort lernt. Das ist ein Ausmaß, das ich ihr als Papa in dieser Art und Weise leider gar nicht beibringen könnte, und das ist wirklich phantastisch. Natürlich ist mehr immer besser, mehr Qualität, mehr Pädagoginnen und Pädagogen, eine bessere Betreuungssituation. Keine Frage, das ist ein Ziel, das wir auch auf jeden Fall unterschreiben. Es ist aber natürlich auch eine budgetäre Gratwanderung.

Sie haben uns gestern in der Generaldebatte die ganze Zeit gesagt, wir sollen weniger Schulden machen als gemacht oder nächstes Jahr gar keine Schulden machen, sondern Schulden abbauen. Verstehe ich alles. Nur dann gleichzeitig herzugehen und Dinge zu fordern, die ein Budget natürlich auch sehr unter Druck setzen, ist halt auch schwierig. Ich sage Ihnen, wir werden es alleine aber ohnedies nicht ganz schaffen. Jetzt werden Sie gleich wieder schreien, der geht nur auf den Bund. Ja, gehe ich, weil es nicht ganz so leicht ist, dass man sagt, dass das einfach ein singuläres Thema in Wien ist.

Ich mach' es an einem Beispiel fest: Ich war letzte Woche bei Diplomfeiern an der BAfEP 21, und von den zirka 300 Pädagoginnen und Pädagogen, die dort abgeschlossen haben, gehen in etwa 80 Prozent tatsächlich in den Beruf. Einige davon sind jetzt schon in den Wiener Kindergärten unterwegs. Das ist deutlich mehr als bei den Ausbildungsformen des Bundes. Und warum ist das so? Es ist so, weil wir in Wien das System umgestellt

haben, weil wir neue Ausbildungsmöglichkeiten, weil wir ein Kolleg geschaffen haben, das auf Erwachsenenbildung setzt und damit auch den Lebensplänen und Lebenszielen unserer potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegenkommt.

Ich verstehe nicht, warum der Bund das nicht endlich auch macht. Ich sage es Ihnen wirklich, wir hätten mehr Möglichkeiten, denn dann haben wir mehr Pädagoginnen und Pädagogen zur Verfügung, und das ist ja wohl die Grundlage dafür, dass man den Betreuungsschlüssel überhaupt verbessern kann. Aber egal, in den Zielen sind wir uns ja nicht uneinig, und, Frau Kollegin Schwarz, ich schlage Ihnen gerne etwas vor: Wer auch immer in der nächsten Bundesregierung sitzen sollte, machen wir uns gemeinsam aus, dass wir die dann gemeinsam auffordern, mit uns Hand in Hand eine Qualitätsoffensive für die Kindergärten umzusetzen, die Ausbildung auf Bundesebene zu verbessern, Angebote zu schaffen, die auch tatsächlich Leute in den Beruf bringen, den Ländern mehr Geld für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zu geben, anstatt über Kürzungen zu phantasieren, wie es Ihre Ex-Ministerin getan hat. Machen wir uns das heute hier gemeinsam aus, dann können wir letztlich auch den Betreuungsschlüssel weiter verbessern.

Wir werden deswegen Ihren Anträgen - jetzt mal auf Zuweisung - auch zustimmen. Ich hoffe, Sie werten das auch als positives Signal und wir können da Hand in Hand gehen. Wenn Ihnen das dann doch nicht liegen sollte, hätte ich noch einen zweiten Vorschlag für Sie: Sie könnten auch einfach einem Ihrer Großspender für den Wahlkampf empfehlen, nicht die Kasse der ÖVP zu füllen, sondern die Kasse der Wiener Kindergärten. Dann können wir auch über den Betreuungsschlüssel reden. *(GRin Mag. Caroline Hungerländer: Bei Ihnen geht eh alles über Vereine!)*

Schauen Sie, ich gebe Ihnen nur noch eine Bitte mit auf den Weg, damit es keine Missverständnisse gibt. Sagen Sie Ihren Großspendern dann schon auch gleich dazu, dass wir im Gegenzug leider keinen Aufsichtsratsposten für eine Tochter anbieten können. *(GRin Sabine Schwarz: Das ist die sachliche Debatte? Das ist aber süß! - Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* - Na, was davon war jetzt unwahr?

Noch etwas aber, weil Sie auch vom Kindergarten Abendstern und diese externe Überprüfung gesprochen haben: Ich sage Ihnen einmal, wie das abläuft. Die internen Kontrollen decken diese Missstände auf. Es gibt da kein Problem mit den Kontrollen, denn sonst würden wir ja gar nicht wissen, dass die Probleme existieren. Dann wird eine Stellungnahme eingefordert und um sich noch einmal abzusichern, wird zusätzlich ein externer Prüfer beauftragt. Zum konkreten Fall ist festzuhalten, dass 13.000 EUR Gehalt für den Obmann absolut absurd und untragbar sind, und dass sich die Stadt da selbstverständlich schadlos halten und sich das zurückholen wird. Darüber hinausgehend muss man aber schon auch schauen, was die richtigen Konsequenzen sind.

Frau Kollegin Schwarz, Sie haben gesagt, Sie verstehen nicht, warum der Kindergarten noch offen sein

kann. Na, ich sag es Ihnen: Weil wir da von einem Kindergarten reden, wo hervorragende pädagogische Arbeit gemacht wird, und das sagt nicht nur unsere Magistratsabteilung 11 - denn das glauben Sie ja nicht -, sondern das sagt auch der Bund. Da frage ich mich schon, ist das der richtige Weg, jetzt den Kindergarten, die 300 Plätze, die es dort gibt, zuzusperren und die gute pädagogische Arbeit für die Kinder, die dort sind, einfach zu verlieren oder ist es vielleicht doch schlauer, die Missstände zu beheben, das Geld zurückzufordern, die Plätze und die Arbeit für die Kinder aber zu erhalten. Ich glaube, es ist Letzteres.

Zu einem weiteren Antrag, Vorgehen gegen den politischen Islam, Kolleginnen Hungerländer und Schwarz: Ich gehe einmal davon aus, dass Kollegin Hungerländer das geschrieben hat. Haben Sie das umformuliert? - Nein, aber zum Vorgehen ist einer eingebracht. Aha, ich bin gespannt. *(GRin Mag. Caroline Hungerländer: Reden wir über die Monitoringstelle!)*

Schauen Sie, ich habe von Ihnen einen Antrag gesehen, wo Sie wieder einmal behaupten, dass es islamistische oder salafistische Kindergärten in Wien gibt. *(Zwischenruf von GRin Mag. Caroline Hungerländer.)* Und da wollte ich Sie schon noch einmal darauf hinweisen, dass Sie ganz genau wissen, dass wir eine umfassende, objektive Studie gemacht haben, wo ganz klar herauskam, dass es keinerlei Hinweise auf irgendeine extremistische Indoktrinierung von Kindern in den Wiener Kindergärten gibt.

Schauen Sie, dass bei Ihrer Pseudostudie, die Sie veranlasst haben, das Kabinett von Kurz Dinge hinzugefügt hat, das hat der „Falter“ schwarz auf weiß bewiesen. Da brauchen wir bitte nicht mehr darüber reden, glauben Sie doch nicht Ihre eigene Fake-Propaganda! Das ist wirklich unfassbar, wie Sie da jedes Mal herausgehen und unsere Kindergärten und unsere Pädagoginnen und Pädagogen, die in dieser Stadt hervorragende Arbeit leisten, auf diese ungeheuerliche Weise diffamieren. *(GRin Mag. Caroline Hungerländer: Das ist absolute Ignoranz!)*

Na, dann werde ich Ihnen noch etwas zum Thema Ignoranz sagen: In Ihrem Antrag schreiben Sie nämlich auch folgenden Satz, und ich zitiere: „Rot-Grün muss dazu endlich aufhören, islamische Tendenzen für potenzielle Wählerstimmen zu ignorieren.“ Ich sage, das ist wirklich Ihr Offenbarungseid, da zeigen Sie Ihr wahres Gesicht. Es geht Ihnen nicht um die Bekämpfung von Extremismus. Es geht Ihnen ganz klar um einen Kulturkampf, weil laut Ihnen sollen wir ja nicht islamistische oder salafistische Tendenzen bekämpfen, sondern islamische, wie Sie schreiben. Das ist nichts anderes als eine Aufhetzung gegenüber allen Musliminnen und Muslimen. - Da frage ich mich schon, was aus der ÖVP geworden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wäre ich ein echter Schwarzer, Mitglied dieser stolzen Partei, die Wesentliches zum Aufbau unseres schönen Landes - und ja, auch zu unserer Stadt und zum Miteinander in unserer Gesellschaft - beigetragen hat, würde ich mich angesichts eines solchen Antrags wirk-

lich in Grund und Boden genieren und mich fragen, was aus meiner Partei geworden ist.

Damit wir jetzt wieder zu erfreulicheren Dingen kommen, möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MA 10 und MA 11 bedanken, die tagtäglich mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche in unserer Stadt in Sicherheit und Geborgenheit aufwachsen können und ihnen auch - wurscht, wo sie familiär herkommen - die beste Bildung und Betreuung zu Gute kommt.

Abschließend, ganz am Ende vielleicht noch etwas zu einem besonders aktuellen Bereich: Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich persönlich wäre heute lieber nicht hier, sondern in einem unserer insgesamt 38 wunderbaren Wiener Bäder. Die Wienerinnen und Wiener sehen das offensichtlich ähnlich. 4,6 Millionen Besucherinnen und Besucher im Jahr sind Ausdruck dieser Tatsache.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wiener Bäder, von den Reinigungskräften über die Bademeister bis hin zu den Kolleginnen und Kollegen in der Zentrale, dass sie uns allen einen schönen und professionell begleiteten Rahmen für den Urlaub zu Hause bieten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss vielleicht noch einmal versöhnlich: Ich hoffe, auch Sie finden in den nächsten Monaten Zeit für die eine oder andere Stunde in einem unserer Bäder. Ich kann Ihnen versichern, das ist nach unseren hitzigen Debatten hier auch eine gute Gelegenheit abzukühlen, und vor allem ist es wirklich eine exzellente Alternative zu einem Urlaub auf Ibiza. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit war 10 Minuten, fraktionelle Restredezeit 19 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau GRin Mag. El-Nagashi. Ich erteile es ihr, selbstgewählte Redezeit 7 Minuten.

GRin Mag. Faika **El-Nagashi** *(GRÜNE)*: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich freue mich sehr über die Gelegenheit, hier im Rahmen dieser Debatte einige Überlegungen, einige Reflexionen zur Integrationspolitik der Stadt Wien anstellen zu können. Grundsätzlich wäre es auch interessant, in die Debatte einzusteigen. Das ist nicht gut möglich, das Verständnis der FPÖ zur Integrationspolitik oszilliert zwischen Kopftuchverbot und Kopftuchverbot. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen. Es ist nicht nur integrationspolitischer Schwachsinn, es ist auch frauenpolitischer Schwachsinn. *(GR Armin Blind: Frau Kollegin, so geht das nicht!)*

Sie verbinden das nicht nur mit Integrationspolitik, sondern auch mit Frauenpolitik und mit Frauenbefreiung. Ich möchte wirklich wissen, wie Sie sich das vorstellen. In Ihren Anträgen wird deutlich, dass Sie Frauen, die ein Kopftuch tragen, entweder als Agentinnen des politischen Islams, also als Täterinnen, verstehen oder als Betroffene von Zwang, also als Opfer. Wenn Sie jetzt ein Kopftuchverbot fordern, umfassend und weitreichend und zwar überall, wo Sie es sehen können, wo Sie ein Kopftuch zu sehen bekommen, und es wird ein Kopf-

tuchverbot umgesetzt, wie befreit das dann Frauen? Also wie befreit es die Frauen - die für Sie entweder Täterinnen oder Opfer sind -, wie trägt das zur Frauenbefreiung bei, das Kopftuch zu verbieten, wegzunehmen, nicht mehr sichtbar zu haben?

Besonders interessant ist, dass Sie sich gleichzeitig gegen alle Maßnahmen verwehren, die eigentlich zur Stärkung, zur Unterstützung und zur Ermächtigung von Frauen beitragen würden. Denn alle Maßnahmen und alle Forderungen von unserer Seite, die tatsächlich frauenunterstützend sind, lehnen Sie ab. Was wäre das? Das ist ein unabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, unabhängig vom Aufenthalt des Mannes.

Es gibt Vereine, die sich damit beschäftigen, Organisationen und Einrichtungen wie zum Beispiel Fibel. Fibel beschäftigt sich - das wissen Sie, wir haben ja immer wieder diese Debatte - mit bikulturellen Beziehungen und auch Ehen. Da geht es auch darum, welche Abhängigkeitsverhältnisse entstehen und wie die Unabhängigkeit von Frauen in Beziehungen, in Partnerschaften, in Ehen gefördert und unterstützt werden kann.

Ein unabhängiges Aufenthaltsrecht, ökonomische Unabhängigkeit, finanzielle Unabhängigkeit, das ist etwas, das Frauen fördert und unterstützt. Da gibt es auch Projekte, die in diese Richtung arbeiten, nämlich Qualifikationen zu fördern, Ausbildung zu fördern, Einstieg in den Arbeitsmarkt, Unterstützung von Frauen im sozialen Umfeld, soziale Isolation zu bekämpfen. Die Projekte dazu kennen Sie auch. NACHBARINNEN zum Beispiel ist ein Projekt, das ganz stark in diesen Bereich hineinwirkt. Also Frauenunterstützung - Förderung von Frauen, Ermächtigung, Stärkung - ist eine Vielzahl von Maßnahmen und nicht die Frage eines Bekleidungsstückes.

Mein Zugang heute ist, die Idee hinter der Integrationspolitik der Stadt Wien, die ich wirklich für gut halte und hinter der ich auch sehr stark stehe, auszustellen und wirklich hervorzuheben. Das sind zwei Punkte.

Der eine ist bereits angesprochen worden: Integrationspolitik ist ein Querschnittsbereich. Tatsächlich zieht sich das durch verschiedene Bereiche durch. Ich denke, in dieser Geschäftsgruppe haben wir auch einige der ganz relevanten Bereiche vereint, nämlich die Bildungspolitik und die Jugendpolitik beziehungsweise die Jugendarbeit. Ein ganz wesentlicher Teil der Integrationspolitik ist aber auch Frauenpolitik. Insgesamt ist der gesamte Bereich der Integrationspolitik wirklich Zukunftspolitik, und in diesem Sinne arbeiten wir als Querschnittsbereich in verschiedenen Ressorts zusammen, mit der Prämisse und mit der Überlegung, darüber Integration ab Tag 1 zu ermöglichen.

Integration ab Tag 1 zu ermöglichen, bedeutet eben nicht - wie es gestern von Seiten der FPÖ schon der Fall war -, Menschen zu dämonisieren, zu stigmatisieren oder zu spalten, sondern es bedeutet, tatsächlich Überlegungen anzustellen, wie Chancen hergestellt werden können, wie Mitbestimmung und Mitgestaltung ermöglicht werden können und ein Miteinander gelebt werden kann. Das ist der zentrale Inhalt von Integration ab Tag 1. Heruntergebrochen auf die wesentlichen Elemente bedeutet es wirklich Qualifikation - Qualifikation zu ermögli-

chen und in Qualifikationen zu investieren -, also Menschen zu befähigen, sich dann weiter einzubringen und Mitgestaltung zu ermöglichen.

Inklusion zu fördern und nicht Segregation, das ist etwas, das ganz wichtig ist, weil dieses Miteinander nur entstehen kann, wenn wirklich ein Austausch stattfindet, ein Dialog stattfindet und auch eine Eingebundenheit stattfindet. Auf diese Inklusion und diese Mitgestaltung legen wir besondere Schwerpunkte, und die werden Ihnen auch bekannt sein. Diese besonderen Schwerpunkte betreffen vor allem auch die Einbindung von Frauen, von Jugendlichen, aber auch von älteren Menschen. Auch dazu gibt es eine Vielzahl von Initiativen, Projekten und Vereinen, die da tätig sind und das ermöglichen.

Ich möchte trotzdem einige Projekte noch besonders hervorheben, weil ich glaube, dass sie wirklich beispielhaft und vorbildhaft sind in den Bereichen, als Querschnittsbereich, und auch, um zu zeigen, wie da bestimmte Zielgruppen ermächtigt werden können und auch nachhaltig und langfristig die Weichen für diese Art der Zukunftspolitik, die Integrationspolitik auch darstellt, gestellt werden.

Das eine ist das Projekt CORE, das auch schon erwähnt oder angesprochen wurde, aber leider nur auf einer strukturellen oder finanztechnischen Ebene. Mir geht es vielmehr um den Inhalt dieses Projektes. Dieses EU-geförderte, dieses EU-mitgeförderte Projekt ist wirklich beeindruckend. Es ist das Center of Refugee Empowerment, also alleine das zu haben, das Haus der Flüchtlingsintegration, wenn wir eine Übersetzung ins Deutsche suchen oder haben möchten. Ich glaube, es ist wirklich beeindruckend, was geschaffen wurde.

Es ist leider schon ein auslaufendes Projekt, was ich auch sehr bedauere. Ich wünschte, es wäre wirklich möglich, Elemente davon beziehungsweise auch das gesamte Projekt als Konzept weiterzuführen. Es finden sehr viele Projekte dort statt, von Tanz-Workshops über Nähkurse, über Deutschkurse, Computerkurse und viel Selbstorganisiertes von Jugendlichen.

Ich durfte auch vergangene Woche mit meiner Kollegin Safak Akcay von der SPÖ dem Abschluss von Jugendlichen, die eine Ausbildung als Peer-Mentoren und -Mentorinnen gemacht haben, beiwohnen. Es ist bereits der dritte Lehrgang, der stattgefunden hat, und diese Jugendlichen haben sehr viel Verantwortung übernommen und sind aktive Subjekte geworden, die sich einbringen und das, was sie an Wissen und an Erfahrung und an Ausbildung angesammelt haben, auch anderen weitergeben. Sie werden da als Vorbilder und als Verbündete für ihre Peers wirksam und nicht nur für ihre Peers, sondern auch für die Stadt Wien, in der Integrationspolitik der Stadt Wien.

Ich glaube, die Redezeit, die wir haben, ist jetzt leider schon langsam um, aber ich möchte zumindest - damit sie erwähnt worden sind - noch zwei Projekte nennen.

Das eine ist schon einige Male genannt worden, das ist das Projekt „Respekt: Gemeinsam Stärker“. Tatsächlich funktioniert das so: „Respekt: Gemeinsam Stärker“ ist weitgehend ein Programm an Wiener Schulen, näm-

lich wirklich ein Programm gegen Abwertungen, gegen Abwertungsideologien aus jeder Richtung, das heißt, gegen Nationalismus und Nationalismen, gegen Rassismus, gegen Homophobie, gegen Sexismus, und es ist ein Programm, um Jugendliche, egal, welcher Herkunft, egal, welcher Religionszugehörigkeit, an Wiener Schulen zu schützen und die Schulen zu einem diskriminierungsfreien Ort zu machen.

Das zweite ist das „Wiener Netzwerk Demokratiekultur und Prävention“, das da auch vorbildhaft arbeitet. Zum Abschluss vielleicht noch: das hier ist die bundesweite Strategie des Netzwerks Extremismusprävention und Deradikalisierung. (*Die Rednerin hält ein Schriftstück in die Höhe.*) - Ich hoffe sehr, dass die meisten von Ihnen das kennen oder vielleicht auch gelesen haben, und nur als einen Nachsatz: Auch hier geht es um Radikalisierungsprävention, und es wird mit keinem Wort von einem Kopftuchverbot gesprochen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Ich glaube, wir haben in den letzten eineinhalb Tagen eine relativ sachliche Diskussion hier im Haus geführt (*Zwischenruf von GR Leo Kohlbauer: Bis jetzt!*), und ich glaube auch, ein Ausdruck wie „integrationspolitischer Schwachsinn“ ist dieses Hauses nicht würdig. Ich würde auch alle Rednerinnen und Redner ersuchen, in Zukunft von solchen Begriffen Abstand zu nehmen. (*Zwischenruf: Das ist aber heute schon ein paar Mal gefallen, das Wort Schwachsinn!*) - Ich habe jetzt auch keinen Ordnungsruf gegeben, ich habe nur gebeten, in der Diskussion und in den Diskussionsbeiträgen darauf Rücksicht zu nehmen.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kohlbauer, ich erteile es ihm, selbstgewählte Redezeit 5 Minuten, fraktionelle Redezeit ist noch 16 Minuten.

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Werte Vorsitzende, sehr geehrter Herr Stadtrat, meine sehr verehrten Damen und Herren! Leider ist Kollege Gremel jetzt nicht mehr im Haus, er ist offensichtlich essen gegangen. Ich möchte ihn aber zitieren und möchte auch sagen, dass ich so lange eine Rede von Kollegin El-Nagashi nicht kommentieren werde, bis sie sich wirklich glaubhaft vom politischen Islam, von der Muslimbruderschaft und von radikalen Islamisten distanziert hat. Ich habe hier schon öfter dargelegt, wo sie überall Verstrickungen hat, wen sie dort allen kennt, mit welchen Leuten sie da gemeinsame Projekte betreibt, die eindeutig der Muslimbruderschaft zuzurechnen sind. So lange sie das nicht glaubhaft tut und sich hier glaubhaft distanziert, werde ich das, was sie hier gesagt hat, nicht kommentieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ganz kurz noch auf die Kindergärten zu sprechen kommen, da haben wir hier heute schon eine Diskussion gehabt. Ich möchte noch einmal an den ATIB-Kindergartenskandal erinnern, wo ein Kindergarten, der der ATIB nahesteht, 227.000 EUR Förderung von der Stadt Wien bekommen hat. Die Problematik da ist ja nicht alleine - wie es Frau Schwarz eingangs gesagt hat -, dass man da zwischen braven oder guten Kindergartenvereinen, die mit Fördergeldern nicht schlecht umge-

hen, unterscheiden muss, sondern man muss wirklich zwischen islamistischen, problematischen Vereinen, die die Kinder inhaltlich religiös indoktrinieren, und Vereinen, die tatsächlich einen normalen Kindergarten haben, differenzieren.

Das Problem ist, dass wir alleine 2018 von Seiten der Wiener Stadtregierung 340 Millionen EUR in private Kindergärten gesteckt haben. Nur damit Sie sich das sachlich und bildlich vorstellen können: Das ist fast 1 Million EUR täglich, die an einen privaten Kindergartenbetreiber gegangen ist. Da hat es einfach absolut keine Qualitätskontrolle gegeben, sonst wäre jetzt nicht zustande gekommen, dass ein Verein wie ATIB 227.000 EUR bekommen hat.

Die Stadt Wien hat aber nicht nur da problematische Förderungen ausgeteilt. Ich möchte auch auf die Wiener Volkshochschulen zu sprechen kommen, die rund 35 Millionen EUR Förderung jährlich bekommen. Und was machen dann diese Wiener Volkshochschulen? Da gibt es dann beispielsweise in der Volkshochschule im 22. Bezirk die 29. Palästina-Konferenz, da treffen sich dann Sympathisanten der Hamas und der Muslimbruderschaft und machen sich dort einen netten Tag. Oder wie es bei mir in Mariahilf war, wo beispielsweise die Milli Görüs - es wurde von Frau Hungerländer heute bereits gesagt - einen Auftritt plant und die Wiener Volkshochschule den problematischen Islamisten ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellt.

Weil Herr Gremel auch gesagt hat, dass wir - oder die ÖVP oder die Bundesregierung, die alte Bundesregierung - zwischen politischem Islam, radikalem Islamismus und normalem Islam nicht differenzieren könnten: Ich kann Ihnen versichern, wir können uns da sehr wohl gut distanzieren, aber ich befürchte halt, dass das bei der SPÖ leider eben nicht so ist. Ich möchte Sie an Ihren eigenen Funktionär, an ihren eigenen Kandidaten erinnern, an Herrn Amir El-Shamy, der übrigens auch Lehrer an der Volkshochschule war.

Amir El-Shamy ist jener radikale Salafist, der auf der Mariahilfer Straße Korane und so problematische Broschüren an Jugendliche verteilt hat, der heute der Generalsekretär eines durchaus problematischen salafistischen Vereins ist und der ewig im Bereich der SPÖ unterwegs gewesen ist. Ich habe Ihnen hier ein paar Bilder mitgebracht. (*Der Redner hält einen Ausdruck, auf dem mehrere Fotos zu sehen sind, in die Höhe.*)

Ich habe sie in der Schnelle leider nicht größer ausdrucken können, aber man sieht da Herrn El-Shamy mit Herrn Kollegen Al-Rawi, man sieht Herrn El-Shamy mit Herrn Faymann, mit Herrn Häupl, mit Herrn Hundstorfer. Das ist jener Herr El-Shamy, der aus Ihren Reihen kommt, Ihr Kandidat zur Gemeinderatswahl 2015 war, zur Bezirksvertretungswahl 2015, der Funktionär der SPÖ war und der heute ein radikaler Salafist ist und für den politischen Islam und seine Umtriebe wirbt.

Das sind Dinge, die wir Freiheitlichen alle ablehnen, und ich kann Ihnen versichern, dass wir zwischen politischem Islam und normalem Islam sehr, sehr gut unterscheiden können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weil uns in der Debatte immer wieder unterstellt wird, dass wir prinzipiell gegen alles und gegen alle guten integrativen Maßnahmen sind: Da muss ich Sie auch eines Besseren belehren, das sind wir nicht, und aus diesem Grund möchte ich hier auch einen Antrag einbringen, denn die Problematik in den Ausschusssitzungen ist, dass es nur Beschlussprotokolle gibt und da die guten Argumente, die sachdienlichen Argumente, die von den freiheitlichen Vertretern kommen, warum wir Förderungen nicht zustimmen konnten, dann nicht im Protokoll stehen.

Aus diesem Grund bringe ich einen Antrag ein, dass es auch in den Ausschusssitzungen Wortprotokolle geben soll, und ich verlange in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung über diesen Antrag. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Das waren 5 Minuten, fraktionelle Restredezeit 11 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Hanke, ich erteile es ihr, selbstgewählte Redezeit 8 Minuten, fraktionelle Restredezeit 19 Minuten.

GRin Marina **Hanke**, BA (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich gehe einfach wirklich nicht auf meinen Vorredner ein, sondern habe Ihnen etwas für die heutige Debatte von jenen Menschen mitgebracht, über die wir heute im Zuge dieser Geschäftsgruppe schon ziemlich viel geredet haben, nämlich den Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt, die heute in ganz Wien mit genau solchen Schildern unterwegs sind, um zu markieren, wo ihre liebsten Plätze in dieser Stadt sind, um zu markieren, wo in dieser Stadt Platz für Kinder und Jugendliche ist. *(Die Rednerin stellt ein Schild mit der Aufschrift „Werkstadt Junges Wien - Hier haben Jugendliche Platz!“ vor sich auf das Pult.)*

Ich habe das Schild einerseits mitgebracht, weil es ein Aspekt von einem unserer größten Jugendprojekte - nämlich der „Werkstadt Junges Wien“ - ist, die wir auch letztes Jahr, 2018, auf den Weg gebracht haben. Ich habe es aber andererseits auch mitgebracht, weil es aus einer kinder- und jugendpolitischen Sicht sehr stellvertretend für die Grundhaltung ist, die wir als Rot und Grün in dieser Stadt haben, nämlich eine Grundhaltung, in der Kinder, aber auch Jugendliche ein Recht darauf haben, Platz in dieser Stadt zu haben, in der sie ernst genommen werden und in der wir nicht immer nur über sie reden, sondern vor allem auch mit ihnen reden und sie unterstützen und stärken - dann und dort, wo sie es brauchen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn wir in der heutigen Debatte auf das Rechnungsabschlussjahr zurückblicken, dann sehen wir, dass sich diese Grundhaltung in Wien auch schon seit ganz vielen Jahren durchzieht, wenn wir im letzten Jahr zum Beispiel 25 Jahre Parkbetreuung gefeiert haben, aber auch den 40. Geburtstag des Vereins Wiener Jugendzentren, 40 Jahre Medienzentrum und noch ganz viele andere Jubiläen, die auch für diese Überzeugung stehen, die ich gerade skizziert habe.

Jugendliche Lebenswelten sind komplex und unterschiedlich, und ich würde mir in der ganzen Debatte, wo wir über Jugendliche und junge Menschen in Wien sprechen, auch da ein bisschen mehr Differenziertheit erwarten. Ich erwarte sie mir aber jetzt eh schon seit mehreren Jahren, und sie wird von vielen Teilen in diesen Raum nie eingehalten. Ich möchte aber trotzdem wieder einmal versuchen, zu erklären, was ich damit meine und wie wir das als Stadt Wien auch sehen. Diese Komplexität wahrzunehmen und auch zu bearbeiten, heißt für uns, dass wir an ganz unterschiedlichen Punkten ansetzen.

Das haben wir letztes Jahr im Bereich der Gesundheit gemacht, bei den Jugendgesundheitskonferenzen, im Bereich „Burschen leben Vielfalt“, wo wir uns angeschaut haben, was Rollenbilder sind, mit denen Burschen zu kämpfen haben, wie werden Burschen eigentlich in unserer Gesellschaft groß, um eben genau auch gewaltpräventiv anzusetzen. Das heißt auch, dass wir direkt an den Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen ansetzen und uns anschauen, in welchen Welten bewegen sie sich, was passiert da.

In den letzten zwei Jahren haben wir in der Kinder- und Jugendarbeit den Schwerpunkt auf Medienpädagogik gelegt, um uns auch anzuschauen, wie der Umgang mit Social Media ist, wie der Umgang mit dem Internet, mit Fake News ist, welche Dynamiken da entstehen. Auch da beschäftigen wir uns zum Beispiel mit den Fragen, wie miteinander umgegangen wird, mit Hass im Netz, und so weiter.

Weil wir eben Jugendliche in ihren komplexen Lebenswelten anerkennen, schauen wir aber auch hin, wenn es Herausforderungen und Problemstellungen gibt. Ich möchte da schon noch kurz Bezug auf die Debatte rund um Jugendgewalt nehmen. Ganz klar ist - und da sind wir uns in dem Haus alle einig -, wenn es strafbare Handlungen von Personen oder auch von Gruppen gibt, dann sind diese unmittelbar zu verfolgen. Ich möchte aber schon auch - und gerade, wenn ich mir den Antrag der ÖVP anschau - wirklich darum bitten, dass wir diese Problematik in ihrer Differenziertheit betrachten und vor allem so betrachten, wie es immer schon notwendig war, nämlich auf verschiedenen Ebenen.

Über Fehlverhalten darf ganz klar nicht hinweggesehen werden. Wir müssen uns aber auf der anderen Seite auch anschauen, wo das herkommt, was da rundherum passiert. Jugendliche, die Probleme machen, haben meistens im Hintergrund andere Probleme, und da müssen wir hinschauen und sie da auch unterstützen. Es braucht da eine starke Vernetzung aller PlayerInnen - da sind wir uns, glaube ich, auch alle einig -, aber wenn ich mir zum Beispiel den Antrag der ÖVP anschau, denke ich mir auch, dass all das, was da drinnensteht, in Wien schon seit vielen, vielen Jahren passiert.

Also wenn da drinnen steht, es müssen sich Schule, Sozialarbeit und Jugendhilfe zusammensetzen, willkommen in Wien! Das ist seit Jahrzehnten Realität, dafür brauchen wir keinen Herrn Mahrer. Da gibt es Vernetzung mit der Polizei, da gibt es Vernetzung mit der Jugendarbeit und da gibt es vor allem auch viele Angebote rundherum in der Jugendarbeit an den Schulen, die dort,

nämlich an der Breite der Jugendlichen ansetzen, wo wir auch mit jenen arbeiten, die vielleicht davon betroffen sind, wo wir mit jenen arbeiten, die rundherum sind, und sie dazu ermutigen, auch Nein zu sagen, nicht mitzumachen, sie in ihrem Alltag und in ihrer Entwicklungsphase zu stärken.

Was in der ganzen Debatte nicht hilfreich ist, ist, die ganze Zeit irgendwelche Mystifizierungen von den supergefährlichen Jugendbanden zu bringen. (StR Maximilian Krauss: Ja, die sind ja harmlos!) - Jugendliche die ganze Zeit schlechtzureden, zu sagen, ihr seid alle kriminell, ihr seid alle schlecht, das steht dem entgegen, was junge Menschen brauchen, nämlich sie zu unterstützen, ihnen auf Augenhöhe zu begegnen - (Zwischenruf bei der FPÖ: Augenhöhe!) -, Räume zu schaffen, wo man ihnen nicht unkritisch, sondern ganz im Gegenteil auch kritisch entgegentritt, aber mit ihnen daran arbeitet, was sie eigentlich brauchen und sie stärkt. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Ich möchte noch ein paar andere Punkte nennen, wo wir hinschauen, wenn es Herausforderungen und Probleme für junge Menschen in Wien gibt. Das ist nämlich zum Beispiel auch, wenn sie im Bildungssystem noch mehr Unterstützung brauchen, weil die Eltern sich vielleicht nicht jeden Tag um sie kümmern können. Das ist, wenn sie diskriminiert werden, vielleicht auch im Bildungskontext, weswegen wir ja, auch um sie da mehr zu unterstützen, im letzten Jahr auch die Summer Schools als Pilotprojekt erweitert haben. Wir haben sie um eine neue Altersgruppe, aber auch um Kinder mit einem speziellen Förderbedarf erweitert, und wir werden jetzt in diesem Jahr in wenigen Tagen mit einem ganz großartigen Ferienprogramm starten, wo wir dem entgegenwirken, was wir leider immer noch sehen, nämlich dass Bildung ganz oft noch vererbbar ist.

Wir wollen dem entgegenwirken, dass es Kinder gibt, die vielleicht nach den Sommerferien nicht erzählen können, was sie mit ihren Eltern erlebt haben, da gibt es dann ganz großartige Angebote der Stadt Wien.

Wo wir auch hinschauen, ist natürlich, wenn Kinderrechte angegriffen werden. Wir werden übermorgen noch eine längere Debatte über die großartige Arbeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft führen, die im letzten Jahr, gerade wenn es darum geht, Kinderrechte zu stärken - wir haben da als ein Beispiel Schutz für Kinderrechte in Sportvereinen -, aber auch in vielen anderen Bereichen großartige Arbeit macht.

Wir haben auch, das möchte ich schon noch einmal in Bezug auf die Debatte zur Jugendgewalt sagen, mit dem „Netzwerk für Deradikalisierung und Demokratiekultur“ - mittlerweile „Netzwerk Demokratiekultur und Prävention“ -, ein Netzwerk, das seit vielen, vielen Jahren sich genau diesen Themen widmet, nämlich Extremismus, Gewalt, und da alle PlayerInnen zusammenbringt und wirklich herausragende Arbeit macht, und damit auch im letzten Jahr sehr intensiv in die Erstellung einer nationalen Strategie zur Extremismusprävention eingebunden war. Das heißt, da sind wir ExpertInnen und da haben sogar die Mitglieder der ehemaligen Bundesregierung auf Wien geschaut und auch auf Wiener Expertise

zurückgegriffen. Das kann man auch einmal festhalten. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Ich möchte mich bei allen Menschen, die jeden Tag in Wien genau diese Grundhaltung an den Tag legen, die jeden Tag mit allen unseren Wiener Kindern und Jugendlichen arbeiten, ganz herzlich bedanken! Ob das in der Jugendarbeit ist, ob das in den Kindergärten ist, ob das in der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist, in den vielen tollen Schulen, die wir haben, Modeschule, ob das in den Büchereien ist, wo die Zahl an Entlehnungen, aber auch die Zahl an BesucherInnen immer weiter steigt, oder in den Musikschulen, die für alle Kinder in Wien ganz großartige Angebote setzen, ein großes Dankeschön für diese Arbeit! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Ich möchte aber einen Teil meiner Redezeit auch noch einem anderen Bereich widmen. Vor wenigen Tagen, kann man immer noch sagen, hat in Wien die Europride stattgefunden, ein Zeichen der Vielfalt, ein Zeichen der Liebe, ein Zeichen des Regenbogens, das wir nach ganz Europa, in die ganze Welt geschickt haben.

Es war nicht nur eine großartige Parade, wo ganz viele Menschen zu Besuch waren, es war auch eine Zeit, in der wir uns auch ganz viel mit internationalen Gästen über unsere Politik, die wir in Wien machen, ausgetauscht haben. Wir haben da auch ganz viel Lob bekommen, und das Lob gehört vor allem auch der Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgener Lebensweisen, die seit jetzt schon über 20 Jahren großartige Arbeit in Wien macht, um LGBTIQ-Personen in unserer Stadt zu unterstützen. Seien es Einzelberatungen, seien es Vernetzungstreffen mit der Community, seien es die großen Fachkonferenzen, die jedes Jahr stattfinden - letztes Jahr zum Thema Gesundheit von lesbischen Frauen -, was da geleistet wird, ist großartig, macht viele Menschen in unserer Stadt stark, und wir sind da wirklich auch europaweit eine Vorzeigestadt. Ich sage es in dem Bereich so, weil es auch stimmt, und ich finde, das kann man auch sagen, auch wenn das die KollegInnen von der Opposition manchmal stört. Ein großartiges Dankeschön an die MitarbeiterInnen der WAST! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit war 9 Minuten, fraktionelle Restredezeit ist 10 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger. Ich erteile es ihm, selbstgewählte Redezeit 6 Minuten, fraktionelle Restredezeit noch 11 Minuten.

GR Gerhard **Haslinger** (FPÖ): Danke. Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Hanke, Ihre Rede über die Jugendlichen erzählen Sie dem Sohn einer Mitarbeiterin aus dem freiheitlichen Stadtratbüro, der Ende Mai von einer Jugendbande überfallen und beraubt wurde. Der kann mit dem Karterl, das sie da hergehängt haben, wahrscheinlich nichts anfangen, denn der will momentan auf gar keinem Platz mehr in Wien unterwegs sein, weil er ganz einfach Angst hat, dieses Erlebnis wieder zu haben.

Man kann also über Jugendgewalt natürlich sehr oberflächlich drübergehen, aber im Endeffekt ist es tatsächlich ein Thema geworden. Und weil auch sehr oft die

Vernetzung zwischen Sozialstellen und der Polizei angesprochen wird: Die Polizei erkennt derzeit eine starke Häufung von bandenmäßiger Jugendkriminalität. Wenn man sich die Ursachen ansieht, dann sind wir also wieder genau dort, wo wir jetzt im zuständigen Ausschuss reden: Es ist eben die Integration mitschuldig an dem Ganzen!

Ich gebe Ihnen schon recht, nicht alle, die in dieser Kriminalitätsform tätig sind, sind jetzt auch Kinder aus vielen Familien mit Migrationshintergrund, aber Jugendkriminalität - und die Kriminalität - ist ganz einfach auch ansteckend. Es ist ganz einfach schon seit Jahren oder Jahrzehnten nichts gemacht worden, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, und das ist der große Vorwurf. Wenn man sich anschaut - weil es um den Rechnungsabschluss geht -, dass hier Millionenbeträge in Kinderbetreuung, in Schulförderung, in sonstige Deutschkurse, und, und, und hineingesteckt werden. In der Kinder- und Schulkinderbetreuung sind es rund 362 Millionen und in den Förderkursen für Deutschunterricht sind es 2,3 Millionen, die Privatorganisationen von der Stadt Wien bekommen. Man sagt, da habt ihr das Geld und dann schaut ihr, dass ihr damit die Leute an unsere Werte und an unser Wertesystem anpasst beziehungsweise dass sie Deutsch lernen. Das geht schief oder ist schiefgegangen!

Wenn Sie von uns eine Diskussion einfordern und wir sollen alle Ihre Vorgaben - wie soll man sagen - unterstützen: Ich habe noch von keiner Rednerin, von keinem Redner der Regierungsparteien irgendein Wort gehört, dass es in dem Bereich Probleme gibt, die wirklich beachtet gehören. Es wird pauschal gesagt, ja, da muss sich halt die Polizei darum kümmern. Na, die Polizei muss sich mit Sicherheit nicht darum kümmern, wenn da in der Integrations-, in der Migrationspolitik ein politisches Versagen vorliegt. Da muss dann nicht die Polizei hingehen, die verwaltet das maximal, aber sie braucht es nicht zu beackern.

Ihre Sozialarbeiter, die zwar im Rechnungsabschluss bei den Personalkosten zuhauf zu finden sind, sind aber draußen, wo sie benötigt werden, offenbar nicht zu finden oder sie verstecken sich. Dort werden sie nicht in der Form tätig, wie es notwendig ist. Vielleicht muss man auch in diesem Bereich ganz einfach einmal über die Familien, über die Eltern, über die Erziehungsberechtigten gehen, um da Maßnahmen zu setzen, die unangenehm sind. Aber dieses „Wir haben alle lieb.“ und „Wir sind so froh, dass ihr bei uns seid, und bei uns seid ihr endlich in Sicherheit.“, diese Politik ist falsch oder sie reicht nicht mehr aus, und deshalb haben wir mit den Problemen zu kämpfen, und gerade die Jugendlichen haben damit zu kämpfen.

Wenn Sie heute mit Jugendlichen reden, die meiden gewisse Plätze in Wien, die wollen gar nicht mehr hingehen und wenn, dann gehen sie in Massen hin! Und dieses, wie soll ich sagen, bandenmäßige Vorgehen von Jugendlichen! Der sagt, ich habe einen Gusto auf eine Pizza, habe aber kein Geld, na, da drüben geht jemand, den kreisen wir jetzt ein, dann kann er es sich aussu-

chen, ob er sein Geld mit Gewalt los wird oder ob er es eh freiwillig hergibt.

Dann sieht man, da funktioniert nichts! Da sind 13-Jährige, die strafunmündig sind, da gibt es ein Fernsehverbot und vielleicht nimmt man das Handyladegerät für eine halbe Stunde weg, dann ist es erledigt. Sie kommen ja drauf, dass sie ja kein Übel - was die Strafe ja sein soll - zu erwarten haben. Das greift dann jetzt in einer Art und Weise Platz, die wir nicht haben wollen. Dieser Entwicklung gehört ganz einfach schleunigst entgegengewirkt, aber nicht mit „Schau ma amoi.“ und „Red ma.“ und „Schau mit den Schulen.“

Was da in den Schulen aufgepoppt ist: Handyvideos! Man versteckt ja die Kriminalität gar nicht, sondern man will ja, dass sie gesehen wird. Man veröffentlicht ja Handyvideos, wo die Täter eindeutig erkennbar sind. Also was soll denn das sein? Darauf muss man wirklich reagieren. Und ohne jetzt mit dem Finger auf eine gewisse Volksgruppe oder auf gewisse Jugendliche zu zeigen: Wollen wir, dass unsere Jugendlichen sich so finanzieren, dass sie alte Leute umstoßen, die nach dem Einkauf mit einem Oberschenkelhalsbruch in der Hauseinfahrt liegen bleiben? Wollen wir, dass ich heute am Abend heimgehe und von fünf Jugendlichen, Halbwüchsigen eingekreist werde und dann kann ich mein Geldbörsel und mein Handy abgeben? Wollen wir das, oder wollen wir dem entgegenwirken?

Ich weiß schon, dass Jugendliche sich Vorbilder suchen. Die Vorbilder haben sie meistens zu Hause, und wenn die, die zu Hause sind, ganz einfach ein schlechtes Vorbild sind, dann müssen wir über diese Menschen aktiv werden. Das ist, was wir seit Langem fordern, da ganz einfach Maßnahmen zu setzen, die unangenehm sind.

In diesem Zusammenhang war es ja Frau Kollegin Ludwig-Faymann, die in der vorherigen Diskussion gesagt hat, dass die FPÖ nichts für den Opferschutz gemacht hat. Na klar, wir wollen ja keine Opfer haben! Wir wollen nicht noch mehr Schutz für Opfer, wir wollen keine Opfer haben. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, dass die Opfer weniger werden. Innenminister Herbert Kickl hat da sehr, sehr gute und notwendige Arbeit geleistet, dass man nämlich genau die, von denen die Gefahr ausgeht oder ausgehen kann, ganz einfach dort hinschickt, wo sie herkommen und wo sie sich mit ihrer Art und Weise wohlfühlen und gut aufgehoben fühlen.

Das waren unsere Maßnahmen, die Sie schlechtreden, bis zur Endkonsequenz, den Innenminister, der gute Arbeit geleistet hat, zu entlassen. Dort aber wären die richtigen Ansatzpunkte gewesen, und jetzt jammern Sie nicht, dass wir da nichts gemacht hätten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Das waren 6 Minuten, fraktionelle Restredezeit ist 5 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Stürzenbecher. Die fraktionelle Restredezeit beträgt 10 Minuten, und ich stelle sie auch ein.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nur einen Satz zum Kollegen Haslinger: Es ist natürlich jedes Verbrechenopfer eines zu viel, und es ist Aufgabe in erster Linie der Polizei, aber natürlich der Gesellschaft insgesamt, dass wir schauen, dass möglichst wenig Gewalt in der Gesellschaft ist und dass es vor allem möglichst wenige Gewaltopfer gibt. Da sind wir uns ja vollkommen einig. Nur, da gibt es Zahlen aus dem Innenministerium, noch aus der Zeit von Kickl, dass diese in letzter Zeit sehr zurückgegangen sind. Dass wir also in letzter Zeit oder in den letzten Jahren einen Höhepunkt an Jugendgewalt oder überhaupt an Gewalt in Wien hätten, stimmt schlicht einfach statistisch nicht, auch wenn jeder Einzelfall natürlich zu viel ist.

Dass man Kriminalität grundsätzlich auf verschiedene Art bekämpft, zum einen natürlich durch Repression durch die Polizei, dass andererseits aber gerade bei Jugendlichen natürlich auch das Sozialarbeiterschäftliche und der Jugendstrafvollzug und die Wiedereingliederung und die Prävention eine Rolle spielen, ist an sich eine Binsenweisheit. Dies wird international verfolgt, und es sind die Gesellschaften erfolgreicher, die auf diese Vielfalt der Maßnahmen setzen und nicht die, die nur auf Brutalität setzen. Ja, das ist einfach so.

Wir haben in Europa wirklich genug Beispiele, wo wir differenziert vorgehen und wo wir wesentlich weniger Kriminalität haben als beispielsweise in den USA, die primär auf Repression setzen und die viel, viel mehr Kriminalität haben als wir. Das nur dazu. Das sei auch einmal gesagt. Eigentlich tut mir aber jeder leid, und wir müssen wirklich bei jedem Einzelfall schauen, dass er nicht vorkommt. Ja, ich bin da absolut dafür, dass man bei wirklich schweren Delikten als Staat auch Härte zeigt. Das ist durchaus etwas, das ich auch befürworte. Der Großteil, die überwältigende Mehrheit der Jugendlichen aber ist natürlich in die Gesellschaft integriert oder integrierbar, und da von Haus aus nur mit repressiven Maßnahmen vorzugehen, würde das Gegenteil von dem bewirken, was wir alle wollen. Das dazu.

Eigentlich wollte ich aber noch zu dem Punkt etwas sagen, bei dem Marina Hanke aufgehört hat, nämlich zur ausgezeichneten Arbeit der Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen, denn das ist ein gesellschaftliches Feld, wo wir alle miteinander wirklich etwas weitergebracht haben.

Wenn ich denke, als wir diese WAST geschaffen haben - ich bin ja schon ein bisschen älter im Vergleich zu manchen anderen, die heute geredet haben ... (*Heiterkeit bei GR Mag. Rüdiger Maresch.*) - Ja, Kollegen Maresch habe ich nicht gemeint! - Als wir die WAST geschaffen haben, das müssen wir uns jetzt wieder einmal vergegenwärtigen, hat es noch den § 209 Strafgesetzbuch gegeben, total diskriminierend, keine Eingetragene Partnerschaft, keine Ehe für Gleichgeschlechtliche, keine Adoptionmöglichkeiten, keine künstliche Befruchtung bei lesbischen Paaren, und so vieles andere mehr.

Alles das ist inzwischen geschaffen worden, wobei man auch dazusagen muss, dass das jetzt alles Bundessachen waren, im Wesentlichen durch den Verfassungsgerichtshof und den Europäischen Gerichtshof. Denn Schwarz und Blau waren in der Regel immer ge-

gen alles, was sozusagen der nächste Schritt war und haben alles verhindert, und nachher, nachdem es eingeführt worden ist, zwei Jahre später, haben sie dann zwar gesagt, ja, das war okay, aber dann waren sie gegen das Nächste. So sind sie quasi bis heute hintennach, und ich bin froh, dass Rot und Grün immer die Spitze der Bewegung eingenommen und in diesem Bereich der Gesellschaft für die Menschen sehr, sehr viel weitergebracht haben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

In Wien ja sowieso! Wir haben das Antidiskriminierungsgesetz in Wien schon Anfang der 2000er Jahre geschaffen, wo wir absolut die Gleichheit herstellen und jede Diskriminierung in allen Landesgesetzen ausgeschaltet haben. Das ist im Bund noch nicht ganz perfekt, wenn man das Levelling-up betrachtet, aber das will ich jetzt nicht zu sehr ausführen, ich möchte eher noch auf die WAST eingehen.

Bevor jetzt aber die WAST oder irgendwelche Leute auf die Idee kommen und sagen, die haben ihre historische Aufgabe eigentlich schon erfüllt: Das stimmt natürlich nicht! Es ist noch genug - vor allem im Bewusstsein der Menschen - zu tun. Es gibt noch sehr viele Leute, die Bewusstseinsformen oder Einschätzungen oder Verhaltensweisen gegenüber Schwulen und Lesben und Transgenderpersonen haben, die diskriminierend sind und die das Leben dieser Menschen einschränken.

Da haben wir viel zu tun, und deshalb kann man der WAST sagen, die Mühen des Gebirges sind hinter uns, aber vor uns liegen die Mühen der Ebene und die werden auch in Zukunft noch sehr, sehr viel Arbeit erfordern.

Deshalb gibt es auch sehr viele Detailmaßnahmen. Daneben gibt es natürlich, wie es Marina schon erwähnt hat, die 500.000 bei der Regenbogenparade, was schon eindeutig beweist, dass wir auf diesem Feld - damit wir auch ab und zu Optimismus verbreiten - sozusagen den gesellschaftlichen Fortschritt haben und die Humanität eindeutig eine Hegemonie in dieser Stadt hat, und das ist, glaube ich, gut so. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Die WAST hat sehr viel in der Beratungs-, Bildungs- und Sensibilisierungspolitik geleistet: Sehr viele, 84, anonyme, kostenlose Antidiskriminierungsberatungen, 51 Schulungen und Seminare, 9 öffentlich zugängliche Veranstaltungen, die Jahreskonferenz „Wir behandeln alle gleich - Lesbische und bisexuelle Gesundheit“, im internationalen Bereich waren sie sehr aktiv im Rainbow-Cities-Netzwerk, die Kuratierung, Koordination und Teilnahme an der internationalen Fotoausstellung im Rahmen des Rainbow-Cities-Netzwerks zum Thema Trans, verschiedenste Vortragstätigkeiten, Publikationen - ich kann jetzt nicht alles aufzählen, aber es ist eine ganz große Fülle, die Vergabe von Förderungen im Rahmen der queeren Kleinprojekte, was auch ganz, ganz wichtig ist. Wie schon gesagt, die Regenbogenparade, 20 Jahre „Amtliche Buntmachung“, zahlreiche Info-Stände zu den genannten Themen, Medienauftritte in Fernsehen, Radio, Pressekonferenzen in den sozialen Medien. All das ist notwendig und wichtig. Das Hissen der Regenbogenfahne und der Red-Ribbon-Fahne am Wiener Rathaus ist auch sehr wichtig. Und wir haben insbesondere immer auch die Solidarität mit HIV-positiven und Aids-kranken

Menschen anlässlich des Welt-Aids-Tages am 1. Dezember und, wie schon erwähnt, die Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Medien und auf Facebook. Und dann gibt es noch sehr viele Vernetzungen der WAST mit verschiedensten anderen Organisationen, und so weiter, und so fort. Ich soll aber eigentlich auch noch - mir rennt die Zeit davon - etwas zur MA 35 sagen. Der WAST einmal herzlichen Dank für die großartige Arbeit, für die erfolgreiche Arbeit, für die vorbildhafte Arbeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jetzt noch ein paar Worte zur MA 35: Ich danke ihr für ihre sehr schwierige Arbeit, da sie ja außerordentlich viele Fälle zu bearbeiten hat. Trotzdem, nur als ein Beispiel, hat man es geschafft, den Empfang für neue StaatsbürgerInnen zu organisieren. Das war so etwas Sympathisches, so etwas Aufbauendes, da so viele neue Staatsbürger da sind, von denen sich jeder freut, dass er da ist, von denen jeder bereit ist, seine Leistungen für Österreich und für Wien zu bringen, und die eine Bereicherung für unser Land sind. Deshalb war das wunderschön, dass dieser Empfang auf Idee und Initiative von Integrationsstadtrat Jürgen Czernohorszky für die neuen Staatsbürger stattgefunden hat. Aber auch der Bürgermeister war dort und die Popularität, die der Bürgermeister da ausgestrahlt hat und die Zuneigung ihm gegenüber bei dieser Veranstaltung war beeindruckend.

Dann habe ich aber auch noch zu sagen, dass bei der MA 35 leider sehr viele Kräfte lange Zeit durch diese komischen Datenträger gebunden waren, was dazu geführt hat, dass man 17.987 Verfahren wegen möglicher Doppelstaatsbürgerschaft geführt hat. Das war zu dem Zeitpunkt rechtsstaatlich richtig, hat man nicht anders machen können, muss ich als Jurist auch dazusagen, aber Faktum war, dass letztlich der Verfassungsgerichtshof am 11. Dezember 2018 festgestellt hat, dass diese übermittelte Liste kein taugliches Beweismittel für die Feststellung des Verlustes der österreichischen Staatsbürgerschaft ist, und deshalb ist es in dieser Hinsicht dann sozusagen gut ausgegangen.

Zur MA 17 würde ich auch noch sehr viel zu sagen haben, aber meine Zeit läuft ab. Ich kann der MA 17 und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenso für ihre ausgezeichnete Arbeit danken wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MA 35. Nur eine einzige Sache wollte ich noch zur MA 17 dazusagen, nämlich dass besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung von Antisemitismus und Sensibilisierung gelegt wurde. So wurden für Geflüchtete sowie insbesondere die muslimische Community Fahrten nach Mauthausen und Besuche im Jüdischen Museum organisiert. Ich glaube, das ist es, wie man an die Dinge herangeht, nämlich inklusiv die Menschen mitnehmen und zum Richtigen hinführen und nicht die Menschen gegeneinander ausspielen. In diesem Sinne herzlichen Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre großartigen Leistungen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich fordere auf, dem Rechnungsabschluss zuzustimmen.

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Aigner. Die fraktionelle Restredezeit beträgt 5 Minuten.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Vielen Dank. Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat!

Ich möchte da gleich den Ball von Herrn Kollegen Stürzenbecher aufgreifen: Sie müssen schon zur Kenntnis nehmen, dass es verschiedene Menschenbilder gibt und mir persönlich und vielen meiner Parteifreunde und -freundinnen reicht es, wenn es zwei Geschlechter gibt, so wie das der liebe Gott und die Natur vorgesehen haben. Es muss schon auch in einer pluralistischen Gesellschaft möglich sein, zu vertreten, so wie das in der Kirche bis heute noch üblich ist, dass eine Ehe aus Mann und Frau und aus sonst niemandem zu bestehen hat. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Wenn Sie schon so fortschrittlich sind, dann frage ich mich, was Sie denn den jungen Mädchen, die Opfer von „Ehrenmorden“ werden, die zwangsverheiratet werden sollen, sagen. Was ist denn das für ein Rollenbild? Was sagen Sie den Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, die ohne Kopftuch unterrichten und denen die Eltern Ihrer muslimischen Communities nicht einmal die Hand geben? Das ist nämlich Realität hier und heute, da brauchen Sie nur im „Kulturkampf im Klassenzimmer“ nachzulesen. Dieser findet gleichzeitig, wenn Sie mit dem Regenbogen herumdemonstrieren gehen, statt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und zum Extremismus: Mir sind die Menschen, die gar nicht extremismusanfällig sind, am liebsten. Ich sehe überhaupt nicht ein, dass wir Menschen Schutz gewähren, die den Schutz bekommen und dann nichts Besseres zu tun haben, als Angst und Schrecken zu verbreiten, meine Damen und Herren. Ich will keine Deradikalisierungsnetzwerke für Menschen aufbauen, denen wir hier Schutz gewähren. Schauen Sie sich die IS-Kämpfer an, da ziehen sie in den IS, Gott sei Dank ist der IS einigermaßen besiegt, und jetzt sitzt man in Syrien oder im Irak im Lager und möchte schon wieder nach good old Austria zurück. Und dann gibt es Jugendanwälte und Sonstige, die sich noch bemühen, diese Menschen mit Terrorhintergrund zu uns hereinzubringen, damit sie dann bei uns Angst und Schrecken verbreiten. Wer in den IS gezogen ist, der soll dort bleiben, wo er freiwillig hingegangen ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wie weit kommen Sie mit Ihrer ganzen Streetwork? Wenn ich das schon von den Tschetschenenbanden, denen Sie auf Augenhöhe begegnen wollen, höre! Meine Damen und Herren, jemand, der prinzipiell sofort zuschlägt, der sofort ein Messer parat hat, dem kann man nicht auf Augenhöhe mit Gesprächen begegnen, da gibt es nur eines, eine starke Staatsgewalt und ein Ausreiseticket, und sonst gar nichts. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es wird immer nur von den Tätern gesprochen, nie von den Opfern. Die Opfer finden überhaupt nie statt, die sind halt zur falschen Zeit am falschen Ort. Das ist eine Form von Kriminalität, an die ich mich nicht gewöhnen möchte, und ich brauche sie schon gar nicht von Schutzsuchenden. Schauen Sie sich an, wer zusticht! Das sind ja nicht die Hiesigen, sondern das sind die, die erst seit

Kurzem da sind und denen Sie Willkommen geklatscht haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In diesem Sinne ist es notwendig, auch die außerschulische Jugendarbeit auf neue, auch organisatorische Beine zu stellen. Wir haben schon oft kritisiert, und das ist eigentlich hier auch das Thema des Rechnungsabschlusses, dass diese Vielzahl an Vereinen, hinter all denen die Stadt Wien steht, ineffizient ist. Es kann einem ja auch niemand erklären, warum man das heute so machen muss. Fragt man Beamte, dann heißt es: Na ja, das kann man nur historisch verstehen. - Ja, das ist eine Erklärung, aber keine Rechtfertigung. Daher stellen wir einen Beschlussantrag auf eine umfassende Strukturreform im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch die zahlreichen stadtnahen Vereine und Gesellschaften - ich sage nur, Kinder- und Jugendbetreuung -: Wir haben die Summer City Camps und School, haben eine eigene Gesellschaft, die früher ein Verein war, und diese ist angeblich nicht in der Lage, das im Sommer sicherzustellen. Das muss man wiederum ausschreiben und dann kommen wiederum die altbekannten Parkbetreuungsvereine ins Spiel. Vielfach geht es darum, dass man da auslagert, Flucht aus dem Budget und die Möglichkeit, für das leitende Personal entsprechende Gehälter weit außerhalb des Gemeindeframeworks festzuhalten. Das ist auch etwas, das wir entsprechend ablehnen. Wir fordern zumindest eine Compliance-Regelung für stadtnahe Vereine und Gesellschaften. Auch diesbezüglich stellen wir einen Beschlussantrag. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe jetzt nicht mehr viel Zeit, ich möchte vielleicht noch einen Punkt zum Personal anbringen. Wir haben das neue Dienstrecht und der Wunsch des Stadtrechnungshofes, der auch zu begrüßen ist, ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stadtrechnungshof zur Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis verbleiben sollen. Das, meine ich, gehört auch im Bereich der Hoheitsverwaltung sichergestellt. Jemand, der Bescheide ausstellt, soll auch in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis bleiben. Für diejenigen, die im Dienstleistungsbereich sind, gibt es die rechtsstaatlichen Dinge nicht so, aber im Hoheitsbereich wäre ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis sehr wichtig.

Mein letzter Satz gilt - ich möchte meinen Redebeitrag jetzt sozusagen versöhnlich zu Ende bringen - meinem Dank an den Herrn Stadtrat, an die Frau Vorsitzende unseres Ausschusses und ganz besonders an Herrn Mag. Schiel. Ich glaube, im Ausschuss wird sehr sachlich und gut zusammengearbeitet. Ein ganz positives Beispiel dafür war auch das Hearing für die Kinder- und Jugendanwaltschaft. Man sieht, wenn wir sozusagen unter uns sind, dann kann das Ganze auch in einem fruchtbaren Dialog zwischen Regierung und Opposition stattfinden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Amtsf. StR Mag. Czernohorszky. Die Redezeit beträgt 15 Minuten. - Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR Mag. Jürgen **Czernohorszky**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Damen und Herren!

Danke zuerst einmal für den versöhnlichen Schluss, ich werde auch versöhnlich beginnen und durchgehend versöhnlich weitersprechen, denn Kollege Aigner hat zu Recht gesagt, dass es unterschiedliche Menschenbilder gibt, und das passt auch so. Das ist auch ein normaler Bestandteil einer Diskussion. In zwei Dingen wurden aber konkret Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses diffamiert, wie ich meine, und da möchte ich mich ganz klar davon distanzieren beziehungsweise mich auch hinter diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen.

Herr Kollege Aigner hat, wenn ich das richtig verstanden habe, sinngemäß gemeint, Kinder- und Jugendanwälte bemühen sich um die Einreise von Menschen mit Terrorhintergrund. Das halte ich für eine Ungeheuerlichkeit, gerade der Kinder- und Jugendanwalt Nik Nafs hat sich als absoluter Experte gegen die Radikalisierung einen Namen gemacht, lange bevor in Österreich sonst Schritte gesetzt worden sind, als viele andere noch in der Pendeluhr geschlafen haben. Er ist mittlerweile einer der nachgefragtesten Experten in der Arbeit gegen die Radikalisierung in ganz Österreich. Ich bitte Sie, sich nachher nach Möglichkeit zu entschuldigen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Herr Kollege Haslinger hat gemeint, die Sozialarbeiter seien nicht dort, wo man sie braucht. Ich möchte hier eine Lanze für über 400 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter brechen, die für unsere Stadt arbeiten und genau dort sind, wo man sie braucht und damit eine großartige Arbeit machen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jetzt aber zurück zu allem anderen: Ich möchte gleich einmal mit einem großen Dankeschön an Sie alle beginnen. Danke schön besonders an alle Rednerinnen und Redner für die sehr engagierte Diskussion, für die über weiteste Teile auch sehr sachliche Diskussion. Ich finde, das war unglaublich spannend. Ich glaube auch, dass das zeigt, wie wichtig die Themen sind, die wir in unserer Geschäftsgruppe gemeinsam diskutieren, verhandeln - natürlich von unterschiedlichen Sichtweisen aus, aber jedenfalls rund um sehr zentrale Themen unserer Gesellschaft. Wir diskutieren darüber, wie wir miteinander leben wollen. In meinem Herzen habe ich eine sehr klare Vorstellung darüber, wie wir das in Wien sehen. Wir wollen in Frieden miteinander leben, wir wollen in Solidarität und mit starkem Zusammenhalt miteinander leben und auch auf Basis von Grundsätzen, von Regeln, von Grundlagen, die wir uns gemeinsam alle miteinander ausmachen. Ein Teil dieser Grundwerte sind etwa die Grundrechtskonventionen und daher das unverbrüchliche Recht eines jeden Wieners, einer jeden Wienerin sowie eines jeden Menschen auf ein gutes Leben. Das ist ein fundamental anderes Weltbild als eines, das Spaltung vorantreibt, das Sündenböcke sucht, das hysterisch ist, aber ich sehe es als den Wiener Weg.

Was wir in unserer Geschäftsgruppe diskutieren, ist die Frage, wie wir es gemeinsam schaffen können, dass die Menschen in unserer Stadt ihre Potenziale ausschöpfen und dass Wien eine Stadt der Möglichkeiten ist, nicht

nur für ein paar, die es sich richten können, sondern für alle Wienerinnen und Wiener in ihrem Recht, ein gutes Leben zu führen. Das führt dazu, dass wir uns gemeinsam darüber Gedanken machen, wie wir Bildungschancen für alle Kinder in unserer Stadt, Förderung für alle Kinder in unserer Stadt und auch Unterstützung vermitteln können. Und ja, das führt zu einem Bild und vielen, vielen Maßnahmen, die sich einem Bild entgegensetzen, das Bildung als Gunst versteht, die man denjenigen zuteil werden lässt, die sich als würdig erweisen - man muss nur die Richtigen auslesen -, und es ist Pech für die anderen. Wir diskutieren in unserer Geschäftsgruppe darüber, und das ist etwas sehr Grundsätzliches, wie wir überhaupt mit den Wienerinnen und Wienern Politik machen wollen, wie wir Demokratie leben wollen, wie wir Menschen in Entscheidungen einbinden wollen und einbinden können, und zwar alte wie junge, Menschen, die nach Wien gekommen sind und Menschen, die schon immer da waren. Ja, das ist ein Gegenbild zu dem des Drüberfahrens, ein Gegenbild aber auch dazu, dass junge Leute grundsätzlich als Problemträger, grundsätzlich als Gefahr, grundsätzlich als gewalttätig erkannt werden. Wir wollen mit ihnen arbeiten und auch dazu beitragen, dass es eben in unserer Stadt funktioniert.

Damit bin ich schon beim vierten grundsätzlichen Thema, über das wir in dieser Geschäftsgruppe immer wieder diskutieren - nicht immer ganz so laut wie über alle anderen Themen -, das Arbeiten für Wien. Wir stellen die Rahmenbedingungen dar, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Stadt bestmöglich für Wien arbeiten können. Die Dinge, auf die wir gemeinsam stolz sein können, fallen nicht vom Himmel, es ist das Ergebnis vieler Hände Arbeit. 65.000 mal 2 Hände Arbeit in unserer Stadt, und das sind auch die Rahmenbedingungen, die in unserer Geschäftsgruppe geschaffen werden. Dafür ein großes Dankeschön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Danke sagen kann ich auch ganz besonders den Rednerinnen und Rednern der Koalition, Sie geben mir jetzt die Möglichkeit, dass ich nur mehr ein paar Dinge erwähnen möchte, auf die ich besonders stolz bin, auf die wir aber im Sinne des vorher Gesagten, wie ich finde, alle gemeinsam besonders stolz sein können. Es sind Schwerpunkte, die das letzte Jahr ausgemacht haben, Schwerpunkte, die den letzten Monat ausgemacht haben, und es sind Schwerpunkte, die, wie ich meine, für eine Politik stehen, die die Welt besser macht, aber dabei nicht vergisst, dass die Menschen in unserer Stadt auch den Anspruch haben, dass am Ende jeden Monats ihr Leben besser ist, dass am Ende jeden Monats die Frage gestellt werden kann: Finde ich Unterstützung in dieser Stadt, finde ich auch jemanden, der für mich da ist, wenn es mal nicht so geht? - Diese Schwerpunkte machen diese Geschäftsgruppe aus wie kaum etwas anderes.

Das größte Mitmachprojekt, das wir jemals in unserer Stadt probiert haben, ist schon erwähnt worden. Bei der „Werkstadt Junges Wien“ konnten wir heute bei einem riesengroßen Aktionstag darauf hinweisen, dass über 22.000 Kinder und Jugendliche uns in den letzten Mona-

ten dabei geholfen haben, darüber nachzudenken - mittlerweile haben wir auch Ergebnisse -, welche Themen ihnen besonders wichtig sind. Das ist die gute Nachricht. Die herausfordernde Nachricht für uns alle ist, dass wir in den nächsten Monaten daran arbeiten, aus diesen wichtigen Themen konkrete Schritte zu basteln, eine konkrete Strategie für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt.

Demokratie und Mitbestimmung war auch eines der zentralen Themengebiete, die wir uns als Arbeitsschwerpunkte nach der Lektüre, nach der Auseinandersetzung mit unserem Integrationsmonitor genommen haben, ein Versuch, Integration in Zahlen messbar zu machen, Evidenz herzustellen wie niemand sonst in dieser Republik. Und ein Ergebnis der Auseinandersetzung der letzten Jahre war, dass wir noch mehr zum Thema Demokratie und Mitbestimmung tun wollen. Daher war das auch einer der Schwerpunkte des „forum.wien.welt.offen“. Hier wird sehr viel Neues, auf das ich jetzt schon stolz bin, auch in den nächsten Wochen und Monaten passieren.

Zurück zu den jungen Wienerinnen und Wienern: Was kommt raus, wenn man sie einbindet, was kommt raus, wenn man sie involviert? - Man weiß ein bisschen näher und ein bisschen genauer, was ihre Bedürfnisse sind. Ein riesengroßes Bedürfnis ist das Bedürfnis nach sinnvoller Freizeitgestaltung, das Bedürfnis nach einem feinen Sommer. Es ist übrigens auch das Bedürfnis der Eltern, dass sich die Stadt engagiert und ihnen dabei unter die Arme greift, neun Wochen Ferien mit sinnvollen Aktivitäten zu überbrücken. Ich bin wirklich stolz darauf, dass nächste Woche - heute in einer Woche ist es schon einen Tag alt - die Summer City Camps flächendeckend die Möglichkeit bieten, genau diesen feinen Sommer für alle Wiener Kinder in die Tat umzusetzen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Immerhin eine Investition von 6 Millionen EUR, und noch etwas: Es ist die Frucht von sehr langer, sehr intensiver Arbeit, auch Zusammenarbeit sehr vieler unterschiedlicher Abteilungen unserer Stadt und MitarbeiterInnen unserer Stadt. Und es ist das Ergebnis einer Politik, die sagt, wir haben eine gemeinsame Idee, und dann setzen wir konkrete Taten, um diese Idee in die Tat umzusetzen und wahr werden zu lassen. Bei den Summer City Camps war es so, dass wir vor zwei Jahren gesagt haben, wir wollen das, da fehlt etwas - da fehlt etwas im Übrigen in ganz Österreich -, wir wollen da in Wien einen neuen Schritt gehen. Es ist uns gelungen.

Eine zweite Sache, die eine ähnliche Geschichte hat - am Anfang stand eine Idee, mittlerweile ist schon ganz schön viel aus dieser Idee geworden -, sind die Bildungsgrätzeln. Ich habe erst gestern am Enkplatz das zwölfte Bildungsgrätzeln miteröffnen können. Es ist wunderbar, zu sehen, wie diese Idee wächst. Wir wissen jetzt schon, wir werden es bis Ende nächsten Jahres geschafft haben, 25 Bildungsgrätzeln in ganz Wien eröffnen zu dürfen, 25 Bildungsgrätzeln beim Lernen zuschauen zu können und damit aber auch das Gesicht der Bildungslandschaft unserer Stadt geändert zu haben.

Zum Thema Gesicht der Bildungslandschaft kann man sagen, das ist überhaupt der Schwerpunkt einer

Geschäftsgruppe, die insgesamt fast 3,5 Milliarden EUR schwer ist - auch ein Zeichen der Schwerpunktsetzung in unserer Stadt -, das ist die Möglichkeit, dass wir laufend neue Bildungsräume schaffen können. Bildungsräume, in denen wir auch zeigen, dass wir es als unsere Aufgabe verstehen, Kindern Paläste zu bauen und dass es Bildungsräume sein sollen, in denen man bestmöglich lernen kann. Alleine 2018 haben wir 120 Millionen EUR in Neubauten in der Pflichtschule gesteckt, 40 Millionen EUR in Sanierungen. Es ist 2018 gewesen - und dafür ein großes Dankeschön -, als wir hier einstimmig beschlossen haben, 570 Millionen EUR für die Sanierung von Schulen in die Hand zu nehmen.

Im Kindergarten haben wir ein Budget von 800 Millionen EUR. Ich bin überzeugt davon, dass es immer Spielraum nach oben gibt, und gerade bei der Bildung gibt es immer Spielraum nach oben. Aber 800 Millionen EUR, 86.000 Plätze, die Arbeit der MA 10, der MA 11 und vieler, vieler privater Partner, das soll uns einmal irgendjemand in dieser Republik nachhüpfen, darauf können wir stolz sein! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Herausforderungen habe ich erwähnt. 2018 war auch ein Jahr, in dem wir uns vielen solchen Herausforderungen gestellt haben. So haben wir 2018 angefangen, die neuen Kindergartengesetze umzusetzen. Kindergartengesetze, die zwei Sachen garantieren sollten und bis heute garantieren: Zuerst einmal wollen wir klar sagen, dass wir durch starke Kontrollen und engmaschiges Draufschauen sicherstellen, dass es in einem System, auf das wir flächendeckend stolz sein können, auch keine schwarzen Schafe gibt, weil sich die Eltern darauf verlassen können sollen, dass Kindergärten ihren Kindern die bestmöglichen Rahmenbedingungen stellen. Wir wollen aber auch, und das ist der Gedanke dieser Gesetze, dass solche schwarzen Schafe bestmöglichsterweise gar nicht an den Start gehen, dass es beste Kontrollen, gemeinsames Draufschauen auf Business-Modell bis zum pädagogischen Rahmenplan gibt, noch bevor diese neuen Kindergartenregeln überhaupt an den Start gehen. Das haben wir 2018 geschaffen. In der Zwischenzeit hat sich viel verändert. Wir haben das auch oft diskutiert. Einigen im Haus geht es zu streng zu. Ich bin stolz darauf, was da gelungen ist.

Ich bin auch stolz darauf, dass wir in einem zweiten sehr großen Teilbereich österreichweit ein bisschen vorhüpfen, wie man der großen Herausforderung, dass wir genug Pädagoginnen und Pädagogen in der Elementarpädagogik haben, entgegenen kann. Wir haben in Wien, es ist heute schon ganz am Beginn durch die Kollegin Emmerling diskutiert worden, eine eigene BAfEP. Wir sind stolz auf diese eigene BAfEP, kein anderes Bundesland hat das. Und in dieser eigenen Schule für KindergartenpädagogInnen hüpfen wir ein bisschen vor, wie es bundesweit auch besser gehen könnte: Schwerpunkt auf der Erwachsenenbildung, Schwerpunkt auf den Kollegs, auch Schwerpunkt auf der Assistenzpädagoginnen- und Assistenzpädagogenausbildung. Ich möchte dazu nur sagen, ich bin in einem guten Gespräch mit der neuen Bildungsministerin, der alte hat mit mir darüber kein einziges Mal gesprochen. Das ist schade,

aber vielleicht können wir in Hinkunft auch bei allen anderen BAfEPs diese Schritte setzen.

Schlussendlich ist es auch eine riesengroße Herausforderung, Pädagoginnen und Pädagogen dabei zu unterstützen, was sie jeden Tag machen. Das ist großartig, was sie jeden Tag machen, und daher möchte ich die letzte Schulwoche auch dazu nützen, dafür einmal ein riesengroßes Dankeschön zu sagen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

2018 war für sie, was die Rahmenbedingungen betrifft, kein leichtes Jahr. Erstens einmal, weil die Arbeit für Pädagoginnen und Pädagogen im Ballungsraum immer eine Herausforderung ist, ob das jetzt Wien oder Wels betrifft. Zweitens aber auch, weil dieses Schuljahr mit 1.400 Schülerinnen und Schülern mehr, aber vom Bund mit 120 Lehrerinnen und Lehrern weniger begonnen hat. Das haben wir natürlich zum Thema gemacht, wir machen es auch heute, aber wir haben darüber hinaus unsere eigenen Hausaufgaben mehr als gemacht. Wir haben im letzten Jahr Schulkooperationsteams mit 20 zusätzlichen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern auf den Weg geschickt, eine eigene Hotline, die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, 14 zusätzliche von der Stadt, in die Schulen gebracht, eine Bildungsombudsstelle in der KJA starten lassen, das Projekt „Respekt“ wurde schon erwähnt - und das alles zusätzlich zu dem, was es schon gibt.

Und weil ich nur mehr 2 Minuten 20 habe, höre ich jetzt einmal auf, mein Herz übergehen zu lassen und sage die wichtigste Sache: Alle diese Maßnahmen, alle diese Schritte, alle diese Meilensteine, auf die wir stolz sind, sind das Ergebnis der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt. Es macht mich unglaublich stolz, dass ich als Personalstadtrat auch für die Mitarbeiterinnen und für die Mitarbeiter dieser Stadt verantwortlich sein darf. Sie leisten eine großartige Arbeit, sie sind es, die verantwortlich sind dafür, wenn wir und die Wienerinnen und Wiener zu Recht stolz auf Wien sind. Daher ein riesengroßes Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus meinem Bereich, der MA 2, der MA 3, der MA 10, der MA 11, der MA 13, der MA 17, der MA 35, der MA 44, der MA 54, der MA 56, der MA 62, der Gleichbehandlungsbeauftragten, der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft, der WAST, dem unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten, natürlich auch ganz besonders in meinem Bereich der MD-PR und der Baudirektion und auch den vielen, vielen Partnerinnen und Partnern, den privaten Kindergartenträgern, unseren Partnerinnen und Partnern im Integrationsbereich, im Bildungsbereich und in der außerschulischen Jugendarbeit. Ich möchte dafür Danke sagen, ich möchte ihnen einen wunderbaren Sommer in einem Wiener Bad, in einem Wiener Park oder bei vielen anderen Freizeitangeboten der Stadt wünschen.

Und ich möchte noch eine weitere Gelegenheit zum Danke Sagen nutzen: Wenn ich gehe, dann mache ich meinen Platz am Berichterstatterpult für die Vizebürgermeisterin Vassilakou frei. Liebe Maria, vielen, vielen Dank für dein Engagement, für deinen Mut, für dein Herzblut. Es war mir eine Ehre und eine Freude, mit dir

zusammenzuarbeiten. (*Langanhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zur Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung.

Ich begrüße Frau VBgm.in Vassilakou, sie nimmt auch schon Platz.

Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Dr. Gara. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

Ich darf die Damen und Herren hinter den Sitzreihen ersuchen, den Geräuschpegel bitte zu senken. - Bitte, Herr Gemeinderat.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*NEOS*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Geschätzte Frau VBgm.in Vassilakou! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Willkommen im Labor! Willkommen in einem Experiment! (*Unruhe hinter den Sitzreihen.*) Wir erleben, wenn hinter den Bühnen ein bisschen Ruhe einkehrt ...

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk** (*unterbrechend*): Darf ich bitte um Ruhe hinter den Sitzreihen ersuchen? Das ist sehr unhöflich dem Redner gegenüber. Bitte! - Danke schön. - Bitte, Herr Gemeinderat.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*fortsetzend*): Willkommen im Labor! Willkommen im Experiment! Frau Dr. Laschan hat das gestern richtigerweise angemerkt, wenn die Außentemperatur und die Innentemperatur eines Raumes sich um mehr als 7 Grad unterscheiden, belastet das den Menschen, belastet das Herz und Kreislauf. Das ist hier heute die Situation, die wir haben. Ich denke, allen geht es nicht nur auf Grund der Budgetdebatte so, dass es schon ein bisschen erschöpfend ist. Das ist aber die Situation, die wir erleben und noch stärker erleben werden. Es wird nicht funktionieren, dass wir auf Grund der Veränderung des Klimas, auf Grund der Temperaturen einfach die Klimaanlage in Innenräumen aufdrehen und sagen: Geht eh! - Das wird nicht funktionieren. Daher ist das Thema des Klimawandels und auch der Klimawandelanpassungsstrategien in einer Stadt so essenziell wichtig, auch das Thema Klimaschutz und Gesundheit, etwas, das uns genau an diesem Beispiel unmittelbar trifft.

Heute wurde eine Studie veröffentlicht beziehungsweise auf diese referenziert, die davon spricht, dass Wien eine jener Hauptstädte Europas ist, die die Klimaerwärmung am stärksten treffen wird. Das muss uns bewusst sein, das geht nicht mit ein bisschen begrünen da, ein bisschen begrünen dort. Es reicht auch nicht, einen Baum da und dort zu pflanzen, wenngleich natürlich jeder gepflanzte Baum grundsätzlich sinnvoll ist, aber das alleine reicht nicht. Es wurde hier auch angemerkt, und das ist auch ein Punkt, den ich hier immer wieder einfordere, das, was Wien fehlt, ist eine umfassende Stadtklimaanalyse, also nicht nur eine begrünte, bekühlte Zone in der Zieglergasse, die vielleicht am Rendering gut ausschauen mag, aber ob die funktioniert, ist durchaus sehr fraglich, sagen etliche Experten. Ein

bisschen Bäume pflanzen, ein bisschen besprühen alleine, das wird nicht gehen.

Das ist die eine Ebene, andere Ebenen sind: Wo unterbinden wir die natürlichen Luftströme, die Kühlströme der Stadt, die wirklich notwendig sind, vor allem in der Nacht, um runterzukühlen? Ein Beispiel dazu - auch das wurde heute zitiert - ist der Vorplatz des Schlosses Schönbrunn mit dem Parkplatz. Auf der einen Seite wissen wir, wir brauchen Abstellflächen für Busse, das macht natürlich Sinn, auf der anderen Seite ist das eine sehr sensible Stelle, weil genau an dieser Stelle der Asphalt dazu führt, dass er sich tagsüber natürlich extrem aufheizt und in der Nacht nicht abkühlt, sondern umgekehrt, er erhitzt und erwärmt den Frischluftkühlstrom aus dem Wienerwald. Das heißt, wie dieses System zusammenspielt, darüber müssen wir uns viel mehr Gedanken machen, und es reicht nicht, ein bisschen eine Maßnahme da zu setzen, eine Maßnahme dort zu setzen. Ich glaube, das ist ein ganz zentraler Punkt, dem sich die Stadtplanung, die Stadtentwicklung noch viel stärker stellen muss. Diese kleinen Geschichten alleine reichen nicht.

Ich halte das für ganz zentral, daher müssen wir auch Projekte, die wir jetzt vielleicht schon festgesetzt haben, noch einmal grundlegend überprüfen. Da spreche ich auch vom Parkplatz vor Schönbrunn, ob da nicht doch eine Überdachung notwendig wäre. Ich halte das für wirklich wichtig, denn das, was wir jetzt in der Stadt bauen, das sollte als Infrastruktur eigentlich zielkompatibel für 2030, 2050 sein. Ich habe das Gefühl, darüber machen wir uns zu wenige Gedanken. Das ist ja auch der Grund, warum ich gestern, und ich werde das jeden Tag wiederholen, ein Klimaschutzgesetz einforderte. Ich weiß, und wir werden das morgen diskutieren, dass es eine neue Smart-City-Rahmenstrategie gibt, die wir auch unterstützen. Ich weiß, dass da sehr viele Anregungen und Ideen drinnen sind, aber letztendlich muss man ganz ehrlich sagen - und ich höre das immer wieder -, es ist letztendlich eine Strategie. Diese ist zwar im Gemeinderat beschlossen, aber sie ist nicht wirklich verpflichtend. Und wenn wir tatsächlich Klimaschutz in dieser umfassenden Art und Weise und nicht nur in den Sonntagsreden und nicht nur, weil jetzt Wahlkampf ist, ernst nehmen wollen, dann brauchen wir eine verpflichtende, gesetzliche Grundlage. (*Beifall bei den NEOS.*)

Wir brauchen eine verpflichtende, gesetzliche Grundlage, in der die Ziele festgeschrieben sind. Wir brauchen das Klimabudget, wir brauchen die Prioritäten auch in all den Abteilungen der Stadt und in Unternehmungen und in Beteiligungen der Stadt. Nur dieses gemeinsame Vorgehen, dieses gemeinsame ernsthafte Vorgehen wird dazu führen, dass wir vielleicht nicht eine so dramatische Auswirkung in der Stadt haben werden, wie es diese Studie besagt. Ich weiß schon, wir haben gestern über KliIP gesprochen, und das gibt es seit 1999, und so weiter - alles gute Maßnahmen in der jeweiligen Zeit, aber mit ein bisschen kontinuierlicher Verbesserung wird das nicht mehr funktionieren. Wir brauchen da wirkliche Brüche und konkrete Überlegungen, was wir tun. Deswegen möchte ich noch einmal eindringlich auf dieses Thema

verweisen. Ich sage es Ihnen, wir werden das Klimaschutzgesetz immer wieder bringen, und am Ende des Tages wird es auch kommen, weil Sie auch sehen werden, dass es notwendig ist, sich dem wirklich ernsthaft zu stellen *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich möchte Ihnen aber nicht nur theoretisch ein paar Beispiele geben, warum oder was mich so ärgert. Wenn ich mir die neuen Schulbauten in Wien anschau: Auf wie vielen Schulbauten befindet sich eine Solaranlage, nicht nur am Dach so draufgepackt zum Schluss, so ein bisschen Alibi dazu? Wo gibt es intelligente Solarfassaden? Wo gibt es intelligente Solararchitektur? Wo gibt es die Denkmäler in der Stadt, sodass ich sage, ja, Wien ist eine Solarhauptstadt!? Von dem, was Altbürgermeister Häupl 2010 ausgerufen hat, sehe ich neun Jahre später sehr, sehr wenig. Das ist der Grund, warum wir auch hier das Thema der Solarnutzung verpflichtend haben wollen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Dazu bringe ich auch einen Antrag dahin gehend ein, dass sich der Gemeinderat dafür ausspricht, dass wir die Nutzung von Solarenergie auf Gebäudeflächen natürlich und/oder in Kombination mit Begrünung und Grünflächen - da gibt es ja auch verschiedene Zugänge - massiv angehen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich habe eine Schule im 22. Bezirk besucht, ein neuer Bau, eine Fassade mit sehr komplexen Fenstern, bei denen ich mir denke, das muss wirklich teuer gewesen sein. Architektur ist Geschmackssache, aber statt dieser Architektur könnte man dieses Geld auch anders nutzen, anders investieren. Auch der Vorplatz dieser komplett neu gebauten Schule ist trocken. Kein Baum wächst dort. Mit den paar kleinen Bäumchen, die gepflanzt sind, funktioniert das nicht in der Trockenheit. Das heißt, das sind die konkreten Themen, bei denen ich sage: Das müssen wir uns wirklich ganz konkret anschauen, nicht nur kleine Behübschungen und nicht nur Jubelstimmung und nicht nur Schulterklopfen, Klimaschutz braucht wirklich mehr! *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich halte das wirklich für wichtig, dass wir uns ernsthaft, gesamthaft diesem Thema widmen, dass wir tatsächlich eine solche gesamthafte und umfassende Stadtklimaanalyse machen, um wirklich die kritischen Bereiche, die kritischen Stadtgebiete zu identifizieren. Was passiert, wenn es um 3 Grad wärmer wird? Was passiert, wenn wir regelmäßig 40 Grad haben? - Jetzt sprechen wir von 30 Grad, 36 Grad, ist ja alles noch ertragbar, das ist ja nicht das Problem. Irgendwann aber kippt das System, und das geht rasant. Deswegen warne ich eindringlich, dass wir uns das wirklich genau anschauen. Wie schaut die Infrastruktur der Stadt aus? Wo ist das Risiko? Was können wir machen, und wie können wir letztendlich auch das Thema in der Transformation der Stadt als Chance für die Stadt nutzen, für die Wirtschaft, für Arbeitsplätze? - Das ist eigentlich das Riesenzugangspotenzial. Ich wünsche mir, dass das, was damals so beiläufig als Schlagzeile in der „Kronen Zeitung“ gestanden ist, nämlich „Solarhauptstadt Wien“, zum Kernpunkt wird und dass man sagt: Ja, wir wollen wirklich auch in Europa nicht nur den Klimaschutz allgemein, sondern wir wollen es ganz konkret, wir wollen ein Narrativ, wir wol-

len eine Geschichte erzählen. Wien kann mit der Solararchitektur die Solarhauptstadt Europas werden. Ich fände das total spannend, und in dem Bereich gehört aus meiner Sicht deutlich mehr gemacht. - Danke schön. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich stelle selbstverständlich noch einen Antrag für Solarkraftwerke auf Schulen. - Danke.

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dipl.-Ing. Olischar, ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Im Stadtplanungsressort sind sehr, sehr viele Kernaufgaben, sehr viele strategische Entscheidungen, wie wir uns die Stadt vorstellen, zu Hause. In diesem Ressort können auch sehr, sehr viele Maßnahmen gesetzt werden, wie die Stadt gestaltet werden soll, vor allem auch auf eine sichtbare Art und Weise. Aus unserer Sicht gibt es hier sehr, sehr viel zu tun. Und ja, Wien ist eine schöne Stadt, das ist zweifelsfrei, auch von unserer Seite gibt es da das starke Commitment, aber es hat natürlich unterschiedliche Gründe, warum die Stadt eine so schöne und lebenswerte Stadt ist.

Einen dieser Gründe möchte ich heute wieder einmal zur Diskussion stellen, nämlich die historische Baustruktur, die wir in der Stadt haben. An diesem Stadtbild, an diesen prächtigen Bauten erfreuen sich nicht nur Touristen, sondern sie prägen das Stadtbild und stiften gerade für die Wienerinnen und Wiener Identität. Das gilt es aus unserer Sicht zu schützen. Und wenn man sich in der Vergangenheit ansieht, welche Entscheidungen oder Maßnahmen die Stadt als Verwaltungseinrichtung getroffen hat, dann sehen wir dieses Juwel und diese historische Baukultur durchaus als gefährdet. Vor fast genau zwei Jahren hat Rot-Grün einen sehr, sehr großen Stein ins Rollen gebracht, denn im Juni 2017 wurde hier der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zum Heumarkt beschlossen. Seither steht es schlecht um das Weltkulturerbe, das massiv von diesem Beschluss betroffen ist. Seither hören wir Lippenbekenntnisse, wie viel angeblich der Stadt und Rot-Grün dieses Weltkulturerbe wert sei, nur fußen keine konkreten Maßnahmen auf diesen Bekenntnissen. Es braucht aber konkrete Taten, um das Weltkulturerbe zu retten, das wichtigen Teilen Wiens einen gewissen Charakter gibt. Diesen Charakter wollen wir schützen und bewahren.

Es gibt aber nicht nur ein Gebiet, das man bewahren und schützen muss, sondern aus unserer Sicht birgt Wien sehr viele Schätze. Das bedeutet, es ist zu überlegen, welche zusätzlichen Gebiete auch den Status des Weltkulturerbes erlangen könnten und unter Schutz zu stellen wären. Diesbezüglich möchte ich zwei Anträge einbringen, einerseits betreffend die Verankerung des Bekenntnisses zum Schutz der Weltkulturerbe-Stätten in der Wiener Stadtverfassung. Das wäre für uns eine wichtige Maßnahme, dieses Bekenntnis, das wir sehr, sehr oft von Seiten der Stadtregierung hören, tatsächlich spürbar zu machen und hier zu schützen. Wir möchten andererseits bei der Erweiterung der Anzahl der Weltkul-

turerbe-Stätten die Nominierung des Otto-Wagner-Areals dringend in diese Liste aufnehmen und bringen dazu diese zwei Anträge ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dass gerade in der Stadtplanung ein Spannungsfeld zwischen Bestand und Entwicklung, also zwischen historisch gewachsenen und neu zu entwickelnden Gebieten, gegeben ist, das ist ja jetzt nichts Neues, das diskutieren wir hier an dieser Stelle, aber natürlich auch in anderen Dialogformaten sehr, sehr oft. Aus meiner Sicht braucht es, wenn es um die Entwicklung der Stadt geht, gerade deswegen extreme Behutsamkeit dabei, wie man mit diesen beiden Spannungsfeldern umgeht. Eine weitere wichtige Komponente ist natürlich auch noch die Frage der Transparenz, denn nur durch Transparenz schafft man Sicherheit und Klarheit, und das brauchen wir, gerade wenn es um diese komplexe Materie der Stadtentwicklung geht, ganz dringend.

Es gibt sehr, sehr viele Entwicklungsgebiete in der Stadt, sehr viele Bereiche, die jetzt groß entwickelt werden. Was wir dabei beobachten oder was immer wieder zum Einsatz kommt, ist das Instrument des städtebaulichen Vertrags. Ich möchte das heute hier noch einmal zur Debatte stellen und auch darauf hinweisen, denn wir beobachten dieses Instrument oder diese Handhabe, wenn es um große Entwicklungsgebiete geht, schon sehr, sehr lange. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich verstehe die Intention dahinter, es ist durchaus eine nachvollziehbare Grundidee, gerade bei großen Entwicklungsgebieten, Projektentwickler auch in den Ausbau der Infrastruktur und in die zusätzlichen Dinge, die vor Ort gebraucht werden, mit einzubeziehen und da eine Kooperation zu schaffen. Die Bereitschaft der Entwickler ist vielerorts da, wir spüren, dass das Verständnis der Entwickler dafür gegeben ist, sich da einzubringen, weiter als nur an die eigene Parzelle zu denken und sich zu überlegen, wie die Umgebung mitzuprägen ist, und auch Verantwortung zu übernehmen.

Was aber das große Fragezeichen darstellt, das sind die Bedingungen. Unter welchen Bedingungen, unter welchen Kriterien entwickeln sich solche Verträge? - Wir haben es nicht zuletzt auch beim Heumarkt gesehen beziehungsweise war das ein sehr großer Auslöser, dass uns erstmals ein städtebaulicher Vertrag im Ausschuss zur Verfügung gestellt wurde, um überhaupt einmal beurteilen zu können, was zwischen den Vertragspartnern ausgemacht wurde. Es ist nicht klar, nach welchen Kriterien diese Verträge zustande kommen. Das macht es natürlich einerseits sehr intransparent, aber andererseits auch sehr beliebig, sehr subjektiv.

Auch in einer Anfragebeantwortung wollten wir diesem großen Fragezeichen auf den Grund gehen, und dann hört man, na ja, die Verträge kommen so zustande, dass man, wenn man gut verhandelt, halt mehr geschafft hat, und wenn man nicht so gut verhandelt, dann hat man halt vielleicht weniger geschafft. Der Auslöser überhaupt ist, wenn es gerade passt oder wenn die Magistratsabteilung empfindet, dass das ein sinnvolles Instrument wäre. Aus unserer Sicht ist das keine zufriedenstellende Maßnahme und ist das kein zufriedenstellender Zugang, wie man mit diesen Verträgen und diesem In-

strumentarium umgeht. Wir bringen deswegen heute wieder diesen Antrag ein, nachvollziehbare Berechnungsmethoden bei städtebaulichen Verträgen zu erarbeiten und transparent sichtbar zu machen, denn es ist nicht einzusehen, dass diese großen Instrumente, so wie es scheint, im Geheimen verhandelt werden, ohne dass jemand einen Ahnung hat, wie und warum sie konkret zustande kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Von den großen Stadtentwicklungsgebieten komme ich zu deren Auswirkungen. Ein sehr großes Streitthema ist oft auch die Frage der Verkehrssituation vor Ort, denn überall, wo viel und großzügig gebaut wird und viele Wohnungen entstehen, da entsteht natürlich auch Verkehr. Auf viele Verkehrsmaßnahmen oder Punkte wird dann auch noch mein Kollege Manfred Juraczka eingehen. Ein Verkehrsthema möchte ich aber hier im Zuge der Stadtentwicklung ansprechen, weil es sehr, sehr stark an ein großes Gebiet gekoppelt ist, das gerade in der Poleposition oder in der Entwicklung oder im Entstehen ist, das ist die Situation am Wienerberg. Die Situation am Wienerberg ist insofern mit den beiden Themen Verkehr und Stadtentwicklung verknüpft, weil das Gebiet an einer sehr, sehr stark befahrenen Straße liegt, nämlich im Einzugsbereich aus dem Süden. Die Frage der Pendler, des Einzugs über diese Route erfordert schon ein genaueres Hinsehen, wie mit der Situation vor Ort umgegangen wird.

Zusätzlich zu dem Entwicklungsgebiet, zu dieser befahrenen Route kommt auch noch der Bau der U2/U5 in diesem Gebiet zu tragen, der sehr starke Veränderungen mit sich bringen wird. Wir haben nicht den Eindruck, dass da die einzelnen Puzzlesteine so gut miteinander verbunden sind, dass man sich darauf verlassen könnte, optimal auf diese Situation vorbereitet zu sein. Wir befürchten nämlich, dass die Veränderungen, die sich im Zuge des U2/U5-Ausbauens, aber auch mit den zusätzlichen Wohnungen vor Ort, aber auch mit der stark befahrenen Route ergeben, verstärkt zu einem Chaos und zu einer Überlastung führen werden. Noch dazu haben wir mitbekommen, dass derzeit von Seiten der Stadt nicht gewünscht wird, im Bereich des Wienerbergs eine neue Park-and-ride-Anlage, die sich dort durchaus strategisch gut und sinnvoll ergeben würde, umzusetzen. Das finden wir natürlich sehr, sehr schade und möchten diesbezüglich einen Antrag einbringen, dass am Wienerberg doch eine Park-and-ride-Anlage errichtet wird und in diese Stadtentwicklungsmaßnahme vor Ort einbezogen wird, um dieser Frage der Pendler und des zusätzlichen Verkehrsaufkommens rechtzeitig zu begegnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Einen Antrag habe ich noch vorbereitet: Ein Thema, das ich noch ansprechen will, das wir aber ohnehin schon in den vergangenen Tagen behandelten, aber auch in den zukünftigen Tagen weiter diskutieren werden, ist die Frage der Fotovoltaikanlagen und des Ausbaus der Fotovoltaikanlagen. Kollege Gara hat es schon in seinem Redebeitrag angesprochen, und auch ich möchte einen Impuls in diese Richtung setzen. Wir haben es auch gestern in der Umweltdebatte schon angesprochen, dass es da noch sehr, sehr starken Ent-

wicklungsbedarf seitens der Stadt Wien gibt. Sieht man sich den prozentuellen Ausbau an und wie weit da Wien fortgeschritten ist, dann sieht man, dass Wien gerade beim Ausbau der Fotovoltaikanlagen stark säumig ist. Die potenzielle Dachfläche wurde ja schon über den Solarkataster errechnet, und das Potenzial von 34 km² - eine immens große Zahl - wird nicht ausgeschöpft.

Es gibt auch sehr, sehr viele Flächen, die sich im Eigentum der Stadt befinden, Amtshäuser, Schulgebäude, also alle öffentlichen Gebäude im eigenen Wirkungsbereich der Stadt Wien, und da gäbe es auch schon enormes Potenzial. Wir möchten vorschlagen und einfordern, da verstärkt Fotovoltaikanlagen draufzusetzen und den Ausbau voranzutreiben, vor allem im eigenen Wirkungsbereich, um diese Vorbildwirkung seitens der Stadt noch weiter auszubauen. Deswegen bringe ich diesbezüglich auch einen Antrag ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Bogen spannt sich, wie gesagt, sehr weit von den Aufgaben bis zu den Maßnahmen, die im Stadtentwicklungsressort getroffen werden können. Ich hoffe, Sie unterstützen unsere Anträge und unsere Ideen für ein lebenswertes Wien. - Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Christian Hursky: Was ist lebenswert daran, wenn ich im Erholungsgebiet eine Park-and-ride-Anlage mache? - GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc: Alleinunterhalter?)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Das waren 13 Minuten. Fraktionelle Restredezeit 12 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Peter Kraus. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 6 Minuten.

GR Peter **Kraus**, BSc (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Liebe Frau Vorsitzende!

Zu meiner Vorrednerin möchte ich nur auf eines verweisen, bevor ich dann wirklich zum Rechnungsabschluss komme: Das Thema städtebauliche Verträge ist, glaube ich, eindrucksvoll vom Stadtrechnungshof untersucht und geprüft worden, und ich glaube, wir alle können diesen Bericht nachlesen und sehen, welches wichtige planerische Instrument städtebauliche Verträge sind, auch um die Herausforderungen hinsichtlich technischer, sozialer, grüner Infrastruktur lösen zu können. Wir sind froh, dass wir diese Instrumente auch haben. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich möchte jetzt ein paar Themen aus dem Rechnungsabschluss herausgreifen, sozusagen die große Frage, was alles im letzten Jahr passiert ist. Ich möchte dort beginnen, wofür Herr Gara - er ist jetzt weg, ich nehme es nicht persönlich - sehr viel Zeit verwendet hat, nämlich bei der großen Frage Klima, Klimaschutz, Klimawandelanpassung, wie wir mit der Klimakrise, die da ist, die nichts Abstraktes mehr ist, sondern die in dieser Stadt verdammt konkret ist, umgehen. Ich verweise jetzt nur darauf, dass letztes Jahr in der MA 18 mit der Aktualisierung begonnen wurde und davor das Monitoring der „Smart City Wien“-Rahmenstrategie war. Im April 2018 wurde also begonnen und morgen ist eigentlich dann das Ende dieser Aktualisierung, wenn wir dann im Gemeinderat auch die Möglichkeit haben, über die Aktualisierung der Smart-City-Rahmenstrategie zu diskutieren. -

Jetzt habe ich Kollegen Gara wieder gefunden, er hat sich auf die Besuchergalerie gesetzt.

Kurz aber zu den enthaltenen Zielen, die uns allen schon bekannt sind: Treibhausgasemissionen bis 2050 um 85 Prozent pro Kopf runter, im Verkehrsbereich bis 2050 auf 0, Endenergieverbrauch im Bereich Heizen, Kühlen, Warmwasser in den Gebäuden um 1 Prozent pro Kopf pro Jahr senken, das heißt, in den Emissionen in diesem Bereich 2 Prozent pro Kopf pro Jahr, Endenergieverbrauch Wiens auf erneuerbare Energie umstellen - bis 2030 auf 30 Prozent, bis 2050 auf 70 Prozent. Das alles sind sehr, sehr ambitionierte Ziele. Bevor ich dann zur Frage komme, wie man das Ganze operationalisiert, an dieser Stelle einmal ein ganz großes Danke an die MA 18, auch an Ina Homeier, die als Verantwortliche der Aktualisierung der Smart-City-Strategie tätig war, ein großes Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ein sehr, sehr konkretes Programm, das sozusagen unter diesem Dach der Smart City auch steht, ist SEP, das Städtische Energieeffizienz-Programm. Ich kann mich noch erinnern, darüber war tatsächlich meine erste Rede, die ich hier als Energiesprecher gehalten habe, weil wir das schon beschlossen haben. Aber auch da begannen in der MA 20 die Arbeiten im letzten Jahr, also ein konkreter Plan zur Umsetzung der Energieeffizienzziele: 24 Maßnahmenpakete mit über 80 Einzelmaßnahmen, eben fokussiert auf die großen Bereiche Gebäude und Verkehr, die ja drei Viertel des Energieaufkommens ausmachen, mit dem ambitionierten Ziel, bis 2030 den Energieverbrauch um 30 Prozent zu reduzieren. Das ist eine Vielzahl von Maßnahmen. Beim Nachdenken ist mir jetzt nur eine eingefallen, aber auch, dass die MA 33 die Seilhängeleuchten austauscht und effizienter macht, ist eine der vielen, vielen Maßnahmen, die natürlich in konkreten Programmen in diesem Haus beschlossen sind.

Ein zweiter wichtiger Teil, den die MA 20 natürlich über die Bauordnungsnovelle, die wir schon teilweise heute im Wohnressort diskutiert haben, jetzt gerade daran ist vorzubereiten, ist die Energieraumplanung, das heißt, in die ganze Frage um Energieeffizienz, Energieplanung auch die räumliche Dimension hineinzubringen: Was passiert in einem Grätzel? Was ist da schon da an Energieproduktion? Was ist da an Energienachfrage? Wie kann man das ideal miteinander verknüpfen, und wie kann man insgesamt ein ganzes Grätzel CO₂-frei und sozusagen nicht fossil gestalten?

Damit bin ich auch schon bei der Widmung: Knapp 10.000 Wohnungen werden in einem Jahr gewidmet. Das ist eine riesige Widmungsvorsorge, eine Vorsorge für leistbares Wohnen. Und man sieht auch, dass das natürlich genau der richtige Weg ist, da in einzelnen Bereichen die Preise wieder nach unten gehen. Es würde jetzt meine Redezeit komplett sprengen, alles aufzuzählen, was die MA 21A und B da mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet haben, alleine, was beim Nordbahnhof und in der Seestadt wieder weitergegangen ist. Stichwort Nordbahnhof: Sie alle kennen wahrscheinlich den STADTRAUM, der im letzten Jahr über 10.000 Besucherinnen und Besucher verzeichnet hat. In einem

Gebiet, wo sehr viel passiert, wo sehr viel entwickelt wird, wird der Raum aufgemacht, damit zukünftige und schon dort wohnende Anrainerinnen und Anrainer sich über die Entwicklung ihres eigenen Grätzels austauschen können und Initiativen Raum und Platz finden. Ich glaube, der STADTRAUM ist wirklich etwas, auf das wir verdammt stolz sein können.

Damit verbunden möchte ich „Wien wird WOW“ ansprechen, die Idee also, dass die Stadtplanung auch hinausgeht, vor Ort informiert. Am Freitag ist das nächste Mal „Wien wird WOW“ am Reumannplatz, wo es um den Südraum geht. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Ansatz, mit dem es in den letzten Jahren gelungen ist, auch mit dem nötigen Schuss Kreativität und unkonventionellen Ideen Stadtplanung zu thematisieren.

Die Bauordnungsnovelle haben wir jetzt schon in manchen Teilbereichen diskutiert, und Kollege Maresch wird es mir verzeihen, wenn ich jetzt eine Minute länger als geplant rede. Die zwei Drittel geförderte Wohnraumkategorie, wir haben über die Energieraumplanung gesprochen, worüber wir noch nicht gesprochen haben, ist die Begutachtung von Gründerzeitbauten vor 1945, dass diese sozusagen bei Abbruch eine Bestätigung der MA 19 brauchen. Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir einmal sagen, diese Novelle wurde vorgezogen. Die MA 19 hat es ohne zusätzliches Personal geschafft, diese wirklich große Aufgabe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu meistern, und darum auch ein großes Danke an die MA 19 für all die tollen Sachen, die sie das letzte Jahr geleistet hat. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Nie vergessen werde ich unter den Planungsabteilungen die MA 41, weil sie zum Beispiel - um nur eines herauszunehmen - bei „Wien gibt Raum“, ein großes Projekt, bei dem es darum geht, den Straßenraum auch digital zu erfassen und für weitere Anwendungen zur Verfügung zu stellen, glaube ich, ganz, ganz Tolles geleistet hat. Aber auch beim U-Bahn-Ausbau waren die ganzen Kontroll- und Sicherungsmessungen sicher viel Aufwand. Auch wenn das jetzt oft nicht so sichtbar ist, glaube ich, ist es wichtig, zu erwähnen, welche wichtige Arbeit die MA 41 auch da leistet.

Wenn ich jetzt schon bei den Danksagungen bin, möchte ich mich, auch weil ich neu in dieser Rolle bin, natürlich bei allen Abteilungen bedanken, auch bei der Urban Innovation, beim Energy Center, die mir wirklich mit Rat und Tat immer zur Seite stehen und, wie ich glaube, sehr, sehr gute Arbeit machen.

Ich möchte mich auch bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern bedanken. Ich habe wahnsinnig viele Gespräche mit AnrainerInnen geführt, in letzter Zeit mit Personen aus Bürgerinitiativen, die zum wirklich, wirklich, wirklich überwiegenden Großteil vom konstruktiven Wollen geprägt sind, diese Stadt gut weiterzuentwickeln.

Ich möchte mich beim Büro der Stadträtin bedanken, wir haben unglaublich gut zusammengearbeitet, wir werden ja großteils auch noch weiter zusammenarbeiten, auch wenn da natürlich Veränderung anstehen. Es macht wirklich Spaß, mit euch gemeinsam nachzuden-

ken, zu arbeiten, Lösungen zu finden, um diese Stadt immer, immer wieder ein Stück besser zu machen.

Abschließend steht da eigentlich noch, dass ich mich bei der Frau Stadträtin bedanken möchte. Das hebe ich mir aber für morgen auf. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit war 8 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Fürnkranz. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Frau Vorsitzende! Frau Vizebürgermeister! Meine Damen und Herren Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause!

Ja, Kollege Kraus hat es schon angesprochen: Dieser Rechnungsabschluss ist nicht irgendein Rechnungsabschluss des Jahres 2018, sondern es ist der letzte Rechnungsabschluss der Frau VBgm.in Vassilakou und damit gewissermaßen der Rechnungsabschluss ihrer neunjährigen oder fast neunjährigen Tätigkeit. Wir haben ja über diese Tatsache schon allerlei Jubelmeldungen in den Zeitungen und im ORF wahrgenommen, haben eine Erfolgsbilanz aus ihrer Sicht dargestellt bekommen, wo sie meint, ihre Großtaten wären die Mariahilfer Straße und die Rotenturmstraße und dergleichen Dinge. Ihr engster, sozusagen langjähriger Verbündeter Chorberr hat dann gemeint: Unglaublich, trotzdem ist sie ein lustiger und seelenzärtlicher Mensch geblieben.

Meine Damen und Herren, über die Bilanz ihrer Großtaten wird man wahrscheinlich hier nicht unbedingt einer Meinung sein, und von der Seelenzärtlichkeit haben wir als Opposition nicht sehr viel mitbekommen. *(GRin Dr. Jennifer Kickert: Das wundert Sie jetzt! Hallo!)* Zugegebenermaßen haben wir sie eher als eine Protagonistin einer Politik gegen alles das, was uns und den meisten Wienern heilig ist, wahrgenommen, und dementsprechend haben wir sie eigentlich auch entsprechend oft kritisiert. Dazu stehe ich. Sie hat aber auch gemeint, das Einzige, was ihr nicht so recht gelungen ist, was sie aber gerne geschafft hätte, wäre ein Narrativ, beziehungsweise wie man jetzt neuerdings auf Deutsch sagt - erstaunlich, nachdem man zuerst einen Anglizismus eingeführt hat, wird der neuerdings auf Deutsch gesagt -, eine Erzählung, die darstellt, was denn Rot-Grün so alles bewirkt hat.

Also, meine Damen und Herren, mir fällt schon ein Narrativ oder eine Erzählung für Rot-Grün ein. Die lautet kurz so: Die Roten machen die Schulden, die GRÜNEN machen den Stau, gemeinsam stehen sie für verantwortungslose Zuwanderungspolitik und den Verlust des kulturellen Erbes, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das ist aus meiner Sicht das rot-grüne Narrativ, aber gut.

Ich habe gesagt, ich stehe dazu, dass ich die Tätigkeit der Frau Vizebürgermeisterin vielleicht manchmal auch ein bisschen emotional kritisiert habe. Ich habe mich manchmal gefragt, warum das so ist, ich bin ansonsten ein sehr sachbetonter Mensch. Ich glaube, ganz maßgeblich liegt das daran, dass vieles von dem, was vorgeblich eigentlich grüne Inhalte sind, auch zu meinen ganz entscheidenden politischen Wünschen und Zielen

zählt, und ich deswegen besonders enttäuscht war, wenn Sie diese verraten haben.

Das Musterbeispiel in diesem ganzen Zusammenhang ist sicherlich das Tojner'sche Hochhaus, wobei man jetzt interessanterweise hört, dass bei Herrn Tojner gerade Hausdurchsuchungen stattfinden. Sie haben tatsächlich sehenden Auges ein Problem gigantischen Ausmaßes für unser kulturelles Erbe, für unser Stadtbild geschaffen, einfach um einem Spekulanten seine Gewinne zu ermöglichen, meine Damen und Herren. Und dafür das Weltkulturerbe geopfert, wissend, was Sie tun? Ich sage Ihnen eines: Ihr Gründervater Herbert Fuchs rotiert im Grabe, wenn er das mitbekommt. Ich wünsche es ihm nicht, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist jetzt nicht das einzige Ziel, das von den GRÜNEN leider Gottes nicht so vertreten wird, wie es meiner Meinung nach sein sollte und wie es auch Ihrer Programmatik entspräche. Viele Dinge waren mein Ziel, als ich begonnen habe, mich politisch zu interessieren: Natur- und Umweltschutz, keine Atomkraft, direkte Demokratie, eben Stadtbild. Ich habe damals in Salzburg gelebt, Herbert Fuchs war der Retter der Salzburger Altstadt, ich bin auch die ganze Zeit Rad gefahren, das mache ich übrigens bis heute. Also ich bin alles andere als ein Grünfeind, aber wie gesagt, meine Damen und Herren, leider Gottes haben sich die GRÜNEN in eine völlig andere Richtung entwickelt. Auf der einen Seite gesellschaftspolitisch ins links-linke Lager, das hat es für mich schon sehr schwierig gemacht, denn ich habe in meiner Schulzeit sehr viele Nächte damit zugebracht, mit Aktivisten der GRM - also Gruppe Revolutionärer Marxisten, für diejenigen, denen das nichts mehr sagt - zu diskutieren, und weiß deswegen sehr gut, dass die grünen Themen sehr viel besser bei der FPÖ aufgehoben sind als bei dieser linken Gruppierung.

Aber lassen Sie mich ruhig zur aktuellen Politik kommen. Es ist ja kein Geheimnis, dass auch die Verkehrspolitik der Ära Vassilakou besonders kontroversiell diskutiert worden ist. Jetzt kann man über die Frage, Auto raus: ja oder nein, sozusagen verschiedener Meinung sein, aber eines sollte doch klar sein: Wenn wir Restriktionen im Individualverkehr vornehmen, oder wenn Sie die vornehmen, dann braucht es doch jedenfalls taugliche Alternativen.

Wir haben jetzt gerade, wenn man die Zeitungen aufschlägt, ein Musterbeispiel dafür, wie das jahrelang nicht oder nicht in zufriedenstellender Weise passiert ist, nämlich die Geschichte der Linie 13A. Da hatten Sie in einem Regierungsübereinkommen etwas Positives drinnen stehen, ich hätte es sofort unterstützt, wenn Sie es wirklich gemacht hätten: Reaktivierung der Straßenbahnlinie 13. Nichts davon ist passiert. Okay, da sind die Sozialisten auch schuld daran, denn die wollten Straßenbahnen eigentlich immer nur beim 11er bauen, ansonsten gar nicht. Aber auch Ihr Bezirksvorsteher, Herr Blimlinger, hat sich die ganze Zeit ganz massiv dagegen gewehrt, hat dieses grüne Konzept eigentlich selber gekippt, weil es ihm wichtiger war, dass er in seinem Bobo-Bezirk die entsprechenden Schanigärten und sonstigen Einrichtun-

gen in der Neubaugasse und seinen Markt dort weiterhin betreiben kann.

Meine Damen und Herren, das ist Theorie und Praxis der grünen Politik. Dort, wo es wirklich notwendig gewesen wäre, eine vernünftige und bessere Verkehrsinfrastruktur zu schaffen, eh im öffentlichen Verkehr - wie gesagt, Sie hätten meine hundertprozentige Unterstützung gehabt, aber nein - sagt der grüne Bezirk Njet. Erst jetzt gibt es nach ewigen Diskussionen endlich eine Lösung, die eigentlich von Anfang an hergehört hätte. Meine Damen und Herren, das ist die Realität. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag. Josef Taucher: Das nennt man Demokratie! Diskurs gehört zur Demokratie!)* - Ja, ja, schon, aber eine Lösung gehört auch dazu. Und die Lösung, die sinnvolle Lösung, die werden wir nicht mehr bekommen, denn der 13er ist gestorben. Stattdessen bauen wir eine superteure U-Bahn, die nur die halbe Funktion erfüllen kann. *(Zwischenruf von GR Mag. Josef Taucher.)* Lassen Sie mich ausnahmsweise einmal weiterreden, denn wir haben eine Redezeitbeschränkung, normalerweise ja gerne, aber gut.

Kurzum: Sie haben die GRÜNEN in eine Richtung verändert, gewissermaßen heißt es dann immer Reaflügel und so, Faktum ist, Sie sind gesellschaftspolitisch links, aber ansonsten mitten im Spekulantensumpf. Das System Chorherr ist das traurige Aushängeschild dieser ganzen Entwicklung. Ich erinnere mich jetzt, da ich darüber rede, noch an einen legendären Aufmacher einer „Bezirkszeitung“ im 7. Bezirk, in dem es geheißen hat: „Is grey green?“, damals mit Fragezeichen.

Gemeint war ein Vortrag von einem amerikanischen Professor, der dargestellt hat, dass die Betonbauten eigentlich das Grünste sind, was man so haben kann. Meine Damen und Herren, wenn ich das jetzt auf die politische Ebene zurückbringe, dann haben Sie die GRÜNEN grau gemacht und aus den GRÜNEN die Grauen, das ist sozusagen die Bilanz der ganzen Geschichte.

Ich gebe zu, es ist relativ wenig Positives in meiner Bilanz vorgekommen, aber lassen Sie mich die Sache deswegen umso mehr persönlich beenden. Ich habe Ihre Arbeit eigentlich unabhängig von den Taten immer sehr positiv empfunden, denn Sie haben uns, im Gegensatz zu vielen anderen Politikern, nicht ständig angelogen, sind gradlinig zu dem gestanden, was Sie vorhatten, und haben das - aus unserer Sicht - nicht schöngeredet, sondern einfach gesagt, okay, das will ich, das mach ich, und so weiter, das ist der Grund dafür. Das ist okay, so kann man vernünftig diskutieren, das finde ich sehr positiv. Ich unterstelle ja, dass Sie das, was Sie gemacht haben, auch wenn es aus meiner Sicht falsch ist, gut gemeint haben.

In diesem Sinne: Großen Respekt für ein politisches Lebenswerk, danke für die unzähligen, interessanten Diskussionen und meine besten Wünsche für Ihre persönliche Zukunft. *(Beifall bei der FPÖ.)* Jetzt geht es aber um die Zukunft unserer Stadt, und wie gesagt, es gibt ja noch eine ganze Anzahl von ungelösten Problemen in Ihrem Ressort, die jetzt Ihre Nachfolgerin wird anpacken müssen. Ich darf gemeinsam mit meinen Kol-

legen beginnen, Ihr da einmal einige Dinge auf den Schreibtisch zu legen, und ich beginne, wie es vielleicht aus meiner Sicht nicht ganz überraschend ist, mit dem Thema UNESCO und Tojner-Turm.

Liebe Frau designierte Stadträtin, bitte beschäftigen Sie sich mit diesem Thema in dem Sinne, dass Sie eine Lösung dafür finden, wie dieser Turm nicht gebaut werden kann, statt nach einer Lösung zu suchen, wie Sie die UNESCO beschwichtigen können. Meine Damen und Herren, diese Stadt hat diesen Turm nicht verdient, diese Stadt hat verdient, dass ihr Stadtbild weltkulturmäßig erhalten bleibt, und zwar nicht deswegen, weil es die UNESCO sagt, sondern weil wir Wiener das haben wollen. Deswegen bitte ich Sie inständig, arbeiten Sie in diesem Sinne an dieser Sache weiter. Ich bringe in diesem Zusammenhang einen Antrag ein. *(Beifall bei der FPÖ.)* Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: So. Die tatsächliche Redezeit war 12 Minuten, das macht eine Restredezeit von 26 Minuten für die FPÖ. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Bluma. Die selbstgewählte Redezeit ist 8 Minuten.

GRin Susanne **Bluma** (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Werter Kollege Fürnkranz, nach Ihrer Stegreifrede hätte ich mir wirklich eine Pause verdient. Ich habe mir schon überlegt, ob ich mich streichen lasse, damit ich das auf mich wirken lassen kann, und mich dann zum Schluss noch einmal melde. Sie haben einen breiten Bogen gespannt. Begonnen hat es mit der Regierungsbeschimpfung, der Stadtregierungsbeschimpfung natürlich, dann war es ein bisschen so, als hätten Sie das Event mit Ihrer persönlichen Therapiestunde verwechselt. So ist mir das vorgekommen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Dann haben Sie sich als Marxist geoutet, Respekt, und als Binnenmigrant. Jetzt weiß ich, was nicht gelungene Integration ist, das ist mir jetzt alles klar, Herr Kollege. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und es war noch nicht aus. Dann ist der 13A gekommen, und da bin ich ausgestiegen, nicht aus dem 13A, sondern aus Ihrer Rede, sorry.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, mir fällt es jetzt ein bisschen schwer, ich möchte zu Beginn meiner Rede eine ganz junge Wissenschaft bemühen, die Glücksforschung. Und jetzt muss ich wieder auf Sie *(in Richtung GR Georg Fürnkranz)* schauen, vielleicht gibt es da ein Gegenteil: die Unglücksforschung. Also die Glücksforschung sagt Folgendes aus: Das individuelle Glücksgefühl eines Menschen hängt davon ab, ob er sich in der Stadt, in der er lebt, wohlfühlt, ob ihm die Stadt, in der er lebt, gefällt. Das ist eine wissenschaftlich belegte Aussage der Glücksforschung.

96 Prozent der Wienerinnen und Wiener geben an, gerne in dieser Stadt, gerne in Wien zu leben. Wien ist eine Stadt mit einer ganz hohen Lebenskultur, mit einer großen Lebensqualität, ich brauch das hier nicht sagen, wir alle empfinden das jeden Tag aufs Neue. Es gibt viele Städte mit hoher Lebensqualität, ich stelle ganz an die Spitze Wien, und alle diese Städte haben eines gemeinsam. Alle diese Städte, die ich Ihnen dann gleich

aufzählen werde, ich habe sie da aufgeschrieben, haben eines gemeinsam: Sie alle haben eine linke Regierung. Ich glaube nicht an Zufall. Und Sie? *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Uuh-Rufe bei den GRÜNEN.)*

Also reden wir von den Städten, in denen die Menschen glücklich sind, weil Sie dort eine gute Lebensqualität haben. Neben Wien sind das Sydney, Basel, Kopenhagen, Genf, Frankfurt, Düsseldorf, Vancouver, München - Sie wissen: der rote Punkt im schwarzen Bayern -, Oakland und Zürich. Alle diese Städte haben eine hohe Lebensqualität, alle diese Städte haben eine linke Regierung. Die Frage, die man sich als Politiker oder Politikerin, der oder die in der Stadtplanung, in der Stadtentwicklung tätig ist, stellen muss und stellen soll, ist: In welcher Stadt wollen wir leben? Die Antwort aus meiner Sicht lautet: Ich möchte in einer Stadt wohnen, in einem Wien wohnen, das ausgeglichen, weltoffen, lebenswert, zukunftsorientiert, tolerant und chancengleich ist. Das ist mein Wien, das ist die Stadt, in der ich leben möchte. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ausgehend von dieser Antwort, die ich mir jetzt gegeben habe, ist viel zu beachten. Diese Stadt muss leistbar sein, Stichwort Wohnbau, Stichwort Infrastruktur. Wir brauchen in jedem Grätzl, in jedem Ortsteil dieser Stadt eine soziale Durchmischung, Stichwort keine Ghettabildung. Wir wollen in alle Stadtteile, in alle Bezirke investieren, Stichwort City, Stichwort innere Bezirke, äußere Bezirke und Stichwort LiDo. Das und viele weitere Aspekte, die zu einem guten Zusammenleben in unserer Stadt, in einer Metropole immerhin, beitragen, alle diese Aspekte werden von dieser rot-grünen Stadtregierung bei der Planung und bei der Entwicklung dieser Stadt Tag für Tag hinterfragt und beantwortet.

Ich habe mir jetzt, um vom Allgemeinen wegzukommen, ein ganz konkretes Projekt herausgesucht, ein Projekt, das wir in den nächsten Tagen, in den nächsten Jahren planen und entwickeln werden, ein Projekt, das auf so wunderbare Weise zeigt, wie Stadtplanung, Stadtentwicklung und Kultur ineinandergreifen. Es ist kein Zufall, dass ich mich diesem Thema widme, ist mein Herz in meiner gemeinderätlichen Tätigkeit doch zwischen Stadtplanung und Kultur aufgeteilt.

Nun: Auf dem Areal des ehemaligen Schlachthofes von Wien entsteht ein neuer Stadtteil, Neu Marx, genau dort wird eine neue Multifunktionshalle errichtet werden. Mit der Stadthalle, die bisher die Entertainmenthalle, die Veranstaltungshalle in Wien war, wird nicht mehr das Auslangen gefunden, vor allem auch aus technischer Sicht. In diesem Bewusstsein wurde als Standort für die Wien-Holding-Arena - Achtung, ich bin auch erschrocken, das ist nur der Arbeitstitel, also ich glaube, wir werden dann eine ganz tolle Bezeichnung für diese Halle finden - Neu Marx gewählt. Da entsteht also ein neuer Kultur- und Sport-Hot-Spot in unserer Stadt.

Bei allen diesen Projekten muss man sich natürlich eines immer fragen: Was bringt diese Halle den Wienerinnen und Wienern? Nun, der Stadtteil wird belebt, der Stadtteil wird schöner - wer öfters dort vorbeigeht oder vorbeifährt, weiß, dass dort jetzt eine Brache ist -, es wird zusätzliche Infrastruktur geben, zum Beispiel Gast-

ronomie, es sind Synergienmöglichkeiten für Autoabstellplätze angedacht.

Der Platz soll Unternehmungen der Kreativwirtschaft und der Start-up-Szene anziehen. Wir stehen vor der Planung. Für die Umsetzung der 20.000 BesucherInnenhalle brauchen wir alles, was man für so ein Großprojekt braucht. Wir brauchen ein Mobilitätskonzept, ein Leitsystem für BesucherInnen, ein Grün- und Freiflächenkonzept. Wir brauchen ein kluges Wegenetz, damit man dort auch mehr Lust auf Zufußgehen macht. Und was bringt diese Halle der Stadt Wien? Wien wird führende Entertainmentstadt Europas werden. Wien wird weiterhin als anerkannte Tourismus-, Kultur- und Kongressmetropole gestärkt. Gleichzeitig bleibt die Stadthalle bestehen, man arbeitet bereits an einem Nachnutzungskonzept.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich zitiere: „Es kann nicht Aufgabe sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen.“ Gesagt hat diese Worte Walter Scheel, danach gearbeitet hat Maria Vassilakou. VBgm.in Maria Vassilakou ist eine starke, polarisierende und sich und ihren Idealen treue Politikerin. So habe ich sie stets in der Zusammenarbeit erlebt. Sie hat in ihrem Ressort die Ausweitung der Parkraumwirtschaft, die 365-EUR-Jahresnetzkarte, die Neugestaltung der Mahü - und nein, sie heißt nicht nach ihr, sie hat vorher schon so geheißen -, die Mariahilfer Straße, den Ausbau des Radwegenetzes und viel mehr auf den Weg gebracht und umgesetzt.

Dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, gab es Angriffe, manches Mal unter der Gürtellinie und/oder frauenfeindlich. Bei der Durchsetzung ihrer Politik blieb sie trotz allem stark und sich selbst und ihren Idealen treu. Dafür, Maria Vassilakou, hast du meine Bewunderung und meinen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die tatsächliche Redezeit war 9 Minuten, Restredezeit der SPÖ ist 31 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Emmerling. Selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich fand das Zitat der Kollegin ganz schön, nicht zu erst abzuklopfen und das Populäre zu tun, sondern eben das Richtige zu tun. Ich finde das eine gute Prämisse, an die ich mich auch immer halten möchte.

Jetzt aber zum eigentlichen Thema, und zu dieser Rede, die ich jetzt nutzen will, um natürlich auf die letzten vier Jahre zurückzublicken, die ich Sie, Frau Stadträtin, als Verkehrsstadträtin und Vizebürgermeisterin erleben durfte, indem ich hier, in diesem Haus, als Verkehrssprecherin tätig bin. Ich habe mir rückblickend natürlich auch angeschaut, was in diesen Jahren so passiert ist. Wir haben ja, glaube ich, am Freitag auch noch eine OTS bekommen, wo Ihre Erfolge exemplarisch aufgezählt wurden, damit wir uns auch daran erinnern. Das finde ich gut und legitim. Natürlich haben Sie jene kriti-

schen Bereiche ausgelassen, wo es nicht so gut gelaufen ist. Ist auch legitim, keine Frage.

Ich glaube, da waren viele gute Projekte dabei. Wenn man sich die Liste anschaut, dann kann sich die durchaus sehen lassen, es sind maßgebliche Veränderungen in dieser Stadt passiert. Gerade wenn wir das Thema Lebensqualität wieder aufgreifen, hat sich da doch einiges zum Positiven entwickelt. Es wurde wieder zumindest in Ansätzen versucht, Lebensraum, Straßenraum fair zu verteilen. Wir haben momentan eine ungerechte Verteilung, wenn wir uns einen Straßenraum im Querschnitt anschauen. Da wurden einige gute Versuche gestartet, also konkrete Beispiele natürlich die Herrengasse, die Rotenturmstraße, der Stephansplatz wurde neu gestaltet, und, und, und, aber auch im Bereich Radverkehr wurden einige Lückenschlüsse vollzogen.

Was diese Projekte alle eint, beziehungsweise gibt es da nur wenige Ausnahmen: Sie haben doch hauptsächlich in den Innenstadtbzirken stattgefunden. Das ist jetzt auch prinzipiell kein Thema, wie gesagt, da brauchen wir es genauso, keine Frage, da sind viele Menschen unterwegs, da leben auch viele Menschen. Ich habe Ihnen aber schon 2015 mitgegeben und gesagt, dass ich die großen Herausforderungen in der Verkehrspolitik natürlich auch in der großen Thematik Einpendelverkehr, in der großen Thematik raumübergreifende Verkehrsplanung über die Grenzen hinaus sehe. Ich glaube, das Problem der über 200.000 Kfz, die uns jeden Tag aus dem Wiener Umland erreichen, ist wirklich ein großes, und dafür haben wir eigentlich noch keine Lösung gefunden.

Das betrifft natürlich die Flächenbezirke, die davon besonders betroffen sind. Von diesen Einpendelströmen ist das natürlich die Donaustadt, der LiDo links der Donau, auch Floridsdorf, aber auch der Süden Wiens und der Westen Wiens. Überall dort, wo die Menschen selbst noch keine Alternative zum eigenen Kfz haben, wo wir teilweise im Modal-Split-Bereich beim Kfz-Verkehr noch über 50 Prozent sind, in Liesing bei 53 Prozent. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: 43 ist der Höchste!)* - Das können wir noch einmal anschauen, das waren meine aktuellen Zahlen. Schauen wir uns dann an. - Es ist definitiv zu hoch, ich glaube, da sind wir uns einig. Dort haben die Menschen ganz wenig Alternativen zum eigenen Kfz. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Leider nein!)* Dort muss man ansetzen, das habe ich damals schon gesagt. Wenn wir diese Thematik und dieses Problem nicht angehen, das ich als die größte Herausforderung der Verkehrspolitik sehe, dann ist es schön, wenn wir innenstädtisch für mehr Lebensqualität sorgen - das ist in der Außenwirkung auch maßgeblich, keine Frage, andere Städte beneiden uns teilweise um neue, gestaltete, öffentliche Räume, das sind gute Projekte -, aber die wirkliche Herausforderung sehe ich dort draußen. Deswegen möchte ich heute auch noch einmal hier diese zwei Anträge einbringen, die ich nicht Ihnen mitgebe, sondern natürlich Ihrer designierten Nachfolgerin, mit dem Auftrag, sich vermehrt darum zu kümmern.

Wir haben im Bereich der Bezirke links der Donau eine neue Straßenbahnlinie bekommen, wir haben die U2,

die hinausführt bis in die Seestadt Aspern, aber gerade was Tangentialverbindungen betrifft, was die Busverbindungen betrifft, was die Verknüpfung dieser Verkehrslinie betrifft, noch zu wenig Angebot. Was uns auch fehlt, und das ist, glaube ich, ein ganz wichtiges Projekt: dass wir für die Pendlerinnen und Pendler eine gute Alternative schaffen, indem wir zum Beispiel auch eine Lokalbahn bis nach Groß-Enzersdorf oder weiter hinaus führen, um da ein gutes Angebot zu schaffen. *(Beifall bei den NEOS.)* Das war jetzt zwar der Falsche, aber es ist eigentlich egal, wir können den auch gleich mitgeben.

Genauso betrifft es den Westen von Wien. Liesing ist wieder ein eigenes Thema, da haben wir einen nicht gut organisierten Busverkehr, etwas, das wir dringend angehen müssen. Aber auch aus dem Westen Wiens kommt gerade aus den Außenbezirken nur ein geringer Anteil mit dem öffentlichen Verkehr. Die meisten kommen dort mit dem Auto hin, die Park-and-ride-Anlage ist vollkommen überlastet, die U-Bahn ist überlastet, dabei haben wir anhand der Westbahnstrecke eine funktionierende, gute Infrastruktur, die wir weiter ausbauen könnten. Ein zusätzliches Thema ist natürlich die Verbindungsbahn, und noch einmal der Antrag, die Möglichkeit zu schaffen, um mit den ÖBB noch einmal zu verhandeln. Ich weiß, da gibt es eigentlich keine Einigkeit in diesem Haus, aber es ist mir wirklich ein besonderes Anliegen, diese Jahrhundertchance nicht auszulassen, dass wir da eine Strecke schaffen könnten, auf der man ohne Umsteigen vom Nordwesten Wiens bis zum Hauptbahnhof gelangen könnte. *(Beifall bei den NEOS.)*

Wenn ich vorhin gemeint habe, dass viel in den Innenstadtbzirken passiert ist, und ich habe Ihnen damals auch gesagt, es hat natürlich ein bisschen wie eine Klientelpolitik gewirkt *(GR Georg Fürnkranz: Ist es ja!)*, das kommt von mehreren Seiten, nicht nur von mir, glaube ich, dann hat man das am Beispiel 13A ganz gut gemerkt. Da hat sich der grüne Bezirksvorsteher quergestellt, weil er sich natürlich für die Anrainerinnen und Anrainer und für die Unternehmen dort eingesetzt hat - es sei ihm unbenommen -, aber dabei in Wahrheit das große Ganze, die Verkehrslösung für so viele Busfahrerinnen und Busfahrer dort vollkommen außer Acht gelassen hat. Ich bin wirklich sehr, sehr froh, dass er jetzt, gerade gestern, diese Position verlassen hat und es eine gute Lösung für alle gibt. *(Beifall bei den NEOS.)*

Was neben dem öffentlichen Verkehr in den Flächenbezirken auch noch nicht gut gelungen ist, ist die Ausweitung beziehungsweise eine Neuorganisation der Parkraumbewirtschaftung. Ich glaube, Sie waren selbst dran, da einiges in die Wege zu leiten, es ist sich leider nicht ausgegangen, sage ich einmal, es sind einige Bezirke hinzugekommen.

Der Tatsache, dass die Bezirke dafür zuständig sind, ist natürlich auch geschuldet, dass wir mit dieser Lösung und dieser damaligen Volksbefragung nie zu einer Wienweiten Parkraumbewirtschaftung kommen werden, aber in Wahrheit sind der 21. und 22. Bezirk Bezirke, die das längst nötig haben, um sich vor diesen Verkehrslawinen zu retten.

Was ich noch ansprechen möchte, ist der Radverkehr. Es wurden viele Radverkehrsprojekte aufgezählt, ja, es gab immer wieder viel Wirbel, sicher nicht von unserer Seite, wir haben da ein anderes Verständnis. Ich komme da auf das Zitat zurück, die richtige Politik zu machen, keine ideologisch linke oder rechte Politik, sondern die Politik, die vernünftig ist. Wir haben Staus auf den Straßen, weil zu viele Menschen im Auto sitzen, keine Frage, zu viele Autos bedeuten mehr Stau. Deswegen müssen wir schauen, dass weniger Menschen in den Autos sitzen, und das können wir nur, wenn wir zusätzliche Infrastruktur für alternative Mobilitätsformen schaffen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Was wurde aber leider oft getan? Die Radverkehrstatistik wurde auch in Berlin aufgedrückt, indem man Mehrzweckstreifen einfach aufgepinselt hat, die eine Gefährlichkeit für die Radfahrenden bedeuten. Sie wissen, die Dooring-Zone bringt viel Unzufriedenheit und wirklich viele Gefahren. Es braucht baulich getrennte Radwege, es braucht wirklich viel Platz dafür. Wenn wir uns mittlerweile die Innenstadt Wiens anschauen, dann sieht man, dass wir da enormen Platzbedarf haben. Schauen Sie sich den Ringradweg an, schauen Sie sich die Stellen bei der Urania an, wo es dann zum Donaukanal hinuntergeht, also da haben wir ein Ungleichgewicht, das wir dringend auflösen müssen.

Zum Schluss bleibt mir noch, Ihnen für Ihr Engagement, für Ihre Tätigkeit in der Stadt Wien zu danken, meinen Respekt auch dafür auszusprechen, was Sie alles ausgehalten haben, vor allem von sehr ideologisch besetzten Fraktionen der Besitzstandswahrer, das war beachtlich, keine Frage, aber auch dafür, dass Sie eine klare Agenda gefahren sind, wie es der Kollege gesagt hat. Sie haben immer gesagt, was Sie umsetzen wollen und wohin es geht. Es gibt sicher einige Punkte, die nicht gut gelaufen sind, gerade wenn ich an Bürgerbeteiligungsprojekte denke, natürlich den Heumarkt oder gerade kürzlich auch die Verbauung rund um den Wilhelminenberg und andere Sachen, keine Frage, aber ich glaube, zum Schluss einer Amtsperiode geht es auch immer darum, zurückzublicken, was Gutes passiert ist, und da gibt es einiges.

Ihnen ganz persönlich wünsche ich alles, alles Gute für Ihren weiteren Weg. Mit Ihrer designierten Nachfolgerin werde ich mich sehr intensiv, hoffe ich, mit unseren Ideen und Positionen auseinandersetzen. Ich hoffe, dass wir auch gemeinsam die Flächenbezirke mehr ins Augenmerk nehmen können. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Restredezeit der NEOS wär noch 3 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Juraczka. Selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten. Restredezeit ist 12 Minuten, ich sag's.

GR Mag. Manfred **Juraczka** (ÖVP): Alles klar. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Fast ist es schon gute Tradition, dass ich mir dieses Ressort mit meiner Kollegin Olischar aufteile, Kollegin Olischar sich des Themas der Planung annimmt, es wurde ja schon einiges über Themen wie Heumarkt und

dergleichen gesprochen, und ich mich dem Thema Verkehr widme. Nun könnte man natürlich sehr einfach ein bisschen über die Verkehrspolitik des Jahres 2018 oder aktuelle Probleme reden. Das wird aber wahrscheinlich der Situation nicht gerecht, da wir ja morgen einen Wechsel an der Spitze dieses Ressorts haben. Jeder oder die meisten von Ihnen werden wissen, dass ich mit der Frau Stadträtin sehr oft nicht einer Meinung war, das haben wir hinlänglich bewiesen. Es ist aber trotzdem ein bisschen billig, jetzt noch einmal zu bashen, andererseits wäre es unehrlich, jetzt zu sagen, mein Gott, wie toll doch alles war!

Ich habe versucht, es von einem ganz anderen Ansatz her anzugehen und habe mir wirklich überlegt, was Freund und Feind von Maria Vassilakou gemeinsam über ihre Amtszeit sagen können. Was war da so ein prägendes Element? Da fällt mir eine Eigenschaft ein, die sowohl vorteilhaft als auch nachteilig sein kann: Beharrlichkeit. Die Beharrlichkeit hat Ihnen sicher manchmal geholfen, wenn der Gegenwind da war, und ich sage einmal, bei der Westerweiterung der Parkraumbewirtschaftung, bei der Mariahilfer Straße gab es Gegenwind. Ich meine, völlig zu Recht. Wir haben ja jetzt eine Situation, dass mit Montag wieder ein weiterer Bezirk das Parkpickerl einführt, es wird wieder einen Verdrängungsmechanismus geben, und so weiter, und so fort. Wir kennen das Spiel. Es ist keine vernünftige Lösung, die der gesamten Komplexität dieser Frage gerecht wird.

Sie wissen, ich war immer ein Vertreter dessen, dass es in der Stadt kostenintensiver als in den Randlagen sein sollte, um das tiefer Eindringen in die Stadt nicht zu ermöglichen, wie auch immer. Ich möchte jetzt, um Gottes Willen, gar keine Parkpickerldiskussion heraufbeschwören, die wird es vielleicht zu gegebenem Zeitpunkt, wenn es um eine Adaption des derzeitigen Systems geht, eh geben müssen. Aber die Beharrlichkeit war damals etwas, was Sie angetrieben hat, ähnlich bei der Mariahilfer Straße, wo ich heute durchaus geneigt bin, zu sagen, die Begegnungszone funktioniert besser, als ich vermutet hätte. Das Problem, das ich damals schon erkannt habe, wobei ich heute mit der Kritik ganz genauso agieren würde, sind die mangelnden Querungen, noch dazu, da wir ja sogar eine Befragung hatten, in der diese zusätzlichen Querungen von der Bevölkerung eingefordert, aber letztendlich nie umgesetzt wurden.

Diese Beharrlichkeit, die Sie auf der einen Seite auszeichnet, Frau StRin Vassilakou, war aber natürlich auch ein Rucksack in manch anderen Bereichen, wo man vielleicht besser auf Menschen hätte hören können, gar nicht so sehr auf politische Gegner, sondern auf Fachleute. Die Beharrlichkeit hat dann eine bessere Lösung eben unmöglich gemacht. Was meine ich da? Ich bin erst unlängst auf der Wipplingerstraße, beim berühmten Radweg im 1. Bezirk gefahren. Ich kann mich gut erinnern, das war nicht nur der politische Mitbewerber, der vor der dortigen Lösung gewarnt hat, das war die eigene Bezirksgruppe im 1. Bezirk. Jetzt weiß ich, es gibt ein schwieriges Verhältnis, aber es waren auch Magistratsdienststellen, es war die Feuerwehr, es waren die Wiener Linien und viele mehr, die gesagt haben, dass es da

bessere Lösungen gibt. Genauso beispielsweise jetzt beim Radweg auf der Wienzeile, Thema Bürgerbeteiligung, da hätte man vielleicht auch mehr auf die Menschen zugehen können.

Ich bin durchaus geneigt, Ihnen zu danken, dass Sie jetzt am Ende Ihrer Funktionsperiode ein ganz wichtiges Projekt, für dessen Umsetzung ich immer appelliert habe, noch auf den Weg gebracht haben: den Busterminal. Obgleich, auch dort gab es eine Bürgerinformationsveranstaltung, bei der die Menschen einfach das Projekt spüren wollten, mehr Informationen haben wollten - auch ein Antrag, den wir, meine Fraktion, zu diesem Thema stellen wird, sich damit auseinanderzusetzen -, Ihnen dabei Ihre Beharrlichkeit, Ihr Vertrauen, dass Ihr Weg der richtige ist und Sie nicht nach rechts und links geblickt haben, ein bisschen im Wege stand.

Ähnliches fällt mir bei der Rotenturmstraße ein. Sie haben mit dem Vorsteher des 1. Bezirks manche Projekte durchaus gemeinsam aus der Taufe gehoben, nicht einmal so schlechte, wenn ich mir die Herrengasse ansehe. Bei der Rotenturmstraße hatten Sie leider Gottes wieder einmal mit der Beharrlichkeit ein Problem, sodass Sie keine gemeinschaftliche Lösung zustande brachten. Es waren aber jedenfalls spannende Jahre, ich durfte die neun Jahre bis auf ein dreiviertel Jahr zur Gänze miterleben. Unsere Divergenzen, was die Verkehrspolitik betrifft, werden wir wahrscheinlich so schnell nicht lösen können.

Vielleicht auch kurz auf meine Vorrednerin replizierend: Ich bin nur einer, der der Meinung ist, man sollte den Menschen Wahlmöglichkeiten geben. (*GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Ja, ich auch!*) Na hervorragend! (*GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Die haben wir nicht!*) Da geht es aber nicht um Besitzstandswahrung, sondern da geht es darum, dass man ... (*Weiterer Zwischenruf von GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc.*) Okay, vielleicht können wir das noch bei anderer Gelegenheit diskutieren.

Mir geht es jedenfalls darum: Ich wünsche Ihnen persönlich für Ihr weiteres berufliches Leben alles Gute, denke, das macht Parlamentarismus aus, dass wir achteinhalb Jahre hier gerade in der Verkehrspolitik unsere Klängen kreuzen konnten.

Ich darf mich noch mit zwei Anträgen, sozusagen Anträge an Ihre Nachfolgerin, einbringen, nämlich ein Mal zur Verkehrsstromanalyse beim Fernbusterminal, ein Mal zu einem ganz, ganz wichtigen Thema, Frau Kollegin Hebein, dem S-Bahn-Ring rund um Wien. Zwei Anträge, die uns seit Jahr und Tag am Herzen liegen, sind nun hier eingebracht. Somit kann ich nur sagen: Politik ist nie zu Ende, es geht immer weiter, darum ist es wahrscheinlich auch nie gescheit, Triumphgeheul oder Wehklagen anzuschlagen. Jeder von uns hat seine Argumente, keiner hat völlig recht und keiner hat völlig unrecht.

Verkehrspolitik ist aber jedenfalls etwas, was uns in einer Millionenstadt immer wieder ganz massiv beschäftigen wird. Verkehrspolitik sollte jedenfalls etwas sein, das in der Gestaltung einer Stadt weiter einen zentralen Stellenwert haben darf. In dem Sinne bin ich schon gespannt, wie Ihre Nachfolgerin dieses Ressort handhaben

wird. Tatsache ist, es gibt einiges, das im Argen liegt und wo es ganz massiver Lösungen bedarf. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die Restredezeit der ÖVP wäre nun noch 4 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Maresch. Die selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten.

GR Mag. Rüdiger **Maresch** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Kollege Juraczka hat mir das Stichwort geliefert. Und zwar: Was Maria Vassilakou besonders ausgezeichnet hat, war die Beharrlichkeit. Der Beharrlichkeit haben wir in Wien viele, viele Dinge zu verdanken. Das sind die Jahreskarte für 365 EUR, die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, die Mariahilfer Straße, demnächst übrigens auch die Rotenturmstraße. Ich könnte jetzt natürlich alles aufzählen, was Sie *(GR Mag. Manfred Juraczka ansprechend)* kritisiert haben, all das finde ich gut.

Im Gegensatz zu Ihnen fahre ich nämlich nicht mit dem Auto auf der Wipplingerstraße, sondern mit dem Fahrrad, und ich finde den Radstreifen einfach sensationell gut. Ich fahre zum Beispiel auch am Getreidemarkt und denke mir: Wo hat er denn das letzte Mal den Stau gesehen? In Wien wahrscheinlich nicht, anderswo auch nicht. Da denke ich mir schon, der Busterminal und die Rotenturmstraße, das sind alles Dinge, die wir auf Grund der Beharrlichkeit der Frau Vizebürgermeisterin bekommen. Deswegen finde ich das ganz wichtig, diese Geschichte lasse ich mir von Ihnen jetzt nicht mies machen, ganz wichtig. So, das ist das eine.

Das Zweite: Ich war vor Kurzem in Stockholm, mit Kollegen Gara, jetzt ist er gerade nicht da, oh ja, da hinten, genau, und mit Kollegin Däger. Es war eine wunderschöne Geschichte: ein Stadtzentrum ohne parkende Autos. Fahrradfahrer, FußgängerInnen, Lieferservice gibt es alles, die Welt ist nicht untergegangen, ganz im Gegenteil. Offensichtlich gibt es eine City-Maut, die wirkt, auch die von der Frau Vizebürgermeisterin. Es wirkt auch die Parkraumbewirtschaftung in Stockholm. Es ist übrigens eine rot-rot-grüne Stadtregierung, jetzt ist die Susi nicht da, und wahrscheinlich wirkt es deshalb auch recht gut.

Stockholm ist eine wunderschöne Stadt, wir haben uns dort den UITP-Kongress mit vielen interessanten Dingen zu Elektrobussen, zum öffentlichem Verkehr, was auch immer angeschaut, die Wiener Linien waren auch dort, es war sehr, sehr interessant. Voriges Wochenende war ich dann leider nicht auf der Landesversammlung, ich war am Grünen Europakongress in Oslo. Ich habe mir gedacht, Stockholm lässt sich eigentlich nicht mehr toppen. Nein, das ist unglaublich, Oslo ist heute die Umwelthauptstadt Europas 2019, hat in der Innenstadt auch keine Autos, die dort parken. Man fährt dort auch mit Fahrrädern, viele gehen zu Fuß, es gibt die Straßenbahn, es gibt die U-Bahn, das Einzige, was mich ein bisschen gestört hat, war die berittene Polizei, aber das war schon das Einzige, was mich dort irritiert hat. Grundsätzlich aber denke ich mir: Hohe Lebensqualität, hohe Zufriedenheit, wieder die rot-rot-grüne Stadtregierung,

die gibt es übrigens nach einer langen konservativen Regentschaft seit vier oder fünf Jahren. Die haben jetzt demnächst Wahlen, ich bin gespannt, wie die ausgehen werden. Es gibt breitere Gehsteige, Schanigärten sind kein Problem, viele Bäume in der Stadt, schöne Architektur: Also man kann es wirklich empfehlen. Das Wichtigste dabei aber ist, es ist jetzt nicht so, dass die Leute am Krückstock gehen müssen, sondern die Parkplätze sind in Garagen, die Parkplätze sind draußen, Menschen nutzen den öffentlichen Verkehr, nutzen das Fahrrad, es gibt breite Radwege und es gibt offensichtlich keinen Krampf wie bei der Wienzeile oder anderswo. Also das ist mir ganz wichtig zu sagen, da haben wir - da war Maria die erste Stadträtin, die das vorangetrieben hat und Birgit wird die nächste, die zweite sein, die das vorantreibt - gemeinsam mit den Sozialdemokraten den richtigen Weg bestritten und werden den auch gemeinsam weitergehen, ganz, ganz wichtig.

Jetzt möchte ich mich natürlich auch bei den MitarbeiterInnen von Maria, beim Büro bedanken, ich habe da große Unterstützung erfahren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben viele tolle Programme entwickelt oder begleitet, aber vor allem natürlich auch die Dienststellen. Da möchte ich jetzt nicht alle aufzählen, sondern ich möchte in Wirklichkeit zwei Dinge herausgreifen, die die MA 18 gemacht oder vorangetrieben hat, weil sie eher ungewöhnlich waren.

Das sind zwei Dinge, die betreffen eine Zusammenarbeit mit dem Nachbarbundesland Niederösterreich. Da ist es ja so: Also ich war vor ein paar Jahren einmal gemeinsam, wenn man so will, mit der niederösterreichischen MA 18 auf einem Kongress in Rom. Dort ist es darum gegangen, ob man nicht Metropolenregionen vorantreibt, Berlin/Brandenburg ist zum Beispiel so eine Region, oder Hannover, andere Städte in anderen europäischen Ländern haben es auch so, und wir haben den Versuch gewagt, dort zu sagen, ja, dann machen wir das doch gemeinsam mit Niederösterreich. Da sind ja immerhin 350.000 Pendler, davon kommen 220.000 ArbeitspendlerInnen jeden Tag herein, Leute zahlen viel, es gibt wenig oder viel zu wenig Zusammenarbeit zwischen den Regionen draußen, also außerhalb Wiens, und innerhalb Wiens. In dem Fall war die Frage: Warum machen wir nicht so etwas? Der damalige Leiter dieses Büros in Niederösterreich, Kollege Zibuschka, hat uns ein einziges E-Mail geschickt, darin stand: Nein, und zwar ganz groß, kein anderer Kommentar. Also nein! Das machen wir einfach nicht, das geht uns nichts an. Das niederösterreichische Verkehrskonzept war damals in blau/gelb gehalten, mit Pfeilen in die Umländer, also in die Slowakei, nach Tschechien, ins Burgenland, in die Steiermark, nach Oberösterreich. Mitten drinnen war so ein weißer Fleck, also es war quasi Terra incognita, das hat ausgeschaут wie Wien, aber es gab nur die Umrisse und natürlich keinen Pfeil hinein, nichts.

Ich habe es sehr interessant gefunden, dass die Niederösterreicher für die Verkehrsprobleme eine gute Lösung haben. Sie bauen um gutes Geld unter Wien einen Tunnel, dass man in Wien quasi nicht aussteigen kann. 6 Milliarden EUR, das ist nicht nichts. Wer es zahlt, wissen

wir nicht, also das war bis jetzt so. Da, denke ich mir, hat die MA 18 zwei Projekte vorangetrieben, das eine war das LOS_DAMA!, ein Projekt, bei dem der 21. Bezirk und der 22. Bezirk gemeinsam mit der Gemeinde Gerasdorf versuchen, an der Stadtgrenze einen Landschaftspark zu machen. Die Gemeinde Gerasdorf hat sich diesmal nicht gefürchtet, dass wir sie fressen, eingemeinden oder braten, nein, es war ein schönes Projekt, vorangetrieben von der MA 18.

Das zweite Projekt, im Süden Wiens, hat „Reinventing the Fringe“ geheißen, involviert waren Vösendorf, Perchtoldsdorf, Liesing und natürlich die Stadt Wien und ein bisschen das Land Niederösterreich. Wir haben zumindest einmal mehrere gemeinsame Projekte angedacht. Das heißt, das ist der wirkliche Weg, wie wir weiterkommen. Wir sind natürlich stecken geblieben, denn wir hätten natürlich gerne die 365-EUR-Jahreskarte im Umland, wir hätten natürlich in Wirklichkeit beim Verkehrsdienstevertrag mehr Gemeinsames gemacht, die Chance werden wir ja haben, aber da, muss man sagen, gehört die MA 18 vor den Vorhang, das war ganz, ganz wichtig. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Die zweite Gruppe von Magistratsdienststellen, die mir in Wirklichkeit sehr am Herzen liegt, sind die MA 46, die MA 65 und die MA 67, die vielgescholtene Parkraumbewirtschaftung. Man hat heute schon gehört: Uh, das passt nicht, das passt nicht und das passt nicht. Die Parkraumbewirtschaftung hat in Wien das Aufkommen des MIVs massiv reduziert. Viel Begleitung für das Konzept hat es durch den Leiter der MA 65, Kollegen Bubak gegeben. Die MA 65 war da einfach wirklich ... eine wunderbare Geschichte ist da herausgekommen. *(GR. Mag. Manfred Juraczka: Das war das Ziel, muss man sagen!)* Wie bitte? *(Zwischenruf von GR. Mag. Manfred Juraczka.)* Ich sage Ihnen was. Wissen Sie was, Sie fahren immer alleine mit dem Auto da hinunter zum Sigi Wolf und machen dort den Grundstücksverwalter, Sie fahren immer alleine mit dem Auto, Sie sind noch niemals mit dem Fahrrad wo hingefahren, und Sie kennen sich immer und überall aus. Bleiben Sie bei Ihrer Meinung. So!

Jetzt gehen wir wieder weiter. Ich denke mir, die 65er, die 67er, die Parkraumbewirtschaftung und natürlich die MA 46 haben viel dazu getan, dass Wien einfach lebenswerter geworden ist, weil wir weniger MIV in Wien haben. Das ist das eine. Das Zweite: 28er und 46er haben viel, viel dazu beigetragen, dass wir mehr Radwegeninfrastruktur haben. Da denke ich mir, ich freue mich schon unglaublich auf das Radfahren auf der Linken Wienzeile, und bedanke ich mich bei allen Beteiligten. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die tatsächliche Redezeit war jetzt 10 Minuten. Das ergibt eine Restredezeit von 7 Minuten für die GRÜNEN. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Roman Schmid. Selbstgewählte Redezeit ist 8 Minuten.

Kleinen Moment noch, Herr Kollege. Bevor ich Ihnen das Wort erteile, möchte ich feststellen, dass Herr GR Dr. Gara bis 17 Uhr entschuldigt ist.

Bitte, Herr Gemeinderat.

GR Roman **Schmid** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geschätzter Vorsitzender! Werte Kollegen! Sehr geehrte Zuschauer auf den Tribünen und vor den Bildschirmen!

Wir haben in den letzten zwei Tagen sehr viel darüber diskutiert, ob das Minus vor diesem Rechnungsabschluss tatsächlich ein Minus ist, ob es nicht doch ein Plus ist oder ob dieses Minusstricherl nicht vielleicht auch nur ein halbes Plus sein könnte. Egal wie man es dreht oder wendet, für mich bleibt ein Minus ein Minus, aber darauf möchte ich auch gar nicht näher eingehen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den Rechnungsabschluss 2018 aus Sicht der Bezirkspolitik etwas zu kommentieren. Als langjähriger Bezirkspolitiker stellt man sich nämlich die Frage: Was haben eigentlich die Bezirke von dieser ständigen Neuverschuldung gehabt? Denn als Bezirkspolitiker, und das ist völlig egal, von welcher Fraktion, wünscht man sich natürlich mehr Geld für seinen Bezirk, um entsprechend gestalten zu können, um auch den Wünschen der Bürger entsprechend gerecht zu werden. Wir wissen natürlich alle, woher das Geld der Bezirke kommt, das ist ganz klar, aber es reicht eben nicht aus, um allen Aufgaben gerecht zu werden.

Gerade die starkwachsenden Flächenbezirke haben ganz enorme Herausforderungen zu bewältigen, gerade in den Bereichen Stadtentwicklung, Verkehr und Bürgerbeteiligung. Da wären zusätzliche finanzielle Mittel wirklich dringend notwendig.

Ein Beispiel: Ich komme aus Liesing, einem der wenigen Bezirke, die noch nicht in den roten Zahlen sind. Bei genauerer Betrachtung sieht man aber, wie dieses positive Budget zustande kommt. Es gibt bei uns im Bezirk nämlich viele Straßen, die dringend saniert werden müssten, also generalsaniert, nicht nur geflickt, aber es wird immer nur ein Teil saniert, der Rest wird notdürftig repariert und der andere Rest wird auf die lange Bank geschoben. Würde man alle sanierungswürdigen Straßen rasch sanieren, dann wäre man auch in Liesing sehr bald in den roten Zahlen. Damit will ich nicht sagen, dass Liesing schlecht wirtschaftet, denn es ist vernünftig, wenn man nur das Geld ausgibt, das man auch tatsächlich hat. Man muss aber auch ehrlich sagen, das Geld reicht für eine ehrliche Bewältigung der Aufgaben nicht aus. Ich nehme an, das gilt auch für die anderen Wiener Flächenbezirke.

Liesing ist ein sehr stark wachsender Bezirk. Wir haben jetzt knapp über 100.000 Einwohner. In den nächsten 5 Jahren werden geschätzte 5.000 bis 10.000 Menschen hinzukommen. Wir sind ein Bezirk mit großen Industriegebieten, mit viel Schwerverkehr, wir leiden natürlich auch sehr stark unter dem Pendlerverkehr, unsere Straßen werden entsprechend belastet. Natürlich gehören diese Straßen auch entsprechend in Schuss gehalten, und das kostet ganz einfach Geld, das wir in dieser Form nicht haben.

Es geht aber natürlich nicht nur um die Straßenerhaltung. Liesing hat ein generelles Verkehrsproblem, und zwar nicht nur durch den Pendlerverkehr, sondern auch durch die extrem starke Verbauung der letzten Jahre. Die notwendigen Verkehrskonzepte, die ist man uns aber

teilweise schuldig geblieben. Man verweist immer darauf, dass sie nachgereicht werden, natürlich immer erst dann, nachdem gebaut wurde. Zum Beispiel beim Projekt Wildgarten, einem Wohnbauprojekt im 12. an der Grenze zum 23. Bezirk, hat man sich immer darauf berufen, dass dort die S-Bahn-Station Rosenhügel hinkommen werde, also eine neue Schnellbahnstation. Wenn man nachfragt, ja, wann denn, dann bekommt man als Antwort, dann, wenn die S-Bahn in diesem Bereich vierspurig ausgebaut wird. Das wird in zirka zehn Jahren sein, jetzt mögen es vielleicht nur noch sechs Jahre sein, keine Ahnung. Meine Damen und Herren, das sind aber sicher keine Lösungen, die sich die Bürger von der Politik erwarten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn ich keine Verkehrskonzepte habe, dann kann ich auch nicht alle Bauvorhaben einfach durchwinken. Was wir auch immer im Zuge der Errichtung großer Wohnanlagen zu hören bekommen, ist: Ja, wir bauen ja eh neben der U6, da brauchen die Leute kein Auto, da können sie mit der U-Bahn fahren. Ja, das ist die Theorie, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Öffis, und dazu zählt auch die U6 in diesem Bereich, sind zu den Stoßzeiten einfach überfüllt. Im Fall der U6 ist eine weitere Taktverdichtung auf Grund der Endstation in Siebenhirten nur schwer möglich. Na klar steigen die Leute dann aufs Auto um, wenn die öffentlichen Verkehrsmittel den Bedarf einfach nicht mehr decken können.

Dann wird uns natürlich auch immer bei den angebotenen Verkehrskonzepten das Fahrrad präsentiert und auf das Fahrrad verwiesen. Natürlich hat es Sinn, den Radfahrern gute Bedingungen anzubieten. In den Innenstadtbezirken wird auch tatsächlich ein Teil des Berufsverkehrs mit dem Fahrrad absolviert, aber in den Flächenbezirken, da schaut das schon etwas anders aus. Da geht das nämlich nur teilweise, da rede ich jetzt nicht nur von den Wintermonaten, nein, auch in der schönen Jahreszeit sind viele Radwege in Liesing nicht stark frequentiert, manche kann man sogar als verwaist bezeichnen.

Die Radwege, die bei uns gut angenommen werden, das sind die Radwege in den Naherholungsgebieten, die großteils in der Freizeit benutzt werden. Also wie gesagt: Radfahren ist wunderschön, ganz toll, Radverkehr fördern, das macht Sinn, vor allem auch, wenn es einen Beitrag zur Verkehrsberuhigung leisten kann, aber das Fahrrad als vollwertiges Verkehrsmittel anzusehen und uns ständig zu präsentieren, das wird nicht funktionieren, meine Damen und Herren der Stadtregierung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich sehe aber auch durchaus die ernsthafte Bemühung, den öffentlichen Verkehr auszubauen und auch attraktiver zu machen. Nur, die Stadt wächst, Sie wächst wahrscheinlich zu schnell, und Sie kommen mit dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel einfach nicht mehr nach.

Mir kommt es so vor, als würden im besten Fall Lücken geschlossen, aber die großen Würfe, die bleiben aus. Wir Freiheitlichen fordern seit Jahren die Ausweitung der Wiener Kernzone, eine Maßnahme, die nicht nur den Pendlerverkehr stark reduzieren würde, sondern

sich auch positiv auf die Parkplatzsituation in Wien auswirken würde. Für viele Pendler würde die Ausweitung der Kernzone einen sehr großen Anreiz bedeuten, auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen. Gleichzeitig müssten die öffentlichen Verkehrsmittel natürlich nach Niederösterreich ausgebaut werden, das ist ganz klar. Da wäre es höchste Zeit, dass Wien und Niederösterreich gemeinsam einen Weg gehen, denn Wien und der Speckgürtel, die wachsen zusammen. Der Wiener Speckgürtel ist heute die am stärksten wachsende Region Österreichs, da braucht es wirklich mehr gestalterischen Mut, aber auch die notwendige finanzielle Unterstützung für die Umsetzung.

Ich habe bereits die starke Verbauung angesprochen. Die meisten größeren Wohnbauvorhaben rufen auch Anrainerproteste und Bürgerinitiativen auf den Plan. Die Proteste der Anrainer bei vielen Bauprojekten sind wirklich verständlich, denn häufig verschlechtert sich dadurch auch unmittelbar deren Lebensqualität.

Dabei stellen sich die Anrainer meist nicht komplett gegen ein Bauvorhaben, sie wissen, dass gebaut werden muss. Was sie verlangen, ist einfach, dass die Bauhöhe reduziert wird, dass nicht so stark verdichtet wird und dass es entsprechende Verkehrskonzepte gibt. Das alles sind durchaus berechnete Anliegen und Forderungen.

Den Anrainern werden dann auch immer Informationsveranstaltungen und Bürgerbeteiligung versprochen. Das ist gut so. Bürgerbeteiligung kostet Geld, auch das ist in Ordnung. Was aber nicht in Ordnung ist, ist, dass wenn man mit den Betroffenen spricht, man fast ausschließlich zu hören bekommt, dass ihre Einwände einfach ignoriert wurden. Mir kommt das ein bisschen wie ein schön verpacktes Geschenk mit einem rot-grünen Mascherl rundherum vor, und wenn man es aufmacht, dann ist es leer. Wir müssen schon aufpassen, dass Bürgerbeteiligung ernst genommen wird und nicht zur Farce wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Werte Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben im letzten Jahr in einem Interview erklärt, wie aus Ihnen eine leidenschaftliche Planungsstadträtin wurde. Sie haben von Ihrer Kindheit in Griechenland erzählt und dass Sie sehr darunter gelitten haben, dass so viel und so planlos verbaut wurde. Alles, was ich liebte, verschwand in einer Beton- und Asphaltwüste, haben Sie gesagt.

Ich bin da ganz bei Ihnen. Man kann zwar sicher die damaligen Verhältnisse nicht mit den heutigen in Wien vergleichen, aber ich bin da ganz bei Ihnen, denn auch ich habe oft genug erlebt, wie todunglücklich Menschen sind, wenn in ihrem Umfeld große Wohnbauvorhaben entstehen und sich dadurch auch ihre Lebensqualität verschlechtert. Deshalb ist es notwendig, bei Wohnbauprojekten verstärkt auf die Lebensqualität der Anrainer zu achten und auch die entsprechenden Verkehrs- und Infrastrukturkonzepte bereitzustellen, und zwar bevor gebaut wird.

Das alles kostet Geld, und deshalb ist unsere Forderung, endlich die Schuldenbremse zu betätigen und die Mittel dort verstärkt einzusetzen, wo sie direkt den Bürgern zu Gute kommen, nämlich in den Bezirken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die tatsächliche Redezeit waren 10 Minuten, daraus ergibt sich eine Restredezeit für die FPÖ von 16 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Al-Rawi, selbstgewählte Redezeit 8 Minuten.

GR Dipl.-Ing. Omar **Al-Rawi** (SPÖ): Danke, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte vielleicht dort anknüpfen, wo Kollege Schmid begonnen hat, er das Wildgartenprojekt und die Problematik angesprochen hat, dass wir die Schnellbahnstation Rosenhügel wollen. Das ist auch tatsächlich in Meidling eine der wichtigsten Forderungen gewesen. Ich war auch vom ersten Moment an dort involviert. Es wäre schon nett, wenn er die ganze Wahrheit sagt und sagt, dass ursprünglich seitens der ÖBB die Station viel früher versprochen worden ist und dann sukzessive immer wieder nach hinten verschoben wurde. Da jetzt seit eineinhalb Jahren ein Minister Ihrer Fraktion für die ÖBB zuständig gewesen wäre, hätten Sie ja sehr gerne dort ein bisschen Einfluss nehmen können, um vielleicht dieses Projekt schneller zu realisieren.

Auch der Vorwurf, dass wir entlang der U6 bauen: Na, selbstverständlich bauen wir entlang der U-Bahnen und des hochwertigen Verkehrs! Dass die U6 teilweise schon überbelastet ist, weiß ich aus eigener Erfahrung, denn ich benutze sie auch täglich. Deswegen ist ja auch das generelle Projekt U5 und U2 in Planung dieses Ressorts, im konkreten der MA 18, in der Erweiterung. Da ist ja das Ziel nicht nur, dass wir unser U-Bahn-Netz erweitern und dass wir die Kapazitäten ausbauen, sondern da ist schon auch in der Planung, dass der Verkehr gleichzeitig entlastet wird und auch insbesondere die U6 dann entlastet wird, weil es vielleicht zu ganz anderen Umstiegsmöglichkeiten und einer anderen Verteilung des Verkehrs kommen wird.

Es wird dann wahrscheinlich Kollege Lindenmayr darauf eingehen, dass wir die Machbarkeitsstudie über die Linie 12 in Auftrag gegeben haben, um zu sehen, wie die Erschließung Nordwestbahnhof bis hin zu Franz-Josefs-Bahnhof, Wallensteinstraße ermöglicht werden soll. Die Parkraumbewirtschaftung hat Kollege Maresch schon erwähnt, aber auch das Leitbild für Grünraum Neu und auch die Machbarkeitsstudie für die Umweltzonen für Wien.

Generell ist ja die Stadtentwicklung das Ressort der Zukunft, wir geben die Richtlinien und die Ziele, wohin und wo sich die Stadt entwickeln wird, in welche Qualität und in welche Richtung. Gleichzeitig reagieren wir natürlich auf die Bedürfnisse und Sorgen der anderen Geschäftsgruppen, auf die jetzigen und die zukünftigen Herausforderungen, die auf uns zukommen können. Für uns ist sehr wichtig, dass wir immer die soziale Komponente im Auge behalten, die Lebensqualität, die Ressourcen und die Innovation.

Es ist halt schwer, jetzt auch ein bisschen sachlich zu bleiben und nur über dieses Thema zu reden, wo ich wahrscheinlich nach Aussage von Kollegen Valentin das dienstälteste Mitglied im Planungsausschuss bin. Ich habe zwei Legislaturperioden mit Kollegen Schicker

erlebt und dann jetzt fast zwei Legislaturperioden mit unserer lieben Frau VBgm.in Vassilakou.

Es wurde hier von Seiten des Kollegen Juraczka die Beharrlichkeit erwähnt. Diese Erfolge, die wir gemeinsam gefeiert haben, haben einer Beharrlichkeit in beiden Fraktionen bedurft. Denn viele Projekte, die heute sicher mit der Ära Vassilakou genannt und gefeiert werden, sei es jetzt die Mariahilfer Straße oder sei es auch das 365-EUR-Jahresticket, bedurften natürlich viel Überzeugungsarbeit auch innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion, und ich glaube, dass wir das gemeinsam gut gemeistert haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Egal, ob wir von STEP 2025, die Smart-City-Strategie, die wir morgen vielleicht genau erwähnen werden, das Hochhauskonzept, das heute nicht erwähnt worden ist, Freiraumkonzept, Grünraumkonzept sprechen. Als Meidlinger Mandatar möchte ich auch die Meidlinger Hauptstraße erwähnen, die zwar ein bisschen verspätet, aber Gott sei Dank noch rechtzeitig fertig geworden ist. Die musste ein bisschen warten, bis die Mahü fertig geworden ist.

Begriffe wie Urban Gardening wurden realisiert, und wer heute zu In der Wiesen Ost hingeht, sieht, wie toll dort die Bewohnerinnen und Bewohner auch das annehmen. Aber ich möchte auch große Projekte nicht vergessen lassen wie auch die Bebauung der Remise im 12. Bezirk, der Badener-Bahn-Remise.

Liebe Mary, morgen verabschieden wir uns von dir, und ich werde morgen nicht zu Wort kommen. Ich möchte hier auch noch etwas hinzufügen, das wahrscheinlich heute oder morgen in der Aufzählung der Dinge, die du erreicht hast, vergessen wird. Ich maße mir hier jetzt an, im Namen jener Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, die einen Migrationshintergrund haben, das zu erwähnen. Im Namen vielleicht von den Kolleginnen Safak Akcay, Faika El-Nagashi, sie ist heute nicht da, aber auch für viele von uns, unabhängig unserer politischen Herkunft und Aufarbeitung hast du etwas erreicht, was dir keiner wegnehmen kann. Du warst die Erste in den 90er Jahren, die als eine Gemeinderätin mit Migrationshintergrund in diesem Haus gewählt wurde. Du warst die erste nicht amtsführende Stadträtin, die Migrationshintergrund hatte. Ich kann mich noch an unsere gemeinsame Reise nach Istanbul und Athen mit StR Schicker erinnern. Du warst dann die erste Klubobfrau mit Migrationshintergrund, und du warst dann die erste Stadträtin mit Migrationshintergrund und die erste Vizebürgermeisterin dieser Stadt mit Migrationshintergrund. Du hast also die Latte sehr hoch gelegt für alle Menschen mit Migrationshintergrund, was sie noch in dieser Stadt erreichen können.

Dafür möchte ich dir danken, für dieses Engagement, für diese tolle Arbeit und Freundschaft, die uns all diese Jahre verbunden haben. Ich kann mich noch bis heute an eine lakonische Bemerkung erinnern, vielleicht war das auch lieb gemeint oder vielleicht war das auch abwertend gemeint, als wir gemeinsam noch STEP 2025 verhandelt haben, im Jahr 2014, als einer gesagt hat: Na ja, jetzt wird die Zukunft der Stadt von einer Griechin und einem Iraker verhandelt. Ich glaube, die zwei haben das

gut gemacht, mit Hilfe aller unserer Beamtinnen und Beamten dieser Stadt, mit der Hilfe aller unserer Fraktionen. Dafür danke ich vielmals und viel Glück für dein weiteres Leben. Alles Liebe! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Kickert. Die selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten, die Restredezeit wären 7 Minuten.

GRin Dr. Jennifer **Kickert** (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Vizebürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wir reden ja zum Rechnungsabschluss 2018, und bei einem Rechnungsabschluss geht es ja um die Rechenschaft über die unterschiedlichsten Projekte des vergangenen Jahres. Ich möchte nach den KollegInnen Kraus, Bluma, Maresch und Al-Rawi ganz kurz einige weitere Projekte aus dieser Geschäftsgruppe erwähnen.

Ich möchte hervorheben, dass seit 2018 die Vorhabensliste online ist, eine Liste, in der alle aktuellen und abgeschlossenen Vorhaben im Bereich der Stadtplanung und Stadtentwicklung aufgelistet sind, mit Informationen zu den Planungen zu diesen Projekten, beginnend mit der Konzeptdarstellung, über mögliche Wettbewerbe und weitere Phasen bis hin zum Flächenwidmungsverfahren.

Ich möchte auf „Wien wird WOW“ hinweisen, eine interaktive Ausstellung, die seit letztem Jahr an verschiedenen Orten in Wien Station macht und nicht nur über die Stadtplanung im Allgemeinen aufklärt, sondern auch in Beteiligungsprojekte unterschiedlichster Art eingebettet ist. Ich erwähne hier stichwortartig zum Beispiel nur die Attemsgasse Ost oder den Erdberger Mais oder die Spallartgasse.

Da ich das in den letzten Jahren nicht gemacht habe, möchte ich dieses Mal wieder die Lokale Agenda 21 hervorheben, die seit letztem Jahr quasi einen Höchststand an TeilnehmerInnen hat, nämlich zehn Bezirke, die Innere Stadt, Landstraße, Wieden, Neubau, Josefstadt, Alsergrund, Favoriten, Währing, Donaustadt und Liesing, und mit der Lokalen Agenda 21 außerdem noch die Grätzloase, die im Jahr 2018 128 eingereichte Projekte für den öffentlichen Raum hatte. Davon wurden 80 ausgewählt, 76 konnten umgesetzt werden, und diese 76 Projekte haben sich in 21 Bezirken der Stadt ausgebreitet und wurden dort umgesetzt.

Weil es mir aber ein Bedürfnis ist, auch auf Kollegen - ich sage hier lieber Abgeordneten - Niegl zu replizieren, der in der Diskussion zur Geschäftsgruppe Wohnen einerseits gemeint hatte, das wachsende Wien wäre ein Dogma, und andererseits darauf hingewiesen hat, dass 40.000 Personen pro Jahr nach Wien ziehen, möchte ich den uns von der Opposition abgesprochenen Bezug zur Realität wiederherstellen und darauf hinweisen, dass es in einem einzigen Jahr 38.000 neue Bewohnerinnen und Bewohner in Wien gegeben hat, nämlich im Jahr 2015. Davor und danach waren es ungefähr 10.000 bis 15.000, also bei Weitem nicht so viele.

Ich möchte auf einen ganz besonderen Punkt eingehen, der GR Niegl hat nämlich gemeint, alle diese Menschen würden nichts zu dem Erfolg von Wien beitragen.

Ich möchte mich hier im Namen vieler bei allen Wienerinnen und Wienern für diese Aussage des Abg. Niegl entschuldigen und mich ganz im Gegenteil dafür bedanken, was alle BewohnerInnen in Wien dazu beitragen, dass Wien die Stadt ist, die sie ist. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Zum Beispiel bei den 45.000 Personen, die aus Deutschland gekommen sind und in Wien wohnen und etwas dazu beitragen oder den 42.000 Personen aus Slowenien, die in Wien wohnen und zum Erfolg Wiens beitragen oder den 72.000 Personen aus Serbien und Montenegro oder den 46.000 Türkinnen und Türken oder den 31.000 Polinnen und Polen oder den jeweils ungefähr 22.000 Menschen aus Kroatien, aus Ungarn, aus Bosnien und Herzegowina oder aus Syrien. Sie alle tragen etwas zum Erfolg von Wien bei, und keiner einzigen dieser Personen möchte ich absprechen, dass sie dies tun. Also noch einmal an alle diese Personen, die in Wien wohnen, und an alle Österreicherinnen und Österreicher selbstverständlich auch, ein herzliches Dankeschön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich möchte dabei nämlich auch noch persönlich werden. Ich sehe nicht ein, wieso ein Gemeinderat der FPÖ hier herauskommen kann und irgendwelchen Personen absprechen kann, etwas für Wien beizutragen. Mein Vater hat als Nichtösterreicher 30 Jahre seines Lebens, nämlich die letzten 30 Jahre seines Lebens, sehr wohl etwas dazu beigetragen, dass etwas in Wien passiert. Er hat gearbeitet, er hat vier Kinder großgezogen, von denen übrigens alle auch etwas zum Erfolg dieser Stadt beitragen, zum Beispiel auch ich, aber auch meine drei Geschwister, die alle Zeit ihres Lebens, nämlich auch in der Zeit, als sie noch nicht Österreicherinnen und Österreicher waren, etwas zum Erfolg dieser Stadt beigetragen haben.

Ich darf das jetzt als Abgeordnete der GRÜNEN und als Teil dieses Stadtparlaments tun, und ich bin stolz darauf, aber ich weiß auch, dass viele, viele andere Personen in dieser Stadt es in den unterschiedlichsten Berufen, in den unterschiedlichsten Teilen, in unterschiedlichen Aspekten machen, und dafür danke ich allen Wienerinnen und Wienern. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die Restredezeit der GRÜNEN wäre noch 1 Minute. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege GR Irschik, selbstgewählte Redezeit 7 Minuten.

GR Wolfgang **Irschik** (FPÖ): Danke, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Ich möchte ein bisschen auf Kollegin Kickert replizieren, dass ihr hochgeschätzter Vater etwas dazu beigetragen hat, dass diese Stadt prosperiert, et cetera: Selbstverständlich, es wird wohl niemand etwas Gegenteiliges behaupten. (*GRin Dr. Jennifer Kickert: Kollege Niegl hat das gesagt!*) - Das Verallgemeinern, na ja, so war es auch sicher nicht gemeint. Aber vielleicht das Video von der berühmten HTL 16 oder die Jugendbanden, ich glaube, die tragen nicht wirklich etwas Positives zum Gelingen dieser Stadt und zum Funktionieren dieser

Stadt bei, das muss man ja auch sagen. Aber, wie gesagt, diese Verallgemeinerung - so war es sicher nicht gemeint, und ich persönlich lehne so etwas auch ab.

Ganz kurz zu den NEOS: Kollegin Emmerling hat etwas gesagt, was mir persönlich gut gefallen hat - man soll es nicht glauben -, nämlich diese bauliche Trennung gemäß § 2 Begriffsbestimmungen der Straßenverkehrsordnung, die bauliche Trennung von Radwegen von der Fahrbahn, weil es ja wirklich der Sicherheit etwas bringt. Das beste Beispiel ist bei uns in Floridsdorf die Leopoldauer Straße. Interessanterweise waren wir damals mit den Sozialdemokraten - das war in den 90er Jahren bis zur Jahrtausendwende, da ist der Umbau schon besprochen worden - einer Meinung, denn die SPÖ-Floridsdorf hat auch gesagt, machen wir da einen Radweg, und wir bekamen dann einen Mehrzweckstreifen. Wir halten von Mehrzweckstreifen überhaupt nichts.

Aber natürlich, ich darf das sagen, was mich bei den NEOS wirklich immer wundert, ist, warum ihr die Autofahrer so bekämpft. Worum geht es jetzt? (*GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Gleiche Chancen für alle!*) - Geht es um den Stau oder geht es um die Abgase? Gesetzt den Fall, wir fahren jetzt alle mit Autos, die keine Abgase produzieren. (*GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Das ist ein Platzproblem!*) Na ja, das Parkproblem haben wir, weil sehr viele Fahrbahnen in den letzten 20 Jahren halt reduziert worden sind. (*GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Nein, weil wir mehr werden!*) Natürlich ist der Weg das Ziel, das ist gar keine Frage. (*GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Faire Platzverteilung!*)

Die GRÜNEN haben halt gesagt, okay, wir machen einen Radweg auf der Zweierlinie. Das ist ja in Ordnung. Wir sagen, es ist halt nicht so gut. So ehrlich muss man auch sein, dass dann weniger Platz für den motorisierten Individualverkehr, egal, ob Elektroantrieb oder Wasserstoffantrieb, ist. Da komme ich - so viel Zeit habe ich gar nicht mehr - darauf zu sprechen. Das ist klar, das kann ja gar nicht funktionieren. Es wird der Fließverkehr bekämpft, es wird der ruhende Verkehr bekämpft. Dadurch entsteht auch Aggression. Das ist halt auch klar, nicht? (*GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Momentan nicht!*) Na ja, es könnte ja auch funktionieren, dass alle davon profitieren. Warum nicht?

Von uns fahren sehr viele mit dem Rad. Kollege Niegl fährt mit dem Rad, Kollege Mahdalik fährt mit dem Rad, also gar so wenig sind es ja gar nicht. Wo ist der Rüdiger, der ist jetzt nicht da? Rüdiger Maresch fährt auch wirklich mit dem Rad, dem nimmt man das ab, aber das machen ja auch nicht alle, nicht? Das tun ja nicht alle.

Ja, meine Damen und Herren, womit können wir beginnen? Es ist nicht so richtig eine Rechnungsabschlussdebatte, es ist fast eine Klimaschutzdebatte, nicht? Der Klimaschutz, oder das Wort selber, meine Damen und Herren, das Klima ist ein statistischer Wert, das Klima sind Zahlen. Wenn einer vom Klimaschutz spricht, dann schützen wir Zahlen. Uns Freiheitlichen würde besser der Umweltschutz gefallen, den wir seit 1968 tatsächlich im Parteiprogramm haben. Das wäre vielleicht etwas treffender.

Wir würden uns auch freuen, wenn diese Klimaschützer, wie sie sich selbst bezeichnen, zum Beispiel nach verschiedenen Großveranstaltungen wie beim Donauinselfest ihren Müll dann auch wieder mitnehmen würden. Oder wenn man so auf Österreichs Wanderwegen schaut, wie das manchmal aussieht, oder im Frühjahr nach der Schneeschmelze in den Schigebieten, wenn man dann so runterschaut auf die Liftrasse, was da alles unten liegt. Da habe ich mir gedacht: Sind das auch die Klimaschützer, wenn da, so salopp die - ich sage es auf Wienerisch - Tschikpackerl oder die Getränkedosen über die Schulter vom Lift hinuntergeschmissen werden. (*GRin Birgit Hebein: Sagen Sie! Worum geht es?*) Da würden wir uns durchaus auch freuen. Na ja, das gehört ja auch dazu. Der Klimaschutz sollte ja Umweltschutz sein - und wenn ich irgendetwas unachtsam wegschmeiße. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, ich mache das sicher nicht. Ich frage auch manchmal Leute, wenn ich sie sehe, warum sie das tun. Na, dann erwartet man sich das. Das ist ja nichts Schlimmes. Ich glaube, da sind wir ja einer Meinung. Oder befürwortet ihr das jetzt, dass das alles irgendwo hingeschmissen wird und das so bleibt?

Jetzt haben wir das Nova-Rock-Festival gehabt, glaube ich, in Nickelsdorf, glaube ich, drei Tage. Na, am letzten Tag, meine Damen und Herren, hat das ausgesehen wie eine illegale riesige Mülldeponie. Vielleicht waren das auch die Klimaschützer. Ich weiß es nicht. Ich hoffe nicht, meine Damen und Herren.

Also, da gibt es schon einiges zu hinterfragen bei diesem Klimawandel, der natürlich stattfindet. Das kann man auch im Internet abrufen, gar keine Frage. Sogar die letzten 420.000 Jahre, und das ist noch relativ wenig im Vergleich zum Erdalter. Unsere Erde ist zirka 4 Milliarden Jahre alt. Also, Klimawandel hat es immer gegeben, meine Damen und Herren, auch nachweislich, aktenkundig: 1472 ist der Donaustrom ausgetrocknet gewesen. Na ja, da hat es aber noch keine Autos gegeben, was dann irgendwie schuld am Klimawandel ist.

Genauso gut kann man im wunderschönen Floridsdorfer Bezirksmuseum sehen, 20. Jahrhundert, die 20er und die 30er Jahre, der Eisstoß, davon hat mir meine Großmutter noch erzählt, als es gekracht und geknackt hat. Der Donaustrom ist zugefroren, unvorstellbar bei der damaligen Fließgeschwindigkeit. Heute fließt die Donau viel langsamer durch die Kraftwerke. Man musste mit Lastkraftwagen über den zugefrorenen Donaustrom fahren. Na, das ist 70, 80, 90 Jahre her, meine Damen und Herren. Also, so viel zum Klimawandel, den hat es ja ständig gegeben, das ist ja nicht wirklich etwas Neues.

Jetzt haben wir einen sehr kühlen Mai gehabt, da habe ich gehört, das ist der Klimawandel. Heuer hat es viel Schneefall gegeben. Das ist der Klimawandel. Jetzt ist es wieder heiß. Das ist auch der Klimawandel. Na, meine Damen und Herren: Wann ist es dann nicht der Klimawandel, nicht? Das ist alles zu hinterfragen.

Der Dieselmotor! Der Dieselmotor ist so furchtbar. Im Jahr 2013 wurden Teile der neuen Busflotte der Wiener Linien vorgestellt. Es war damals StRin Brauner verantwortlich. Ich war dort, ich habe mir das angeschaut. Na

ja, diese neue Busflotte wird ja auch mit Diesel betrieben, meine Damen und Herren. Das ist ja nichts Schlechtes, ja, die modernste Technologie, Abgasklasse 6d. Müssen wir die jetzt wieder verkaufen? Der erste Teil war 2017 abgeschlossen, der letzte 2019, im heurigen Jahr sollte also diese Umstellung auf die modernen Dieselsebusse erfolgen. Also, jetzt glaube ich aber nicht wirklich, dass die Wiener Linien da ein Klumpert, wie es auf gut Wienerisch heißt, gekauft haben. Oder stellen wir dann vielleicht auf Wasserstoffbusse um, wie es zum Beispiel die Kommune in Barcelona gemacht hat? Die stellt ihre Busflotte auf Wasserstoffbusse um. Also, wenn das jetzt aber positiv ist, was die Wiener Linien machen, diese Dieselsebusse betreiben, gilt das dann für die Privaten nicht? Das sind dann die Umweltschädlinge oder die Klimaschädlinge? Das ist für uns alles ein bisschen grotesk, meine Damen und Herren.

Natürlich gibt es auch Dinge, die wir halt ein bisschen bekritteln wollen. Zum Beispiel: In den Siebzigern, U-Bahn-Grundliniennetz von 1976. Wunderbar. U-Bahnen über den Stadtrand hinaus verlängern. Es ist nie passiert. In den 70er Jahren, stellen Sie sich vor, da hat es noch keine Diskussion über das Klima gegeben, da ist der Autofahrer eigentlich noch protegert worden. Wunderbar, geschehen ist es nicht.

Bestes Beispiel U1, Endstelle in Floridsdorf, Leopoldsdorf. In den 90er Jahren hätte die ÖVP-Niederösterreich mit der absoluten Mehrheit, völlig in Ordnung, Wien ein Grundstück zur Verfügung gestellt. So macht man die U-Bahn-Endstelle über die Stadtgrenze über die Seyringer Straße und macht dort ein Park-and-ride-System für 8.000 bis 10.000 PKW. Angenommen ist es nicht worden. Jetzt haben wir die Endstelle sozusagen mitten in der Stadt. Auf der einen Seite die Großfeldsiedlung, auf der anderen Seite die Nordrand-siedlung, und die verparken alles. Wir wundern uns, meine Damen und Herren. Das ist nie umgesetzt worden.

Wir schaffen ein Nadelöhr auf der B 7, auf der Brünner Straße im Bereich des Krankenhauses Nord. Absolut unnötig! Über den Radweg kann man ja diskutieren, aber der wäre anders auch zu lösen gewesen. Warum mache ich es gerade auf einer Bundesstraße, warum mache ich ein Nadelöhr vor dem Krankenhaus? Das bringt auch die Einsatzkräfte in die Bredouille. Es werden hin und wieder dort Rettungswagen einsatzmäßig fahren. Ich weiß schon, nach der StVO darf er ausweichen auf den selbstständigen Gleiskörper. Aber das ist ja nicht notwendig, das hätte ja anders auch funktionieren können, meine Damen und Herren. Wir lehnen ja das Radfahren nicht grundsätzlich ab, aber es wird da immer mit Gewalt der Autofahrer bekämpft, und dagegen sprechen wir uns halt aus.

Oder es gibt einen Beschluss der Bezirksvertretung Floridsdorf gegen das Projekt Donauefeld, gegen dieses Wohnbauprojekt, Stadterweiterungsgebiet. Da hat es eine Mehrheit gegeben. Die Bezirksvertretung Floridsdorf hat mehrheitlich gesagt: Nein, das wollen wir nicht. Was ist passiert, meine Damen und Herren im Wiener Gemeinderat? Die Sozialdemokraten, GRÜNEN sind auf

gut Wienerisch drübergefahren. Es kommt trotzdem 6.000 Wohneinheiten, keine Infrastruktur. Man darf gespannt sein, wie das geht, meine Damen und Herren. Mit dem Auto sollen sie nicht fahren. Es gibt dort nichts. Es wird dort für 12.000 bis 15.000 neue Bürger, neue Mieter, neue Eigentümer, wie auch immer, vielleicht eine Buslinie geben. Der Fußweg zur Donauefelder Straße zur Straßenbahnlinie 25, 26 ist sehr weit. Das wird dann vielleicht für ältere Menschen ein Problem. Ja, meine Damen und Herren, dort hätten wir es nicht gebraucht.

Da rede ich aber noch gar nicht von den ökologischen Auswirkungen, die sich für die Alte Donau ergeben. Die Grundstückspreise werden sich dort vermutlich nicht sehr positiv entwickeln. Das muss man halt auch sagen. Wie gesagt, das sind die Dinge, die wir halt kritisieren, wie manches andere auch.

Wie schaut es zum Beispiel mit den Elektroscootern aus? Da höre ich ja manchmal auch diese körperliche Ertüchtigung bei den E-Bikes und bei den E-Scootern. Da weiß ich nicht, wo da eine körperliche Ertüchtigung ist, da muss ich ja nicht viel machen, das fährt von alleine. Interessant ist, dass ein Scooterlenker mit über 70 km/h gemessen wurde. Also, wenn das nicht schon so ernst wäre, müsste man fast schon sagen, Hochachtung, auf einem Roller 70 km/h. Also, ich traute es mich wahrscheinlich nicht, und es hat Zeiten gegeben, da bin ich selber Motorrad gefahren. Aber mit einem Roller, wenn man draufsteht, 70 km/h - wie auch immer.

Meine Damen und Herren, es ist ein kleines Problem, deshalb bringen wir einen Beschlussantrag ein, der sich mit dieser Problematik befasst. Manche Herrschaften wissen vielleicht nicht, dass sie auch der StVO, der Straßenverkehrsordnung, unterliegen. Aber nicht nur die E-Scooter-Fahrer, auch die Radfahrer und natürlich auch die Fußgänger sind Straßenbenutzer und unterliegen der Straßenverkehrsordnung als Bundesgesetz, meine Damen und Herren. Ich darf das kurz verlesen: Hinsichtlich der Problematik der E-Scooter in Wien, unverzüglich eine Erfassung und Auswertung sämtlicher auftretender Probleme im Zusammenhang mit Konfliktsituationen mit anderen Verkehrsteilnehmern und vor allem Fußgängern zu veranlassen sowie dem Gemeinderat noch 2019 darüber Bericht zu erstatten sowie entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen. Hinsichtlich der Genehmigung der Leihfirmen geeignete Auflagen hinsichtlich der Aufstellung ausarbeiten zu lassen, um sowohl eine für Verkehrsteilnehmer gefährliche Ansammlung zu vermeiden als auch nützliche Verkehrsversorgungseffekte zu erzielen.

Abschließend darf ich mich ... Ich glaube, ich werde morgen auch nicht sprechen, außer es ergibt sich irgendetwas. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Trotz aller Gegenteiligkeit, Gegensätzlichkeit, ich glaube, wirklich gestritten haben wir ja nie. Ich war, glaube ich, nie beleidigend oder untergriffig oder sonst irgendetwas. Natürlich, der Weg ist das Ziel. Jeder hat halt andere Vorstellungen von einer Stadtentwicklung, vom Verkehrsgeschehen. So erlaube ich mir, Ihnen für die Zukunft auch alles Gute für Ihren weiteren Weg zu wün-

schen. Alles Gute, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Könnte ich dann den Antrag haben, bitte? (*Allgemeine Heiterkeit.*) Gut. Das waren jetzt 12 Minuten statt 7 Minuten, was eine Restredezeit von 4 Minuten bei der FPÖ ergibt. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Auer-Stüger. Die selbstgewählte Redezeit ist 8 Minuten.

GR Mag. Stephan **Auer-Stüger** (SPÖ): Danke, Herr Vorsitzender! Werte Frau Vizebürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Herr Bürgermeister hat gemeinsam mit Frau GRin Hebein vor wenigen Wochen die IFES-Studie „Leben und Lebensqualität in Wien 2018“ präsentiert. Einige Ergebnisse dieser Studie sind doch positiv überraschend, nämlich die Aussage „Wien ist eine wachsende Stadt, das sehe ich grundsätzlich positiv“, bejahen 41 Prozent sehr und 31 Prozent eher schon. Sprich, fast drei Viertel der Wienerinnen und Wiener sind einverstanden, dass immer mehr Menschen in Wien leben wollen und fühlen sich trotzdem oder gerade deswegen sehr wohl in Wien.

Ich glaube, das hat auch etwas mit unserem politischen Zugang zu Stadtentwicklung und Stadtplanung zu tun, und lassen Sie mich das kurz an zwei Beispielen erklären. GR Kraus hat heute schon kurz das Fachkonzept Energieraumplanung erwähnt. Ich möchte der zuständigen Magistratsabteilung 20 sehr herzlich zu diesem Fachkonzept gratulieren. Ich finde es inhaltlich sehr inspirierend.

Herr Irschik, Sie haben sich gerade darüber gewundert, dass wir nicht nur über den Rechnungsabschluss, sondern auch über Klimaschutzpolitik diskutieren. Ich werde das jetzt ernsthaft machen, ich habe keine Lust, ehrlich gesagt, diesen Trump'schen Zugang zu Klimaschutzpolitik zu wählen. Die Menschen machen sich zu Recht Sorgen, wie das weitergeht auf diesem Planeten, und diese Sorgen haben wir ernst zu nehmen, das ist unsere Aufgabe in diesem Haus. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Der Umgang mit dem Klimawandel ist eines der großen Zukunftsthemen, und dabei, wie wir diesen Umgang gestalten, spielen urbane Räume eine zentrale Rolle. Bei diesen urbanen Zugängen ist natürlich die Stadtentwicklung vorrangig gefragt. Unsere politischen Ziele in dem Zusammenhang sind klar. Es geht zum einen um die notwendige Dekarbonisierung, aber das muss mit der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und sozialverträglichen Energiepreisen zusammengehen. GR Gara ist leider jetzt entschuldigt, er hat gestern hier an dieser Stelle gemeint, ja, die soziale Frage sei zu beachten, das sei aber irgendwie selbstverständlich. Ich glaube, er hat sogar „no na“ gesagt. Nein, es ist nicht selbstverständlich, das ist nicht „no na“! Die soziale Dimension wird nur beachtet, wenn wir darauf schauen, wenn es politische Priorität ist, und die Wienerinnen und Wiener können sich darauf verlassen, bei Rot-Grün ist das so. Der soziale Zugang, auch bei der Klimaschutzpolitik, hat für uns höchste Priorität. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Die sachlichen Ziele bei der Energieraumplanung sind relativ schnell erklärt. Es geht zum einen um Energieeffizienz und zum anderen um den massiven Ausbau erneuerbarer Energien. So weit so gut, aber das tatsächlich Spannende an dem Konzept ist diese Beziehung zwischen Raum, der Energieversorgung und den Menschen, die dort wohnen. Diese Zugänge - wie baue ich, welche Energie brauche ich, und wer lebt dort? - werden nicht mehr separat beachtet.

Das ist das Spannende daran, und das führt mich auch wieder zu gestern, zur Replik von GR Kraus auf GR Juraczka. Da ging es um die Frage der Systemkritik. Wenn wir Lebensstile, wenn wir Politiken haben, die zu diesem Zustand führen, den wir jetzt haben, und wenn wir mit diesem Zustand nicht einverstanden sind, na selbstverständlich müssen wir uns dieser Systemkritik stellen. Das gilt aber nicht nur für globale Wirkungsweisen unseres Gesellschaftssystems, das gilt auch dabei, wie wir im Grätzl leben und wie wir im Grätzl leben wollen. Das ist das Spannende an dem Konzept der Energieraumplanung, dass von Beginn an des Planungsprozesses geschaut wird: Wer wohnt dort, was sind das für Menschen, und wie wollen diese Menschen leben? Was sind ihre Interessen, ihre Bedürfnisse? - Und das von Anfang an mit den Menschen. Auch das ist ein Paradigmenwechsel, dass dieser Planungsprozess, dieser Energieplanungsprozess von Anfang an mit den Menschen gestaltet werden muss.

Ich will hier auch an dieser Stelle eines sagen: Ich halte diese Konstruktion, diesen künstlichen Widerspruch, hier Politikverwaltung, hier die Menschen - das ist auch öfters heute wieder durchgeklungen -, für politisch konstruiert, das ist es nicht. Wir alle sind Wien, wir sind die PolitikerInnen, das stimmt schon, aber wir leben auch alle hier in Wien. Diesen Gegensatz gibt es nicht. Vielmehr geht es darum, zu schauen, welche unterschiedlichen Bedürfnisse es bei den Menschen gibt, denn Wien ist vielfältig und heterogen. Das ist gut so, aber dementsprechend sind auch die Interessen der Menschen heterogen, und das kann sich auch sehr wohl widersprechen, das müssen wir ganz offen sagen. Aber unser Job ist es, quasi mit diesen widersprüchlichen Interessen umzugehen und aus dem berechtigten Formulieren einzelner Interessen zu einer Identifikation und gleichzeitig auch zu einer Verantwortung für das Gemeinwohl zu kommen.

Ich glaube, das zeichnet Politik generell aus, ist aber auch quasi unser Zugang bei Stadtplanung und ist vor allem bei diesem zukunftssträchtigen Konzept der Energieraumplanung so wichtig, weil es nicht nur um technische Lösung geht. Es geht nicht nur darum, wo kommt eine Wärmepumpe hin, wo ist die Fernwärmeleitung und bringe ich das gescheit zusammen, sondern wir müssen uns die Frage stellen: Wie soll dort gelebt werden?

GR Schober hat es heute schon angesprochen, das Wichtigste ist, dass sich die Menschen wohlfühlen. Jeder Mensch, der in Wien lebt, hat das Recht, sich hier wohlfühlen, egal, welchen Reisepass er hat. Das ist unser Ziel bei Stadtplanung und Stadtentwicklung: Die Men-

schen sollen sich hier wohlfühlen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Das Zauberwort bei Energieraumplanung ist Vernetzung, ich habe das kurz angedeutet. Es geht beim technischen Bereich um Vernetzung von bestehenden oder zu bauenden Leitungen oder Systemen, aber es geht auch um die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren, Akteuren, die planen, Akteuren, die das dann errichten und Akteuren, die dort leben, und auch Leute, die dort leben und dezentrale Energieanlagen betreiben, wenn wir kurz bei diesem Bereich bleiben.

Aber mir ist wichtig, wenn ich vorher diesen partizipativen Zugang und das Einbinden der Menschen betont habe, dass wir auch diese leisen Stimmen brauchen. Ich glaube, das Thema bei partizipativen Prozessen ist immer, wie weit dieser Kreis der Menschen ist, die ich mit meinen Beteiligungsprozessen erreiche. Wir wissen, es gibt Klientel, die bringen sich sehr gern, sehr schnell ein, das ist gut so, und andere haben nicht den Zugang dazu oder nicht die Möglichkeiten, und das ist unsere Aufgabe. Es ist unsere Aufgabe, diesen Beteiligungsprozess so breit als möglich zu gestalten, diese leisen Stimmen hörbar zu machen. Das ist unser Job, gemeinsam zum Beispiel mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Dieser breite Zugang zum Thema Energieplanung, zum Thema Stadterweiterung und Stadtentwicklung zeichnet diese rot-grüne Regierung aus und das zeichnet unser Wien aus. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Punktgenau 8 Minuten, das ergibt eine Restredezeit der SPÖ von 15 Minuten.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich feststellen, dass die Gemeinderäte Ornig und Hobek bis 19 Uhr entschuldigt sind.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Lindenmayr, selbstgewählte Redezeit 8 Minuten.

GR Siegi **Lindenmayr** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Verkehrspolitik ist in vielen Großstädten auf dieser Welt Konfliktpolitik. Nicht in jenen Städten, die Kollegin Bluma heute schon angeführt hat, denn diese sind von fortschrittlichen linken Regierungen geplant, und selbstverständlich auch nicht in Wien mit der fortschrittlichen rot-grünen Stadtregierung. Wien, die Stadt Wien, diese Stadtregierung schafft die Rahmenbedingungen dafür, dass überall dort, wo es Einzelinteressen und Gesamtinteressen gibt, sehr wohl die Gesamtinteressen der gesamten Stadt berücksichtigt werden.

Mobilität heißt, man möchte von A nach B, das ist verständlich und es ist legitim. Es wollen aber gleichzeitig Hunderttausende von A nach B, und das muss man unter einen Hut bringen und da braucht man Rahmenbedingungen dafür.

Nicht umsonst ist Wien seit vielen Jahren zur lebenswertesten und liebenswertesten Stadt dieser Welt gekürt worden, weil eben unsere Verkehrspolitik so auf das Miteinander aller Menschen schaut. (*GR Mag. Manfred Juraczka: Hast du das gewusst?*) Das ist nicht erst

seit kurzer Zeit so, seitdem das Wort Klimaveränderung, Klimaerhitzung in aller Munde ist, das geht schon auf viele, viele Jahrzehnte zurück. Ich zitiere hier gerne - ein Zitat sollte man genau sagen, und darum habe ich mir das aufgeschrieben: „Bei allem Verständnis für die Freude am motorisierten Verkehr müssen wir doch sagen, dass wir nicht die Absicht haben, unsere Stadt autogerecht zu machen. Mir schwebt als Ideal vor, Wien als eine menschengerechte Stadt zu haben.“

Das war Bgm Franz Jonas im Jahr 1964, also vor 55 Jahren. Ich habe dieses Zitat schon einmal gebracht, und mir ist es einfach wichtig, festzuhalten, dass wir nicht als Modeerscheinung Klimawandel, et cetera berücksichtigen, sondern dass wir ein beteiligtes Miteinander hier in dieser Stadt immer schon auf unsere Fahnen geschrieben haben. Das waren die unterschiedlichsten Verkehrskonzepte, beginnend, sagen wir einmal, wo ich mich erinnern kann, bis zum Jahr 1980 zurück.

Wir haben das dann immer wieder überprüft, erweitert, nach den verkehrspolitischen Entwicklungen, ob diese Konzepte alle richtig waren, ob sie vielleicht adaptiert gehören. Das Nächste war dann 1993, selbst mitgearbeitet habe ich dann schon beim Masterplan Verkehr 2003, und sehr gut in Erinnerung habe ich das Jahr 2014, als wir gemeinsam hier in dieser Stadt das Fachkonzept Mobilität entwickelt haben. Fachkonzept Mobilität, miteinander mobil, und hier steckt schon das Wort „miteinander“ drinnen. Das zeigt auch, dass es das Miteinander in dieser Stadt sein muss, das Miteinander aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer und auch die Prioritätensetzung, was uns hier besonders wichtig ist.

Das Allerwichtigste ist natürlich selbstverständlich der Verkehr der Fußgängerinnen und Fußgänger und dann gleich an zweiter Stelle, das ist eigentlich das Rückgrat der Mobilität in dieser Stadt, der öffentliche Verkehr. Wir halten derzeit schon bei einem Anteil von 40 Prozent seit einigen Jahren am sogenannten Modal-Split und haben von Jahr zu Jahr neue Rekorde bei den Benutzerinnen und Benutzern des öffentlichen Verkehrs und neue Rekorde bei den Besitzerinnen und Besitzern der Jahreskarten und das trotz zunehmender Bevölkerung in dieser Stadt. Das ist eben alles kein Zufall, sondern das ist diese vorausschauende Verkehrspolitik in Wien.

Weil wir den Rechnungsabschluss heute beschließen, und ich hoffe, mit einer möglichst hohen Zustimmung, möchte ich vielleicht nur zwei, drei Projekte aus dem letzten Jahr zitieren.

Die MA 28 hat 413.000 Straßenbaustellen abgewickelt, das machen wir ja nicht aus Jux und Tollerei, sondern da muss auch immer wieder etwas repariert werden oder sonstige Dinge umgebaut werden. 8.900 Aufgrabungen gab es bei diversen Einbauten, Dienststellen, das Gesamtbudget für den Straßenbau waren 109,5 Millionen EUR. Das ist ja nicht nichts, und vor allem sichert das auch Arbeitsplätze, das muss man auch sagen.

Die Schwerpunkte waren, das ist heute schon erwähnt worden, die Rotenturmstraße vom Stephansplatz bis Schwedenplatz, der Nordbahnhof, die Florianigasse

von der Skodagasse bis zur Wickenburggasse. Im 10. Bezirk Kennergasse, 16. Bezirk Neulerchenfelder Straße, im 19. Bezirk die Probusgasse, im 22. Bezirk das Quartier am Seeboden, im 22. Bezirk ebenfalls noch die Berresgasse, jedenfalls die erste Baustufe, und in Liesing die Mellergründe und das Carrée Atzgersdorf. Nicht zu vergessen, wir sehen das ja hier, wenn wir das Haus verlassen, das U-Bahn-Linienkreuz U2/U5 ist ja auch schon erwähnt worden, die U-Bahn, der U-Bahn-Ausbau U5 und U2.

Dann haben wir noch folgende Projekte realisiert: Kärntner Straße, Rathausplatz, Hadikgasse, die Währinger Straße zwischen dem Gürtel und dem Gertrudplatz, die Schulgasse und in Liesing die Carlberggasse. Ich denke, das sind vielleicht nicht so bekannte Straßenprojekte, aber das sollte man auch sagen, denn man sieht es auch im Kleinen, nicht nur im Großen. Das steht dann immer in den Zeitungen, wenn es dort irgendwo Verkehrsbehinderungen oder sonst etwas gibt, aber auch im Kleinen sind wir ständig bemüht, unsere Straßen in Schuss zu halten oder umzubauen, im Interesse der Wienerinnen und Wiener, im Interesse der Fußgängerinnen und Fußgänger, das ist das Allerwichtigste, aber auch zur Verbesserung beim Rückgrat unserer Mobilität, nämlich beim öffentlichen Verkehr.

Ich habe mich sehr gefreut eben bei der Erstellung - ich habe es schon erwähnt - dieses Fachkonzeptes Mobilität, an der ich mitwirken durfte. Das ist ein großer Erfolg, und wir haben die letzten fünf Jahre nach diesem Fachkonzept unsere Politik ausgerichtet, und wir werden sicher auch in den nächsten Jahren, wenn du dann von außen zusiehst, mit diesem Konzept weiterarbeiten. Jedenfalls danke ich für die gute Zusammenarbeit und ersuche alle um Zustimmung zum heutigen Beschluss des Rechnungsabschlusses. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das waren 7 Minuten, die Restredezeit der SPÖ beträgt damit 8 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege GR Niegl, die Restredezeit der Fraktion sind 4 Minuten.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Aber ja, ich bringe ja nur einen Antrag ein.

Sehr geehrter Vorsitzender! Werte Frau Vizebürgermeisterin! Werte Kollegen!

Ja, zum Thema Verkehr kann man nur sagen: Viele falsche Ansätze, das ist halt eure Philosophie. Es ist so, das muss man zur Kenntnis nehmen. Tatsache ist, es findet ein richtiges Autofahrer-Bashing statt, das fängt bei der Ampelschaltung bis zu Rückbauten und Parkplatzvernichtung an. Wenn man dann schaut, dass draußen in den Randbezirken Radwege gebaut werden, die gelinde gesagt notwendig sind wie ein Kropf, dann weiß man schon, wo eure Politik hingeht.

Auf der Floridsdorfer Hauptstraße zum Beispiel gibt es einen Radweg, da habe ich noch nie einen Radfahrer gesehen, der ist links und rechts. Da kannst du die Tour de France vorbeiführen, ohne dass du den Straßenverkehr sperren musst. Das fällt gar nicht auf. Aber, wie auch immer.

Tatsache ist, er stagniert bei 7 Prozent trotz der linken Betrügereien, indem man um die Messstationen wie die Irren herumfährt. Aber es ist ja wurscht, macht ja nichts.

Tatsache ist, dass ich jetzt einen Antrag einbringen möchte. Hier geht es um 30er-Zonen. Es ist nämlich auch so, dass man draufgekommen ist, dass das mit 30 km/h schnelle Fahren eigentlich schlecht ist, weil es nämlich mehr CO₂-Ausstoß macht. Es müsste an und für sich auch für Sie somit gut sein, diesem Antrag zuzustimmen. Wir sind dafür, dass flächendeckend die 30er-Zonen mit der Ausnahme, wo es für die Sicherheit dringend erforderlich ist, wieder aufgehoben werden und wieder normal Tempo 50 zu fahren ist. Wir stellen daher den Antrag:

„Die Amtsführende Stadträtin für Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das Verkehrskonzept der Stadt Wien unter Bedachtnahme oben angeführter Studie evaluiert und der Umwelt zuliebe dementsprechend adaptiert wird.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrags verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe jetzt auch sehr viel von meinen Vorrednern gehört, wie viel Miteinander und Partizipation durchgeführt wird. Komischerweise, viele der alteingesessenen Anrainer sprechen von ganz etwas anderem, nämlich von einem Drüberfahren, von einem Drüberfahren durch Ihre Planung, ein Drüberfahren durch Bauprojekte im Sinne der Bauträger und nicht im Sinne der Anrainer. Sie haben mit Ihrer expansiven Baupolitik viele schöne Grätzl zerstört, für immer zerstört, weil Sie einfach nicht wahrhaben wollen, dass die Leute die Lebensqualität erhalten wollen. Sie fahren einfach drüber, und diese Partizipationsverfahren, die sie da immer so schön an den Pranger stellen oder sich umhängen, sind nichts anderes als eine Farce, sind nichts anderes als eine Farce. *(GR Gerhard Kubik: Der Bauträger baut aber schon für Menschen!)* Das ist ein selbst, eigen ernanntes Klientel, für das da diese Verfahren gemacht werden. Da kommen die Leute her und sprechen letztendlich nur das, was Sie hören wollen. Wenn dann Leute kommen und kritisch sind, ignorieren Sie das schlichtweg.

Ich sage nur, Beispiel Siemenssäcker. Da fahren Sie einfach drüber, und die Leute werden nicht gehört. *(GR Gerhard Kubik: So wie beim Rauchverbot!)* Oder Sie bauen natürlich auch auf Altlasten, wie auf der Altlast W20, die schwerstens kontaminiert ist. Das ist Ihnen komplett egal! Dort wird jetzt munter drauflosgebaut, und die Leute werden auf schwerstens kontaminiertem Untergrund, welcher mit PAK, Benzol und Cyanid verschmutzt ist, leben müssen. Bravo! Ich hoffe nur für die Leute und auch für Sie, dass nie etwas passieren wird. Tatsache ist, dass es ein risikoreiches Spiel ist. Aber das gehen Sie halt ein, weil Sie einfach auf Biegen und Brechen Ihre Politik durchdrücken wollen, und das gegen den Willen der Bürger und gegen die Anrainer und Alt-eingesessenen.

Sie sind auf alle Fälle auf dem falschen Weg. Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen, der Umwelt

zuliebe. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ. - GRin Dr. Jennifer Kicker: Es wird immer bedenklicher!)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Oxonitsch. Die Restredezeit der SPÖ sind 8 Minuten.

GR Christian **Oxonitsch** (SPÖ): Keine Sorge, die werde ich nicht brauchen, aber da ich morgen nicht spreche, wollte ich das heute ganz persönlich noch tun und dir - man soll niemanden persönlich ansprechen - aber natürlich für die gute Zusammenarbeit in verschiedensten Funktionen, die wir in den vergangenen Jahren hatten, schlicht und ergreifend danken.

Einerseits als Bezirkspolitiker, da konnte ich erleben, dass es wirklich gelungen ist, gemeinsam mit dir einige wichtige und gute Projekte umzusetzen, die wir gerade jetzt - und da merkt man halt manchmal den Unterschied, wie man Politik versteht, wie man auch Verkehrspolitik versteht - im Bezirk sehr geschätzt haben. Sei es der Umbau der Ottakringer Straße, sei es der Rad-Highway in der Hasnerstraße, sei es die Neugestaltung im Bereich der Neulerchenfelder Straße oder, was wir jetzt gerade auf den Weg gebracht haben, die Neugestaltung im Bereich des Gürtels. Davon hat der Bezirk sehr profitiert, und dafür als Bezirkspolitiker ein großes Dankeschön.

Aber wir hatten ja auch einige Jahre - es waren auch fast zehn Jahre in der Funktion als Klubobmann -, wo wir gemeinsam, ich als Klubobmann, du in deiner Stadtratsfunktion, einiges auf den Weg gebracht haben. Nicht zuletzt zwei gar nicht einfache Koalitionsverhandlungen, wo ich dabei war, natürlich auch dein Klubobmann, aber natürlich auch du. Ich glaube, auch hier ist uns einiges für diese Stadt gelungen, und es waren Verhandlungen, Diskussionen, Gespräche, die eigentlich immer auch von großem Respekt getragen waren. Dafür, für diese Funktion ebenfalls ein großes Dankeschön.

Aber natürlich auch die Zusammenarbeit im Stadtsenat, die ich sehr schätzen konnte. Es war in dem Bereich der Bildung, und das erlebt Jürgen Czernohorsky jetzt genauso, die Kooperation natürlich mit den Planungsabteilungen von einer besonderen Bedeutung, wenn es darum ging, die entsprechenden Standorte für die Campusmodelle zu sichern und Ähnliches mehr. Hier ist, gerade wenn wir jetzt erleben, dass wir den siebten Campus gerade errichten und viele, viele oder sieben noch dazukommen, auch einiges gelungen.

Du hast auch in diesen Diskussionen immer einiges aushalten müssen, nicht so von mir persönlich, aber es waren natürlich immer auch intensive Diskussionen, die dann zu dir gelangt sind, wenn wir zwei uns nicht einig geworden sind, und wir haben dann immer gemeinsam, denke ich, eine gute Lösung gefunden.

Exemplarisch für das, was du auch aushalten musstest, habe ich mir zurücküberlegt, habe ich mir gedacht, man kann jetzt die großen Projekte nehmen, die Gallitzinstraße jetzt am Schluss noch oder Ähnliches mehr. Aber ich nehme ganz bewusst ein kleines Beispiel, wo wir sehr eng kooperiert haben, das war der Song Contest. Wenn ich mir da überlegt habe, wie die Diskussionen rund um unsere Ampelpärchen - wir haben es ja

Gott sei Dank beide mit Humor genommen damals - geendet sind, in Strafanzeigen von Herrn Mahdalik gegen dich, dann muss man sagen, Respekt, was du ausgehalten hast, ein großes Dankeschön für die Kooperation und alles Gute für die Zukunft. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Eine Wortmeldung haben wir noch, das ist Frau Kollegin Emmerling, sie hat noch 3 Minuten.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Ich musste mich jetzt noch einmal melden, weil ich einen Antrag vergessen habe, aber das gibt mir natürlich auch die Möglichkeit, mich noch einmal zu Wort zu melden und zumindest auf ein bisschen etwas einzugehen.

Zuerst zum Kollegen Lindenmayr, der von der fortschrittlichen linken Verkehrspolitik gesprochen hat. Also, ich mache auch gerne fortschrittliche Verkehrspolitik, aber links bin ich deswegen sicher nicht. *(Beifall bei den NEOS. - GR Mag. Dietbert Kowarik: Bist du dir da sicher?)*

Ich glaube, genau mit diesen Zuschreibungen tut man einer Verkehrspolitik, vor allem, wenn es um fortschrittliche und nachhaltige Verkehrspolitik geht, überhaupt nichts Gutes, denn wenn Radfahren immer nur als grün und links wahrgenommen wird, dann kann man sich vorstellen, dass der Aufschrei demgegenüber groß sein wird, und das ist dem eigentlich nicht zuträglich.

Ich komme jetzt noch einmal zu den Radwegen zurück. Kollege Irschik hat mir da zugesprochen, zu sagen, man braucht baulich getrennte Radwege, und er findet das eh alles gut. Es kommt halt immer wieder dieses Aber, man solle halt, und der Kollege Niegl hat es auch gesagt, nicht Parkplätze wegnehmen und nicht Fahrstreifen wegnehmen. Da sage ich noch einmal: Es geht darum, den Straßenraum fair zu verteilen. Wir haben momentan fast 70 Prozent des Straßenraums für Autoverkehr, der Rest ist für Fußgänger und für Radfahrer. Es geht um eine faire Verteilung, und deswegen braucht es ... *(Zwischenruf von GR Mag. Günter Kasal.)* Wenn Sie aufs Geld schauen, dann schauen wir uns an, was wir für die Straßenprojekte und im Gegenzug dazu für Radverkehrsanlagen ausgeben. Also, ich glaube, da haben wir eine große Diskrepanz. Aber wenn wir hier zu einem Gleichgewicht mit der freien Wahlmöglichkeit für alle kommen, ist, glaube ich, in Wahrheit jedem geholfen. Sicher soll es für alle sein! *(Beifall bei den NEOS.)*

Zum Radverkehr noch und meinen Antrag betreffend: Ich habe den Antrag hier schon einmal eingebracht, und er wurde auch dem Ausschuss zugewiesen. Da gab es Zustimmung dazu, dass wir ein eigenes Radverkehrsbudget in der Stadt brauchen.

Ich habe Ihnen damals schon gesagt, wir geben in Wahrheit, wenn wir uns mit europäischen Städten vergleichen, ich glaube, 3,60 EUR pro Einwohner aus. In deutschen Städten ist man da bei 20 EUR, das ist auch die internationale Empfehlung. Damit, sagt man, kann man in Städten ein gut funktionierendes Radwegenetz aufstellen. Wir sind mit 3,60 EUR da wirklich hinterher. Da braucht es noch einiges an Anstrengung und deswegen auch unser Vorschlag, hier dezidiert ein Radbudget

auszuweisen und zu sagen, okay, das geben wir im Jahr aus, das erreichen wir dadurch, das wird gemacht.

Sie haben in dem Bericht dann auch gesagt, ja, das haben wir eh alles budgetiert, und im Rechnungsabschluss sowie im Voranschlag ist das drinnen. Ich meine, das ist so gesehen korrekt, aber da wird der gesamte Straßenbau betrachtet, und die Radinvestitionen kann man da nicht rausrechnen.

Ein zweiter Punkt: Ich habe auch beantragt, dass wir mehr Radabstellgaragen vor allem an den öffentlichen Verkehrsknotenpunkten errichten, vor allem in den Außenbezirken, wo wir das absolut brauchen. Da hat man uns dann geschrieben, dass das eben eine ausreichende Budgetierung braucht und das sind hohe Kosten, kaum abschätzbare Folgekosten. Ich weiß, darum geht es, genau deswegen wollen wir dieses eigene Radbudget und auch deswegen brauchen wir die Verhandlungen mit den Grundeigentümern, mit den ÖBB in vielen Fällen, um hier zu diesen Abstellanlagen zu kommen.

Dementsprechend hier noch einmal mein Antrag. Ich hoffe, dass wir den auch sofort abstimmen können. Ich glaube, da gehen wir in eine gemeinsame gute Richtung. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zu Wort gemeldet ist Frau VBgm.in Mag. Vassilakou, maximale Redezeit 15 Minuten.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Damen und Herren!

Jetzt habe ich natürlich einiges gehört, einiges sehr Grundsätzliches, einiges Kritisches, für das ich mich bedanke, auch einiges Positive, für das ich mich ebenfalls bedanke. Die Verlockung, auf das alles einzugehen, wäre groß, aber ich habe ja morgen die Gelegenheit, das zu tun. Leider wird es nicht möglich sein, auf alles einzugehen, ich glaube, das will aber auch wirklich niemand. Ich werde mir allerdings Mühe geben, auf einiges, wie gesagt, ein Mal mehr sehr Grundsätzliches, das heute gekommen ist, einzugehen. Es ist natürlich die Gelegenheit, ein letztes Mal in Erinnerung zu rufen, warum man eigentlich das tut, was man neun Jahre lang tut. Doch jetzt, auf Grund auch der fortgeschrittenen Stunde, denke ich, werde ich es relativ knapp und sehr trocken und fachlich halten und das tun, was ich eigentlich von hier aus tun sollte, nämlich ein bisschen einen Einblick zu geben und in Erinnerung zu rufen, worum es eigentlich im Jahr 2018 ging und worum es bei diesem Rechnungsabschluss geht.

Lassen Sie mich daher zunächst einmal mit der Smart-City-Rahmenstrategie beginnen, übrigens eine Rahmenstrategie, um die uns andere Städte weltweit nicht nur beneiden, sondern wo - wenn Sie mich fragen - die meisten von uns international derzeit unterwegs sind, was am Gefragtesten ist, was der Gegenstand der meisten Delegationen ist, die Wien tagtäglich besuchen. Da geht es sehr, sehr stark um die Art und Weise, wie wir die Smart-City-Agenden hier in Wien schlussendlich gelöst haben.

Es geht um die Frage, wie wir es geschafft haben, ökologische Aspekte mit sozialen Aspekten zu verbinden und zu sagen: Ja, es geht um den Klimaschutz, ja, es

geht um eine Zukunft, in der Ressourcen nicht heute aufgebraucht werden, sondern auch für spätere Generationen Lebensgrundlagen vorhanden sind. Wir wollen das aber auch erreichen, indem wir bestmögliche Lebensqualität für alle unsere Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen. Das heißt, ein Mal mehr, der soziale Aspekt, der ökologische Aspekt, auch die Aspekte der neuen Technologien und der Digitalisierung werden auf beste Art und Weise miteinander verbunden, und im Zentrum steht auch der Gedanke einer Stadt, die nicht nur ökologisch, sondern auch und vor allem leistbar ist.

Dennoch und weil wir ja hier sehr gute Arbeit geleistet haben, sind wir jetzt schon, nach wenigen Jahren, so weit, dass wir die Ziele, die wir uns gegeben hatten, nicht nur erfüllt haben, sondern übererfüllt haben. Und weil ich manchmal die miese Charaktereigenschaft habe, zu sagen, habe ich es doch gesagt, kann ich, nachdem wir ja damals im Zusammenhang mit diesen Zielen äußerst intensiv verhandelt haben, sagen: Habe ich es doch gesagt! Wir haben sie eben nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt, sodass das Jahr 2018 sehr stark im Zeichen der Evaluierung der eigenen Smart-City-Rahmenstrategie stand, der Erarbeitung einer neuen, die sich mehr als sehen lassen kann, die auch - so wie wir eben sind, wenn wir uns etwas vornehmen - ganz sicher erfüllt wird, mit Blick auf die nächsten Jahre und Jahrzehnte, und mit der wir wirklich auch international die Nase vorn haben.

Was haben wir uns also vorgenommen? - Wir wollen bis 2030 den CO₂-Ausstoß pro Person um die Hälfte reduziert haben, bis 2050 um 85 Prozent, und mehr noch: Wir wollen langfristig 70 Prozent des Energiebedarfs der Stadt mit erneuerbaren Energien decken und fossile Energien hinter uns lassen. Das wollen wir erreichen, indem wir einerseits weiterhin massiv in den öffentlichen Verkehr investieren - und ich glaube, das, was uns in Wien besonders macht und was auch unsere Verkehrsstrategie genau genommen in einem Satz zusammenfassen lässt, ist: Wir sind eine Stadt, die eines der dichtesten öffentlichen Verkehrsnetze der Welt hat, eine Stadt, die weiterhin dieses sehr dichte öffentliche Verkehrsnetz systematisch und nach strategischen Kriterien ausbaut, und darüber hinaus eine Stadt, die eines der günstigsten, nein - lassen Sie mich mich selbst korrigieren -, das günstigste öffentliche Verkehrsnetz der Welt, bei Städten vergleichbarer Größe logischerweise und mit vergleichbarer Dichte, hat.

Ja, wir können hier stundenlang über meine Verfehlungen reden, und ich sage Ihnen an dieser Stelle: Was Ihnen auch immer einfällt, Sie haben keine Ahnung, was ich alles weiß, worauf Sie noch nicht gekommen sind. *(Heiterkeit.)* - Darum geht es also nicht. Es geht nicht darum, nur aufzulisten, was alles nicht geklappt hat. Das ist gut als Dokumentation, es ist auch gut, um dahinter zu sein, damit es in den nächsten Jahren besser klappt, denn natürlich ist immer Luft nach oben. Und ob immer Luft nach oben ist! Doch schauen wir uns an, was in den vergangenen Jahren in Wien passiert ist, dann stellen wir fest, dass wir, seitdem wir die 365-EUR-Jahreskarte eingeführt haben, im wahrsten Sinne des Wortes eine

Revolution erlebt haben. Wir halten bei über 800.000 Jahreskartenbesitzerinnen und -besitzern! Zählen wir die Studenten und die Schülerinnen und Schüler dazu, dann kommen wir auf über eine Million Menschen (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) - in einer Stadt von keinen zwei Millionen -, die tatsächlich eine Jahreskarte besitzen und diese logischerweise auch nutzen.

Und ja, das kostet Geld - aber das ist eine Prioritätensetzung. Das ist eine Frage der Prioritäten, die sich eine Stadt gibt: Wofür geben wir Geld aus, wofür geben wir kein Geld aus? Aber da ich nicht polemisieren will, werde ich keine Beispiele nennen, die mir jetzt gerade spontan einfallen, wo ich der Meinung bin, dass man das Geld lieber nicht dafür ausgeben sollte. - Sei's drum.

Ich wiederhole: Die Smart-City-Rahmenstrategie ist im vergangenen Jahr evaluiert und adaptiert worden und ist eine sehr, sehr gute. Wir wollen es tun, natürlich auch aus dem Kapitel Verkehr, aber, und das bringt mich zur zweiten sehr wesentlichen Säule, wir verbringen ja weite Teile unseres Lebens in geschlossenen Räumen, und bei dem ganzen Kapitel Energie, die für Gebäude benötigt wird, insbesondere auch in unseren Breitengraden, in unserer geographischen Lage, ist logischerweise eher das Kapitel Raumwärme das naheliegendste, aber das, was wir derzeit an Sommern erleben, lässt befürchten, dass auch das Thema Kühlung zunehmend eines sein wird, das sehr, sehr relevant sein wird.

Und da will ich die Kritik, die seitens des Kollegen Gara - leider ist er jetzt gerade nicht anwesend - geäußert wurde, nicht unbeantwortet lassen. Ich würde einfach nahelegen, dass er ein intensives Gespräch mit dem Abteilungsleiter der Magistratsabteilung 20, Herrn Mag. Vogl, führt. Ich glaube, dass die Zahlen, die er betreffend Solarenergie, Nutzung der Solarenergie in Wien hat, ganz einfach nicht stimmen. Ich weiß nicht, woher er den von ihm dargestellten Eindruck hat. Auch da ist es natürlich ein gewisser Weg, bis wir theoretisch auf nahezu jedem Dach, soweit es der Denkmalschutz überhaupt erlaubt, eine entsprechende Anlage hätten, aber die Ziele, die sich die Stadt gegeben hat, haben wir nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt. An dieser Stelle will ich allein nur die über 30 BürgerInnen-Solarkraftwerke erwähnen, die inzwischen Wirklichkeit sind und die einfach zeigen, dass die Wege, die wir hier gewählt haben, nicht nur erfolgreich sind, sondern auch BürgerInnen die Möglichkeit geben, selbst etwas dafür zu tun.

Das führt mich auch zu jenen zwei Punkten aus dem Jahr 2018, die ich als sehr wesentlich erachte. Das eine ist: Wir alle sprechen ja darüber, dass das Klima sich weltweit erwärmt, dass auch hierzulande die Sommer immer unerträglicher werden, dass man etwas gegen die Hitze unternehmen muss oder - sagen wir es anders - dass man lernen muss, mit der Hitze zu leben, und dass das logischerweise Auswirkungen auch auf den öffentlichen Raum und die Art und Weise, wie wir diesen gestalten, haben muss. Und nun eine Banalität: Unter schattigen Bäumen gibt es einen Temperaturunterschied von bis zu 12 Grad weniger. Und deshalb braucht es schattige Baumalleen. Wenn wir schon dankenswerterweise in diesem Haus Millionen für mehr Bäume beschlossen

haben, dann ist es klug, sich in Erinnerung zu rufen, dass wir hier in diesem Haus auch ein Grünraumkonzept beschlossen haben.

Dieses Grünraumkonzept ist ein wirklich großartiges, denn es sieht nicht nur vor, dass der 50-prozentige Grünraumanteil unserer Stadt erhalten bleibt und ausgebaut wird, es sieht auch vor, dass Grünräume miteinander verbunden werden sollen und auf diese Art und Weise ein grünes Netzwerk entstehen soll, ein grünes Netz, das jede Wienerin und jeder Wiener innerhalb von wenigen Hundert Metern von ihrer Wohnadresse entfernt, sprich, innerhalb von drei Minuten zu Fuß, erreichen kann und sich so auch angenehm zu Fuß durch die Stadt bewegen kann, immer in schattigen und schönen Straßen. Ich persönlich halte dieses Konzept für eines der tollsten und spannendsten Konzepte der letzten Jahre. Im Jahr 2018 sind übrigens wesentliche Grundlagen für seine Umsetzung weiter erarbeitet und ausdifferenziert worden. Und auf die Gefahr hin, dass ich jetzt vom Abteilungsleiter der Magistratsabteilung 18, die dafür verantwortlich ist, gewürgt werde und morgen meine Abschiedsrede nicht mehr halten kann, möchte ich sehr wohl von dieser Stelle aus die Wiener Bezirke, die ja auch wesentliche Entscheidungskompetenzen haben, wenn es um Begrünung geht, einladen, sich das nicht nur zu Herzen zu nehmen, sondern Begrünungsmasterpläne für alle Bezirke nach und nach erarbeiten zu lassen, damit wir Bäume nicht eben nur pflanzen, sondern - ich wiederhole - nach strategischen Kriterien pflanzen und damit einen Mehrwert erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist einfach die Zeit auch schon wieder vorbei, und es gäbe sehr viel, auf das ich jetzt noch eingehen könnte. Nicht unerwähnt lassen will ich das Konzept „Produktive Stadt“, das von der Magistratsabteilung 21 in engster Kooperation mit der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer Wien erarbeitet worden ist, das sicherstellt, dass Industriegebiete, Gewerbegebiete, also gemischte Nutzungsgebiete weiterhin geschützt werden, gesichert werden, damit die Produktion in unserer Stadt auch Plätze vorfindet, wo sie sich einfach sozusagen niederlassen kann, und damit der Druck, den Bedarf nach Wohnungsbau zu decken, nicht in diese Gebiete einzieht, dort die Preise unleistbar macht und uns à la longue letztendlich Arbeitsplätze kostet.

Es ist auch ein Management gemeinsam mit der Wirtschaftskammer und auch dem Wirtschaftsressort vereinbart worden, das gerade startet und das jetzt diese Gebiete aktiv managen wird. Es wird drei Gebietsmanager geben, die diese Gebiete managen werden, schauen werden, dass sie nicht mehr hermetisch abgeschlossen sind, dass sie Teil der Stadt werden, dass es Durchwegungen gibt, dass es Investitionen in erneuerbare Energien gibt, und, und, und. Ich glaube, dass auch diese Zusammenarbeit eine ist, die Pionierarbeit bedeutet, auch im europäischen Kontext.

Lassen Sie mich an dieser Stelle, weil ich auch ganz kurz auf die Arbeit der Magistratsabteilung 19 eingehen will, ein einziges Beispiel für diese Arbeit erwähnen. Es ist sehr viel die Rede davon, dass wir unsere historische

Bausubstanz schützen wollen, die hier in Wien wirklich einmalig ist. Es ist ja auch eine Stadt, die den Zweiten Weltkrieg Gott sei Dank so überstanden hat, dass sehr viel von dieser Substanz noch da ist, und diese gründerzeitliche Substanz wollen wir und müssen wir erhalten.

Und deshalb - apropos Beharrlichkeit, manche würden in manchen Momenten sagen, Starrsinn -: Was uns gelungen ist, ist, mit sehr großer Beharrlichkeit eine Novelle der Bauordnung zu erreichen, mit der eben gründerzeitliche Häuser nicht einfach so abgerissen werden können, wenn sie nicht in einer Schutzzone sind. Wenn Sie mich fragen, was sich seither auf meinem Schreibtisch zum Vidieren getürmt hat, dann sind es ganz genau die Videnden, die mit dieser Novelle zu tun haben, wo dann einfach eine Entscheidung, und manchmal eine sehr schwierige Entscheidung, zu treffen ist: Erhalten wir etwas, oder geben wir doch noch die Bewilligung, dass es abgerissen wird?

Bei aller Kritik, die es gibt, sage ich an dieser Stelle: Die Stadt, die Lebensqualität, das Lebensgefühl in unserer Stadt bedroht nicht der soziale Wohnbau, sie bedroht nicht die eine oder andere größere Anlage, die gebaut wird, um jungen Menschen leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und sicherzugehen, dass das Wohnen auch mit Blick auf kommende Generationen leistbar bleibt. Das, was unsere Identität, wenn Sie so wollen, unser Lebensgefühl in der Stadt bedroht, ist die Abrissbirne. Und diese Abrissbirne haben wir weitestgehend stillgelegt.

Jetzt habe ich keine Zeit mehr, um über die anderen und sehr vielen Konzepte und Projekte des Jahres 2018 zu sprechen. Ich nutze nur die Gelegenheit, um mich zu bedanken - wie immer - bei meinem Büro, bei allen Abteilungsleitern meines Ressorts und bei der Magistratsdirektion, die schlussendlich auch dafür verantwortlich zeichnet, dass das alles umgesetzt werden konnte, selbstverständlich auch bei allen Mitgliedern meines Ausschusses, logischerweise beim Koalitionspartner und bei den grünen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die meine Arbeit gestützt haben, aber auch bei der Opposition. Und wer weiß, vielleicht werden, weil ich morgen meine letzte Rede halten werde und in meinen alten Tagen versöhnlich werde, alle etwas von meiner zartfühlenden Seite zu spüren bekommen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ sowie von GRin Ingrid Korosec.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft.

Ich darf die Frau Stadträtin für Kultur und Wissenschaft recht herzlich begrüßen und bitten, Platz zu nehmen.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Weber. Ich erteile es ihm. Die gewählte Redezeit ist 15 Minuten.

GR Thomas **Weber** (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen!

Zu Beginn möchte ich auch in der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe und der Einrichtungen der Geschäftsgruppe ein sehr herzliches Dankeschön für ihre Arbeit zum Wohle unserer Stadt und im Dienste der Wiener Bevölkerung aussprechen. Herzlichen Dank! *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN sowie von GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger.)*

Ich möchte mich zu Beginn auch bei den Ausschussmitgliedern und bei Ihnen, Frau Straubinger, für das gute Miteinander bedanken, das wir im Ausschuss haben. Auch dafür einen herzlichen Dank!

Kunst und Kultur sind identitätsstiftend, Kunst und Kultur sind ein Brennpunkt, ein Verstärker und ein Transporteur des gesellschaftlichen Diskurses, und Kulturpolitik ist in einer Stadt wie Wien, die Kunst und Kultur ja in ihrer DNA hat, mehr als das Fortschreiben des kulturellen Erbes und das Absegnen von Kulturförderungen. Kulturpolitik ist tatsächlich das Schaffen von Rahmenbedingungen, innerhalb derer eine freie Kunst- und Kulturszene stattfinden kann; eine freie Kunst- und Kulturszene, die wir nicht als Förderbittsteller sehen, sondern als gleichberechtigten Partner im kulturpolitischen Diskurs.

Ich meine, dass in den letzten Wochen und Monaten Entscheidungen im Bereich Kunst und Kultur in Wien getroffen worden sind, die gut sind, etwa die Bestellung der Leitung der Kunsthalle - diese mit einem Kollektiv zu besetzen, halte ich tatsächlich für eine richtige und gute Entscheidung; ich hoffe, dass dieses Leitungskollektiv auch mit frischen Ideen im Gepäck die Kunsthalle wiederbeleben wird und einem größeren Publikum zugänglich machen wird -, aber auch die Entscheidung über die künstlerische Leitung des Volkstheaters. Die Situation im Volkstheater ist ja nicht frei von Dramatik oder nicht eine einfache - wir wissen, das Haus steht halb leer -, und daher ist der erste Schritt, hier die künstlerische Leitung neu zu besetzen, auch wenn es im Prozess Verzögerungen gegeben hat, eine gute und auch eine richtige Entscheidung.

Ich meine auch, dass wir in den letzten Monaten gute Fortschritte gemacht haben, wenn es darum geht, den Dialog mit der freien Kunst- und Kulturszene zu initiieren. Das ist ein Punkt, der mir besonders wichtig ist, denn ich habe schon vorher gesagt, Kulturpolitik ist nicht das Absegnen von Kulturförderungen, sondern tatsächlich ein Diskurs, eine Diskussion, die wir führen. Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich auch auf das zweitägige Symposium im April mit dem Thema „Freie Szene - Freie Kunst. Soziale Gerechtigkeit - Fair Pay. Konkrete Strukturen und Ideen für Wien“ verweisen. Als außenstehender Beobachter weiß ich es nicht, aber ich kann mich nicht erinnern, dass es so ein Veranstaltungsformat unter der Ära Mailath-Pokorny gegeben hat. Ich meine, das ist ein erster guter und richtiger Schritt, um in einen Dialog mit der freien Kulturszene zu treten. *(Beifall bei den NEOS.)*

Auch gut sind Initiativen, die gesetzt worden sind, wenn es darum geht, die Eintrittsschwelle zu Kunst und Kultur in Form von Dezentralisierung niedriger zu gestalten.

ten, etwa die „Stadtlabore“, „Raus in die Bezirke“, raus an die Peripherie, das sind alles sehr unterstützenswerte Initiativen, von denen ich auch hoffe, dass sie dazu beitragen, dass das Kunst- und Kulturangebot in Wien niederschwelliger wird, denn ich glaube, es ist eine ganz wichtige Aufgabe in der kulturpolitischen Betätigung, sich der Frage zu widmen: Wie kann Kunst und Kultur mehr Menschen zugänglicher gemacht werden?

Alles gute Initiativen - so weit so gut. Ich sehe aber in einigen Bereichen, auf die ich jetzt eingehen möchte, auch Verbesserungspotenziale - oder weniger Entwicklungen in eine gute oder in eine positive Richtung. Das ist auf der einen Seite - na ja, wen wundert es - das Dauerthema Vereinigte Bühnen Wien, seit Jahren ein Dauerthema. 39 Millionen EUR - das ist mehr als die Hälfte aller anderen Theater zusammen - im Budget, und der Rechnungshofbericht hat hier schon auch ganz klar die organisatorische Aufstellung der Vereinigten Bühnen Wien innerhalb, als Teil der Wien Holding gezeigt: Während die MA 5 hier quartalsweise Berichte und Reportings bekommen hat, hat, so lesen wir, die MA 7 keine Berichte bekommen. Laut Stadtrechnungshof hat die MA 7 keine Informationen über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Bühnen gehabt, weshalb auch der Subventionsbedarf nicht mit den aktuellen Wirtschaftszahlen berechnet oder eingeschätzt werden konnte.

Jahrelang haben wir auf ein Zukunftskonzept der Vereinigten Bühnen Wien gewartet, sind vertröstet worden. Nun hat sich herausgestellt, das Zukunftskonzept über die Zukunftsszenarien am Musicalstandort Wien - das gibt es ja, das ist ja in Auftrag gegeben worden, es sind auch tatsächlich verschiedene Varianten geprüft worden -, diese Studie ist, wie man dem Stadtrechnungshofbericht entnehmen kann, nie an die MA 7 gelangt. Was mich ehrlich gesagt doch sehr verwundert, dass es da so eine schlechte oder mangelhafte Abstimmung zwischen der MA 7 und der MA 5 gibt. Was es hier braucht, ist mit Sicherheit ein Gesamtkonzept oder eine bessere Koordination, aber auf jeden Fall auch kulturpolitische Zielsetzungen, die man den Vereinigten Bühnen Wien mitgibt.

Zweites Thema - auch keine große Überraschung -: das Thema parteinahe Vereine. Ich sehe da auch keine Entwicklung in eine positive Richtung. Ob es das Donauinsselfest ist, das 1. Mai-Fest, das Stadtfest, die WienWoche, 13 parteinahe Vereine aus dem Poststück „Stadtteilkultur und Interkulturalität“ oder Verein Sammlung Rotes Wien oder die Grätzlfeste, was wir hier sehen, ist ein rot-grün-schwarzer Förderproporz. Hier werden oder wurden teilweise Vereine gefördert, die nicht einmal eine Web-Seite haben und wo es somit - auf diesen nicht vorhandenen Web-Seiten - auch kein vorhandenes Programm gibt. Das geht natürlich alles gar nicht. Obwohl mir immer wieder versichert wird, es ist alles in Ordnung, das Geld wird ordnungsgemäß verwendet: Nein, ich meine das nicht. Ich meine, wir haben in Wien ohnehin eine der höchsten Parteienförderungen der Welt, und ich meine, dass Parteifeste nicht aus dem Kulturbudget der Stadt Wien zu finanzieren sind. *(Beifall bei den NEOS.)*

Auch beim Thema Transparenz und Kulturförderungen sehe ich Verbesserungspotenziale. Ich meine, dass die Vergabe und die Verweigerung von Förderungen seitens der MA 7 auch begründet und öffentlich gemacht werden sollten. Ich meine, dass die Vergabe, Verwendung und Evaluierung von Subventionen durch ein Berichtswesen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Ich meine, dass parteinahe Vereine und Parteifeste keine Parteiförderungen bekommen sollten. Ich glaube auch, dass es hier gescheit wäre, eine „Cooling off“-Phase für politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, aber auch eine Informationspflicht über aktuelle politische Mandate bereits bei Antragstellung einzuführen.

Außerdem meine ich, dass auch die Etablierung von Förderrichtlinien - in allen Bezirken, wo solche noch ausständig sind - für die Vergabe von Bezirkskulturförderungen ein wichtiger Punkt wäre. Die Entscheidung über die Vergabe von Bezirksförderungen soll zukünftig auch nicht die Bezirksvorsteherin oder der Bezirksvorsteher treffen, sondern die Bezirkskulturkommission. Was es hier braucht, sind klare Compliance-Richtlinien, vor allem auf der Ebene der Bezirkskulturförderungen. Mitglieder der Bezirkskulturkommission, aber auch der Bezirksvorsteherung sollen in Zukunft keine Entscheidungen über eine Förderung eines Vereins, in dessen Vorstand sie sind, mittragen.

Und es braucht auch sehr klare Wirkungsziele im Bereich der Kunst und Kultur. Aus diesem Grund möchte ich heute auch einen Antrag einbringen, wonach sich der Wiener Gemeinderat für die Einführung von Wirkungszielen im Bereich Kunst und Kultur ausspricht. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ein Thema, das mir im Rahmen meiner Tour durch die Wiener Kulturinstitutionen auch immer wieder entgegenkommt, ist das Thema der fehlenden Infrastruktur. Da geht es vor allem um ganz einfache Dinge, nämlich um fehlende räumliche Infrastruktur, beispielsweise Atelierräume oder Proberäume. Es braucht aus meiner Sicht hier langfristige Lösungen, wie das Mitdenken von Kunst- und Kulturräumen in neuen Stadtentwicklungsgebieten, aber auch kurzfristige und mittelfristige Lösungen wie Zwischennutzungsmodelle in leeren Erdgeschoßzonen, welche es ja zur Genüge gibt. Da gibt es in anderen europäischen Städten schöne Beispiele, etwa in Basel oder in Amsterdam, auch Bremen und Kopenhagen kann man da nennen, die alle sehr deutlich eines zeigen: Es braucht ein klares Schnittstellenmanagement und ein magistratsübergreifendes Arbeiten.

Diesbezüglich möchte ich einen zweiten Antrag einbringen, wonach wir hier im Gemeinderat die Stadträtin für Kultur und Wissenschaft sowie jene für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen auffordern, Kooperations-, Vermittlungs- und Kommunikationsmaßnahmen ihrer Ressorts diesbezüglich zu forcieren, ungenutzte und im Eigentum der Stadt Wien stehende Flächen für Kunst- und Kulturschaffende zur Verfügung zu stellen.

Ich komme nun zum Schluss. Ich möchte mich abschließend auch bei Ihnen, Frau Stadträtin, für das gute

Miteinander in den letzten Monaten bedanken, und ich freue mich auf das weitere Miteinander. - Danke schön. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten. - Bitte schön.

GR Dkfm. Dr. Fritz **Aichinger** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte heute auch einmal mit der Feststellung beginnen, dass das letzte Jahr oder das Jahr, seit Sie dieses Amt ausfüllen, ein ganz anderes war als jene unter Ihrem Vorgänger. Wir hatten offene Diskussionen, wir hatten ganz einfach wirklich das Gefühl, dass auf uns auch ein bisschen gehört wurde, und das ist, glaube ich, sehr, sehr lobenswert. Ich möchte mich bei Ihnen persönlich bedanken, aber auch bei Ihrem Büro und bei den Mitarbeitern, weil ich glaube, dass das etwas sehr Wesentliches gewesen ist. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Thomas Weber.)*

Herzlichen Dank auch für diesen noch ausführlicheren Kulturbericht, den wir bekommen haben, der sehr intensiv zu lesen ist. Voriges Jahr habe ich schon gesagt, dass er einen Tag früher gekommen ist. Wenn wir ihn noch zwei, drei Tage früher bekommen würden, könnten wir ihn vielleicht noch ein bisschen intensiver studieren und die einen oder anderen wichtigen Dinge, die sehr, sehr interessant sind, herauslesen.

Ich möchte einmal damit beginnen - ich bin eben ganz einfach ein Zahlenmensch, und das kommt bei Ihnen auch gleich am Anfang vor -, dass das Budget, das Sie im Jahr 2018 gehabt haben, Gott sei Dank ein bisschen höher war. Es war konkret um 12 Millionen EUR höher als im Jahr 2017, das sind 6 Prozent. Ich weiß nicht, ob es ein anderes Ressort gegeben hat, wo es mehr Geld gegeben hat. Sie haben es geschafft, dem Finanzstadtrat ein bisschen mehr herauszulocken, ganz besonders bei der Wissenschaft - die haben sogar um 8 Millionen EUR mehr bekommen, also sind wir jetzt bei 43 Millionen, gegenüber 35 Millionen im Jahr zuvor. Also auch hier ein Zeichen in der Stadt der Wissenschaft. Wir wissen, Wien ist die größte deutschsprachige Universitätsstadt, und daher ist das ein Zeichen, dass wir das oder dass Sie das auch sehr, sehr ernst nehmen und hier im Großen und Ganzen einen Akzent gesetzt haben.

Es gibt natürlich aber auch immer wieder, keine Frage, die eine oder andere genaue Aufstellung. Wenn man sich die Statistik anschaut - sie ist erst im hinteren Teil enthalten -, so wird hier wirklich bis zu jeder kleinsten Subvention - bis zu Beträgen von 400 EUR, 500 EUR, 300 EUR - alles aufgelistet. Es gibt hier also eine Transparenz, die, glaube ich, sehr, sehr gut ankommt.

Noch einmal zurück zum Gesamtbudget, meine Damen und Herren. Hier ist es eben so, dass natürlich die darstellende Kunst der größte Brocken ist, mit zirka 103 Millionen - das heißt, fast die Hälfte geht in die darstellende Kunst -, und die anderen Bereiche erhalten dementsprechend weniger. Und auch dort gibt es wieder einen ganz großen Brocken, und das ist auch seit vielen Jahren ein Dauerbrenner, nämlich die sogenannten Großbühnen, mit einer ganz besonderen Großbühne,

den Vereinigten Bühnen, die immerhin 37 Prozent dieses Budgets alleine bekommen und deren Budget sogar vom gesamten Kulturbudget 18 Prozent ausmacht. Also ich glaube, das ist schon eine sehr, sehr große Summe. Sie weisen es mit einem kleinen Unterschied gegenüber den Vorjahren aus. In den Vorjahren wurde es noch anders ausgewiesen, nämlich inklusive Baukosten, und jetzt haben Sie die Baukosten herausgerechnet, um zwischen der Jahressubvention und den Baukosten zu unterscheiden.

Ich darf jetzt zu anderen Themen kommen und möchte vielleicht mit dem Volkstheater beginnen, das derzeit das aktuellste Thema ist. Wir wissen, das Volkstheater war und ist sicher in einer sehr, sehr prekären Situation, und zwar in mehrerlei Hinsicht. Auf der einen Seite ist es so, dass die Zahlen in der letzten Zeit sehr, sehr rückläufig waren, dass die Auslastung nur mehr knapp über 50 Prozent betragen hat und im Großen und Ganzen die Einnahmen extrem zurückgegangen sind. Nur mehr zirka 116.000 Besucher im Jahr hat das Volkstheater gehabt - für so ein Haus! Im Vergleich dazu die Josefstadt: Diese hat zirka 290.000 Besucher. Also eine sehr prekäre Situation. Hier erfolgte daher auch die Ausschreibung für eine Neubesetzung.

Abgesehen davon, muss man sagen, ist auch die Situation betreffend den baulichen Zustand ein Thema. Wir sollten aber diese beiden Dinge trennen. Ich möchte vielleicht noch ganz kurz ein bisschen auf das Auswahlverfahren eingehen. Es hat - auf Grund gewisser Umstände - schon ein bisschen länger gedauert. Wir wissen, es hat Anfang Jänner begonnen, mit einer Frist bis Februar. Es haben sich 72 Bewerber beworben. Es hat eine Jury gegeben, die Ihnen einen Dreivorschlag hätte machen sollen. Es wurde dann unterbrochen wegen finanzieller Diskussionen, weil sie geglaubt haben oder auch die Jury geglaubt hat, dass das Budget für dieses Theater zu klein ist - obwohl in den Ausschreibungen ja bekannt war, wie die Situation in diesem Theater aussieht. Es wurde dann von Ihnen mit 2 Millionen etwas nachgebessert und dann eine Entscheidung getroffen, die aber auch sehr, sehr überraschend war. Nämlich Kay Voges ist in letzter Minute dann - wie manche behaupten und wie man es auch heute in den Zeitungen, in der Presse lesen kann - aus dem Hut gezogen worden, hatte eigentlich kein Konzept und ist ohne Konzept bestellt worden.

Wir nehmen die Bestellung sozusagen momentan zur Kenntnis. Wir haben auch eine sehr, sehr detaillierte Anfrage an Sie gestellt, Frau Stadträtin, in der wir diesen Vorgang noch ein bisschen näher beleuchten wollen. Ich kann Ihnen aber nur sagen: Wir hoffen, dass diese Bestellung trotz alledem gut geht oder gut gegangen ist, damit wir dieses Theater wieder auf ein Niveau bringen, sodass es dieser Stadt würdig ist und ziemlich gleichrangig mit den anderen Bühnen ist. Wir wissen, wir haben in Wien sehr, sehr interessante Bühnen. Vor allem herausragend sind nicht nur die Bundestheater, sondern natürlich auch die Josefstadt, die ein tolles Programm und tolle Leistungen bietet und auch dementsprechend, glaube ich, gut dasteht. Ich hoffe daher, es geht mit

dieser Besetzung gut, und wir hoffen auch auf das Konzept.

Ein zweites Thema dazu ist die Frage - auch Sie haben diesbezüglich angekündigt, noch im Juli eine Pressekonferenz zu geben -, ob sich in der Struktur des Volkstheaters etwas ändert. Meiner Meinung nach ist es so, dass Sie damit die Struktur der Eigentümer meinen. Wir werden sehen, ob es hier zu einer neuen Struktur kommt, sodass man in Zukunft vielleicht auch vom Eigentümer erwarten kann, dass er sich ein bisschen um dieses Theater umschaut.

Nächstes Thema von mir: die Wiener Festwochen. Hier, Frau Stadträtin, hatten Sie voriges Jahr sehr rasch gehandelt, den Festwochenintendanten abgelöst und einen neuen, Christophe Slagmuylder, in kurzer Zeit benennen können. Der musste auch in kurzer Zeit dieses Festival auf die Beine stellen. Es war auch unter den Prätext gestellt, sozusagen mehr in die Außenbezirke beziehungsweise mehr aus der Stadt heraus zu gehen.

Das ist auch gelungen in dem Sinn, dass das Eröffnungswochenende zum Beispiel in der Donaustadt war und in einigen Bezirken etwas stattfand, aber trotz alledem muss man bei den Wiener Festwochen schon sagen, dass - ich sage es einmal so - noch Luft nach oben ist. Es ist ein Festival, das doch mit zirka 10,6 Millionen EUR subventioniert wird, und wenn man sich die Besucherzahlen anschaut, dann muss man davon ausgehen, dass es im Prinzip 39.000 Besucher - jetzt kann man sagen, das ist viel oder wenig - mit Karten waren, und es gibt noch die, wo keine Karten notwendig sind, das weiß ich sicherlich. Aber auch dort ist die Besucherzahl begrenzt, denn wenn man die Eröffnung am Rathausplatz herausnimmt - und ehrlicherweise kann man die Eröffnung der Festwochen am Rathausplatz, glaube ich, nicht unbedingt in die Besucherzahl einrechnen, weil da doch sehr viele Wienerinnen und Wiener kommen, alleine da 47.000 -, dann bleiben eben relativ wenige, nämlich 16.000 Besucher übrig. Da muss man sich schon fragen, ob nicht auch die Wiener Festwochen noch einiges nachlegen können, um ganz einfach noch mehr Publikum anzuziehen.

In dem Dossier oder dem Pressebericht, der jetzt vor wenigen Tagen über die Wiener Festwochen herausgekommen ist, sagt ja Slagmuylder selbst, es ist der Beginn des Nachdenkens und es muss noch einiges kommen. Also wir hoffen sehr, dass da im Großen und Ganzen noch mehr kommt, weil ich glaube, längerfristig wäre das nicht sehr, sehr erfolgreich.

Nächster Dauerbrenner, meine Damen und Herren, sind natürlich - ich habe es schon angeschnitten - die Vereinigten Bühnen Wien. Wir haben hier drei Bühnen. Morgen Vormittag findet ja eine Pressekonferenz statt, bei der ein Thema behandelt wird, nämlich die Sanierung des Raimund Theaters. Auch das Raimund Theater ist ja, was den baulichen Zustand betrifft, endlich herzurichten. Wir werden sehen, was sich morgen - ich werde mir das anhören - dort sozusagen abspielen wird beziehungsweise was uns vorgelegt wird.

Von den Vereinigten Bühnen ist weiters noch zu sagen - es ist vom meinem Kollegen Weber schon erwähnt

worden -, dass es einen Stadtrechnungshofbericht gegeben hat, und das Wesentliche, das darin festgestellt wurde, war, dass es nach wie vor kein Konzept gibt - oder kein Konzept, das bis zur Kulturabteilung, geschweige denn bis zum Gemeinderat, vorgedrungen ist. Es hat zwar intern Konzepte von der Wien Holding und von der MA 5 gegeben, aber das Konzept ist sozusagen nicht weiterverfolgt worden, und ich glaube, der Wiener Gemeinderat sollte über so ein Konzept schon auch Bescheid wissen, wenn es um so einen hohen Förderungsbetrag geht.

Mein Vorschlag oder der Vorschlag der neuen ÖVP war ja, dass man die VBW in Zukunft überhaupt eingliedert, weg von der MA 5 hin zur MA 7, sprich, zum Kulturstadtrat. Das ist Ihnen ja leider nicht geglückt, Frau Stadträtin. Wir haben es jetzt vom Herrn Bürgermeister sogar schriftlich bekommen, dass es nicht im Sinne der Stadt Wien ist, dass dieses Theater in Ihr Ressort oder in Ihre Zuständigkeit kommt - wie andere Beteiligungen wie eben Festwochen, Kunsthalle oder ähnliche Dinge mehr, die in Ihrer Obhut liegen. Das wird weiterhin von der MA 5, sprich, von der Wien Holding, verwaltet werden, und wir werden hoffentlich auch bald ein Konzept bekommen.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, hoffe ich, dass es eine weitere offene Diskussion geben wird und dass die Mittel, die wir in diesem Bereich zur Verfügung haben, effektiv eingesetzt werden. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Margulies. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. - Bitte.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch ich möchte mit einem großen Danke beginnen, allerdings mit einem Danke zunächst einmal an die zig Tausenden Kulturschaffenden in Wien, die diese Stadt tagtäglich bereichern. Viele von ihnen machen das in prekären Beschäftigungsverhältnissen, glücklicherweise nicht alle. Es gibt tatsächlich auch Musiker, Musikerinnen, SchauspielerInnen, Literaten, was auch immer, die davon leben können, aber das ist eine kleine Minderheit - so wie im Spitzensport: eine kleine Minderheit, die ganz gut davon leben kann -; die meisten oder viele von ihnen haben mit ihrem Kulturschaffen gerade so mit Ach und Weh ein Auskommen. Viele, sehr viele von ihnen arbeiten daneben in anderen Berufen. Und all diesen gilt der Dank, meines Erachtens tatsächlich der Dank der Stadt Wien - dafür, dass sie Wien Tag für Tag neu lebenswert machen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Es ist meines Erachtens auch eine Verpflichtung für uns, uns darum zu kümmern - in dem Wissen, dass es in Wien nur in einem eingeschränkten Maße geht -, dass wir es gemeinsam mit dem Bund schaffen, die Basis für Kulturschaffende in Österreich zu verbessern, damit es nicht ein täglicher Kampf ums Überleben ist. Und ich sage es ganz offen: Wir haben überhaupt nichts davon, wenn Musiker, Musikerinnen, KünstlerInnen in der Sozialhilfe oder in der Mindestsicherung sind. Da wäre es

doch viel intelligenter und gescheiter, dass wir uns als Bund und als Wien ein Stipendiensystem überlegen, das es Künstlern und Künstlerinnen zumindest eine Zeit lang ermöglicht, wirklich ihrem Kulturschaffen nachzugehen, ohne dem tagtäglichen Überlebenskampf ausgesetzt zu sein. Das heißt tatsächlich, dass sie in dieser Zeit auch Kultur schaffen, das bedeutet nicht Nichtstun. Ich glaube aber, es ist ein großer Unterschied zu einer Situation, in der man sich in der Sozialhilfe befindet und tagtäglich vorstellen geht. Und es würde uns auch im Zusammenhang mit den ganzen Fragen der Künstler- und Künstlerinnen-Sozialversicherung helfen, was immer noch ein größtenteils ungelöstes Problem ist, und auch bei der Frage betreffend Künstlerinnen und Künstler im hohen Alter. Da gibt es noch einiges zu tun für uns als Wien, für uns als Bund - das sage ich jetzt ganz bewusst, denn das kann man nicht so einfach trennen -, und diesem Tun sollten wir uns nicht verschließen.

Natürlich bedanke ich mich auch für die Kooperation und die Zusammenarbeit innerhalb der Geschäftsgruppe. Ich merke auch tatsächlich jedes Mal aufs Neue den Unterschied zwischen zum Beispiel Kulturausschuss und Finanzausschuss. Man weiß, es gibt die paar Punkte, wo die FPÖ niemals drüber kann, wo die ÖVP nicht drüber kann, wo die NEOS nicht drüber können, aber im Großen und Ganzen wird, so wie es meine Vorredner und Vorrednerinnen schon gesagt haben, sehr viel eigentlich gemeinsam entwickelt, gemeinsam besprochen. Es war auch - wie hat das geheißen, diese Lernreise, die wir gemeinsam nach Brüssel gemacht haben? (*Amtsf. StRin Mag. Veronica Kaup-Hasler: Werkstatt!*) Genau! - die Werkstatt-Reise, die wir gemeinsam 2018 nach Belgien gemacht haben, durchaus - glaube ich - für alle Fraktionen interessant. Ich glaube, wenn man weiter so miteinander arbeitet und gleichzeitig sowohl vom Büro als auch von den Magistratsabteilungen 7, 8 und 9 so unterstützt wird, dann kann man eigentlich nur allen Beteiligten Danke sagen.

Was ebenfalls schon gesagt wurde und was ich im Kulturbereich vielleicht trotzdem hervorheben will, ist, dass mit der Neubesetzung von Kunsthalle, Festwochen und Volkstheater - um jetzt nur ganz kurz die drei letzten zu nennen -, glaube ich, auch der Internationalität des Wiener Kulturschaffens etwas Gutes getan wurde. Wir bleiben weiterhin kosmopolitisch, und das kann für eine Kulturstadt wie Wien tatsächlich nur etwas Gutes sein.

Jetzt sage ich mit Blick in die Zukunft gleich noch etwas dazu, was vielleicht Peter Hanke nicht so gerne hören wird, was manche OppositionspolitikerInnen, die ständig „Nulldefizit!“ schreien, auch nicht hören wollen. Ich glaube tatsächlich, dass es im Bereich Kunst und Kultur und Wissenschaft eine deutliche Anhebung des Budgets braucht. Kollege Aichinger hat richtig gesagt, der Rechnungsabschluss 2018 zeigt eine leichte Erhöhung gegenüber 2017. 2019 wird es auch eine leichte Erhöhung gegenüber 2018 geben, aber in Wirklichkeit: Wien wächst, die kulturellen Bedürfnisse wachsen! Allein im Bereich der darstellenden Kunst wurden eigentlich bei den Mittelbühnen die Subventionen und Unterstützungen

fast im gesamten letzten Jahrzehnt nicht erhöht. Das gilt in eingeschränktem Maße auch für die freie Szene.

Wir brauchen da - jetzt nenne ich einmal eine Summe - 50 Millionen mehr, und das sollte es einfach einer Stadt wie Wien, einer Kulturstadt - die davon lebt, dass sie Kulturstadt ist -, das sollte es uns wert sein, auch damit wir neue Dinge entwickeln können, und - das wurde ebenfalls schon von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern angesprochen - gerade im Bereich der Dezentralisierung. Wir sind da einen entscheidenden Schritt gemeinsam weitergekommen - mit den „Stadtlaboren“, mit „Shift“, mit immer neuen Projekten und auch mit dem Ausweisen der Bezirksaktivitäten im Kulturbericht. Ich glaube, das ist etwas, was man, bevor man den Kulturbericht nicht gelesen hat, überhaupt nicht zu schätzen weiß, dass man plötzlich erkennt: Was passiert eigentlich auf Bezirksebene? Welche kleinen bis mittelgroßen Projekte werden von den einzelnen Kulturkommissionen in den Bezirken unterstützt und forciert in ihrer ganzen Diversität? Und was bedeutet das für diese Stadt?

Ich glaube, wenn man jetzt schwarz auf weiß nachlesen kann, dass - ich glaube - mehr als 3,5 Millionen EUR in eine Vielzahl von unterschiedlichen Gruppen geflossen sind, dann erkennt man erst, wie wichtig die Kulturpolitik in Wien auf allen Ebenen ist: auf der Bezirksebene, dann sage ich bewusst, auch auf der Vergabeebene von Magistrat und Jury, auf der Entscheidungsebene des Kulturausschusses oder des Gemeinderates, eben bis hin zu den großen Tankern.

Die Kultur in Wien lebt von der Literatur, vom Film, Theater, von der Musik. Sie lebt von den unterschiedlichen Entwicklungen auf allen Ebenen. Das sollten wir verstärken, da sollten wir weiter hineininvestieren, selbstverständlich auch - und vielleicht ein Punkt, auf den ich noch eingehen will und der von Kollegen Weber, glaube ich, schon angesprochen wurde - was die Zwischennutzungen betrifft: Ja, gerade für junge Künstler und Künstlerinnen ist das oft eine der bedeutendsten Geschichten. Wir werden im Bereich der kreativen Räume den Bereich der Zwischennutzung selbstverständlich verstärkt angehen. Und etwas, woran wir selbstverständlich auch weiter arbeiten, ist die Frage: Wie verbessern wir das Verhältnis insbesondere von Musikschaffenden, Anrainern, Verwaltung, indem wir schauen, dass wir - manche sagen „Nachtbürgermeister“, ich sage lieber „Vienna Club Kommission“ dazu - auch in Wien so etwas ins Leben rufen können? Wir werden daran weiter arbeiten, weil es wichtig ist, und ich hoffe, dass wir das nach wie vor gemeinsam tun. - Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich alle Damen und Herren auf der Galerie recht herzlich begrüßen, insbesondere die Damen von der SPÖ-Favoriten. Recht herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall.*)

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Berger. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten. - Bitte schön.

GR Stefan **Berger** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren

hier auf der Galerie und zu Hause vor den Bildschirmen! Sehr geehrte Kollegen!

Ich muss die Harmonie etwas trüben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Margulies, ein bisschen kritikfähig müssen Sie schon sein, das werden Sie schon aushalten. Von den ersten drei Rednern hat Kollege Weber vielleicht ein bisschen angesprochen, dass doch nicht alles so eitel Wonne und Sonnenschein ist und dass die Frau Stadträtin im vorigen Jahr da durchaus ein Ressort mit einigen Baustellen übernommen hat.

Die Frau Stadträtin - vielleicht zu Beginn das eine oder andere eher Persönliche - ist ja mittlerweile seit rund 13 Monaten in ihrem Ressort tätig. Man hat gedacht, aha, da kommt jemand von außerhalb der Wiener Parteistruktur der SPÖ und bringt da vielleicht einen frischen Wind herein. Ich habe auch wohl wahrgenommen, wie Sie sich im vergangenen Jahr beim Rechnungsabschluss und beim Budget Ihre Notizen zu unseren Kritikpunkten gemacht haben, allerdings habe ich mittlerweile einigermaßen den Eindruck, dass Sie ein bisschen von Ihrer Partei, die Sie nominiert hat, ausgebremst werden, nämlich insbesondere auch, was das Thema Transparenz anbelangt. Es gibt zwar in dem einen oder anderen Bereich sehr wohl Fortschritte, etwa dass wir, wenn Vergaben in kleinerem Ausmaß oder schlichtweg die Rahmenbeträge genehmigt wurden, im Ausschuss auch Informationen darüber erhalten, wie im vergangenen Jahr dann tatsächlich die Vergaben erfolgt sind. Als mir dann allerdings aktuell ein Rechnungshofrohbericht medial zu Ohren gekommen ist, musste ich feststellen, dass es um Wien alles andere als gut bestellt ist, wenn es um das Thema Transparenz geht.

Der Bundesrechnungshof hat nämlich im vergangenen Jahr, zwischen Februar und Mai 2018, Großveranstaltungen der Stadt Wien geprüft, unter anderem das Donauinselfest der SPÖ, das ÖVP-Stadtfest beziehungsweise die von den GRÜNEN initiierte WienWoche. Auf Grund des öffentlichen Interesses, das diesen Veranstaltungen nun einmal zuteil wird, auf Grund der medialen Berichterstattung und durchaus auch auf Grund der Besucherzahl ist diesen Veranstaltungen entsprechend Bedeutung zugemessen worden, und der Rechnungshof hat sich diese Veranstaltungen einmal genauer angeschaut. Es sind auch noch ein paar andere Veranstaltungen mit dabei, wie der Life Ball beziehungsweise Veranstaltungen, die in Räumlichkeiten des Rathauses oder am Rathausplatz stattgefunden haben, aber ich möchte mich in meinen Ausführungen jetzt auf die drei zuerst genannten beschränken.

Zusammenfassend - insbesondere medial ist der Rechnungshofbericht ja schon kolportiert worden, er dürfte irgendwie aus Ihrem Büro an die Medien hinausgespielt worden sein - muss man schon ganz offen sagen, dass dieser Rechnungshofbericht ja wirklich vernichtend ist, wie man eigentlich selten einen zu lesen bekommt, meine Damen und Herren. Offensichtlich gibt es hier herinnen irgendeine rot-schwarz-grüne Einigung, einen Konsens, dass man sich da gegenseitig die Stange hält, dass man es da wechselseitig mit der Transparenz nicht allzu genau nehmen möchte. Ich muss aber

auch sagen, unterm Strich ist das eigentlich sehr deprimierend für die vielen kleineren Vereine, die ja nicht nur bei der Stadt Wien, sondern auch in den einzelnen Bezirken, bei den Bezirkskulturbudgets ihre Anträge stellen, die dort keine Personalkosten verrechnen, sondern die ehrenamtlich tätig sind und die mit 500 oder mit 1.000 EUR oder mit 2.000, 3.000 EUR abgespeist werden. Die werden sich angesichts dieser Modalitäten und Zustände, die der Rechnungshof da zu Tage gefördert hat, schon ihren Teil denken.

Bevor ich jetzt bei der einen oder anderen Veranstaltung ins Detail gehe, muss ich schon auch ganz offen sagen: Ich meine, ich bin jetzt seit 2015 in diesem Gremium, im Gemeinderat, tätig. Wenn ich mir Protokolle von vergangenen Jahren anschau und lese, was unsere Kritikpunkte an diesen Veranstaltungen waren, dann muss ich sagen, dass der Rechnungshof jetzt mit dieser Prüfung eigentlich eins zu eins all das bestätigt hat, was unsere Kritikpunkte in der Vergangenheit waren, was unsere Befürchtungen waren, die ja zum Teil, wie dieser Rechnungshofbericht auch zeigt, eigentlich noch in viel schlimmerer Form eingetreten sind, als sie von uns damals dargestellt wurden.

Ich möchte jetzt mit dem Thema Donauinselfest beginnen. Es hat ja erst am vergangenen Wochenende wieder stattgefunden und ist ohne Frage eine große Veranstaltung: Viele Künstler, ein entsprechender Aufwand, der damit verbunden ist.

Nicht umsonst verschlingt diese Veranstaltung auch ein Budget von rund 4 Millionen EUR, wobei rund 40 Prozent der Mittel für diese Veranstaltung aus dem Kulturbudget kommen. Das sind 1,81 Millionen EUR, die der Verein Wiener Kulturservice als Mitveranstalter mit der SPÖ-Wien hier ausgezahlt bekommt.

Damit sind wir schon bei dem Thema, das auch Kollege Weber eingangs angesprochen hat und wo zwischen unseren Parteien - jetzt SPÖ und FPÖ - zumindest auf Bundesebene Konsens besteht: Österreich hat ein sehr gutes System der Parteienfinanzierung, der staatlichen und öffentlichen Parteienfinanzierung. Ich glaube, da muss man nicht zusätzlich auch noch ins Kulturbudget mit hineinlangen, noch dazu im Ausmaß von solchen Summen. Denn wer am Donauinselfest unterwegs ist, der weiß, dass dort einschlägig zuordenbare Parteien, Verbände, Vereine, Vorfeldorganisationen sind, und von diesen 1,81 Millionen EUR, die der Verein Wiener Kulturservice für das bekommt, fließen rund 1,5 Millionen EUR direkt eben in dieses Donauinselfest.

Aber dem offenbar noch nicht genug. Wie der Rechnungshof aufgedeckt hat, gibt es da sehr wohl auch noch andere Rechnungslegungen, nämlich Rechnungslegungen von der SPÖ-Wien an diesen Verein Wiener Kulturservice, der der Mitorganisator beziehungsweise ja im Endeffekt der Förderungsempfänger für das Donauinselfest ist. Und da haben sich schon einige Dreistigkeiten und Schabigkeiten herausgestellt, die die Wiener Steuer- und Gebührenzahler, glaube ich, alles andere als erfreuen. (*Zwischenruf von GR Dr. Kurt Stürzenbecher.*)

Herr Kollege Stürzenbecher, die SPÖ hat nämlich die Dreistigkeit besessen, 407.000 EUR diesem Verein, der

aus Kultursubventionen finanziert wird, für Parteimittel und Parteierwerb in Rechnung zu stellen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die MA 7 hat einen entsprechenden Leitfaden, mit welchen Voraussetzungen man Kultursubventionen beantragen kann, und dazu zählen sicher nicht SPÖ-Kugelschreiber, SPÖ-Feuerzeuge oder sonstige Werbemittel, die hier in Rechnung gestellt wurden. Und insbesondere gehören dazu auch nicht Rechnungen über Heizöl- und Diesellieferungen an irgendwelche Privatadressen in Niederösterreich, Tankstellenrechnungen, wo kein Verwendungszweck draufsteht, und mit Sicherheit gehören dazu auch nicht Taxifahrten, ohne dass genannt wird, wer der Fahrgast war, was der Fahrtzweck war und wo der Fahrweg war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ! Diese Dreistigkeit müssen Sie sich zuschreiben lassen, und deren Schilderung müssen Sie heute hier auch über sich ergehen lassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt könnte man sagen: Die Subventionen sind ja bei der MA 7 entsprechend abzurechnen beziehungsweise erfolgt die Abrechnung dort. Wieso ist man da zuvor bei der MA 7 nicht draufgekommen, dass es da offensichtlich Unstimmigkeiten, Querfinanzierungen, Parteifinanzierungen über das Kulturbudget gibt? - Ja, die Sache läuft ganz einfach mit einem Schmah: Wenn man gewissermaßen eine - so heißt das wörtlich - bilanzierende Institution ist, dann braucht man als Verein nur den Jahresbericht vorzulegen. Da werden nicht die einzelnen Belege geprüft, was aber vielleicht insbesondere im Fall der SPÖ oder des Vereins Wiener Kulturservice anscheinend sehr vonnöten wäre, dass man da genauer nachschaut und das Ganze einmal durchlüftet und sich die ganzen Rechnungen und Belege dort ordentlich anschaut.

Herausgestellt hat sich bei dieser Prüfung durch den Rechnungshof nämlich auch, dass es da offensichtlich auch gröbere Missstände bei den Ordner- und Hilfsdiensten gegeben hat. Es ist nämlich im Prüfungszeitraum für rund 200 Personen eine Summe von rund 170.000 EUR aufgewendet worden. Anscheinend, laut Rechnungshof, hat das so funktioniert, dass einem ein Zettel hingelegt worden ist, mit dem man dann eine Honorarnote gelegt hat und wo draufgestanden ist, dass der Mitarbeiter für seine Anmeldung bei der Krankenversicherung selbst verantwortlich ist. Und es ist gekommen, wie es kommen musste: 2015 ist die Finanzpolizei am Donauinselfest aufmarschiert, hat entsprechend Kontrollen durchgeführt, und am SPÖ-Donauinselfest wurden Mitarbeiter gefunden, die nicht bei einem Krankenversicherungsträger angemeldet worden sind, meine sehr geehrten Damen und Herren - also auf dem Fest genau jener Partei, deren Vertreter insbesondere die letzten eineinhalb Jahre bei jeder Gelegenheit den Teufel an die Wand gemalt haben, wenn die Bundesregierung irgendwelche Maßnahmen getroffen hat, Entscheidungen getroffen hat, und von deren Vertretern Unternehmen, Konzerne kritisiert worden sind und pausenlos der Teufel des Kapitalismus und des Ausbeuters und der Heuschrecken an die Wand gemalt wurde. Und genau diejenigen schaffen es nicht einmal, obwohl sie ohnedies die

Subvention erhalten, die Mitarbeiter bei dieser Veranstaltung entsprechend korrekt anzumelden und für eine Krankenversicherung ihrer Mitarbeiter zu sorgen. Meine Damen und Herren, das ist wirklich beschämend und entbehrt eigentlich jeder Grundlage. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber der Dreistigkeit noch nicht genug. Es hat dann natürlich eine Verwaltungsstrafe gegeben, und was glauben Sie, wie diese Verwaltungsstrafe beglichen worden ist? - Aus den Kulturfördermitteln der Stadt Wien, meine sehr geehrten Damen und Herren! Also das ist dann wirklich ein Umstand, der dem Fass den Boden ausschlägt. Nicht nur, dass man es selbst schon versammelt, dass es da offenbar Mitarbeiter gibt, die, wenn ihnen irgendetwas passiert, nicht einmal sozialversichert sind, man ist dann auch noch so dreist und greift noch einmal in den Steuertopf hinein und begleicht die Strafe aus diesen Kultursubventionsmitteln.

Herr Kollege Margulies steht heraußen und jammert, gewissermaßen auch zu Recht, dass es zu wenig Budget gibt. Wenn man auf der anderen Seite so damit umgeht, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass wir mit dem aktuellen Budget hier kaum ein Auslangen finden. Und ja, es hat dann offensichtlich des Rechnungshofs bedurft, dass der dann irgendwie angeregt hat, die SPÖ und der dazugehörige Verein mögen doch bitte dafür sorgen, dass die Mitarbeiter in Zukunft entsprechend angemeldet sind.

Aber nicht nur bei der SPÖ gibt es einschlägige Kritik, sondern auch bei der WienWoche der GRÜNEN, die diese Veranstaltung mit dem Verein zur Förderung der Stadtbenützung austragen, mit einer Subvention in der Höhe von jährlich 453.000 EUR. Dort ist es so: Es gibt an sich von der MA 7 aus den Leitfaden, dass es für das Projekt, für das man eine Förderung haben möchte, eine entsprechend detaillierte Aufstellung braucht, was gefördert werden soll, welche Projekte dort genau gefördert werden sollen. Bei den GRÜNEN geht das anscheinend auch ohne das, denn da wird einfach nur ein Generalthema vorgegeben - komme dann, wer wolle, und so nach dem Motto: Dann wird halt abgerechnet und dann schauen wir, wie viel übrig ist und was man alles dazu machen kann.

Wenn jemand so eine Veranstaltung aufziehen möchte - ja, ist gut, privat gerne. Aber, meine Damen und Herren, wir reden hier von öffentlichen Mitteln, die vom Steuer- und Gebührenzahler bereitgestellt werden, und da, meine Damen und Herren, sind wir der Meinung, dass andere Maßstäbe gelten müssen, nämlich eben der Leitfaden der MA 7, der ja vorgegeben ist. Und das, meine Damen und Herren, sieht auch der Rechnungshof genauso.

Bei diesem Verein haben sich dann allerdings auch noch andere, ja, Wahnsinnigkeiten herausgestellt. Es ist nämlich das Geld nicht nur für diverse Kunstprojekte verwendet worden, sondern einfach auch für die ganzjährige Verwaltung. Es sind da Leitungsorgane auf Bildungsreisen quer durch Europa geschickt worden, obwohl zum Zeitpunkt der Reise schon bekannt war, dass sie im nächsten Jahr ohnedies nicht mehr Leitungsorga-

ne sein werden. Man hat eine Leitungsorgansuche auf Kosten der öffentlichen Fördermittel betrieben, man hat für das Leitungsorgan Deutschkurse gebucht - das finde ich auch sehr interessant -, und man hat mit diesen öffentlichen Fördermitteln auch die Nachbereitung für die Stadtrechnungshofprüfung beglichen. Also offensichtlich herrscht da bei den Belegen ein derartiger Sauhaufen, dass man eigens wieder jemanden heranschaffen musste, der für die Stadtrechnungshofprüfung irgendwie ein bisschen Ordnung schafft.

Der Rechnungshof sieht das gleich wie wir: Das steht ganz klar im Widerspruch zu den Leitlinien der MA 7, und das ist abzustellen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zu einem Punkt bei diesem Bereich möchte ich auf jeden Fall noch kommen. Es hat dann ein Jahr gegeben, wo die Subvention nicht zu 100 Prozent verbraucht wurde. Es ist vollkommen klar. Praxisnahe ist das relativ unrealistisch, dass man jedes Jahr genau auf die 453.000 EUR hinarbeitet, aber wenn die Subventionsmittel auf einer entsprechenden Abrechnung nicht verbraucht werden, dann ist das Geld schlichtweg zurückzuzahlen. In dieser Hinsicht geht es jedem kleinen Verein in einem Bezirk gleich: Wenn die Subventionsmittel nicht zu 100 Prozent verbraucht werden, dann ist das zurückzustellen. Das ist offensichtlich bei den GRÜNEN nicht so erforderlich, da nimmt man es nicht so genau. Jedem kleinen Verein steigt man allerdings auf die Zehen beziehungsweise haut denen auf den Finger.

Schade, dass der Herr Ellensohn nicht da ist. Vielleicht noch eine kleine Anekdote aus diesem Bericht: Eine Belegsprüfung von Seiten der MA 7 hat es auch hier nicht gegeben, denn es ist ja eine bilanzierende Institution. Der Rechnungshof hat sich diese Rechnungen aber sehr wohl angeschaut und musste feststellen, dass es da Rechnungen in stattlichen Höhen gibt, wo keine Leistung beziehungsweise kein Rechnungszweck dabeisteht. Der Herr Ellensohn, steht ja laufend hier heraußen und erzählt uns irgendetwas von einer Länderbank oder von Österreichs südlichstem Bundesland, wie dort irgendwo irgendwelche Umstände sind. Dabei gibt es im selben Verein Rechnungen, wo man sich fragt: Wo war die Leistung für das alles, was hier entsprechend eingereicht wurde?

Zwei Sätze noch zum letzten Punkt, Stadtfest der ÖVP-Wien: Auch hier schaut es nicht sonderlich besser aus als bei den anderen Vereinen. Fördersumme: 409.000 EUR. Auch hier gibt es offenbar Rechnungen, die nicht sonderlich detailliert im Leistungsnachweis sind. Der Rechnungshof sagt: Auch hier sind die Leistungen nur rudimentär beschrieben. Interessant ist: Im Prüfungszeitraum 2015 hat es genau 3 Rechnungen gegeben für eine Summe von 409.000 EUR. Also, Frau Stadträtin, ich meine, das ist nicht die Transparenz, wie wir sie uns vorstellen.

In diesem Sinne - woran es auch immer bei der MA 7 scheitert, wahrscheinlich liegt es an den personellen Ressourcen -, aber sorgen Sie bitte als politische Verantwortungsträgerin dafür, dass man hier entsprechend etwas weiterbringt, dass man hier einfach die Leute zur

Verfügung hat, damit man hier in Zukunft besser prüfen kann, damit mehr Transparenz herrscht. Dann werden wir, davon bin ich überzeugt, mit dem Kulturbudget auch insgesamt wieder ein besseres Auslangen finden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug knapp 18 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin ... - Oh Entschuldigung. Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Margulies gemeldet. - Bitte.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): In aller Kürze und ganz unaufgeregt: Es wird etwas nicht richtiger, wenn Sie es bei jedem Voranschlag oder Rechnungsabschluss wiederholen. Ja, es stimmt, die WienWoche wurde vor vielen Jahren von den GRÜNEN mitinitiiert. Seit damals sitzen die GRÜNEN weder in einem Vorstand noch in einem Kuratorium, noch haben die GRÜNEN Mitsprache beim Programm oder irgendetwas anderem. Ich wollte nur, dass Sie das wissen. Die WienWoche hat in diesem Sinne nichts mit den GRÜNEN zu tun. Wir distanzieren uns nicht davon, dass wir es initiiert haben. Wir halten sie nach wie vor für sinnvoll. Überdies würde ich Sie ersuchen, keinen Vergleich zu ziehen zwischen dem Fall Hypo, wo es um 17 Milliarden EUR ging, und der WienWoche. Da sind es nämlich 10.000 EUR, glaube ich, steht im Rohbericht, die maximal bei der WienWoche irgendwie nicht ganz so verwendet werden, wie es der Rechnungshof will. *(Zwischenruf von VBgm Dominik Nepp, MA.)* Bitte nicht gleichsetzen! Hypo, FPÖ: 17 Milliarden EUR, WienWoche: 10.000 EUR. Okay, gut. Danke sehr. *(Heiterkeit und Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: So, jetzt kommt aber GRin Mag. Straubinger zu Wort. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. - Bitte schön.

GRin Mag. Sybille **Straubinger**, MBA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Jetzt haben wir so viel Kultur in dieser Kulturdebatte gehabt in den ersten Wortmeldungen. Jetzt gab es so einen Rundumschlag, auf den ich gar nicht näher eingehen, denn es gibt auch einen Grund dafür, dass Rohberichte eigentlich nicht öffentlich sind, weil sie noch Stellungnahmen einholen. Insofern sollte man das dann diskutieren, wenn der Rechnungshofbericht vorliegt.

Ich habe mir in den letzten paar Tagen überlegt, wenn ich an Kultur beziehungsweise an das Ressort Kultur und Wissenschaft denke, was mir dazu einfällt. Ein Begriff ist mir dann in den Sinn gekommen, dass nämlich diese Stadt von Kunst und Kultur durchflutet ist. Das erlebe ich tagtäglich, und das hat lang zurückreichende Gründe und Entscheidungen. Das ist so ein imperiales Erbe, das wir natürlich haben, das sind die Gebäude und Museen und damit verbunden eine lange kulturelle Tradition. Das ist aber auch eine Folge von Entscheidungen, die noch nicht so lange zurückliegen. Die Gebäude des Roten Wien vom Karl-Marx-Hof bis zum Rabenhof bis zu Erholungsgebieten wie der Donauinsel gehen zurück auf Entscheidungen in jüngerer Zeit, nämlich Entscheidungen für Förderung und zu Entwick-

lung von zeitgenössischer Kunst und Kultur, dass nämlich auch Kunst und Kultur der Gegenwart gefördert wird, und das sind vor allem auch Entscheidungen, die für die Zukunft und für das zukünftige kulturelle Leben in der Stadt wegweisend sind.

Darum kommen ganz viele Touristen. Das ist einer der Hauptgründe dafür, dass die Menschen Wien besuchen und sich die Stadt anschauen, aber das sind auch Gründe dafür, dass die Lebensqualität in dieser Stadt so hoch ist und dafür, dass die BewohnerInnen, die Wienerinnen und Wiener das alles nicht nur für ein Wochenende, nicht nur im Urlaub haben, sondern das ganze Jahr über.

Und diese Entscheidungen, die die Stadt im kulturellen Bereich weiterentwickeln, die Kunst und Kultur weiterentwickeln und nicht nur ein Erbe verwalten, die passieren natürlich auch jetzt in allen Abteilungen der Stadt, in der MA 7, in der MA 8, in der MA 9, die ja alle zur Geschäftsgruppe gehören, und die basieren aus meiner Sicht auf ein paar sozusagen Handlungsleitungen. Das eine ist, dass es eine Entscheidung für Vielfalt gibt, und zwar für eine Vielfalt, die ein breites Angebot und ein breites Spektrum abdeckt. Ich war vor Kurzem bei der Saisonöffnung der Tschauner-Bühne, die gleichzeitig 110 Jahre gefeiert hat, und habe dort festgestellt: In einer Woche kann man in Wien die Stegreifbühne, die 110 Jahre alt ist, besuchen, man kann die Wiener Festwochen besuchen, hat gleichzeitig den Life Ball und parallel dazu noch die Basis.Kultur.Wien, die mit dem „Wir sind Wien“-Festival in allen Bezirken der Stadt an allen Grätzeln, in Parks und allen Ecken und Enden präsent ist und dort Theater, Musik, Literatur erlebbar macht an ungewöhnlichen Orten und quasi bei freiem Eintritt.

Das Zweite ist eine Entscheidung auch für Bewegung und für Weiterentwicklung, und zwar eine Bewegung, die die Kultur und die Häuser, die es in dieser Stadt gibt, in Bewegung hält. Das ist zum einen ein Angebot, dass auch neue Stärken entwickelt werden. Ich bin jetzt auch schon recht lange im Kulturausschuss und habe erlebt, dass der österreichische Film eine Bedeutung wieder bekommen hat, dass die Mode eine Bedeutung bekommen hat, dass das Tanzquartier sich etabliert hat. Tanz war vor 10 oder 15 Jahren kein Thema in dieser Stadt. Es ist also in den letzten Jahrzehnten gelungen, auch neue Stärken zu entwickeln, diese Bewegung sozusagen fruchtbar zu machen.

Das Dritte ist der Bereich Unterstützung. All diese Orte, diese Produktionen, diese Kreativität, all das wäre eben nicht möglich, wenn es nicht ein klares Bekenntnis der Stadt zu einer öffentlichen Finanzierung von Kunst und Kultur gäbe. Plus 6 Prozent, es ist schon erwähnt worden, rund 240 Millionen EUR standen im Jahr 2018 zur Verfügung. Ich bin auch davon überzeugt, dass es natürlich notwendig ist, die großen Tanker, die großen Institutionen zu unterstützen und zu fördern, dass es aber auch diese Breite braucht. Denn in der Breite entsteht ganz viel Neues, in der Breite entsteht ganz oft Innovation, und aus dieser Breite heraus entwickelt sich oft auch eine neue Spitze.

Der vierte Punkt, den es, glaube ich, auch braucht, gerade in der Kultur, und den wir jetzt auch erlebt haben, ist Mut. Mut, wenn es darum geht, Dinge zu ermöglichen, auch Risiken einzugehen, neue Wege zu gehen. Wenn man neue Wege geht, weiß man oft nicht, wo diese enden und wie es endet, aber ohne bleibt man auf sozusagen auf ausgetretenen Pfaden. Mit der StRin Veronica Kaup-Hasler haben wir im Jahr 2018, glaube ich, alle gemeinsam eine Stadträtin erlebt, die diesen Mut hat und auch bereit ist, ungewohnte Wege zu gehen. Vieles wird heute noch von meinen KollegInnen angesprochen werden, daher möchte ich nur ein paar wenige Beispiele bringen, die jetzt nicht nur den Mut zeigen, sondern auch die Vielfalt und die Bewegung illustrieren, die damit verbunden ist und die damit ins Wiener Kulturleben gebracht worden ist.

Sichtbar geworden ist das, glaube ich, 2018 vor allem auch an ganz vielen Neubestellungen und Neubesetzungen, die vorgenommen wurden. Mit Christophe Slagmuylder haben die Wiener Festwochen eine neuen Intendanten bekommen, der auch neue Wege gegangen ist, der es in einer wirklich sehr kurzen Vorbereitungszeit geschafft hat ein sehr dezentrales Festival zu organisieren, der die Auslastung auch schon leicht steigern konnte, der in der ganzen Stadt präsent war und sehr spannende Produktionen nach Wien gebracht hat. Ich werde das nächste Mal nicht mehr den Fehler machen, das Programm erst so spät intensiv zu durchforsten, denn vieles von dem, was ich noch sehen wollte, war dann leider schon ausverkauft. Es lässt auch gleichzeitig auch Gutes und Großes für 2020 warten, wo mehr Zeit ist und wo weiterentwickelt werden wird.

Die Neuübersetzung und Neuausrichtung auch des Volkstheaters ist ein zweiter Punkt, wo im Vorfeld von der Stadträtin viele Gespräche geführt worden sind, wo es zwei Millionen mehr gibt, die im Zuge dieses Prozesses aufgestellt und bereitgestellt wurden. Dieses Geld wurde von Seiten der Stadt bereitgestellt, leider nicht von Seiten des Bundes, obwohl es immer durchaus Usus war, dass sich auch der Bund hier beteiligt. Sehr schade, aber mit Kay Voges kommt jedenfalls Bewegung in dieses Theater, und ich bin ganz sicher, dass das auch eine sehr spannende Saison Ende 2020 werden wird.

Das war es dann auch schon mit den Neubesetzungen, nämlich mit den männlichen Neubesetzungen, denn der Großteil - das möchte ich jetzt auch einmal hervorheben - der Neubesetzungen 2018 war weiblich. Ich möchte diese Frauen auch namentlich vor den Vorhang holen. Das soll man ja allgemein tun, weil das viel zu selten geschieht.

Mit Eva Sangiorgi ist im letzten Jahr die Viennale neu besetzt worden. Veronika Steinböck hat das Kosmos Theater übernommen. Cornelia Anhaus ist die künstlerische Leiterin des Theaters am Petersplatz das jetzt in einen Spielstättenverbund mit dem Werk X ist. Bettina Kogler die künstlerische Leiterin des Tanzquartiers. Esther Holland-Merten: Die künstlerische Leitung bei WUK performing arts. Und last but not least, wir haben es heute schon gehört, das Künstlerinnenkollektiv der Kunsthalle: WHW What, How & for Whom. Ich freue

mich sehr. Ich finde es wirklich großartig, dass es ganz viel geballte Frauenpower und Frauenkraft in ganz wichtigen Positionen gibt. Das ist nicht selbstverständlich, und dafür möchte ich mich auch bei der Stadträtin sehr herzlich bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vielfalt, Bewegung, Unterstützung und auch Mut wird es auch in den nächsten Jahren brauchen, und das wird es auch sicher geben in den nächsten Jahren. Es gibt nämlich eine ganze Reihe an Vorhaben, an Projekten, an Ideen, die jetzt schon angerissen wurden, auch im Jahr 2019, nämlich, wie schon erwähnt, von Fair Pay mit der gemeinsamen Veranstaltung mit der IG Kultur, wo es darum geht, Modelle und Möglichkeiten auszuloten, um eine faire Bezahlung im Kulturbereich zu erreichen.

Es ist auch wichtig, neue Wege bei Förderentscheidungen mit dem Musikbeirat zu gehen, aber auch in der Stadtteilkultur und in der Interkulturalität, einer Abteilung, die so wichtig ist für die Stadt, weil sie über 450 Vereine fördert, die diese Buntheit der Stadt repräsentieren, die Vielfalt widerspiegeln und in unzähligen kleinen und größeren Veranstaltungen quer über 23 Bezirke dieser Stadt diese kulturelle Vielfalt erlebbar machen. Natürlich nicht zu vergessen sind auch dezentrale Kulturprojekte, die im Fokus stehen, wie die schon erwähnten „Stadtlabore“ und auch der - unter Anführungszeichen - Neubau, nämlich die Renovierung, die Erweiterung des Wien Museums der Stadt. Dieses Museum zeigt die Geschichte, aber auch die Gegenwart der Stadt, und all das wird mit dieser Renovierung in einem glänzenden Licht erstrahlen.

Dafür braucht es neben einer engagierten Stadträtin aber auch ganz viele kreative Künstlerinnen und Künstler. Daher möchte ich mich sehr dafür bedanken, dass Sie in dieser Stadt arbeiten, dass Sie hier sozusagen kulturell tätig sind, denn Sie bereichern die Stadt. Es braucht ganz viele engagierte Mitarbeiterinnen in der Geschäftsgruppe, und auch bei denen möchte ich mich sehr herzlich bedanken, denn man merkt in Ihrer Tätigkeit auch nicht nur das Engagement, sondern auch die Liebe zur Stadt. Bedanken möchte ich mich aber natürlich auch beim Kulturausschuss, nämlich für diese konstruktive Zusammenarbeit, die wir erlebt haben. Ich freue mich auf die kommende Arbeit für ein vielfältiges, weltoffenes, kritisches und jedenfalls bereicherndes kulturelles Leben für alle. Das soll für alle da sein und gemeinsam gestaltet werden, denn zusammen sind wir schließlich Wien. Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 11 Minuten. Als Nächster ist Herr GR Dr. Ulm zu Wort gemeldet. Individuelle Redezeit 10 Minuten. - Bitte schön.

GR Dr. Wolfgang **Ulm** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Stadträtin!

Es ist noch nicht allzu lange her, im März hat eine Sitzung des Stadtrechnungshofausschusses stattgefunden. Da habe ich eine Frage an den Herrn Finanzstadtrat gestellt. Und zwar habe ich den Herrn Finanzstadtrat gefragt, ob er sich eigentlich auch als Kulturstadtrat fühlt. Er hat - glücklicherweise für die tatsächliche Kulturstadt-

rätin vielleicht, aber unglücklicherweise vielleicht für die Wiener Kulturszene - gesagt: „Nein, ich fühle mich nicht als Kulturstadtrat, keine Sorge. Die Kultur ist bei der Kollegin Stadträtin bestens aufgehoben.“ Es ist aber ein bisschen schade, dass er das so apodiktisch gesagt hat, denn er ist verantwortlich für drei ganz große Häuser, vielleicht für die größten Häuser dieser Stadt, nämlich für das Theater an der Wien, für das Ronacher und für das Raimund Theater. Da wär es schon ganz sinnvoll, wenn man sich dafür auch ganz stark verantwortlich fühlen würde.

Denn in der Tat hat bei dieser Sitzung am 22. März die Kulturdebatte mit der Frau Kulturstadträtin nicht stattgefunden, sondern dann ein bisschen später beim nächsten Kapitel Finanzen und Wirtschaft, wo wir dann über den Bericht des Stadtrechnungshofes über die Vereinigten Bühnen Wien debattiert haben. Zu debattieren gab es da wirklich sehr viel, weil da schon ganz beträchtliche Kritik enthalten war, die der Stadtrechnungshof geäußert hat und die eigentlich zum Nachdenken Anlass geben sollte, ob man nicht wirklich diese drei Häuser vom Finanzressort zum Kulturressort geben sollte. Ich glaube auch nicht, dass es in Europa oder auf der Welt sehr viele Beispiele gibt, wo das so gehandhabt wird. Ich glaube auch, dass diese Häuser bei der Frau Kulturstadträtin in besseren Händen wären, aber es gibt keine Aussicht, dass sich was verändert. Der Herr Bürgermeister hat ganz klar gesagt, das wird alles so bleiben, wie es ist, und der Herr Finanzstadtrat meint auch, dass das alles wunderbar ist.

Dass es nicht so wunderbar ist, sagt uns der Stadtrechnungshof. Der sagt: Diese Konstruktion ist einfach zu komplex, nämlich bei der strategischen Steuerung, bei der operativen Steuerung. Es ist die MA 5 zuständig und nicht die MA 7. Wenn es um die Intendanz bei Musical oder Oper geht, dann kommen zusammen Vertreter der MA 5, der Wien Holding, der Geschäftsgruppe Finanzen, der Finanzstadtrat. Wir hören aber großzügig vom Finanzstadtrat, es wird selbstverständlich die Kulturstadträtin schon eingebunden, also man sucht schon das Gespräch, selbstverständlich ist man da im besten Einvernehmen und im wechselseitigen Austausch. Der Stadtrechnungshof bestätigt das nicht wirklich. Der sagt, dass er eigentlich sehr wenig dazu gefunden hat, dass es weniger schriftliche Aufzeichnungen gibt und dass dieses System nicht wirklich ideal ist. Er kritisiert bei den Vereinigten Bühnen auch, dass das kulturelle Konzept, die kulturelle Strategie, fehlt. Es hat 2008 ein erstes Strategiepapier gegeben. Das ist ausgearbeitet und auch abgearbeitet worden, auch wenn es nicht veröffentlicht worden ist und über die Umsetzungsmaßnahmen nicht berichtet worden ist.

Damit hat aber das erste Strategiepapier immer noch ein viel besseres Schicksal erfahren als das zweite Strategiepapier. Denn das Strategiepapier 2013 wurde zwar erstellt. Es gab ja auch einen Auftrag an den Geschäftsführer, ein solches zu erstellen und den Subventionsbedarf auf maximal 37 Millionen EUR jährlich zu verringern. Dieses externe Beratungsunternehmen hat dann auch tatsächlich mehrere Varianten ausgearbeitet, doch Ihr

Vorgänger, sehr geehrte Frau Stadträtin, Mailath-Pokorny, hat kursorisch in einer Sitzung dieses Hauses mitgeteilt, dass die unterschiedlichen Varianten aus verschiedenen Gründen einfach nicht weiter verfolgt werden. Punkt.

Was an die Stelle dieser Alternativen beziehungsweise der Überlegungen getreten ist, wissen wir auch bis heute nicht, es gibt dieses Konzept und diesen Plan nicht. Ich hoffe, Frau Stadträtin, dass Sie in irgendeiner Art und Weise doch Einfluss nehmen können, dass wir noch zu diesem Konzept und zu diesem Plan kommen (*Heiterkeit des Redners.*), denn so wahnsinnig positiv sind die Wiener Bühnen damit nicht gefahren. Natürlich sind das tolle Häuser, tolle Künstler und das wird auch angenommen, aber nicht in der Art und Weise, wie es möglich wäre.

Ich darf da ein paar Zahlen nennen: Im Jahr 2018 haben wir einen sehr positiven Ausreißer gehabt, nämlich mit dem Musical „I am from Austria“, mit einem relativ hohen Eigendeckungsgrad von 70 Prozent. Aber hätten wir im Jahr 2018 diesen Ausreißer nicht, dann bräuchten wir bei den Vereinigten Bühnen Wien nicht so wahnsinnig stolz zu sein, weder auf das wirtschaftliche Ergebnis noch auf die Besucherzahlen. Denn in den Jahren 2010 bis 2017 hat sich eine abnehmende Tendenz gezeigt, nämlich bei den Vorstellungen, bei den Besuchen und bei der Gesamtauslastung. Durchschnittlich liegen wir zwischen 80 und 88 Prozent in diesen Häusern, was nicht schlecht ist. Es gibt ja auch tolle Produktionen dort, und die Wiener gehen sehr gerne hin. Aber es muss schon erlaubt sein, Kennzahlen zu vergleichen. Da muss man sich auch den Eigendeckungsgrad anschauen dürfen, und der lag im Beobachtungszeitraum bei der Sparte Musical bei 56 Prozent. Wenn man das international vergleicht, ist das wenig. Der Eigendeckungsgrad der Sparte Oper lag nur bei 21,9 Prozent. Pro Karte lag der Finanzbedarf bei der Oper durchschnittlich bei 255 EUR pro Besucher und in der Sparte Musical bei durchschnittlich 41 EUR pro Besucher.

Wenn man das mit der Staatsoper vergleicht, dann haben wir dort immerhin eine Auslastung von 98 Prozent und einen Eigendeckungsgrad von 44 Prozent. Das heißt, da ist schon Luft nach oben bei der Oper, beim Theater an der Wien und natürlich auch beim Musical. Musical ist eine Kunstsparte, in der selbstverständlich mit Gewinn gearbeitet werden kann, international, auf der ganzen Welt. Der Stadtrechnungshof hat sich auch angeschaut, wie die Situation in Deutschland und in Großbritannien ist, und er hat dort festgestellt, dass 90 Prozent aller Häuser ohne öffentliche Förderungen auskommen.

Es ist schon von meinen Vorrednern sehr viel Positives gesagt worden, und dem will ich mich auch überhaupt nicht verschließen. Im Gegenteil, dem möchte ich mich anschließen. Es ist großartig, was die Kulturschaffenden zusammenbringen in der Stadt, und Wien ist die größte Kultur- und Musikstadt auf dieser Welt. Aber von der Opposition müssen halt auch die Baustellen angesprochen werden, und da muss man halt auch sagen: Ein Eigendeckungsgrad wie beim Volkstheater und eine

Auslastung wie beim Volkstheater, das kann man so nicht akzeptieren, das muss ich auch mit einem Burgtheater vergleichen dürfen, und da habe ich halt beim Volkstheater einen Eigendeckungsgrad von 18 Prozent und beim Burgtheater von 30 Prozent - eine Auslastung, die auch ganz unterschiedlich ist.

Beim Budget von 15 Millionen EUR gibt die öffentliche Hand bislang 12 Millionen EUR. Jetzt haben wir von der Frau Stadträtin gehört, 2 Millionen EUR kommen noch dazu, und das bitte bei einem Haus, das überhaupt nicht der Stadt Wien gehört. Das ist das Haus des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Ich finde es ja in Prinzip richtig, dass Sie sich beim Direktor sehr bemüht haben, sich eingemischt und versucht haben, eine gute Lösung zu finden. Wir wissen nicht, wie sie sein wird. Aber dass der Eigentümer sagt, ich habe mit dem Subventionsbedarf überhaupt nichts zu tun, und der Präsident Katzian sagt, ja, ja, ich bin bekenne mich schon dazu, dass hier der ÖGB ein Theater hat, aber zahlen wollen wir dazu nichts, das ist halt auch etwas, das man nicht so leicht akzeptieren kann. Ich bin schon sehr gespannt darauf, ob der Gewerkschaftsbund das Theater wirklich der Stadt Wien übertragen wird, aber ich lasse mich gerne überraschen und mich eines Besseren belehren.

Zum Schluss nur noch ein Antrag: Wiener Kunst- und Kulturförderungsgesetz, darauf sollte man vielleicht nicht ganz vergessen, acht Bundesländer können sich nicht irren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist GRin Mag. Huemer. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. - Bitte.

GRin Mag. Barbara **Huemer** (*GRÜNE*): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch das geschätzte Publikum, herzlich willkommen!

Ich werde zur Wissenschaft in dieser Geschäftsgruppe sprechen. 11,27 Millionen EUR wurden alleine von der MA 7 für Wissenschaft und Forschung im Jahr 2018 aufgewendet. Das ist eine sehr gute Bilanz. Diese Mittel wurden eingesetzt für die Förderung der wissenschaftlichen Einrichtungen, einzelne Forschungsprojekte, Stipendien für Studierende, AbsolventInnen, für wissenschaftliche Publikationen und Wissenschaftskommunikation. Die Bekanntesten davon sind die Wiener Vorlesungen und der Wiener Wissenschaftsball. Alles das ist wirklich sehr fundiert und gut aufbereitet nachzulesen im Wiener Kultur- und Wissenschaftsbericht, der ja ganz druckfrisch aufliegt beziehungsweise in Bälde oder vielleicht auch jetzt schon digital nachzulesen ist.

Wir wissen alle, dass die MA 7 alleine nicht die ganze Wissenschaftsförderung in der Stadt macht, sondern dass es hier noch den Krankenanstaltenverbund gibt, wo ganz viel medizinische Forschung auch betrieben wird oder gefördert wird, die Magistrate selbst wie auch Unternehmen und Fonds der Stadt Wien, die selbst sich wissenschaftlich über Studien aktiv zeigen beziehungsweise Forschung machen lassen. Auch die Fachhochschulförderung haben wir und die Forschungs- und Entwicklungsförderung in anderen Ressorts. Ich erwähne

das nur, um Ihnen ein Gesamtbild davon zu geben, was die Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungsförderung der Stadt Wien betrifft.

Etwas, worauf wir auch sehr stolz sind, ist Matching Funds, eine Zusage der Stadt Wien, dass wenn wissenschaftliche Einrichtungen Drittmittel aufreiben, wir von der Stadt hier verdoppeln. Das ist ein super Anreizinstrument und nimmt zunehmend Fahrt auf. Wir haben hier sehr einträgliche Zahlen. Ihnen ist allen bekannt, dass die Stadt Wien ein wirklich sehr renommierter und wichtiger Wissenschaftsstandort ist. Über 200.000 Studierende gibt es in Wien, über 45.000 Menschen arbeiten in der Wissenschaft. Wir haben 800 forschende Unternehmen. 250.000 Menschen sind in wissensintensiven Dienstleistungen tätig - also eine extrem erfreuliche Bilanz.

Vielleicht noch eines: Das europäische Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ bestätigt auch, dass für alle Unternehmungen im Bereich Forschung, die ihren Sitz in Wien haben - also die Hälfte dieser Forschungen von „Horizon“ an Unternehmungen und wissenschaftliche Einrichtungen in Wien geht. Also, Wien ist ein extrem dynamischer Ort für Wissenschaft und Forschung und österreichische Spitze, das kann man einfach so sagen. Von Seiten der Stadt Wien sind wir natürlich sehr stolz auf diese Einrichtungen und bedanken uns. Ich möchte mich auch hier sehr bedanken, nämlich für all die WissenschaftlerInnen, für die Studierenden, ForscherInnen, die an dieser Dynamik, an dieser volkswirtschaftlich relevanten Größe für Wien mitarbeiten. Natürlich möchte ich auch an dieser Stelle großen Dank an die MitarbeiterInnen der MA 7, die hier auch extrem viel an Abwicklungsarbeit und Prüfarbeit leisten müssen. Vielen, vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wien bekennt sich immer gern und immer wieder zur Freiheit und Autonomie der Wissenschaften. Sie wissen, die CEU wird im Herbst in Favoriten starten. Das ist gut für Wien, wenn auch natürlich sehr schlecht für Budapest, aber so ist es jetzt einmal. Wir werden das Beste daraus machen, dass wir hier mit der CEU einen weiteren sehr relevanten Player im wissenschaftlichen Sektor gut einbinden können. Ich freue mich schon sehr darauf, dass wir hier neue Perspektiven aufbringen können.

Die aktive Rolle der Stadt Wien zeigt sich auch im zuletzt formulierten Kooperationsabkommen, das der Herr Bürgermeister mit 23 RektorInnen von Fachhochschulen und Universitäten unterzeichnet hat. Also nicht nur die ursprünglich monetäre Leistung, sondern auch das gesamte Bekenntnis zu den Universitäten und Fachhochschulen ihnen zur Hand zu stehen, sie zu unterstützen, ist ein ganz wichtiges Bekenntnis dieser Stadt.

Ich möchte auch kurz das Thema Standortpolitik ansprechen. Es gibt eine ganz aktuelle Studie vom WWTF gemeinsam mit der Urban Innovation Vienna. Interessant daran ist, dass dort Städte verglichen werden, die mit Wien konkurrieren können, Berlin beispielsweise oder München oder Amsterdam. Es wird die Frage gestellt: Was machen die Städte jeweils gut, und was könnte Wien beispielsweise davon lernen beziehungsweise wo sind wir schon top? Ganz klar ist der Faktor hohe Le-

bensqualität. Ich sage an dieser Stelle immer: Wir, nämlich Rot-Grün, machen Wissenschaftspolitik, indem wir ganz gute Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, und eine dieser Rahmenbedingungen ist natürlich diese Lebensqualität. Aber Lebensqualität reicht heutzutage im internationalen Wettbewerb nicht aus. Wir dürfen uns da gar nicht darauf ausruhen. Wir können hier viel Unterstützung bieten, nämlich bei Dingen, die vielleicht gar nicht viel Geld kosten, aber wahnsinnig viel bringen. Eine dieser Unterstützungsmöglichkeiten für Wien wäre, und das hat mich selbst irgendwie überrascht, ein klares Narrativ zu entwickeln, einen Claim: Wofür steht diese Wissenschaftsstadt? Wofür steht Forschung und Entwicklung in dieser Stadt? Ich glaube, hier hinzuschauen, das könnte sich lohnen.

Ebenfalls lohnen könnte es sich, hier klarere Schwerpunkte zu setzen - Die Instrumente der Stiftungsprofessuren wurden angesprochen -, oder auch breiter zu unterstützen, wenn es darum geht, die vielgefragten IKT-Kräfte auszubilden und auch hier Frauen für diesen Beruf mehr zu begeistern. Insgesamt ganz notwendig ist die Kooperation zwischen Universitäten, der Stadt Wien und Unternehmen. Hier gibt es eine klare Empfehlung, das, was hier schon vorhanden ist, noch weiter auszubauen. Unter den Soft-Faktoren ebenfalls ganz wichtig: Offenheit, Diversität, Willkommenskultur, Sprachkompetenz und der Wohnungsmarkt. Also auf vielen, vielen Ebenen ist Wien hier sehr gut aufgestellt, aber wir wissen, es gibt hier noch einiges zu tun.

Dieser Bericht weist auch etwas auf, das ich hier auch erwähnen möchte, nämlich die chronische Unterfinanzierung der Universitäten. Warum ist das so schlimm für Wien? Weil hier volkswirtschaftliches Potenzial liegen gelassen wird. Was bedeutet, wenn Universitäten unterfinanziert sind? Das bedeutet, dass sie im Ranking eine schlechte Studienplatzfinanzierung mitnehmen. Obwohl sie gute Arbeit leisten, werden sie hier einfach schlechter gerankt. Es ist für international tätige ForscherInnen oder auch Unternehmen relevant, wo Wien steht. Die schauen nicht, wer irgendwo auf 100. Stelle ist, sondern die schauen: Wer sind die Besten der Besten? Also hier erleidet Wien einen volkswirtschaftlichen Schaden, weil der Bund die Universitäten schlecht finanziert. Dass sich das für die ForscherInnen selbst auch schlecht auswirkt, weil sie mehr Arbeit aufwenden müssen, um Drittmittel aufzutreiben und hier wieder weniger für die Forschung und das Renommee der Uni tun können, das ist sozusagen ein Teufelskreis.

Ich möchte aber nicht sozusagen über die Rolle der Wissenschaft und der Standortpolitik sprechen, sondern auch darauf hinweisen, dass die Wissenschaft auch eine große Bedeutung für das Wohl der Gesellschaft hat und möchte zwei große Herausforderungen herauspicken, ganz klar: Klimawandel und Digitalisierung. Die Rolle der Wissenschaft ist in beiden Fällen, in beiden Bereichen ganz relevant. Auch für uns als PolitikerInnen, denn wir brauchen faktenbasierte Unterlagen, um für die Zukunft relevante Entscheidungen und keine falschen Entscheidungen zu treffen.

Gerade bei der Digitalisierung, wo es darum geht, die gesellschaftliche und politische Partizipation voranzutreiben, auch die wirtschaftliche Prosperität und Qualität der Arbeit, geht es darum, hier wirklich die Chancen zu nutzen und gegen die Gefahren, die diese Informations- und Kommunikationstechnologien bergen, zu arbeiten. Mit den Call „Digitaler Humanismus“ haben wir hier in Wien schon einen ganz wesentlichen Meilenstein gesetzt. Heuer starten da die Projekte, und wir werden erst 2020 dann genau darüber reden können, wo es hingehet, aber ich erwarte hier sehr viel, und es wird ein sehr, sehr spannendes Ding. 2018 wurde auch zum ersten Mal der Hedy-Lamarr-Preis vergeben, ein neuer Frauenpreis für Frauen in Wissenschaft im Bereich IT, ganz wichtig.

Die letzte Minute meiner Redezeit möchte ich noch der vielzitierten Klimakrise beziehungsweise Klimakatastrophe widmen. Die SchülerInnen haben recht, und das sagt niemand geringerer als die „Scientists for Future“. Sie geben den AktivistInnen von „Fridays for Future“ recht. Unsere Lebensgrundlage ist schwerst bedroht, und es braucht viel mehr an Maßnahmen, um Klima-, Arten-, Wald- und Meeresbodenschutz zu betreiben. Was machen die „Scientists for Future“? Mittlerweile werden sie zwar immer leiser, aber es gibt sie immer noch, die KlimakatastrophenleugnerInnen, und die „Scientists for Future“ stellen Fakten und Zahlen zur Verfügung. Ich glaube, das brauchen wir ganz dringend. Wir können uns nicht auf den Bauch verlassen. Wir können nicht sagen: Na ja, aber heute ist es eh schiach, also was ist da mit Klimakatastrophe? Nein, wir brauchen hier wirklich sehr profunde Daten, und wir brauchen diese Daten auch, um zu argumentieren. Immer noch gibt es Menschen, die glauben, es reicht, ein bisschen Kosmetik zu betreiben. Nein, das tut es nicht. Wir brauchen hier Wissenschaft und wissenschaftliche Erkenntnisse.

Es nützt aber der Wissenschaft nichts, wenn, wie heute schon einmal angesprochen, SchülerInnen in Extrad Deutschklassen gesteckt werden, wenn alle BildungspädagogInnen, alle WissenschaftlerInnen sagen, dass das schlecht ist. Also irgendwo muss man sich da auch eine gewisse Lernfähigkeit aneignen. Insbesondere wenn man selbst einmal Rektor einer Uni war, sollte man hier offen sein. Ich finde, die wissenschaftliche Landschaft in Wien ist eine sehr faszinierende. Wir tun alles, um sie bunt, vielfältig und offen zu behalten. Schauen Sie selbst auf der Website von „Scientists for Future“ nach und lernen Sie dort ein paar neue Informationen kennen, was dieser Klimawandel alles macht. Danke an alle, die diese Stadt so wissenschaftsfreundlich machen (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist GR Mag. Ebinger. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten. - Bitte.

GR Mag. Gerald **Ebinger** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Der Kollege Berger hat die Harmonie schon ein bisschen durchbrochen, wenngleich man schon sagen muss, es ist ein gewisser auch rhetorischer Unterschied zwischen Kulturausschuss und anderen, auch in der Debat-

te. Es ist durchaus (*Zwischenruf von GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger.*) - nein, es ist durchaus geprägt von gegenseitiger Wertschätzung, das möchte ich schon sagen. Aber das kann gleichzeitig kein Grund sein, über Missstände oder Umstände, die die Opposition als Missstände festmacht, zu schweigen. Deswegen muss man und müssen auch Sie, Frau Stadträtin, denn Sie haben die politische Verantwortung, zu diesen Dingen Stellung nehmen und diese Dinge auch lösen.

Zum Thema Donauinselfest: Das hat ja vorhin der Kollege Weber harmlos angeschnitten. Er hat gesagt, Parteifeste sollen nicht aus dem Kulturbudget finanziert werden. Völlig richtig! Das sagen wir schon seit Jahrzehnten, beziehungsweise ich jetzt konkret. Nur ist es eh wurscht. Es ist so, wie der Dorfer sagt: „Nehmen S' es, sagen S' es ins Plastiksackerl, ich nehm' mir's nach Haus mit und hör mir's z'Haus an.“ Das ist so im Bereich Kultur. Seit Jahrzehnten prangern wir das an. Das Donauinselfest ist ein Parteifest. Es wird gleichzeitig von der Stadt Wien gefördert, aber die SPÖ hat überall ihre Stände. Der ORF als staatlicher Rundfunk berichtet von einem Parteifest! Die haben alle möglichen Partner, und der Kulturservice kriegt Geld dafür, dass er ein Parteifest veranstaltet.

Wir haben nichts gegen das Donauinselfest, es sind wunderbare Sängerinnen und Sänger und wunderbare Veranstaltungen, nur warum muss das ein Parteifest sein? Warum kann das Donauinselfest nicht parteifrei sein? (*Zwischenruf von GR Ernst Woller.*) - Nein, das ist ein ganz wesentlicher Unterschied, lieber Ernst. Das ist die Verwechslung zwischen Partei und Stadt Wien. Das ist ein bisschen genetisch bedingt, denn wenn man seit 1919 mehr oder weniger ununterbrochen an der Macht ist, hat man nicht mehr den Blick, das konkret zu unterscheiden. Aber es darf nicht sein. Es darf auch nicht 100 Jahre Rotes Wien mit Steuermitteln an sich gefördert werden. Es kann über das Wien Museum gefördert werden, aber nicht so, als ob das eh wurscht wäre, weil wir sind Wien. Das geht nicht! Das ist eine, sagen wir, demokratisch eingeschränkte Sicht, die wir nicht teilen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir werden sicher alle noch viel Gelegenheit haben, zu dem erst Rohbericht - den wir gar nicht wirklich kennen -, wenn wir ihn dann kennen, genauer Stellung zu nehmen. Es geht nicht alleine darum, was da für Missstände im Zusammenhang mit den Abrechnungen, der Nichtversicherung und Nichtanmeldung von Mitarbeitern. und so weiter passiert sind. Es geht auch darum, dass mit dieser Subvention ja nicht nur das Donauinselfest bezahlt wird, sondern unter der Hand gleich das 1. Mai-Fest, mit 250.000 EUR. Was wir immer angeprangert haben, früher die GRÜNEN angeprangert haben, jedenfalls auch die NEOS jetzt anprangern, ist, dass das Wiener Kulturservice zeitgleich etwa 250.000 EUR an Subvention bekommt für diverse Grätzel- und Gemeindebau-feste. Das geht gar nicht!

Lieber Fritz! Für Stadtfeste hat man immer die Hälfte bekommen, jetzt nur ein Viertel, wissen Sie, das ist eins zu eins dasselbe. Das war halt ein Deal. Solche Deals waren halt früher üblich, die gehen aber irgendwie nicht

mehr, und das muss man zur Kenntnis nehmen. Wenn wir über die Vereinigten Bühnen sprechen, dann - und es ist ja für mich auch hier völlig nicht nachvollziehbar, dass die MA 5 Zukunftskonzepte hat, die die MA 7 nicht kennt.

Die Kollegen Ernst Woller und Klaus Werner-Lobo haben schon vor vielen Jahren gesagt, wir brauchen eine fundamentale Neuausrichtung. Der Weck hat gesagt, zwei solche Bühnen können gar nicht existieren. Es wird immer gesagt, geändert hat sich gar nichts. Es hat schon einen Grund, warum das alles in der Wien Holding beheimatet ist. Denn wenn die Opposition dann fragt, was denn der Intendant verdient, dann heißt es, das unterliegt dem Datenschutz. Ob wir jetzt 40 Millionen EUR an Steuergeldern hergeben oder nicht, das unterliegt dem Datenschutz. Das heißt, ihr könnt zahlen, aber fragen dürft ihr gar nichts. Dieses System ist natürlich sehr praktisch, hat sich bewährt, und deshalb gibt es auch keinen Grund, das zu ändern, auch wenn es vielleicht demokratiehygienisch nicht wirklich schön ist. Wir sind gegen diese VBW, und das werden wir auch immer sein, bei aller Sympathie, bei allem gegenseitigen Verständnis. Das ist sicher einer der Punkte, wo wir nicht drüber können, es sei denn, es wäre wirklich eine fundamentale Neuausrichtung.

Ich muss Ihnen auch Folgendes sagen: Das mag jetzt vielleicht laienhaft klingen, aber irgendwer hat gesagt, wir sind Welthauptstadt der Musik, wir sind Kulturhauptstadt Europas und so. Wir haben auf jeden Fall den Wiener Walzer und die Operette erfunden, und das sind Dinge, die bei uns kaum gespielt werden. Wir gehen auf Bälle, das ja, aber wenn Sie eine Operette sehen wollen, müssen Sie nach Mörbisch fahren oder vielleicht in die Volksooper, dort wird alles gespielt. Aber die Stadt Wien macht nur Musicals, die man dann unter Umständen - wie das „Mary Poppins“ - komplett einkauft. Mit den Bühnenarbeitern und Mechanikern muss das eingeflogen werden. Wir konkurrieren da auf einem Gebiet, das nicht unser eigenes ist. Wir hätten ein Gebiet, das man vielleicht der Welt verkaufen könnte, ohne dass man es subventionieren müsste, weil jede Menge Touristen sich das einfach anschauen würden, weil das einfach zum Fixprogramm dazugehört, wenn man nach Wien kommt. Nein, da fahren wir jetzt nach Mörbisch oder nach St. Margarethen, wenn wir so etwas sehen wollen, denn in Wien kann man das nicht sehen. In Wien kann man im Sommer so etwas überhaupt nicht sehen, eine Operette schon gar nicht. Ich war einmal in Kroatien bei einem Freilichtkonzert im Sommer. Dort haben sie Wiener Walzer gespielt und Operetten gesungen. Da habe ich mir gedacht: Warum gibt es so etwas eigentlich in Wien nicht? Aber ja, es ist so, wir müssen das zur Kenntnis nehmen.

Was das Volkstheater betrifft, schließe ich mich dem Fritz Aichinger an. Wir werden sehen, ob diese Bestellung so in Ordnung geht, und wir hoffen auch auf ein Konzept. Ich werde das jetzt nicht vorweg beurteilen, das wäre nicht angemessen. Ich schau mir an und beurteile die Intendanz nach ihren Leistungen. Deswegen werde ich dazu keine weitere Stellungnahme abgeben.

Kollege Margulies! Nein, nichts Negatives. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Ich stimme dir zu. Du hast gesagt, wir müssen uns ein System überlegen, um wenigstens eine Zeit lang prekäre Arbeitsverhältnisse im Kunstbereich zu verhindern. Ich habe überhaupt nichts dagegen, aber das Wichtigste ist eben: eine Zeit lang. Wir wollen natürlich keine beamteten Künstler, aber wir wollen den Leuten auf die Sprünge helfen, sagen wir es so. Nur, um das zu tun, bräuchten wir ja jedes Jahr mehr Geld, wenn wir es immer neuen Leuten geben würden. Eine Zeit lang - d'accord. Wir werden über so ein System nachdenken. Ich weiß nicht, wie das aussieht. Wir haben ja bei der Werkstatt-Reise über Systeme gehört, in Flandern. Sonst haben wir uns jetzt noch nicht zusammengesetzt, aber wir werden das sicher machen.

Eine Erhöhung des Kulturbudgets ist natürlich von allen immer gewünscht. Wir haben jetzt 215 Millionen EUR. Wenn man jetzt das Budget, das der Bund für Wien ausgibt, dazugibt, steht Wien sicher nicht so schlecht da, aber mehr ist immer gut. Ich muss auch sagen, im Kunst- und Kulturbericht steht jetzt, glaube ich, zum ersten Mal, dass 62 Prozent der Anträge angenommen werden. Also werden 38 Prozent der Ansuchen auf Förderung abgelehnt. Es steht zwar nicht drinnen, was abgelehnt wurde, aber es ist immerhin ein erster Schritt. Das ist etwas, das wir jahrelange verlangt haben: Es steht drinnen, wie viel Prozent der eingereichten Anträge hier angenommen werden. Der Bericht an sich ist sehr detailliert, das muss man schon ehrlich sagen.

Wir hoffen also auf eine gute Zusammenarbeit. Was diese Kritikpunkte zu den Großveranstaltungen betrifft, da haben Sie zwar die politische Verantwortung, auch wenn das alles vor Ihrer Zeit passiert ist, das ist klar, aber da werden wir auch nicht runtergehen. Wir werden auch nicht runtergehen, wenn es um eine Neustrukturierung der Vereinigten Bühnen geht oder um endlich eine Neuausrichtung, wo ich ja auch noch im Ohr habe, dass man sich mit uns zusammensetzen und sozusagen ein Brainstorming machen möchte.

Wenn ich abschließend noch etwas sagen darf, das ist mir jetzt so eingeschossen: Viele Subventionen, die wir so hergeben, sind manchmal skurril. Beispielsweise wenn man hört, dass wir dem Volkstheater jetzt 12 Millionen EUR oder 15 Millionen EUR oder sonst etwas hergeben, obwohl es dem Gewerkschaftsbund gehört. Wir geben aber auch für KulturlotsInnen 100.000 EUR aus. Das sind zwei Mitarbeiter des Gewerkschaftsbunds, die dazu da sind und von der MA 7 bezahlt werden, damit sie Gewerkschaftsbundmitglieder in Kulturveranstaltungen bringen. Ja bitte, bei 52 Prozent Auslastung bei einem Theater sollen sie einmal ihre Leute in ihr eigenes Theater bringen! Die haben ja zig Tausende Mitglieder! Dann soll bitte der Gewerkschaftsbund um das Geld, das ihm die Stadt Wien schon reinschiebt für ihre KulturlotsInnen, ihre eigenen Leute in ihr eigenes Theater bringen! Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist GR Neumayer. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten. - Bitte schön.

GR Jörg **Neumayer**, MA (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Herr Vorsitzender!

Auch oder gerade in der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft sieht man unsere intensive Arbeit an der Digitalisierungshauptstadt Europas. Wir investieren in das größte digitale Archiv des Landes, und wir liefern auch die richtigen Werte dazu, nämlich den digitalen Humanismus. Und weil wir am Ende des Tages auch noch Menschen sind, wollen wir uns natürlich in echt, im realen Leben auch mit Geschichte, Kunst und Kultur auseinandersetzen, konfrontieren, und darum werde ich auch noch kurz auf das stolze Wien Museum eingehen.

Wir erhalten Geschichte der Stadt, und wir machen sie allen Wienerinnen und Wienern zugänglich, und das im digitalen Raum. Das ist eine Grundlagenarbeit, von der wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zehren werden. Aber heute schon wird dieses Angebot genutzt. Die Wienbibliothek im Rathaus umfasst mittlerweile über 1,4 Millionen Bücher, Materialien, Verwaltungsliteratur, Plakate, Flyer im Digitalen, über 100 Unikate, wertvolle Bücher, unter anderem auch Handschriften, etwa Originalhandschriften von Nestroy, Korrespondenzen bekannter Persönlichkeiten wie von Johann Strauß Sohn oder Franz Schubert. Die 1.400.000 Exemplare wurden im Jahr 2018 - wo wir den Rechnungsabschluss heute diskutieren - von 300.000 BesucherInnen aufgerufen und rezipiert. 300.000 BesucherInnen, das entspricht zirka der Stadt Graz, also der zweitgrößten Stadt unseres Landes. Überzeugen sie sich selbst, besuchen Sie die Website „www.digital.wienbibliothek.at“ und nutzen Sie die Angebote!

Eine andere Erfolgsgeschichte im digitalen Raum ist das Wien Geschichte Wiki. In nur 4 Jahren sind bereits 40.000 Beiträge entstanden, über 10.000 Bilder wurden mittlerweile gesammelt. Im Jahr 2018 gab es 3,9 Millionen Besucherinnen und Besucher. Ein Special dabei war 100 Jahre Republik.

Um solche nunmehr digitale Bestände aufzubauen, zu pflegen und historische Quellen zu erwerben, braucht es auch ein bisschen mehr, nämlich das Erfassen, das Digitalisieren an sich und auch die IKT-Infrastruktur. Im Jahr 2018 ist unserer Stadt oder vor allem den Kolleginnen und Kollegen der MA 7 noch etwas gelungen: Im Rahmen der europäischen DSGVO, also der Datenschutz-Grundverordnung, gab es etwas Bahnbrechendes, nämlich das Recht auf Vergessenwerden. Großartig, ich habe mich gefreut, und großartig, ich unterstütze es bis heute. Aber um archivieren zu können, um bewahren zu können, hat unsere Stadt sich intensiv dafür eingesetzt, auch das Recht auf Erinnerung einzubringen.

Das Recht auf Erinnerung ist mittlerweile im Wiener Archivgesetz niedergeschrieben und passt. Es passt soweit, dass wir die Informationen bewahren können, die wir brauchen, die Informationen, die die Wienerinnen und Wiener mittel- und langfristig interessieren. Kleinigkeiten um ein paar Tausend Euro oder um zig Tausende Euro wurden dann auch noch angeschafft, nämlich so etwas wie Großformatscanner. Warum erwähne ich das jetzt? Gerade wenn es um Archivierung geht, kann sich meis-

tens niemand vorstellen, was man wirklich dafür braucht. Um große Planbestände zu archivieren, nämlich zu digitalisieren, braucht es auch große Gerätschaften.

Auch das Filmarchiv der media wien hat im letzten Jahr, nämlich 2018, einen großen Bestand an Videomaterial digitalisiert, nämlich 100 Jahre Videomaterial, das sind 700 historische Filmdokumente. Für diese massiven Anstrengungen, die über mehrere Magistratsabteilungen, nämlich MA 7, MA 8 und MA 9, gelaufen sind, haben wir rund 400.000 EUR investiert, investiert in die Zukunft. Dieses größte digitale Archiv des Landes wächst nun geordnet weiter, dient interessierten Wienerinnen und Wienern und dient vor allem auch der Wissenschaft und der Forschung, heute, aber auch morgen.

Ich habe vorhin gesagt, Wien hat auch die richtigen Werte dabei. Wir arbeiten intensiv an der Digitalisierungshauptstadt, und wir meinen, dass es dafür humanistische Werte braucht. In Wien haben wir für den digitalen Humanismus bereits den Grundstein gelegt, sodass in allen unseren Bemühungen und Entscheidungen der Mensch im Mittelpunkt zu stehen hat, und dass alle technologischen Lösungen den Menschen dienen und sich am Menschen orientieren müssen. Warum sage ich das so explizit? Wir haben auf der einen Seite im Westen die USA, wo die persönliche Gewinnmaximierung immer wieder im Fokus der Digitalisierung steht. Auf der anderen Seite haben wir im Osten, primär in China, sehr häufig die kollektive Kontrolle im Fokus der Digitalisierung. Wien beziehungsweise Europa muss sich da klar distanzieren und muss den Weg beschreiten, Verantwortung zu übernehmen in einer Digitalisierung, in einem freien und solidarischen Europa. Genau dann wird der Weg der Digitalisierung fortschrittlich sein und dann wird er den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt und unserem Kontinent dienen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich glaube sogar, dass die Rolle Wiens hier eine ganz besondere sein wird. Ich glaube sogar, dass die Rolle Wiens, so wie wir derzeit unterwegs sind, in der Frage des digitalen Humanismus die Rolle eines Leuchturms für einen ganzen Kontinent sein kann. Das heißt aber auch, dass wir unsere Anstrengungen, die Computerwissenschaften, die Geisteswissenschaften, die Sozial- und Kulturwissenschaften noch mehr verzahnen, noch mehr interdisziplinär arbeiten lassen und uns noch mehr europaweit vernetzen müssen.

Dieser Werterahmen, der einem kulturellen und wissenschaftlichen Diskurs entspringt, ist letzten Endes auch Grundlage für die brennenden Fragen unserer Zeit. Und auf einmal wird Wissenschaft greifbar. Wie sehen faire Geschäftsmodelle in einer digitalen Welt aus? Wie sieht das Lernen der Zukunft aus? Welche neuen Arbeitsplätze können geschaffen werden? Welche Arbeitsplätze verlieren wir? Und wie helfen wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genau bei dieser Entwicklung? Wie steht es um die Bürgerrechte und Datenschutz, Privacy, Safety und Security? Was machen wir mit dem Urheber- und Verwertungsrecht? Wo entscheidet der Mensch und wo entscheidet die Maschine?

Unser Bürgermeister, unsere Stadträtin und auch der Wirtschafts- und Digitalisierungstadtrat haben hier einen

wesentlichen Grundstein gelegt, nämlich den Austausch aller Wissenschaftsdisziplinen und universitären Einrichtungen, die Wiener Vorlesungen neu begründet und die Zusammenarbeit unter anderem mit einem WWTF gerade in der Frage des digitalen Humanismus intensiviert. Ich glaube, das Plädoyer, das ich anbringen möchte, ist klar: Für den digitalen Humanismus und für den Menschen in unserer Stadt und in unserem Europa!

Aber um jetzt noch zum Schluss das Handfeste wieder in den Vordergrund zu holen, möchte ich noch kurz über das wohl beeindruckendste Museum unseres Landes sprechen: Das Wien Museum, das Museum aller Wienerinnen und Wiener, das jetzt auch noch neu wird. Dafür ist bereits jetzt alles auf Schiene. 2018 war da ein ganz spezielles Jahr, in dem entscheidende Weichen gestellt worden sind. Im April haben wir hier gemeinsam im Gemeinderat die Finanzierungsentscheidung über 100 Millionen EUR getroffen, im Juni die Flächenwidmung, und das professionelle Bau- und Projektmanagement wurde mittels Ausschreibung aufgestellt. Die Projektleitung, die Projektsteuerung, die begleitende Kontrolle, Generalplaner, und so weiter, alles, was wir über Monate diskutiert haben, haben wir im Jahr 2018 auch klar gemacht. All diese Maßnahmen haben letzten Endes zum gültigen Baurechtsbescheid heuer im Frühjahr 2019 geführt. Somit ist das Wien Museum Neu auf Schiene und die Ausführungsplanung kann beginnen.

Lassen Sie mich aber noch kurz über die kulturellen Highlights des Wien Museums berichten, denn gerade das ist natürlich der inhaltliche Bezugsrahmen, warum wir gar so stolz auf dieses Museum sein können. Die Otto-Wagner-Ausstellung hat alle Rekorde gebrochen. Ich hoffe, Sie waren auch dort: 100.000 BesucherInnen im Hauptgebäude, 600.000 BesucherInnen an allen 19 Standorten in ganz Wien. Eines meiner Lieblingsprojekte ist: Wien Museum geht in die Schule. Über 3.000 Volksschülerinnen und Volksschüler konnten so erreicht werden. Mit eigens kuratierten Ausstellungen und eigens angefertigten Ausstellungsreplikaten, um hier wirklich Kultur greifbar zu machen für die Jüngsten in unserer Stadt. Rund 60.000 EUR haben wir zusätzlich in die Digitalisierung der Bestände des Wien Museums investiert und viele laufende weitere Projekte auf Schiene gebracht. Ich hoffe, am 4.7. zum „Takeover“, zur letzten großen Ausstellungseröffnung in den alten Räumlichkeiten, kommen Sie auch.

Zum Schluss, Wien, das größte digitale Archiv: Es wächst und ist für alle Wienerinnen und Wiener da. Wien, die künftige Digitalisierungshauptstadt Europas, sorgt bereits jetzt für eine humanistische Orientierung auf unserem Kontinent. Wien, das beeindruckendste Museum des Landes, übertrifft sich dauern selbst. Insofern besten Dank an die Geschäftsgruppe, an Elisabeth Mayerhofer, an die MA 7, Anita Zemlyak, MA 8, Brigitte Rigele, MA 9, Anita Eichinger, an den Wissenschaftssprecher Daniel Löcker, an den Geschäftsführer des WWTF Michael Stampfer, an den Geschäftsführer des Wien Museums Matti Bunzl und seine Kollegin Christina Schwarz und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf diesem Weg die Stadt aufbauen, in den digitalen

Raum bringen und Leuchtturm für ganz Europa sein werden! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Danke Ihnen.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schinner. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. - Bitte.

GRin Katharina **Schinner** (SPÖ): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann eigentlich nahtlos dort anschließen, wo mein Kollege Jörg Neumayer aufgehört hat und würde sehr gerne in meiner Rede mit dem MUSA beginnen, das ja in seiner Zuständigkeit angegliedert wurde an das Wien Museum, das du jetzt vorher so phantastisch ausgeführt hast. Das MUSA ist seit vielen Jahren mittlerweile wirklich ein Leuchtturm in unserer Stadt. Sowohl als Museum wie auch als Startgalerie und als Artothek flutet es die Wohnungen und Häuser der Wienerinnen und Wiener mit zeitgenössischer Kunst und zeigt hier wirklich jeden Tag, wie zeitgenössische Kunst in den verschiedensten Facetten unsere Stadt bereichern kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Ausstellung - und auch da schließe ich an - „Das Rote Wien“ erwähnen. Auch ich hoffe, dass viele sie schon gesehen haben. Es ist eine ganz phantastische Ausstellung über die Geschichte des Roten Wiens, über die Errungenschaften, die wirklich ihresgleichen sucht.

Ich finde es immer ganz wichtig, dass wir, wenn wir über Kunst und Kultur reden, Kunst und Kultur so gestalten, dass sie für alle Menschen in unserer Stadt, für die ganz Kleinen, für die ganz Großen, für die Jungen und für die Älteren zugänglich und erlebbar ist, dass sie den Auftrag hat, vermittelnd und erklärend zu sein, und dass sie uns niederschwellig in allen Bereichen des täglichen Lebens begegnet.

Ich glaube, da ist das MUSA so ein Beispiel. Aber da ist vor allen Dingen auch zum Beispiel Kunst im öffentlichen Raum ein gelungener Moment, der jedes Jahr temporäre und auch nicht temporäre Kunstwerke in dieser Stadt vereint und einfach wirklich uns allen die Möglichkeit bietet, an verschiedensten Orten über Kunst zu stolpern, über Kunst zu diskutieren und öffentliche Räume damit wirklich zu beleben und in einen Diskurs mit den Künstlerinnen und Künstlern zu bringen. Ich glaube, das ist etwas ganz Besonderes. Es ist heute auch schon die Basis.Kultur gefallen, und ich finde, auch mit der Basis.Kultur haben wir eine niederschwellige Kunstquelle, die einem wirklich an Orten begegnet, wo man sie oft nicht vermutet, die an Märkten irgendwie ihre Zelte aufschlägt und überall dort mit allen Leuten, die vor Ort sind, Kunst und Kultur feiert. Das finde ich auch so eine Initiative, die einfach ganz wichtig ist und ganz viele Menschen in ihr Herz schließt.

Ich würde gerne auch zum Film etwas sagen, der in seiner Bedeutung ganz wesentlich für uns ist und wirklich auch ein Herzensanliegen ist. 2018 konnten 64 Filmherstellungen unterstützt werden, davon 41 Kunstfilme. Wenn wir an die Viennale denken und hier auch an Eva Sangiorgi, die das ganz phantastisch auf den Weg gebracht hat, Österreichs größtes internationales Filmfestival, das mittlerweile mehr als 93.000 Besucherinnen und

Besucher fasst, das muss man erst einmal schaffen (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*), das muss man einmal hinbekommen, das einen extrem hohen authentischen und politischen Anspruch pflegt und meines Erachtens wirklich eine Kommunikation zustande bringt, die auf unvergleichliche Weise mit den KünstlerInnen, mit den KuratorInnen und mit dem Publikum einhergeht. Und wenn ich vom Film rede, dann möchte ich auch gerne von der Vienna Film Commission reden, die auch seit vielen Jahren phantastische Arbeit leistet und es wirklich versteht, hier auch Dreharbeiten, die nach Wien kommen, einen sehr warmen Empfang zu geben, sie bestens zu unterstützen, sie zu servizieren und viel dazu beiträgt, dass die Filmstadt Wien so über ihre Grenzen schlägt.

Und dann würde ich gerne, es ist heute schon angesprochen worden, auch zum Theater übergehen. Ich würde gerne einen Satz zum Volkstheater sagen, auch da zur Bestellung von Kay Voges. Ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen, ich glaube, der Fritz Aichinger hat es in seiner Rede schon gesagt, dass das irgendwie eine kurzfristige, eine überhastete Lösung war. Es gab hier diesen Dreivorschlag an die Stadträtin. Es war meines Erachtens in jeglicher Hinsicht eine sehr bedachte, eine sehr ruhige und eine sehr wichtige Entscheidung. Ich glaube wirklich, dass wir mit Kay Voges, und wir sehen es ja auch schon, einen ganz phantastischen Verbündeten gefunden haben, der es wirklich wunderbar verstehen wird, das Volkstheater noch stärker zu einem Ort für alle Wienerinnen und Wiener zu machen und hier mit vielen neuen Ideen, mit viel Feinfühligkeit und mit einem großen Erfahrungsschatz diese Stätte weiterentwickeln wird und wichtige Weichenstellungen vornehmen wird.

Ja, wenn wir vom Theater reden, vielleicht auch der Übergang zu den Wiener Festwochen. Ich finde, jeder Artikel, den man im Moment über die Wiener Festwochen liest, ist einfach von ganz viel Lob, von ganz viel Begeisterung gekrönt. Ich finde, auch hier ist mit dem künstlerischen Leiter ein ganz wichtiger Schritt gelungen. Ich glaube, die Festwochen blicken in eine starke Vergangenheit, aber sie blicken, glaube ich, wirklich in eine ganz zukunftsorientierte und in eine ganz großartige Weichenstellung für die nächsten Jahre. Ich glaube, hier können wir uns auf ganz viele spannende Vorstellungen und auf ganz viele spannende Produktionen gefasst machen.

Abschließend möchte ich ein wenig so schließen, wie das meine Kollegin Sybille Straubinger gemacht hat. Ich möchte einerseits auch sagen, ich finde es ganz phantastisch und du hast mir in deiner Rede was vorweg genommen und hast nämlich die vielen großartigen Frauen aufgezählt, die in leitenden Funktionen unsere Kulturlandschaft bereichern und hier wirklich in Führungsfunktionen tätig sind. Ich finde, das ist ein unglaublich gutes Zeichen, das ist eine starke Frauenpower. Ja, das macht Freude zu erhoffen und zu sehen, was hier zukünftig passieren wird. Ich finde das auch ganz großartig und großen Dank, dass du das so in die Wege leitest und dass dir das auch so wichtig ist. In diesem Sinne gilt auch mein Dank natürlich allen im Magistrat,

die daran teilhaben, dass unsere Kulturstadt sich so entwickelt, aber darüber hinaus allen Kulturschaffenden. Wir hier unterschätzen eh nicht, welche Kraft Kunst und Kultur haben kann. Aber ich glaube, wir sind uns manchmal vielleicht doch nicht allen ihren Feldern bewusst. Kunst und Kultur ist wirklich der Brückenbauer zu vielen, vielen Themen, die wir in den letzten zwei Tagen hier im Gemeinderat behandelt haben, und ich halte sie wirklich für eine ganz, ganz wichtige Essenz in einer starken, in einer funktionierenden und in einer kreativen Stadt! Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Die Kollegin hat 8 Minuten Redezeit verbraucht, Restredezeit der SPÖ-Fraktion ist noch 11 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr Kollege Dr. Gara, Redezeit 13 Minuten, Rest der Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*NEOS*): Geschätzter Herr Vorsitzender! Geschätzte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe KollegInnen!

Ich möchte auch noch ganz kurz zum Thema Wissenschaft sprechen, weil ich es für ein so zentrales Thema auch für Wien erachte. Wir haben hier ja jetzt im Zuge der Smart-City-Rahmenstrategie Wien als Digitalisierungshauptstadt ausgerufen. Dem müssen natürlich auch konkrete Dinge folgen. Ich fände es ja noch viel besser, wenn wir Wien als Zentrum, als Wissenschaftsstadt, als Innovationsstadt Europas ausrufen und dem letztendlich auch einen stärkeren Fokus geben, denn, so wie ich das letzte Mal gesagt habe, Digitalisierung ist ja Mittel zum Zweck und eigentlich kein Selbstzweck, und das fände ich einen wichtigen Narrativ für Wien. Ich finde es sehr positiv, dass das Wissenschaftsbudget hier doch um 23 Prozent angestiegen ist und möchte auch die vielen Kolleginnen und Kollegen in den vielen Abteilungen hervorheben, unter anderem auch den WWTF, der eine wirklich hervorragende Arbeit macht und mit sehr wenig Mitteln eigentlich einen unglaublich guten Forschungs-Output liefert. Ich denke mir, dass diese Institutionen hier durchaus auch noch mehr Potenzial hätten, was Mittel betrifft. Ich finde es auch gut, dass jetzt dort ein Schwerpunkt für Environmental Research Science geschaffen wird, ein neuer Call. Das passt auch zu einem Thema, auf das ich jetzt noch übergehen möchte, und zwar auch die Kultur, auch die Wissenschaft sollten gerade beim Thema der Klimasensibilität auch in der Vorbildwirkung da sein. Denn Klimasensibilität muss letztendlich zur Prämisse auch bei architektonischen Gestaltungen von Gebäuden werden. Ich denke, dass das auch für Gebäude der Kultur, für Kulturbauwerke gilt und natürlich den damit verbundenen öffentlichen Raum, denn so können auch die Kulturbauten ein wichtiges Denkmal in dieser Transformation darstellen. Ich glaube, dass wir da noch ein Stück weg mehr drauf schauen könnten.

Eine Initiative, die sich auch aus den „Fridays for Future“ entwickelt hat, ist die „Artists for Future“, denn Kunst reflektiert und schafft gesellschaftliche Realitäten. Ich glaube, das ist auch ein sehr wichtiger Beitrag.

Und da möchte ich noch einen Antrag einbringen, dass auch bei Kulturbauten der Stadt in Zukunft das

Thema „Klimaneutrale Gebäude, NeufORMen der Architektur, Solararchitektur“, dass diese Themen einfach noch mehr Raum bekommen. Danke schön. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Das waren 3 Minuten, Rest der NEOS noch 10 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Schmid, Restredezeit der SPÖ-Fraktion 11 Minuten, die ich auch einschalte. Sie haben das Wort.

GR Dr. Gerhard **Schmid** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist ja eine schöne Aufgabe, nicht nur über Kunst und Kultur, sondern auch über Wissenschaft zu reden, weil die Wissenschaft mit vielen anderen Disziplinen im höchsten Maße vernetzt ist. Und es hat schon Goethe gesagt, es ist das größte Glück der Menschen, wenn man das Erforschbare auch wirklich erforscht. Daher ist Wissenschaft eine entsprechende Basis auch fürs Glück. Und Goethe sagt aber noch dazu, und das Unerforschliche, das wird man dann verehren. Das ist aber eine andere Dimension, eine philosophische oder religiöse, die wir halt hier heute auf einer politischen Ebene nicht genauer unter die Lupe nehmen wollen.

Jedenfalls, Wissenschaft, Wissenschaftsstandort, Kunst und Kultur, das sind für mich sozusagen Elemente eines Biotops, die in Wechselwirkung stehen. Und selbstverständlich gehört zum Thema Wissenschaft auch das Thema Wirtschaft. Einer meiner Vorredner hat schon gesagt, dass jetzt nicht nur im Kulturressort Wissenschaftsförderungen oder Wissenschaftsakzente gesetzt werden. Das ist richtig. Ich füge da auch noch hinzu, dass auch die Stadt nur in einem sehr überschaubaren Ausmaß Kompetenzen hat. Aber in diesem von mir angesprochenen Biotop von Kunst und Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft und dem gesellschaftlichen Miteinander, dem Leben in einer Stadt können ganz wesentliche Voraussetzungen geschaffen werden, die auch der Wissenschaft das Leben und den Erfolg und das Wirken wesentlich erleichtern. Wissenschaft ist ein ganz, ganz wesentliches und wichtiges Element und eine Grundbedingung einer humanistischen Gesellschaft. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in Wien 200.000 Studierende, wir haben viele Bildungseinrichtungen im tertiären Bereich wie neun Universitäten, fünf Privatuniversitäten, fünf Fachhochschulen und zwei große Pädagogische Hochschulen. Sie alle leisten tagtäglich eine großartige Vernetzungsarbeit, die sich für Wien sehr positiv auswirkt.

Im Jahr 2018, und das wurde heute auch schon angesprochen, ist es gelungen, nach den bekannten Schwierigkeiten, die Central European University von Budapest nach Wien zu bekommen beziehungsweise hat Wien ein Angebot erstellt, dass diese renommierte Universität in Wien weiterarbeiten kann. Da haben wir einen Beitrag geleistet, der weltweit Beachtung gefunden hat. Das war ein weltweit beachtetes Zeichen für die Freiheit und für die Offenheit der Wissenschaft und das ist sehr, sehr typisch für Wien. Da müssen wir dann auch alle alles daran setzen, dass wir im vereinten Europa

innerhalb unserer Verpflichtungen als Mitglied der Europäischen Union alles tun, um diese Offenheit und Freiheit der Wissenschaft zu sichern, genauso wie die Freiheit und Offenheit der Kunst und der Kultur zu sichern ist.

Es gibt nun seitens der Stadt aber doch eine ganze Reihe von beachtlichen Instrumenten, hier entsprechende Akzente zu setzen und zu wirken. Ich möchte allen Verantwortlichen, auch dem Wissenschaftsreferenten Daniel Löcker, den ich hier sehe, ganz herzlich danken und der Abteilung, dem Büro der Frau Stadträtin, allen Beamtinnen und Beamten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den unterschiedlichsten Funktionen, die hier tagtäglich Großartiges leisten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die von mir angesprochenen Instrumente sind zum Beispiel - ich kann nur einige nennen und ich möchte hier auch nur einige exemplarisch aufzählen: Wir haben den Hochschuljubiläumsfonds der Stadt Wien. Wir haben den Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Österreichische Akademie der Wissenschaft, also etwas, wo wir ganz, ganz eng auch mit der Top-Forschung zusammenarbeiten. Wir haben den Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität Wien, eine wunderbare und wichtige Verschränkung mit dieser ganz, ganz wichtigen universitären Bildungseinrichtung in unserer Stadt. Wir haben den Fonds der Stadt Wien für die innovative interdisziplinäre Krebsforschung. Da werden ganz wesentliche und weitreichende Akzente gesetzt, und die Stadt unterstützt das, und dafür muss man auch die entsprechende Dankbarkeit zeigen oder jedenfalls hier weiter tun, diese wertvollen Instrumente weiter zu fördern. Wir haben den Viktor-Frankl-Fonds zur Förderung einer sinnorientierten humanistischen Psychotherapie, ein Thema, das von ganz, ganz zentraler Bedeutung für unsere Gesellschaft ist. Wir haben den Jubiläumsfonds für die Universität für Bodenkultur, und so weiter, und so fort.

Der Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds ist bereits angesprochen worden, die zwei Millionen für die Matching Funds, die genannt wurden, wurden im Jahr 2018 bis 2020 verlängert. Das ist auch ein wirklich großartiger Schritt, der auch dazu führt, Innovation zu fördern und Initiative zu setzen.

Es seien die Wiener Vorlesungen genannt, wo im Jahr 2018 38 Vortragende, darunter 16 Frauen ihr Bestes gegeben haben, und gemeinsam mit weiteren Partnern wie etwa dem ORF es gelungen ist, eine ganz breite Öffentlichkeit diesbezüglich zu erreichen. Ich nenne das Science Center Network, nenne das Demokratiezentrum Wien und möchte daran erinnern, dass wir im Jahr 2018 den 100. Gründungstag der Republik Österreich gefeiert haben.

Der von mir sehr geschätzte Kollege Ebinger hat irgendwie so in Verbindung zum Donauinselfest gesagt: Na ja, ihr seid 100 Jahre an der Macht. Also erstens einmal sind wir nicht an der Macht, sondern haben bestenfalls das Vertrauen der Bevölkerung durch demokratische Entscheidungen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zweitens sei erwähnt, dass diese 100 Jahre durch zwei Faschismen unterbrochen waren, wo es mit der Macht g'schwind vorbei war. Also das möchte ich sagen, aber ich weiß, wie Sie das gemeint haben. Ich wollte das nur als historische Fußnote anbringen.

Im 100. Gründungsjahr der Republik, das wir im Jahr 2018 begangen haben, haben wir erstmalig ganz wesentliche historische Dokumente bearbeiten können, in Wien bearbeiten können mit den Expertinnen und den Experten im Stadt- und Landesarchiv und der entsprechenden Magistratsabteilung, zum Beispiel die Protokolle der allerersten Regierung nach 1945, der Regierung Figl I Und man hat die Sozialgeschichte Wiens in einigen wesentlichen Bereichen, wenn ich zum Beispiel an die Bretteldörfer über der Donau im 21., 22. Bezirk in den Vierzigern, Fünfzigern denke, man hat das auch in einer sehr interessanten und sehr tiefgehenden Art und Weise aufgearbeitet. Es hat dann noch eine Reihe von Würdigungs- und Anerkennungspreisen gegeben, die jeweils von höchstrangigen Jurys vergeben worden sind. Wiener Vorlesungen habe ich genannt.

Ich möchte den wissenschaftlichen Gehalt der Arbeiten im MuseumsQuartier erwähnen, das ja zu 25 Prozent der Stadt Wien und zu 75 Prozent dem Bund gehört. Und wenn es vielleicht auch nicht ganz dem Thema Wissenschaft zufällt, so sei daran erinnert, dass dort erstmals am 12. Mai 2018 ein Open-Air-Konzert der Wiener Symphoniker, also dem Orchester der Stadt Wien, für die Bevölkerung stattgefunden hat.

Dann gibt es eine Reihe von Institutionen, die unterstützt wurden von der Akademie der Wissenschaften, dem Wiener Kreis, der Sir Peter Ustinov-Gesellschaft zur Beseitigung von Vorurteilen, auch eine sehr, sehr interessante und wichtige Einrichtung, oder das IWM-Institut für die Wissenschaften vom Menschen, wo internationale Forschung auf höchstem Niveau geleistet wird, und die Gesellschaft zur Förderung der Erforschung der Wildtiere und Ökologie, Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, Forschungsinstitut für Urban Management, European Law Institute, Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaft und bereits der genannte 4. Wiener Ball der Wissenschaft. Das, meine Damen und Herren, sind Einrichtungen und Institutionen, die den Wissenschaftsstandort Wien entsprechend abrunden, fördern und unterstützen.

Da sind auch Museen zu nennen, wo auch tagtäglich wissenschaftliche Arbeit geleistet wird, wenn ich an das Jüdische Museum denke, wenn ich an das Wiener Wiesenthal-Institut für Holocaust-Studien denke, das ja eine international in höchstem Maße renommierte Einrichtung in Wien ist, wenn ich an das Jewish Welcome Service denke, wenn ich an das Sigmund Freud-Museum denke, das Widerstandsarchiv, das Mozarthaus, und so weiter, und so fort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um den Wissenschafts-/Kulturstandort Wien entsprechend zu unterstützen, gilt es, auch das kulturelle Erbe Österreichs und das kulturelle Erbe Wiens zu pflegen.

Der Altstadterhaltungsfonds leistet hier seinen Beitrag 2018 vor allem in den Bereichen Sanierung Friedhof

St. Marx, Votivkirche, Karlskirche und einer ganze Zahl von barocken Bürgerhäusern. 9.900 Kunstprojekte und Denkmäler, die betreut werden, und 88 neue Verkehrsflächen, wovon 47 nach Frauen benannt worden sind, sollen dieses kulturelle Erbe pflegen.

Dazu sei unter Beachtung der vor mir tickenden Uhrzeit noch auf die besonderen Leistungen des Literatur- und des Musikreferates hingewiesen. Und mit dem Satz möchte ich vor dem blinkenden Licht hier abschließen, dass Wissenschaft, Kunst und Kultur in Verbindung mit dem Wirtschaftsstandort eine ganz, ganz wichtige Voraussetzung für die Qualität der Gesellschaft sind. Da haben wir unsere Aufgaben 2018 bestens erfüllt, wofür ich herzlich danke und allen, die da mitgewirkt haben und daran mitgewirkt haben, meinen Respekt aussprechen. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist Frau Amtsf. StRin Mag. Kaup-Hasler. Sie haben 15 Minuten.

Amtsf. StRin Mag. Veronica **Kaup-Hasler**: Ja, einen schönen Nachmittag, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Lieber Kollege!

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin ja ziemlich begeistert, dass Sie nach so einem Marathon noch immer sehr wach und aufmerksam einander zuhören. Ich freue mich auch sehr über ein eigentlich durchgängiges Momentum, nämlich das große Bekenntnis von allen zur Kunst und Kultur in dieser Stadt. Es hat keiner von Ihnen gesagt, wir sollen das Budget kürzen. Das freut mich besonders. Im Gegenteil. Und insofern fühle ich mich in dem Tun bestärkt und auch in den Zeichen, die wir gesetzt haben.

Es ist mir eine große Freude, Ihnen den Rechnungsabschluss 2018 für das Ressort Kunst, Kultur und Wissenschaft vorzulegen und mit Ihnen kurz zu besprechen. Das Fazit einmal gleich am Anfang: Ich kann Ihnen versichern, wir haben die Budgetvorgaben eingehalten und tragen auch mit unserem doch relativ geringen Anteil von nur 1,7 Prozent am Gesamtbudget der Stadt zu einem ausgeglichenen Budget bei. Ich glaube also insgesamt, wenn man diese Fülle, die wir alle jetzt gesehen und besprochen haben, vom Film, von diesen ganzen Hervorbringungen in allen Bereichen, Museen, Theater, et cetera, wenn man das ganze große Feld, auch das Feld der Wissenschaft, mit einbezieht, dann bin ich persönlich eigentlich sehr überzeugt davon, dass hier nicht nur zwei Mal der Euro umgedreht wird, sondern manchmal auch vier Mal. Ich danke ganz besonders auch dem StR Hanke, meinem Kollegen, für diese große Unterstützung, für die Haltung, mit der er uns auch unterstützt hat, denn wir haben schließlich mit einem Voranschlag von 224 Millionen begonnen und konnten sozusagen mit Beschluss des Gemeinderates über 238 Millionen für Kunst, Kultur und Wissenschaft ausgeben. Ich glaube, dass wir auch immer in allen Punkten kostenbewusst agieren. Das lässt sich ja auch an der Tatsache ablesen, dass eben allein im Personal- und Sachbereich in meinem Ressort rund 3 Millionen EUR eingespart wurden.

Insgesamt also haben wir etwas mehr ausgegeben als in den Jahren zuvor. Warum? Weil diese Stadt weiß,

dass Kunst, Kultur und Wissenschaft ein wesentlicher sozialer Faktor ist und ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor auch. Es ist wichtig für den Zusammenhalt in der Stadt, es ist ein wesentlicher Faktor auch der Bildung, und es ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, weil wenn Sie jetzt kurz einmal die Augen schließen würden und sich vorstellen würden, dass ungefähr vier Fünftel der Touristen nicht mehr da wären, wenn Sie sich vorstellen würden, wie die Straßen am Abend ausschauen würden, wenn wir keine Kunst, Kultur und keine Wissenschaft hätten, die ganzen Freizeitaktivitäten, all das, was uns sozusagen auch zu sozialen Wesen macht, wenn das weg wäre, wäre die Stadt tot und arm. Und ich glaube, diese DNA dieser Stadt ist eben genau in diesem Bereich. Wir haben auch in diesem Punkt eben eine Poleposition inne und das ist sehr, sehr schön, aber Poleposition gegenüber vielen Städten in dieser Welt, die durchaus herausfordernd sind, weil die schlafen auch nicht. Auch in Paris wird nicht geschlafen und auch in Paris wird investiert. In vielen Ländern und Staaten dieser Erde wird permanent, werden neue Institutionen gegründet, wird sehr stark auch kulturelles Erbe gefördert. Trotzdem ist es Wien gelungen, hier an erster Stelle zu sein, und das finde ich erstaunlich.

Kultur ist kein Selbstläufer und muss sich auch permanent sozusagen über Restrukturierungen, über ein neues aus sich Aufstellen für die Zukunft fit machen. Da ist nichts gottgegeben. Das heißt, wir wollen diese Exzellenz gemeinsam weiter entwickeln, eine Exzellenz, die aber überall in dieser Stadt spürbar wird. Wir wollen spürbar sein, nicht nur im innerstädtischen Bereich, sondern diese Kunst und Kultur, wie ich auch später noch einmal ausführen werde, muss in den Bezirken und auch in anderen Bereichen der Stadt spürbar sein. Aber wir wollen auch die Exzellenz und den Ruf auf internationaler Ebene weiter ausbauen. Wir müssen also Vorhandenes prüfen und gleichzeitig zum qualitativen Wettbewerb befähigen, damit wir eben dieser steigenden und wachsenden und immer schärfer werdenden Konkurrenz auch gut begegnen können.

Lassen Sie mich aber ganz kurz erzählen, wie ich jetzt vor einem Jahr, ebenso wie meine Kollegen, erst einmal eingestiegen bin, was ist da passiert? Also zum ersten Mal ging es wirklich darum zu verstehen: Wie ist denn dieses Budget aufgesetzt? Wie kann man damit umgehen? Und es war für mich schon erstaunlich, dass eigentlich 90 Prozent des Budgets fix gebunden ist durch Förderungen, durch Zusagen, die gegeben werden müssen. Wir brauchen ja auch eine nachhaltige Förderstruktur. Das heißt, 90 Prozent sind fix mit Fristen und Förderungen gebunden. Wir haben rund 5.000 Ansuchen im Jahr, und weil Wien so attraktiv ist, steigt das. Also das heißt, wir haben jährlich mehr und mehr und mehr Ansuchen, die eben auch bearbeitet werden müssen. Davon gehen allein 48 Prozent in Theater, das sind rund 100 Millionen EUR, 20 Prozent gehen davon in die Wissenschaft, 12 Prozent in die Musik, und der Rest verteilt sich eben auf Film, Mode, Stadtteil, Kultur, bildende Kunst, kulturelles Erbe und Literatur. Die restlichen 10 Prozent oder beinahe 10 Prozent fließen in die Instandhaltung

der rund 2.000 Denkmäler, 2.000 Ehrengräber und 6.000 Grabdenkmäler und natürlich in interne Sach- und Personalkosten. Aber das nicht, um Sie jetzt mit Zahlen zu langweilen, sondern nur, um einfach so ein Verständnis zu geben, wie viel Spielraum da ist. Also ich glaube, unser Spielraum errechnet ist 0,8 Prozent, die freier verfügbar sind, und das ist nicht wahnsinnig viel.

Aber ich habe gleichzeitig eine unglaublich lebendige Stadt vorgefunden, eine reichhaltige, vielfältige Stadt, in der sich die Kulturschaffenden zu 50 Prozent an Institutionen gebunden haben. Also 50 Prozent der Kulturschaffenden dieser Stadt arbeiten in Institutionen und erzeugen rund 50 Prozent des Publikums. Die anderen 50 Prozent würde man jetzt als freie Künstler, freie Szene, freie Kulturschaffende beschreiben, die wiederum auch 50 Prozent generieren. Das ist ein sehr interessanter Umstand. Ich habe mir das in der Klarheit eigentlich nicht vorgestellt. Das heißt, wir müssen in beide Bereiche investieren. Wir müssen in diesen freien, in diesen kreativen, in den Raum investieren, wo Menschen sehr viel ungeschützt sind. Aber wir müssen auch Institutionen zukunftsfähig machen, indem wir sie maßgeblich unterstützen.

Und natürlich bei dieser ersten Sichtung von Themen, Sie haben es angesprochen, kommt man natürlich auch auf die Baustellen, die diese Stadt hat, und man übernimmt Baustellen, man arbeitet weiter, man entdeckt neue. Da gibt es natürlich auch Baustellen wie eine strukturelle Unterdotierung, die man in bestimmten Bereichen sehr klar feststellen kann und die sich im Grunde quer durch die Sparten zieht, auch eine Planungsunsicherheit durch die Kurzfristigkeit von Förderungen, den großen Wunsch vor allem nach einem Dialog auf Augenhöhe, ein Wunsch nach Service, und man trifft auch große Bedenken von Kunstschaffenden, was ihre soziale Absicherung betrifft. Das betrifft nicht nur die Kunstschaffenden, sondern eben auch einen großen Bereich kreativer auch Pop up-Stores sozusagen und kreativer Einzelunternehmen im kreativen Bereich, die letztendlich sehr prekär durchs Leben gehen.

Solange sie um die 30 sind, ist es noch nicht so das Problem. Aber sobald Familie dazukommt, wird das immer prekärer.

Was haben wir bewältigt? Wie sind wir mit diesen Themen umgegangen? Zunächst einmal ein klares Angebot an Dialog. Wir haben den Raum der Stadt größer gedacht, nicht nur im innerstädtischen Bereich, nicht nur in dieser Konzentration, sondern eben auch in den Bezirken. Wir haben versucht, das reiche Angebot, das es schon gibt, und da ist natürlich etwas wie Basis.Kultur auch ein Vorreiter, es gibt SHIFT, es gibt die „Stadtlabore“, wir haben einfach versucht, dieses Netz zu stärken und Impulse zu setzen, indem wir Künstlerinnen und Künstler mit Institutionen verbunden haben, um dort sozusagen Initiativen zu setzen. Gestern war ich gerade in der Druckwerkstatt vom Kindermuseum, vom ZOOM, in der Seestadt Aspern und war da umringt von einer Horde von Kindern. Also all das ist ganz wichtig, dass wir hier aufschlagen und Initiativen setzen, auch das Science Center, auch in Wissenschaft, Wissenschaftsver-

mittlung an eine junge Generation. All das sind wichtige Punkte, mit denen wir die Bezirke durchziehen werden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jetzt nehmt mir nicht so viel von der Redezeit weg. Ich muss dazusagen, all diese Initiativen sind ... ich hatte keinen Widerstand von niemandem hier im Raum. Das finde ich wirklich ganz toll. Im Kulturausschuss wurde ich von allen Parteien begrüßt und ganz stark natürlich auch von der Regierung, weil diese Notwendigkeit, einer wachsenden Stadt mit einem wachsenden kulturellen Angebot zu begegnen, einfach auf der Hand liegt. Diese Stadt ist seit dem Jahr 2000 um die Größe von Graz gewachsen und das ist enorm. Wir müssen adäquat natürlich auch die Kultur und die Wissenschaft fördern, wenn wir nicht Wohn- und Arbeitsghettos schaffen wollen.

Wichtig waren natürlich Personalentscheidungen. Danke, ihr habt das toll zusammengefasst und erwähnt, das sind quasi die Köpfe dieser Stadt und sie prägen das Gesicht dieser Stadt und sind von daher ganz, ganz wichtige Punkte. Ich freue mich sehr auf den Austausch zum Volkstheater und wie es dazu gekommen ist. Ich glaube, mit einer größeren Sorgfalt hätte man das nicht machen können. Aber das werden wir dann in Ruhe einmal besprechen.

Aber es gibt neben diesen Personalentscheidungen auch Strukturentscheidungen, Großprojekte, Entschuldungen oder Sondermittel, Sonderfinanzierung, die letztendlich eines im Sinn haben: Wir wollen Institutionen ermächtigen, auch zunehmend in der Lage zu sein, eigenständig an EU-Gelder zu kommen und durch Langfristigkeit auch Kooperationen auf internationaler wie lokaler Ebene zu machen. Das geht eben nur, wenn auch eine bestimmte Grundsicherheit vorhanden ist.

Die Wissenschaftsmetropole wurde hier eingehend besprochen. Ich hätte dem ein großes Kapitel gewidmet, aber danke, danke, dass ihr das schon vorweggenommen habt. Das ist mir ein zentrales Thema, gerade die Frage des digitalen Humanismus, gerade auch die Frage, wie wir Wissenschaft, aber auch Kunst und Kultur besser vermitteln, wie wir es schaffen, das zu übersetzen und die Angst zu nehmen. Die Leute haben Angst vor dem Begriff des Digitalen, weil sie immer glauben, es ist menschenfeindlich und zerstört ihren Arbeitsplatz. Wir müssen es schaffen, und gerade deshalb möchte ich in Forschung investieren, wo Geisteswissenschaft mit dem Digitalen zusammen gleich ab ovo entwickelt, damit wir sozusagen einen Gegenpol darstellen und auch den Leuten die Angst vor dieser Entwicklung nehmen und sagen, wir können das im Sinne des Menschen verwenden. Und da gibt es auch, in Bälde kommt das raus, das Vienna Manifesto on Digital Humanism, das das sehr befördern wird.

Ich mache es etwas kürzer. Wir wissen, dass die Wiener Bevölkerung mit dem kulturellen Angebot sehr zufrieden ist, also 90 Prozent der Wiener finden das ausgezeichnet, was sie hier geboten bekommen. Das darf uns aber nicht verleiten, in eine Haltung der Selbstzufriedenheit zu kippen. Ich glaube, dieses Momentum der Zufriedenheit, also ich bin leider nicht so gestrickt,

dass ich zufrieden bin, nie, das ist mir noch nicht so gegeben, sondern ich sehe immer das, was noch nicht ist oder was noch nicht bearbeitet ist. Insofern sind viele Zurufe auch richtig und auch notwendig, damit wir die Sachen, sukzessive eines nach dem anderen, angehen können. Die Zufriedenheit ist groß im Verhältnis eben zu dem lächerlichen oder nicht sehr großen Anteil von 1,7 Prozent eines Gesamtbudgets, und damit wird so vieles geschaffen, und ich freue mich darüber, dass das alles möglich ist. Wir dürfen aber nicht stehen bleiben. Wir müssen weiter an der Verbesserung dieser Stadt arbeiten, und dazu gehört eben dieses geographische Innen und Außen. Dazu gehört auch, dass wir Fördersysteme für die Zukunft fit machen, und auch hier uns immer wieder fragen: Was könnte verbessert werden? Wie können wir noch kundenfreundlicher, kundenorientierter werden und mit den Kulturschaffenden dieser Stadt, dieses Landes gemeinsam an einer Zukunft arbeiten? Das geht von dem Fair Pay-Gedanken bis auch zur Frage: Können wir irgendwann einmal die Valorisierung angehen? Können wir Förderungen valorisieren? Können wir hier auch einen Stopp einer Abwärtsbewegung einleiten? Wir haben eine große Verantwortung, und ich glaube, dieser ist sich diese Stadtregierung sehr bewusst. Dieses Verantwortungsbewusstsein ist ein ganz wichtiger Punkt für den Boden, den wir für ein aktives, kulturelles Leben und für die Teilhabe aller bereiten müssen, weil das ist mir ein wichtiges Anliegen. Ich weiß, dass Sie manchmal über die Dinge schimpfen, die frei zugänglich sind. Lassen wir das Donaufestival einmal beiseite, es gibt ja genug andere Veranstaltungen. Ich halte das für ganz, ganz wichtig, weil es oft der Erstkontakt zu Kunst und Kultur ist. Und gerade für junge Leute oder für Menschen, die sich wenig leisten können, ist dieses gemeinsame Erfahren eines Raumes entscheidend. Auch das Pop-Fest zum Beispiel, das sich jetzt Entdeckungen österreichischer Popkultur widmet, ist ganz, ganz wichtig, weil so kann man auch viele Gruppen kennen lernen und später dann in etwas teurere Konzerte gehen. Also das ist für mich wirklich auch ein Bekenntnis ...

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Frau Stadträtin, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit bereits abgelaufen ist. Ich bitte um Ihren Schlusssatz.

Amtsf. StRin Mag. Veronica **Kaup-Hasler** *(fortsetzend)*: Ja, gut. Ich möchte mich bedanken. Dieser Schlusssatz hat ein paar Beistriche, bei Kleist ist es auch so, und Schachtelsätze. Ich möchte mich bei Ihnen allen bedanken. Ich möchte mich auch bei der Opposition bedanken. Ich finde diesen Austausch großartig, bereichernd. Wir haben ja auch eine Reise zusammen gemacht, eine Werkstatt-Reise, und werden auch weitere Kulturreisen machen, um gemeinsam auch über eine Verbesserung dieser Stadt nachzudenken. Aber ich bedanke mich natürlich vor allem bei meinem Team, bei der MA 7, MA 8, MA 9 für diese Zusammenarbeit, und natürlich bei einem Bürgermeister, der all dies möglich gemacht hat inklusive seinem exzellenten Regierungsteam! Herzlichen Dank! Und auch den Künstlern

sei gedankt, denn um sie dreht sich das! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe für Kultur und Wissenschaft liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich erteile Herrn Amtsf. StR KommR Hanke zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2018 das Schlusswort, bitte schön.

Berichterstatter Amtsf. StR KommR Peter **Hanke**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen!

Wie lange ist meine Redezeit? Nein (*Allgemeine Heiterkeit.*), ist nur ein Scherz. Ich tu' Ihnen das nicht an. Ich freue mich, ich sage Danke für diese engagierte Debatte der letzten beiden Tage. Es war eine spannende Zeit, die wir gemeinsam erleben durften. Und in der Form komme ich zum formalen und zur klaren Ansage:

Nach der Auflage zur öffentliche Einsichtnahme durch die Bevölkerung in der Zeit vom 12. bis 19. Juni und der in den letzten beiden Tagen, wie gesagt, erfolgten ausführlichen Debatte zum Rechnungsabschluss 2018 darf ich der Einfachheit und der Kürze halber auf die Anträge gemäß Seite XXVI der Einleitung hinsichtlich des Rechnungsabschlusses sowie zum Inventar verweisen und um entsprechende Beschlussfassung ersuchen. Ich danke Ihnen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Auch wir bedanken uns, Herr Stadtrat, für die (*Allgemeine Heiterkeit.*) entsprechend knackige Ansage.

Herr Vorsitzender, wie viel werden wir unterbrechen, wie viele Minuten? 20 Minuten Sitzungsunterbrechung (*Allgemeiner Protest.*), 10 Minuten Sitzungsunterbrechung. Wir sind eine Demokratie, wir beschließen das mehrheitlich. Danke.

(*Unterbrechung der Sitzung von 19.40 bis 19.55 Uhr*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: So, bitte wieder alle Platz zu nehmen. Gut, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf, und wir kommen nun zur Abstimmung über den Rechnungsabschluss 2018.

Die Anträge des Berichterstatters zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2018 sind im Rechnungsabschluss auf der Seite XXVI abgedruckt.

Ich lasse zuerst über den aus vier Punkten bestehenden Antrag zur Erledigung der Rechnung abstimmen und dann über den Antrag zum Inventar.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die den vier Antragspunkten zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Die Zustimmung erfolgt durch SPÖ und GRÜNE gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS und ist daher mehrstimmig angenommen.

Nun bitte ich jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zum Inventar, abgedruckt auf der Seite XXVI im Rechnungsabschluss, zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Zustimmung bei SPÖ und GRÜNEN gegen FPÖ, ÖVP und NEOS, mehrstimmig angenommen.

Damit ist der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2018 angenommen.

Wir kommen nun zu den Anträgen. Es wurden, glaube ich, 101 Anträge insgesamt zu allen Postnummern abgegeben. Nach den Nummern des Einlaufs werde ich nun abstimmen.

Antrag der NEOS - ich sage jetzt keine Namen der Abgeordneten (*Allgemeine Heiterkeit.*), es wäre wegen der Zeitökonomie -, Umsetzung von Strukturreformen zur Entlastung des Budgets der Stadt Wien. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei NEOS gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Einführung eines Wiener Klimaschutzgesetzes. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zutrifft. - Zustimmung bei NEOS, ÖVP und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE, ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend die Prozessentwicklung zur Einführung eines Klimabudgets als integraler Teil des Wiener Finanzbudgets. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem Antrag beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei NEOS, ÖVP, FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE, ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der ÖVP betreffend Projektkontrolle und Gesamtkostenverfolgung durch den Stadtrechnungshof, sofortige Abstimmung. Wer zustimmt, bitte um ein Zeichen. - Zustimmung bei NEOS, ÖVP, FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE, ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der Neuen Volkspartei betreffend professionelles Liegenschafts- und Baumanagement. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und NEOS gegen SPÖ, FPÖ und GRÜNE, ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der ÖVP betreffend Veröffentlichung aller mit Steuergeld finanzierter Studien, sofortige Abstimmung. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE, ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der ÖVP betreffend Staatszielbestimmungen in der Stadtverfassung. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller, die ÖVP, alleine gegen NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Sonntagsöffnung in Wiener Tourismuszonen. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und NEOS gegen FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Wien-Holding-Arena nach Grundsätzen für klimaneutrale Gebäude errichten. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend die Klimaneutralität der ausgegliederten Rechtsträger der Stadt Wien. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte. -

ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der FPÖ betreffend Sicherstellung der künftigen Energieversorgung Wiens ohne Atomstrom. Hier wurde die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag von NEOS betreffend Dachbegrünung von Wartehallen der Wiener Linien/Gewista. Hier wurde sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS, FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der ÖVP betreffend klimaneutrale Gemeinde- und Landesverwaltung. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der ÖVP betreffend plastikfreies Wien. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Verwendung und Kennzeichnung regionaler Lebensmittel in Groß- und Gemeinschaftsküchen der Stadt Wien. Hier wurde sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der ÖVP betreffend neue Märkte für Wien. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen. - ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Professionalisierung der Wiener Tierrettung. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Bitte um ein Zeichen, wer zustimmt. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Abschaffung des Valorisierungsgesetzes. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der FPÖ, betreffend Erweiterung des Aufsichtsrates der Wiener Stadtwerke GmbH um ehrenamtliche Vertreter der politischen Parteien. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP und FPÖ stimmen zu, NEOS, SPÖ und GRÜNE stimmen nicht zu. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der FPÖ betreffend Abkühlmöglichkeiten für Fiakerpferde. Hier wurde sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der FPÖ betreffend Ausnahmeregelung im Sinne des § 5a Abs. 12a Wiener Tierhaltengesetz. Sofor-

tige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Unterstützung des Wiener Tierschutzvereins. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Vielleicht könnte der Herr Stadtrat in der ersten Reihe die Unterhaltung etwas leiser machen, sprich gar nicht. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Antrag der NEOS betreffend Gebühr für die Benutzung von Schanigärten auf Marktplätzen. Hier wurde die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei NEOS, FPÖ gegen ÖVP, SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Fahrzeugaußenansage im ÖV-Fahrzeug für blinde Fahrgäste. Hier wird die Zuweisung des Antrags an den Gemeinderatsausschuss für Umwelt und Wiener Stadtwerke sowie an den Gemeinderatsausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport verlangt. Wer den Zuweisungen zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Umstellung der Schifffahrt in Wien auf Wasserstoffantrieb. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Bienenschutz im Stadtgebiet. Hier wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Umwelt und Stadtwerke beantragt. Wer dem beitrifft, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNE unterstützt. Ist daher nicht zugewiesen.

Antrag der FPÖ betreffend Erhaltung des Gleisnetzes der Wiener Straßenbahn. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP; NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Beendigung der Privatisierung des Wiener Wassers. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Entfernung rechtswidriger Regelungen aus der Wiener Marktordnung. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen. - Das sind die Antragsteller alleine, die zustimmen, die FPÖ, gegen die Stimmen von ÖVP,

NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der NEOS betreffend Politprojekte Zentren für Kinder- und Jugendgesundheit in Wien. (*GR Wolfgang Irschik: Pilotprojekte! Nicht Politprojekte!*) - Ah! Pilotprojekte Zentren für Kinder- und Jugendgesundheit in Wien. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 34 ist von der ÖVP betreffend Umsetzung Ausführungsgesetz zum Sozialhilfegrundsatzgesetz. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Runder Tisch Primärversorgung. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Schmerztherapie. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend einen zweiten Lift in der U-Bahn-Station Reumannplatz. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Sicherstellung der kinderärztlichen Versorgung in Wien. Hier wurde die Zuweisung an den Gesundheitsausschuss beantragt. Wer der Zuweisung beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird von allen Parteien unterstützt und ist daher einstimmig so beschlossen.

Antrag der ÖVP betreffend geburtshilfliches Gesamtkonzept und Aufstockung der Anzahl freiberuflicher Hebammen mit Kassenvertrag. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend tägliche Bewegungseinheit in öffentlichen Schulen. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der FPÖ, betreffend Rücksicht auf Blinde beim Abstellen von E-Scootern. Hier wurde die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport beantragt. Wer die Zuweisung unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zuweisung wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die

Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Lebensqualität für Menschen mit Behinderung erhalten. Es wurde die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Sicherung der Wohnbauförderung. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Bitte um ein Zeichen, wer zustimmt. - Zustimmung bei ÖVP und NEOS gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von der ÖVP betreffend Wohnbauförderung für Eigentumswohnungen. Es wird sofortige Abstimmung beantragt. Wer zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS, FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Maßnahmen zur Beseitigung von Frauenarmut. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der ÖVP betreffend Verwaltungspersonal für die Wiener Pflichtschulen, Frauenförderungsmaßnahme. Es wurde hier die Zuweisung an den Ausschuss für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen sowie an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal verlangt. Wer der Zuweisung zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung unterstützen ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist die Zuweisung nicht genügend unterstützt und daher abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend illegaler Moscheebetrieb Richard-Neutra-Gasse. Sofortige Abstimmung wird beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend illegaler Moscheebetrieb Nummer 2. In formeller Hinsicht wurde sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen dem zu, dagegen sind SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Finanzierung von AssistenzpädagogInnen. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP und NEOS gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Verbesserung der Rahmenbedingungen von Kriseneltern. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN. Ist

nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag der ÖVP, betreffend externe Überprüfung aller Privaträgerförderungen für Kindergärten und Kindergruppen. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Bitte um ein Zeichen, wer zustimmt. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Kostenwahrheit bei Wiens Kinderbetreuungseinrichtungen. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend mehr Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit. Hier wird die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal verlangt. Wer die Zuweisung unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird von allen Parteien unterstützt und erfolgt daher einstimmig.

Antrag der ÖVP betreffend Reduzierung des Betreuungsschlüssels in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Hier wird die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal verlangt. Wer die Zuweisung unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Auch diese Zuweisung wird von allen Parteien unterstützt und ist daher einstimmig so erfolgt.

Antrag der ÖV, betreffend Gewaltprävention in den Kindergärten. Auch hier wurde die Zuweisung an den Bildungsausschuss beantragt. Wer die Zuweisung unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Diese Zuweisung ist einstimmig von allen Parteien unterstützt und daher zugestimmt.

Antrag der ÖVP betreffend Maßnahmenpaket gegen Gewalt an Schulen. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Siebenpunkteplan gegen gewalttätige Jugendbanden. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung bei ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend ein Schulsozialpädagoge pro Schulstandort. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und der GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Gutscheine für Elternbildung. Hier wird die Zuweisung an den Bildungsausschuss beantragt. Wer die Zuweisung unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung unterstützen ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Sportgutscheine. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Krisenpflegeeltern. Hier wird die Zuweisung an den Bildungsausschuss verlangt. Wer der Zuweisung zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird von allen Parteien unterstützt und erfolgt daher einstimmig.

Antrag der FPÖ betreffend Gehaltsgrenze. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Wirkungsorientierung im Bereich der Subventionspolitik. Hier wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Transparenz in der Förderverwaltung. Hier wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Kopftuchverbot für pädagogisches Personal in elementaren Bildungseinrichtungen. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Schutz vor Symbolen der Geschlechterapartheid. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Finanzierung der Personalkosten von nichtkonfessionellen Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend „Start Wien“. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird von allen Parteien unterstützt und ist daher einstimmig angenommen.

Antrag der ÖVP betreffend ressortübergreifende Aufstellung von Kosten für Integration. Hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Vorgehen gegen den politischen Islam. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und NEOS. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Neuaufstellung der Integrationspolitik. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Führung von Wortprotokollen in den Sitzungen der Ausschüsse, Unterausschüsse, und so weiter. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Strukturreformen im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit. Hier wird die Zuweisung an den Ausschuss der Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird von ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützt gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Compliance-Regeln für stadtnahe Vereine und Gesellschaften. Hier wird sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS, betreffend Solarnutzung auf Objekten der Stadt Wien. Sofortige Abstimmung. Wer beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Errichtung von SchülerInnenkraftwerken auf Schulgebäuden der Stadt Wien. Sofortige Abstimmung. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist nicht genug unterstützt und daher abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Nominierung des Otto-Wagner-Areals als UNESCO-Welterbe-Stätte. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜ-

NEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Verankerung des Bekenntnisses zum Schutz der Wiener UNESCO-Weltkulturerbe-Stätten Historisches Stadtzentrum und Schönbrunn in der Stadtverfassung. Hier wird sofortige Abstimmung verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend nachvollziehbare Berechnungsmethoden bei städtebaulichen Verträgen. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zustimmung erfolgt durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Park-and-ride-Anlage Wienerberg. Es wird sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Fotovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Weltkulturerbe. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Paket zum Ausbau der S-Bahnen in den Westbezirken. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Paket zum umfassenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs in den Bezirken links der Donau. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und NEOS gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist nicht genügend unterstützt und daher abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Verkehrsstromanalyse Fernbusterminal. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend S-Bahn-Ring. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend E-Scooter. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Umweltsünde Tempo 30. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei den Antragstellern alleine, also bei der FPÖ gegen die Stimmen von ÖVP, NEOS, SPÖ, und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der NEOS, betreffend bessere und transparentere Finanzierung der Radinfrastruktur. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und NEOS gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Einführung von Wirkungszielen im Bereich Kunst und Kultur. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und NEOS gegen FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Kooperation für Leerstandsaktivierung in Gebäuden der Stadt Wien. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP und NEOS unterstützen den Antrag, FPÖ, SPÖ und GRÜNE sind dagegen. Das ist die entsprechende Mehrheit, dass der Antrag abgelehnt ist.

Antrag der ÖVP betreffend Wiener Kunst- und Kulturförderungsgesetz. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der NEOS betreffend Errichtung von Kulturbauten der Stadt Wien nach den Grundsätzen für klimaneutrale Gebäude. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung des Antrages von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Damit sind einmal alle Anträge zum Tagesordnungspunkt 1 abgearbeitet.

Post 2 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund einschließlich der Jahresabschlüsse der Wiener Städtischen Krankenhäuser, der Teilunternehmung Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien - Medizinischer Universitätscampus und der Teilunternehmung Geriatriezentren und Pflegewohnhäuser der Stadt Wien mit sozialmedizinischer Betreuung für das Jahr 2018.

Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei Behandlung der Geschäftsgruppe für Soziales, Gesundheit und Sport durchgeführt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Post 2 zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustim-

mung bei SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS. Daher mehrstimmig so angenommen.

Zu Postnummer 2 liegen Anträge vor, vier Stück.

Antrag von NEOS betreffend Klimaneutralität der Unternehmung KAV beziehungsweise der Anstalt Wiener Kliniken. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP und NEOS gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag von NEOS betreffend Realisierung eines BürgerInnen-Solkraftwerkes am Dach des Krankenhauses Nord. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend flächendeckende Umsetzung allgemeinmedizinischer Akutordinationen in den Spitälern des KAV. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Stopp der Umbenennung der KAV-Spitäler. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer das unterstützt, bitte um ein Zeichen. - ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützen den Antrag gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Postnummer 3 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2018. Die Debatte hat schon bei der Geschäftsgruppe für Umwelt und Stadtwerke stattgefunden.

Wer der Post 2 zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. (*GR Mag. Josef Taucher: 3!*) - 3, um Gottes willen! Wer der Post 3 zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - SPÖ und GRÜNE gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS. Mehrstimmig angenommen.

Zur Post 3 liegt ein Antrag vor.

Antrag von NEOS betreffend Klimaneutralität der ausgegliederten Rechtsträger der Stadt Wien. Es wurde sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Daher der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2018. Auch hier wurde schon bei der Geschäftsgruppe darüber diskutiert.

Wer daher der Postnummer 4 zustimmen möchte, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei SPÖ und GRÜNEN, gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS. Daher ist Post 4 mehrstimmig angenommen.

Die letzten Anträge.

Antrag der NEOS betreffend Klimaneutralität der ausgegliederten Rechtsträger der Stadt Wien. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stim-

men zu gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Nachverdichtung bei Wiener Wohnen. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und der FPÖ. Daher mehrheitlich abgelehnt, der Antrag, nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag der FPÖ betreffend effiziente thermisch-energetische Standards in Wiens gefördertem Wohnbau. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Ombudsstelle im Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich von Wiener Wohnen. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ

und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend transparente und ehrliche Erfassung aller Vormerklisten für geförderten Wohnraum. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende des Rechnungsabschlusses 2018. Ich danke recht herzlich für die Sitzungsdisziplin, für die Diskussionen und bedanke mich auch bei Herrn Korn und seinem Büro für die Vorbereitung der Sitzung! (*Allgemeiner Beifall.*)

Bedanke mich auch bei allen Klubs für die gute Zusammenarbeit!

Ich schließe die Sitzung. Schönen guten Abend!

(Schluss um 20.36 Uhr.)